

# Beschlussbuch

**ANTIFASCHISTISCH**  
**SOZIALISTISCH**  
**FEMINISTISCH**

**AUS ÜBERZEUGUNG!**

**INTERNATIONALISTISCH**



**Bundeskongress 2018**

30. November bis 2. Dezember, Düsseldorf

# Inhaltsverzeichnis

## B Beschäftigung & Gute Arbeit

B3	Berlin	Wirtschaft demokratisieren – Betriebsräte stärken!	2
B4	Braunschweig	Befristungsentschädigung einführen – Unsicherheiten durch befristete Arbeitsverträge minimieren	7
B5	Sachsen-Anhalt	Tarifvertragssystem stärken – Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) weiter erleichtern	9
B6	Berlin	Schöner neuer Kapitalismus? Digitalisierung und Zukunft der Arbeit aus sozialistischer Perspektive	10
B10	Rheinland-Pfalz	No mail on holiday. Einführung einer Nicht-Erreichbarkeitsregelung für Arbeitnehmer*innen.	15
B17	JSAG über Bundesvorstand	Mindestlohn für alle – auch für Jugendliche!	16

## C Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

C1	Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg, Berlin	Gerechte Politik – Gleichwertige Lebensverhältnisse Sozialdemokratische Politik in Ostdeutschland: Perspektiven, Chancen, Schlussfolgerungen	18
C2	Nord-Niedersachsen	Verpflichtende Vergütung für in Prüfungsordnungen festgeschriebene Praktika	27
C3	Baden-Württemberg	Duale Berufsausbildung fit für die Zukunft machen	28
C6	Bremen	Studienbeginn für junge Menschen aus einkommensschwachen Familien erleichtern	29
C11	Bayern	Starke JAV – Gute Ausbildung	30

## E Europa

E1	Bundesvorstand	Unser Europa: Gerecht, Offen, Jung und Nachhaltig! Die Jugendkampagne zur Europawahl 2019	34
----	----------------	---	----

## F Frieden & Internationales

F3	Rheinland-Pfalz	Keine Zusammenarbeit mit dem Erdogan-Regime	40
----	-----------------	---	----

## G Gleichstellung, Feminismus & Gender

G1	Bundesvorstand	Für ein Recht auf reproduktive Selbstbestimmung: Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen	43
----	----------------	--	----

G10	Hannover	#livingmotherhood – Nicht das ganze Leben	46
G16	Bundesvorstand	Gendergerechte Sprache	50

## I Inneres, Justiz & Verbraucherschutz

I1	Bundesvorstand	Musterpolizeigesetz geht nur mit Menschenrechten – Aus #no-PAG die richtigen Schlüsse für den Bund ziehen	52
I2	Weser-Ems	Wo eine Klägerin, da eine RichterIn -Verbandsklagerecht für Gewerkschaften einführen!	56
I6	Brandenburg	Regulierung der Werbung von Online-Casinos und bei Sport- und Pferdewetten	57
I8	Sachsen	Verschärfung des AGG jetzt!	58

## K Kampf gegen Rechts

K1	Nordrhein-Westfalen	Nicht hip, nicht rebellisch – rechtsradikal! Unser Kampf gegen die Identitäre Bewegung	60
----	---------------------	--	----

## N Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

N5	Saar	What do you meme?	67
----	------	-------------------	----

## O Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

O2	Nordrhein-Westfalen	Auf sicherem Boden: Der bauende Sozialstaat und die Boden- und Wohnpolitik	70
O3	Thüringen	Ländlicher Raum – Aussterben lassen?	75

## P Pflege, Gesundheit & Soziales

P1	Hamburg	Von der Zustimmungslösung zur Widerspruchslösung bei Organspenden	83
P14	Schleswig-Holstein	Verbesserung der Versorgung von Früh- und Neugeborenen mit Einschränkungen oder Behinderungen nach der Geburt	84

## U Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

U9	Hessen-Nord	Mikroplastik	87
U13	Saar	Bildung für nachhaltige Entwicklung – für eine zukunftsfähige globale Gesellschaft	89
U14	Hessen-Süd	Ein neuer Aufbruch in der Energiewende	91

**X Organisationspolitik**

---

X7	Hessen-Nord	Für eine historisch-kritische Auseinandersetzung mit dem Erbe der Arbeiter*innenbewegung in der SPD	95
----	-------------	---	----

---

**Z Initiativanträge**

---

Z1	Unsere Antwort: SPD auf Links wenden.		97
Z2	Bayern	Was wir wollen? Uns nicht verarschen lassen und das BBiG wirklich besser machen!	107
Z3	Bundesvorstand	Solidarität mit der Roten Hilfe!	113

---

## B Beschäftigung & Gute Arbeit

### B Beschäftigung & Gute Arbeit

B3	Berlin	Wirtschaft demokratisieren – Betriebsräte stärken!	2
B4	Braunschweig	Befristungsentschädigung einführen – Unsicherheiten durch befristete Arbeitsverträge minimieren	7
B5	Sachsen-Anhalt	Tarifvertragssystem stärken – Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) weiter erleichtern	9
B6	Berlin	Schöner neuer Kapitalismus? Digitalisierung und Zukunft der Arbeit aus sozialistischer Perspektive	10
B10	Rheinland-Pfalz	No mail on holiday. Einführung einer Nicht-Erreichbarkeitsregelung für Arbeitnehmer*innen.	15
B17	JSAG über Bundesvorstand	Mindestlohn für alle – auch für Jugendliche!	16

# B3

**Titel** Wirtschaft demokratisieren – Betriebsräte stärken!  
**AntragstellerInnen** Berlin

---

## Wirtschaft demokratisieren – Betriebsräte stärken!

1 Die Gewerkschaften und die SPD haben ihre gemeinsamen Wurzeln im 19. Jahrhundert. Dabei haben es sich  
2 die Gewerkschaften zur Aufgabe gemacht, innerbetrieblich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und  
3 eine Erhöhung der Löhne zu kämpfen. Die SPD kämpft ursprünglich außerbetrieblich für eine Verbesserung  
4 der gesellschaftlichen Verhältnisse.

5 Die SPD hat sich mit ihrem neoliberalen Weg weit entfernt von dem Klientel, welches einmal Gewerkschaft-  
6 ter\*innen und Sozialdemokrat\*innen in einer Person verband.

7 Beide Seiten haben nicht ganz unabhängige Bestands- und Akzeptanzprobleme in der Gesellschaft. Die SPD  
8 hat zusätzlich dazu mit erheblichen Wähler\*innenverlusten zu kämpfen. Die Gewerkschaften hingegen müs-  
9 sen unter immer schwierigeren Rahmenbedingungen des postindustriellen Kapitalismus Tarifpolitik betreiben  
10 und versuchen, die Position der Arbeitnehmer\*innen zu stärken. Mit dem wachsenden Dienstleistungssektor  
11 hat sich auch die Mitgliederstruktur der Gewerkschaften gewandelt.

12

13 Ein konkretes Gut, das unter anderem aus der historischen Beziehung zwischen Gewerkschaften und SPD  
14 hervorgeht, ist die betriebliche Mitbestimmung. Sie existiert in ihren Vorläufern bereits seit Ende des 19. Jahr-  
15 hunderts. Sie begann als Form von „Arbeiterrausschüssen“, die ein Anhörungsrecht in sozialen Fragen hatten.  
16 Dieser erste Meilenstein entwickelte sich in den kommenden Jahrzehnten zu immer mehr Mitspracherecht. Je-  
17 doch nicht aus Wohlwollen, sondern als die notwendige Konsequenz von blutigen Auseinandersetzungen. Die-  
18 ses sah eine Betriebsratpflicht in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten vor. Dieser Entwurf blieb jedoch  
19 weit hinter den Forderungen der Gewerkschaften zurück. Nachdem zur Zeit des Nationalsozialismus jegliche  
20 Form von Mitbestimmung zerschlagen wurde, konnten die Arbeiter\*innen 1951 einen riesigen Erfolg feiern.  
21 Das bis heute geltende „Montan-Mitbestimmungsgesetz“ für Kohle- und Stahlunternehmen trat in Kraft. Es be-  
22 sagt, dass in den betroffenen Unternehmen vollparitätisch besetzte Aufsichtsräte ohne Doppelstimmrecht  
23 gebildet werden müssen. Bis heute sind die Arbeiter\*innen der Montanindustrie, vertreten durch ihre Ge-  
24 werkschaften IG Metall und IG BCE, die mit dem höchsten Organisationsgrad innerhalb einer Branche. Die  
25 Vorteile einer gut funktionierenden Mitbestimmung und einem hohen Organisationsgrad, kann man in den  
26 kontinuierlich, wenn auch teilweise kleinen, Erfolgen in dieser Industrie beobachten.

27 Betriebsräte sind Eckpfeiler der Betriebskultur in Deutschland, und das mit gutem Grund: Betriebe mit Be-  
28 triebsräten zahlen im Schnitt höhere Gehälter, haben eine stabilere Belegschaft mit wesentlich weniger Kün-  
29 digungen, und ihre Mitarbeiter\*innen nehmen sich öfter Urlaub und gehen öfter in Elternzeit.

30 Um langfristig die Arbeitnehmer\*innen in ihrer Position zu stützen, müssen die Gewerkschaften und Be-  
31 triebsräte in den Betrieben in der Wiederherstellung ihrer Kampfkraft unterstützt und ihre Kompetenzen in  
32 Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik genutzt werden, um gegen neoliberale Vorstellungen vorzugehen.

### 33 **Demokratisierung: das Gegengift zum Neoliberalismus**

34 Zusätzlich zu all den direkten Vorteilen, die Betriebe mit aktiven und engagierten Betriebsräten genießen, gibt  
35 es auch gesamtgesellschaftliche, strukturelle Gründe betriebliche Mitbestimmung und demokratische Struk-  
36 turen in der Wirtschaft zu stärken: den Kampf für die Demokratisierung der Gesellschaft und den Kampf gegen  
37 den Neoliberalismus.

38 Demokratie beschränkt sich für uns Jusos nicht auf die Stimmabgabe an der Wahlurne zu Bezirks-, Kommunal,  
39 Landtags- Bundestags- und Europaparlamentswahlen. Stattdessen erreichen wir das Ziel einer Gesellschaft  
40 der Freien und Gleichen erst, wenn alle Lebensbereiche demokratisiert sind. Das bedeutet für uns, dass de-  
41 mokratische Partizipation insbesondere in Strukturen und Organisationen zu fördern ist, die besonders oft  
42 hierarchisch geprägt sind. Dazu gehört vor allem das Arbeitsleben. Für die Förderung demokratischer Struk-  
43 turen am Arbeitsplatz ist deshalb die Stärkung der Betriebsräte und ihrer Mitbestimmungsbefugnisse essen-  
44 tiell.

45 Neoliberale Theoretiker\*innen verachten jedoch demokratische Strukturen in der Wirtschaft, insbesondere  
46 Gewerkschaften und Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehmer\*innen in Unternehmen. Als "Partikularinteres-  
47 sen", die lediglich die ordnenden und selbst-regulierenden Kräfte des Marktes behindern, sollen Mitbestim-  
48 mungsrechte von Arbeitnehmer\*innen eingeschnitten und am besten ganz abgeschafft werden. Die Intel-  
49 lektuellen Vorbilder liberaler und auch vieler konservativer Politiker\*innen forderten einen Staat, der Arbeit-  
50 nehmer\*innen-Interessen im Keim erstickt, der sich dem Diktat des freien Kapitals unterwirft, und im Zwei-  
51 felsfall jede wahrgenommene Behinderung jenen Kapitals mit Gewalt – strukturell und unmittelbar – unter-  
52 drückt.

53 Dieser Konflikt ist besonders sichtbar in jenen Branchen, die den neoliberalen Logiken von absoluter Konkur-  
54 renz, Investor\*innenhörigkeit, und Flexibilisierung im Sinne der Arbeitgeber\*innen besonders folgen. Betrof-  
55 fen sind davon insbesondere Startups und Agenturen sowie die Kreativwirtschaft im Allgemeinen. Hier steht  
56 betriebliche Mitbestimmung besonders im Fadenkreuz, da die Existenz von Betriebsräten potentielle Inves-  
57 tor\*innen abschrecken kann. Da insbesondere viele Startups von der Förderung durch Investor\*innen abhän-  
58 gig sind, umgehen daher viele die betriebliche Mitbestimmung. Erst ab einer Größe von 100 Mitarbei-  
59 t\*innen stehe oftmals die Einrichtung eines Betriebsrats zur Diskussion. Gerade deswegen braucht es gesetzliche  
60 Rahmenbedingungen, denen sich Arbeitgeber\*innen und Investor\*innen nicht entziehen können! Insbeson-  
61 dere muss es auch darum gehen, nicht-regulär Beschäftigte in das System der betrieblichen Mitbestimmung  
62 einzubeziehen und Scheinselbstständigkeit effektiv zu bekämpfen. Ist betriebliche Mitbestimmung keine Op-  
63 tion, sondern eine Pflicht, ist es egal was Investor\*innen fordern.

64 Langfristig bleibt unser Ziel, eine demokratische und sozialistische Organisation der Wirtschaft. Betriebliche  
65 Mitbestimmung muss dementsprechend auf unternehmerische Entscheidungen ausgeweitet werden.

#### 66 **Demokratische Strukturen auch in der Wirtschaft verpflichten!**

67 Die Wahlen zu Betriebsräten sind im Betriebsverfassungsgesetz bereits rechtlich abgesichert. Dennoch be-  
68 stehen einige gesetzliche Lücken, die den demokratischen Prozess erschweren können. Folgende Schritte sind  
69 in der Regel Teil des Wahlprozesses:

70 Ein Betrieb ist betriebsratsfähig, wenn in der Regel mindestens fünf Arbeitnehmer\*innen in ihm beschäftigt  
71 sind, von denen drei wählbar sein müssen. Mindestens drei wahlberechtigte Arbeitnehmer\*innen des Betriebs  
72 berufen eine Betriebsversammlung ein. Auf dieser Betriebsversammlung wird durch die wahlberechtigten und  
73 teilnehmenden Arbeitnehmer\*innen ein Wahlvorstand bestimmt. Der einbestellte Wahlvorstand hat anschlie-  
74 ßend die Aufgabe, unverzüglich Wahlen einzuleiten, durchzuführen und die Ergebnisse festzustellen.

75 Besteht in einem Betrieb bereits ein übergeordneter Betriebsrat ist es laut §17 Absatz 1 des BetrVG möglich,  
76 dass dieser einen Wahlvorstand bestellt. Die Kosten für diese Wahl trägt der\*die Arbeitgeber\*in.

77 Für Arbeitnehmer\*innen stellt es ein Risiko dar, sich in diesem Prozess einzubringen. Daher hat der\*die Ge-  
78 setzgeber\*in einen besonderen Kündigungsschutz für Mitglieder des Betriebsrats, Mitglieder des Wahlvor-  
79 stands ab Zeitpunkt der Bestellung, Wahlbewerber\*innen bis zum Zeitpunkt der Verkündung des Wahlergeb-  
80 nisses sowie sechs Monate danach und Mitarbeiter\*innen, die die Betriebsversammlung einberufen, erlassen.  
81 Dieser Kündigungsschutz besteht solange kein wichtiger Grund vorliegt, der die Nichteinhaltung berechtigt (§  
82 15 Abs. 3 KSchG).

83 Im Verlauf der Gründung eines Betriebsrats setzen Arbeitgeber\*innen verschiedene Methoden ein, um dies  
84 zu verhindern. Beim sogenannten *Union Busting* werden Betriebsräte und gewerkschaftliche Organisation  
85 systematisch bekämpft. Manche Betriebe engagieren dafür eigens darauf spezialisierte Anwaltskanzleien. Ein  
86 beliebtes Mittel ist das Bespitzeln und Einschüchtern von Betriebsratskandidat\*innen. Häufig werden auch  
87 fristlose Kündigungen ausgesprochen – im Bewusstsein, dass dies illegal ist. Ein weiteres Mittel ist die Zer-

88 schlagung bzw. Auslagerung von Unternehmensteilen in einzelne, rechtlich (scheinbar) unabhängige Gesell-  
89 schaften.

90 Oftmals ist den Arbeitgeber\*innen bekannt, welche Mitarbeiter\*innen eine Betriebsratsgründung unterstüt-  
91 zen. Um die Unterstützung aufzubrechen, können diese Meinungsführer\*innen in andere Abteilungen ver-  
92 schoben und die Zusammensetzung der gesamten Belegschaft derart verändert werden, dass Absprachen  
93 und Solidarität untereinander verhindert werden. Zudem drohen Arbeitgeber\*innen häufig damit, Betriebs-  
94 teile ins Ausland zu verlagern oder die Insolvenz eines Betriebsteils anzumelden.

95 Indem wir eine regelmäßige Betriebsversammlung einführen und die Wahl eines Wahlvorstandes verpflich-  
96 ten, sind innerhalb der Belegschaft weniger Absprachen und Organisation notwendig. Das Einberufen einer  
97 Versammlung, sowie die Bereitstellung zur Mitarbeit im Wahlvorstand und das zur-Wahl-Stellen wird damit  
98 weniger zu einer Gefahr für die Mitarbeiter\*innen, was ihre demokratische Mitbestimmung und somit die  
99 Gründung von Betriebsräten erleichtert.

100 Wir fordern daher, dass der\*die Arbeitgeber\*in, sofern noch kein Betriebsrat für sein Unternehmen existiert,  
101 verpflichtet ist, jährlich eine Betriebsversammlung einzuberufen. Auf dieser Betriebsversammlung wird der  
102 Wahlvorstand für die in einem zweiten Schritt durchzuführende Betriebsratswahl gewählt oder von einem  
103 schon existierenden Gesamt- oder Konzernbetriebsrat bestellt. Die Ausgestaltung und Organisation der Be-  
104 tribsversammlung soll dabei von dem Gesamt- oder Konzernbetriebsrat oder in Ermangelung eines solchen  
105 von der im Betrieb vertretenen Gewerkschaft oder einer\*einem anderen Arbeitnehmer\*in in seinem Betrieb  
106 übernommen werden. Der\*die Arbeitgeber\*in ist dazu verpflichtet, zur Organisation und Durchführung der  
107 Betriebsversammlung geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Diese Regelung gilt solange kein  
108 Betriebsrat in dem Unternehmen gegründet wurde.

109 Das vorgeschlagene Modell entspricht einer Betriebsratspflicht. Das Unternehmen ist verpflichtet eine Gele-  
110 genheit für die Wahl eines Betriebsrats zu schaffen, indem es die Organisation der Wahlversammlung und des  
111 Wahlvorstands in die Wege leitet.

112 Damit orientieren wir uns an dem französische Modell, das eine ähnliche Regelung vorsieht. Mit dem Unter-  
113 schied, dass diese Pflicht erst in Betrieben gilt, die innerhalb der letzten drei Jahre mehr als 50 Mitarbeiter\*in-  
114 nen beschäftigten.

#### 115 **Sanktionen gegen kriminelle Arbeitgeber\*innen konsequent durchsetzen!**

116 Die gesetzlich festgeschriebenen Strafen bei der Behinderung von Betriebsratsgründungen oder der Arbeit  
117 von Betriebsräten sind zwar faktisch vorhanden, werden jedoch so gut wie nie umgesetzt. Nach §119 des  
118 BetrVG können Arbeitgeber\*innen bei einem solchen Vorgehen mit einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr  
119 und/ oder einer Geldbuße sanktioniert werden. Nach Zahlen des statistischen Bundesamtes wurden zwischen  
120 2007 und 2016 jedoch lediglich 63 Menschen wegen Verstößen nach §119 BetrVG angeklagt.

121 Dem gegenüber stehen die dramatischen Zahlen, welche Gewerkschaften über Zwischenfälle in der betriebli-  
122 chen Mitbestimmung vorliegen. Alleine nach den Statistiken von IG Metall und IG BCE kommt es bei rund 16%  
123 der Neugründungen von Betriebsräten zu gezielten Störmaßnahmen der Arbeitgeber\*innen. Je nach Branche  
124 haben 30- bis 50% aller Betriebsräte schon einmal Störungen in der Betriebsratsarbeit bei ihrer Gewerkschaft  
125 gemeldet; die Dunkelziffer ist sicherlich noch um einiges höher. Nur 11 Verurteilungen in 10 Jahren gegen-  
126 über einer derartigen Institutionalisierung in der Sabotage von Betriebsräten ist ein klares Signal an kriminelle  
127 Arbeitgeber\*innen: immer weiter so!

128 Deshalb schließen wir uns dem DGB an und fordern die Einrichtung ständiger Schwerpunktstaatsanwaltschaften  
129 im Bereich Arbeitsrecht. Diese müssen sicherstellen, dass Verfahren schnell bearbeitet werden, Betroffene  
130 bei der Beweissicherung unterstützt werden, und straffällige Arbeitgeber\*innen konsequent mit Strafverfah-  
131 ren konfrontiert werden. Kommt das Verfahren zu dem Schluss, dass die Arbeitgeber\*innen ihren Pflichten  
132 nicht nachgekommen sind – etwa keine Betriebsversammlung ausgerufen haben oder die Gründung/Arbeit  
133 des Betriebsrats verhindert haben – müssen diese sanktioniert werden.

#### 134 **Schluss mit "teile und herrsche": Franchises und Sub-Unternehmen zu unternehmerischen Einheiten** 135 **zusammenführen!**

136 Ein weiterer Grund zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, ist das System der Franchises und Subun-  
137 ternehmen. Das Unternehmen spaltet sich dabei in Regionalgesellschaften, selbständige Händler\*innen und



138 eine Zentrale auf. Dabei werden nur die Mitarbeiter\*innen in den von den Regionalgesellschaften geführten  
 139 Märkten auf der Grundlage eines Tarifvertrages entlohnt. Die Filialen der vielen Händler\*innen unterliegen  
 140 hingegen keiner Tarifbindung. Dadurch können die Mitarbeiter\*innen zum Beispiel geringer entlohnt werden  
 141 oder es können weniger Urlaubstage bezahlt werden, als bei den Filialen der Regionalgesellschaften. Dies  
 142 sorgt für eine Ungleichheit zwischen den verschiedenen Filialen, obwohl überall ein Markenname verwendet  
 143 wird. Darüber hinaus gibt es kein konzernweites Mitspracherecht für Betriebsräte. Gesamtbetriebsräte oder  
 144 Konzernbetriebsräte gibt es nur bei den Regionalgesellschaften. Da es sich aber bei den Filialen der Regional-  
 145 gesellschaften und der Händler\*innen um dasselbe Franchise handelt, sollte das Betriebsverfassungsgesetz  
 146 dementsprechend angepasst werden. So sollten Unternehmen mit filialisierten Strukturen als eine Unterneh-  
 147 merische Einheit gelten, welche vor dem Betriebsverfassungsgesetzes die selben Rechten und Pflichten besit-  
 148 zen, wie ein normales Unternehmen.

#### 149 **Deshalb Fordern wir:**

- 150 • In Betrieben mit mindestens fünf Mitarbeiter\*innen ist die\*der Arbeitgeber\*in, solange in den Betrieb  
 151 kein Betriebsrat existiert, verpflichtet, einmal im Jahr eine Betriebsversammlung einzuberufen und die  
 152 Ausgestaltung, Organisation und Leitung dem Gesamt- oder Konzernbetriebsrat oder in Ermangelung  
 153 solcher einem\*einer Vertreter\*in der Gewerkschaft oder einer\*einem anderen Arbeitnehmer\*in in sei-  
 154 nem Betrieb zu übertragen bzw. der\*die Vertreter\*in der Gewerkschaft ist nach der Maßgabe des Tarif-  
 155 einheitsgesetzes auszuwählen. Die\*der Arbeitgeber\*in muss geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung  
 156 stellen.
- 157 • Kommt die Arbeitgeber\*in dieser Pflicht nicht nach werden die aktuell gültigen Sanktionen von bis zu  
 158 einem Jahr Freiheitsstrafe und/oder einer Geldbuße angewandt. Zusätzlich soll das Unternehmen eine  
 159 Strafe in Höhe von vier Prozent des Bruttojahresumsatzes zahlen.
- 160 • An allen Oberlandesgerichten (bzw. dem Kammergericht) in Deutschland sollen Schwerpunktstaatsan-  
 161 waltschaften im Bereich Arbeitsrecht geschaffen werden. Dies sollen dazu führen, dass gegen Behinde-  
 162 rungen bei der Gründung- oder der Arbeit von Betriebsräten seitens der Arbeitgeber\*innen schneller  
 163 ermittelt wird, Belegschaften in der Beweissicherung unterstützt werden, es ggf. schneller zur Anklage  
 164 kommt, und schlussendlich alle Verstöße auch zu Verurteilungen führen.
- 165 • Franchises sollen arbeitsrechtlich als eine unternehmerische Einheit gelten, sodass auch auf den obers-  
 166 ten Ebenen Arbeitnehmer\*innen adäquat vertreten werden können, und ihre Mitbestimmungsrechte  
 167 wahrnehmen können. Bund, Länder und Kommunen sollen die gesetzlichen Möglichkeiten zur Be-  
 168 vorzugung von demokratisch organisierten und tarifgebundenen Unternehmen ausweiten, um z.B.  
 169 bei öffentlichen Vergaben nur noch entsprechenden Betrieben den Zuschlag zu erteilen. Die Verga-  
 170 be staatlicher Fördermittel hat sich auch an diesen Kriterien zu orientieren, um insbesondere in eher  
 171 mitbestimmungsfeindlichen Regionen wie Ostdeutschland den Aufbau von Betriebsratsstrukturen zu  
 172 unterstützen.
- 173 • Langfristig bleibt unser Ziel: Wir brauchen eine demokratische und sozialistische Organisation der Wirt-  
 174 schaft. Die Betriebs- und Personalräte sollen nicht nur über die sozialen Fragen entscheiden, sondern  
 175 auch alle betrieblichen und unternehmerischen Entscheidungen in einem demokratischen Prozess tref-  
 176 fen. Die Managementaufgaben sollen auf demokratisch legitimierte Gremien der Beschäftigten über-  
 177 tragen werden, welche in jedem Betrieb verpflichtend einzusetzen sind. Diesen Gremien kommen Ent-  
 178 scheidungen über alle die Belange des Unternehmens betreffenden Entscheidungen zu: Fragen der  
 179 Arbeitsorganisation, der Gehälter, soziale und unternehmerische Entscheidungen.“
- 180 • Es ist zu überprüfen, ob die Erweiterung der Straftatbestände im Betriebsverfassungsgesetz, insbeson-  
 181 dere die Einführung einer Versuchsstrafbarkeit und die Verfolgung der Straftaten auch ohne Strafan-  
 182 trag, sowie die Verschärfung der Strafbemessung ein angemessene Mittel zur Bekämpfung des „Union  
 183 Busting“ darstellen.
- 184 • Es ist zu überprüfen, ob die strafrechtliche Verfolgung von Seminar-Anbieter\*innen, deren Seminare  
 185 den alleinigen Zweck verfolgen, die Interessenvertretung von Arbeitnehmer\*innen im Betrieb zu ver-  
 186 hindern, eingeführt werden sollte.
- 187 • Eine allumfassende rechtliche Gleichstellung von Leih- und Zeitarbeiter\*innen und die Möglichkeit der

188 Mitwirkung dieser an betriebsrätlichen Tätigkeiten sowohl aktiver auch passiver Natur sind zu errei-  
189 chen.

190 Weiterhin fordern wir, dass Instrumente und Strategien zur besseren Information und Kommunikation über  
191 betriebliche Mitbestimmung sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den Betrieben ausgebaut werden.

# B4

<b>Titel</b>	Befristungsentschädigung einführen – Unsicherheiten durch befristete Arbeitsverträge minimieren
<b>AntragstellerInnen</b>	Braunschweig

---

## Befristungsentschädigung einführen – Unsicherheiten durch befristete Arbeitsverträge minimieren

1 Wir fordern die Einführung einer sogenannten Befristungsentschädigung für alle ArbeitnehmerInnen, welche  
2 sich in einem befristeten Arbeitsverhältnis befinden. Bei Arbeitnehmer\*innen mit befristeten Arbeitsverhältni-  
3 nis soll sich das Bruttoentgelt wie folgt zusammensetzen: Ab dem ersten Tag muss dieses Einstiegsgehalt um  
4 mindestens 10% aber mindestens 3 Euro erhöht werden, wenn der Arbeitgeber keine unbefristete Beschäf-  
5 tigung der Arbeitnehmer\*innen vorsieht. Die maximale Befristungsdauer von 24 Monaten bleibt weiterhin  
6 bestehen. Die Regelung soll für Branchen gelten bei denen die befristete Beschäftigung nicht aufgrund von  
7 Branchenspezifika die Regel ist. Durch diese Entschädigung soll zum einen eine zusätzliche finanzielle Stabili-  
8 tät für die ArbeitnehmerInnen im Unsicherheitsfaktor Befristung geschaffen werden. Zum anderen soll dieser  
9 zusätzlich zu zahlende Lohn ArbeitgeberInnen vor der wahllosen Ausstellung befristeter Arbeitsverträge ab-  
10 schrecken.

11 Bei Leih-/ ZeitarbeiterInnen setzt sich das Bruttogehalt ab dem ersten Tag des Beschäftigungsverhältnisses  
12 beim Entleiher, also dem Betrieb, der die Leistung der Zeitarbeitsfirma in Anspruch nimmt, wie folgt zusam-  
13 men:

14 In den ersten 3 Monaten muss das Bruttogehalt der Leih-/ ZeitarbeiterInnen mindestens 15% höher als das  
15 Einstiegsgrundgehalt einer unbefristeten Arbeitskraft des Entleihers sein. Bei Überschreitung dieser Beschäfti-  
16 gungsdauer erhöht sich das Gehalt nochmals um mindestens 10%, sodass Leih-/ ZeitarbeiterInnen dann nach  
17 3 Monaten mindestens 25% mehr Gehalt erhalten, als eine unbefristete Arbeitskraft beim Entleiher.

18 Begründung:

19 3,2 Millionen Arbeitsverträge in Deutschland sind befristet. Doch nur 6 Prozent der befristeten Arbeitnehme-  
20 rInnen besitzen einen befristeten Arbeitsvertrag, weil sie es selber gerne möchten. Für alle anderen stellt eine  
21 zeitlich begrenzte Anstellung ein hohes Maß an Risiko dar. Unser Ziel sollte es weiterhin sein, befristete Ar-  
22beitsverträge auf ein absolutes Minimum zu reduzieren.

23 Durch die Ungewissheit, wie es nach dem Ablauf der Befristung mit dem Anstellungsverhältnis weitergeht,  
24 entsteht eine unsichere Lebenssituation, welche viele ArbeitnehmerInnen mindestens als belastend wahr-  
25 nehmen. Durch die Befristung lassen sich keine langfristigen Planungen über ein gutes und selbstbestimmtes  
26 Leben treffen, da sich die ArbeitnehmerInnen in einer dauerhaften, zeitlichen Abhängigkeit der Arbeitgebe-  
27 rInnen befinden. Mit dem Risiko der drohenden Beendigung des Arbeitsverhältnisses, geht meist auch eine  
28 finanzielle Ungleichheit zwischen befristeten und unbefristeten Arbeitsverträgen einher. So beträgt der Lohn-  
29 unterschied zwischen befristeten und unbefristeten Verträgen laut WSI Lohnspiegel in den Jahren 2010-2013  
30 zwischen 2 bis 4€ pro Stunde. Eine Befristungsentschädigung könnte hier eine Angleichung schaffen. Laut  
31 dem WSI Lohnspiegel hat ein befristeter Arbeitsvertrag von Frauen unabhängig von der Berufserfahrung ein  
32 monatliches Bruttogehalt von 2144€. Wird die Befristungsentschädigung von 10 Prozent auf diesen Lohn auf-  
33 geschlagen, so bedeutet es für die Arbeitnehmerin ein zusätzliches Bruttoeinkommen von 214,40€. Hierdurch  
34 alleine kann bei weitem nicht die Unsicherheit, welche durch die Befristung entsteht, gedeckt werden. Jedoch  
35 bietet es eine zusätzliche Sicherheit.

36 Gleichzeitig muss auch für ArbeitgeberInnen der Anreiz zur Befristung gesenkt werden. Eine höhere Lohnzah-  
37 lung durch die Befristungsentschädigung kann hier ein bedeutsamer, erster Schritt sein. In diesem Zusammen-

- 38 hang sei nochmals ausdrücklich auch auf die konsequente Abschaffung von sachgrundlosen Befristungen und  
39 von Kettenbefristungen, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, hingewiesen. Zur effektiven Bekämp-  
40 fung ausufernder Befristungen muss die Befristungsprämie mit diesen Maßnahmen einhergehen.

# B5

<b>Titel</b>	Tarifvertragssystem stärken – Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) weiter erleichtern
<b>AntragstellerInnen</b>	Sachsen-Anhalt

---

## Tarifvertragssystem stärken – Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) weiter erleichtern

- 1 Um das Tarifvertragssystem zu stärken, bedarf es der weiteren Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen nach dem Tarifvertragsgesetz in folgenden Punkten:
- 2
- 3 1. Anträge sollen auch von den Tarifvertragsparteien eingebracht werden dürfen, wenn nicht 50 % der Branche  
4 in den Verbänden organisiert sind.
- 5 2. Gemeinsam eingebrachte Anträge der Tarifvertragsparteien sollen nur mehrheitlich im Tarifausschuss ab-  
6 gelehnt werden können.
- 7 3. Das TarifvertragsG muss dahingehend präzisiert werden, dass ein öffentliches Interesse insbesondere vor-  
8 liegt, wenn die AVE
- 9 1. zur Sicherung der Funktion der Tarif-autonomie und des Tarifvertragssystems,  
10 2. zur Erreichung und Durchsetzung angemessener Entgelt- und Arbeitsbedingungen,  
11 3. für die Sicherung und den Erhalt gemeinsamer Einrichtungen in ihrer sozialpolitischen Funktion,  
12 4. als Mittel zur Sicherung sozialer Standards und  
13 5. zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen geeignet ist.
- 14 Die Nicht-Einhaltung allgemeinverbindlicher Rahmentarifverträge wird als Verstoß gewertet. Diese Versto-  
15 ße gegen allgemeinverbindliche Rahmentarifverträge werden genauso wie Mindestlohnverstöße geahn-  
16 det.

# B6

<b>Titel</b>	Schöner neuer Kapitalismus? Digitalisierung und Zukunft der Arbeit aus sozialistischer Perspektive
<b>AntragstellerInnen</b>	Berlin

---

## Schöner neuer Kapitalismus? Digitalisierung und Zukunft der Arbeit aus sozialistischer Perspektive

1 In der gegenwärtigen Situation geschehen enorme historische Entwicklungen. Globalisierung, Individualisierung und Digitalisierung werden von den Menschen als prägende Elemente ihres Lebens empfunden. Dass  
2 sich unsere Arbeitswelt wandelt, ist nicht etwas grundsätzlich Neues. Unsere Arbeit ist in beständigem Wandel und wir entwickeln unsere produktiven Fähigkeiten ständig weiter. Während die industrielle Revolution  
3 erst die Arbeiter\*innenbewegung hervorbrachte, die sich dann als politische Kraft etablieren und für ihre Interessen eintreten konnte, sehen sich Sozialist\*innen heute aus einer Position der Schwäche heraus vor der  
4 Herausforderung, auf die technischen und gesellschaftlichen Veränderungen im Sinne ihres Anspruches, für  
5 eine gerechte, solidarische und freie Gesellschaft zu streiten, zu reagieren.

6  
7 Dafür müssen wir zum einen dafür einstehen, dass die Errungenschaften, die die Sozialdemokratie und die  
8 Arbeiter\*innenbewegung in der Vergangenheit für Beschäftigte erkämpfen konnte, nicht durch Modernisierungsprozesse erodiert werden, und neue Technologien in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden und  
9 auch den Beschäftigten zu Gute kommen. Zum anderen müssen wir unser Verständnis für diese neuen Phänomene schärfen und zu verstehen, wie sie entstehen. Denn die Verheißung von mehr Freiheit und Selbstbestimmung durch neue Produktionsprozesse und -techniken bedeutet bislang in der Realität vor allem mehr  
10 Entfremdung und Ausbeutung in einem digitalisierten Kapitalismus.

### 16 **Neue Technologien in Betrieben**

17 Die Entwicklung neuer Technologien bietet neben der Erhöhung der Produktivität tatsächlich Chancen der  
18 besseren Gestaltung und der Ergonomisierung von Arbeit. Aus ihrer kapitalistischen Logik heraus setzen  
19 Kapitalist\*innen diese neuen Technologien ausschließlich gewinnmaximierend ein. Dem setzen wir unsere  
20 demokratisch-sozialistische Vorstellung der digitalisierten Arbeitswelt entgegen. Im Rahmen der Möglichkeiten der gegebenen Bedingungen sollte dies allerdings unter der neuen Situation angepassten Regeln passieren. Das Konzept der Netzwerk-Genoss\*innenschaften, sollte als erstrebenswertes Organisationsmodell in der  
21 digitalen Arbeitswelt gelten. So sollte die Einführung neuer Technologien, die unmittelbar die Beschäftigten betreffen (Exoskelette, unterstützende Roboterarme, Teilautomatisierung) nur in Zustimmung mit dem Betriebsrat  
22 geschehen und eine in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden und auch den Beschäftigten zu Gute  
23 kommen. Es ist darauf zu achten, dass eine Qualitätsverbesserung der Lohnarbeit durch neue Technologien  
24 (Ergonomisierung des Arbeitsplatzes) geleistet wird, und dass neue Maschinen an die Bedürfnisse des Menschen angepasst werden. Technologien zum Schutz der Gesundheit der Mitarbeiter\*innen bei Innovationen  
25 zwingend zu beraten und bei erheblichen Vorteilen für die Arbeitnehmer\*innen auf Kosten der Arbeitgeber\*innen einzuführen. Diese Entscheidung darf auf keinen Fall allein auf einer Kosten-Nutzen-Rechnung durch  
26 den\*die Arbeitgeber\*innen basieren, da der potenzielle Nutzen insbesondere dem\*der Arbeitnehmer\*in zukommt. Da neue Technologien auch zu einer Kostenreduktion z.B. bei der Herstellung eines bestimmten Produkts führen können, sollte ein Prozentsatz dieses Gewinns in Erforschung der Ergonomisierung des Arbeitsplatzes verwendet werden. Zudem kann Robotisierung auch zu Chancengleichheit beitragen, da technische  
27 Unterstützung körperlich eingeschränkter Personen weitere Betätigungsfelder öffnen kann.

28  
29 Im Rahmen der Digitalisierung gibt es technisch immer mehr Möglichkeiten, Daten über Beschäftigte zu erfassen und für das Unternehmen nutzbar zu machen. Dabei ist unter anderem die Erfassung von Arbeitszeiten im

38 Hinblick auf eine mögliche "Optimierung" für Unternehmen besonders interessant. Bei diesem Eifer darf es je-  
39 doch nicht zu "gläsernen Mitarbeiter\*innen" kommen, deren Wege- und Prozesszeiten einzeln aufgezeichnet  
40 und ausgewertet werden (z.B. Aufnahmen und Kontrolle der Länge von Toilettenzeiten, Erfassung der We-  
41 gezeiten von einem Platz zum nächsten). Persönlichkeitsrechte und die Privatsphäre sind durch das Grund-  
42 gesetz geschützte Rechtsgüter. Wie momentan bereits gesetzlich geregelt müssen die Arbeitnehmer\*innen  
43 zu jedem Zeitpunkt die Möglichkeit haben die von ihnen durch den\*die Arbeitgeber\*in gesammelten Daten  
44 einzusehen und deren Löschung einzufordern. Dies muss geachtet werden. Wichtig, ist auch, dass alle Mit-  
45 arbeiter\*in-bezogenen Daten bei Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses gelöscht werden bzw. nur als  
46 anonymisierte bzw. aggregierte Daten behalten werden dürfen.

#### 47 **Errungenschaften der Sozialdemokratie verteidigen**

48 Neue Formen von Beschäftigungsverhältnissen stellen zunehmen die Errungenschaften der Arbeiter\*innen-  
49 bewegung wie betriebliche Mitbestimmung in Frage. Insbesondere bei Share-Economy bzw. Gig-Working ent-  
50 stehen Schwierigkeiten bei der Gründung von Betriebsräten, da die Mitarbeiter\*innen wenig miteinander ver-  
51 netzt sind und sich so nur schwerlich über ihre Bedürfnisse und gemeinsamen Ziele austauschen können.  
52 Vor diesem Hintergrund sollten die gesetzlichen Bestimmungen zur Gründung eines Betriebsrates überdacht  
53 werden und gegebenenfalls eine Neuerung zur Bestimmung der Unternehmensgröße eingebracht werden.  
54 Insbesondere bei der Gig- und Plattformökonomie besteht das Problem der Scheinselbstständigkeit, gegen  
55 welches Gegenmaßnahmen ergriffen werden müssen. Wichtig ist eine effektive Aufdeckung und Bekämpfung  
56 der Scheinselbstständigkeit, Mindestlohngarantie, Stunden- statt Stückbezahlung und die Bildung eines Be-  
57 tribsrates sowie die Übernahme der Kosten für Arbeitsmittel.

#### 58 **Flexibilisierung und indirekte Steuerung**

59 Zur veränderten Arbeitswelt gehört auch die nicht zuletzt durch verbesserte Kommunikationstechnologien  
60 ermöglichte Flexibilisierung von Arbeitszeiten. Sich seine Arbeit selbst einteilen, mit dem Lebensumfeld ver-  
61 einbaren – das klingt nach mehr Selbstbestimmung. Im Alltag bedeutet Arbeitszeitflexibilisierung unter kapi-  
62 talistischen Bedingungen allerdings die Erwartung permanenter Verfügbarkeit.

63 Ergebnis der Veränderungen der letzten Jahrzehnte auf dem Arbeitsmarkt ist auch ein neuer Bezug zwischen  
64 Arbeitnehmer\*in und Unternehmen: Der Arbeitsplatz wird als persönliches identitätsstiftendes Projekt darge-  
65 stellt. Selbstverständlich ist es nach wie vor der Zwang der Lebenserhaltung durch Mitarbeit an der Kapital-  
66 vermehrung, der Arbeitende jeden Tag aus dem Bett zum Arbeitsplatz treibt, aber die Verpflichtung spielt sich  
67 heute auch auf einer anderen Ebene ab: Alle gemeinsam schaffen „wir“ den Profit – und nicht nur den Profit,  
68 sondern mehr noch. Denn immer mehr Menschen wird es wichtig, mit ihrer Lohnarbeit neben dem persönli-  
69 chen Lebenserhalt auch eine sinnstiftende Tätigkeit zu verüben. Das Unternehmen bündelt diesen Bedarf und  
70 verbindet ihn, anstatt mit einem allgemeinen gesellschaftlichen Ziel, mit dem Unternehmenszweck.

71 Beides – gesteigerte Selbstbestimmung und das Bedürfnis mit der eigenen Tätigkeit einen gesellschaftlichen  
72 Beitrag zu leisten – kommt in der kapitalistischen, warenproduzierenden Gesellschaft an ihre Grenzen. Weil das  
73 überwiegende Gefühl doch bleibt, dass das Arbeitspensum insgesamt gestiegen ist, die persönliche Bindung  
74 zum Unternehmen enger wird und dennoch die Einflussnahme beschränkt. Selbst in Beteiligungsstrukturen,  
75 wie Betriebsräten ist die Möglichkeit der Einflussnahme letztlich beschränkt durch das Abhängigkeitsverhältnis  
76 zwischen Arbeitgeber\*in und Arbeitnehmer\*in. Denn der\*die Arbeitnehmer\*in ist letztlich auf die Gutmütig-  
77 keit der Vorgesetzten, ferner auf den Arbeitsvertrag und den Lohn angewiesen.

78 Die Potentiale, um die es eigentlich geht, sind letztlich nicht die flexibleren Arbeitszeiten, sondern die verscho-  
79 bene Rollenzuteilung. Den Abwesenheit und Anwesenheit selbst zu regulieren – wenn auch zu Lasten des\*der  
80 Arbeitnehmer\*in – ist nur möglich, weil die Tätigkeit der Menschen im Rahmen ihrer Lohnarbeit selbstbe-  
81 stimmter geworden ist. Es gibt kaum mehr klassische Vorarbeiter\*innen, sondern die Arbeitnehmer\*innen  
82 werden der Norm, die sie irgendwie erreichen müssen, selbst überlassen. Die Unternehmensleitungen ma-  
83 chen sich die neuen produktiven Fähigkeiten der Beschäftigten im Rahmen der indirekten Steuerung zunutze.  
84 Die indirekte Steuerung schafft eine Umwelt, aufgrund deren die Beschäftigten sich in ihren Teams erarbeiten,  
85 was sie zu tun haben. Durch die indirekte Steuerung kontrolliert die Unternehmensleitung also nicht unmit-  
86 telbar die Beschäftigten, sondern ihre Beziehungen, und damit mittelbar, was die Beschäftigten tun. Dadurch  
87 werden die Beziehungen der Beschäftigten untereinander mit dem unternehmerischen Zweck, Gewinne zu  
88 machen, belastet. Dies ist möglich, da die Beziehungen der Beschäftigten eines kapitalistischen Unternehmens  
89 dadurch zustande kommen, dass die Unternehmen die Arbeitskraft der Beschäftigten kaufen und sie kombi-

90 nieren, d.h. die Beschäftigten zusammenbringen. Auf diese Weise gehören die Beziehungen der Beschäftigten  
91 untereinander zunächst den Unternehmen und sind von ihnen bestimmt. Sie übernehmen unternehmerische  
92 Aufgaben, wie etwa die Entwicklung von Strategien, um den Produktionsoll zu erreichen oder sie setzen sich  
93 direkt eigene Ziele, sie koordinieren sich untereinander und mit anderen Abteilungen und sie steuern Ideen  
94 bei, um ihr Arbeitsumfeld und damit die Produktion insgesamt zu erleichtern. Die einzelnen Teams wieder-  
95 um stehen innerhalb des Unternehmens mit ihren Ideen in Konkurrenz um z.B. Finanzmittel. Dem Team ist  
96 der\*die Einzelne moralisch verpflichtet, die Gruppe zum „Mini-Unternehmen im Unternehmen“. Freilich sind  
97 diese Entwicklungen derzeit in der kapitalistischen Logik zu denken. Sie führen dazu, dass Menschen nicht  
98 nur immer erreichbar sein müssen, sondern sich zudem auch noch persönlich für den Erfolg des Unterneh-  
99 mens verantwortlich fühlen. An sich würde die Auseinandersetzung der Beschäftigten mit der gemeinsamen  
100 Arbeitstätigkeit verschiedene Gesichtspunkte umfassen, so etwa ökologische und GenderGesichtspunkte so-  
101 wie soziale und ökonomische Aspekte. Von diesen verschiedenen Gesichtspunkten ist für das Unternehmen  
102 in aller Regel aber nur der des größtmöglichen Profits von Interesse. Die Unternehmensleitungen nutzen also  
103 die Formen indirekter Steuerung dazu, die Auseinandersetzung der Beschäftigten mit ihrer Arbeitstätigkeit  
104 auf den Zweck des kapitalistischen Unternehmens einzuschränken: die Gewinnmaximierung. Dem Bedürf-  
105 nis wirklich sinnstiftend tätig zu sein, kann letztlich allein in einer anderen Gesellschaftsordnung entsprochen  
106 werden. Die Bindung an das Unternehmen kann Grundlage sein, um sich z.B. in einer Produktionseinheit zu  
107 verwirklichen, die in einer Gesellschaft der demokratisierten Produktion Ergebnis gemeinsamer, demokrati-  
108 scher Willensbildung wäre.

### 109 **Die Digitalisierung im Kapitalismus verstehen**

110 Mit der Digitalisierung wurde uns eine verheißungsvolle Zukunft versprochen. Neben vielen Erleichterungen  
111 im Alltag für jene, die es sich leisten können, bekommen wir vor allem wachsende Ungleichheit und mehr Über-  
112 wachung. Die Produktivitätsgewinne durch Digitalisierung, Automatisierung und Robotisierung verstärken ei-  
113 ne grundsätzlich paradoxe Situation: Für eine ständig wachsende Produktion wird immer weniger menschliche  
114 Arbeit benötigt: So hat sich die Arbeitsproduktivität seit den 1970er Jahren in Deutschland und den USA unab-  
115 hängig von regelmäßigen Wachstumskrisen verdreifacht. Doch anstatt dass alle Menschen weniger arbeiten  
116 und mehr Zeit für die schönen Dinge des Lebens haben findet eine verschärfte Verwertung menschlicher Ar-  
117 beit statt, während gleichzeitig ein riesiges Ersatzheer an Erwerbslosen und Prekarisierten von der Teilhabe  
118 an gesellschaftlichen Leben und wachsendem Reichtum ausgeschlossen bleibt.

119 Wenn wir diese Verhältnisse ändern wollen, müssen wir sie versuchen, sie zu begreifen und einzuordnen. Die  
120 aktuellen wirtschaftlich-technologischen Umbrüche und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen sollten hierbei,  
121 wie es oft geschieht, nicht bloß als Resultat einer Reihe von technischen Neuerungen betrachtet werden. Die  
122 technische Revolution ist im Gegenteil vielmehr Ausdruck der Produktivkraftentwicklung des zeitgenössischen  
123 Kapitalismus.

124 Im Laufe der Geschichte ist der menschliche Produktionsprozess ständig effizienter, umfassender und kom-  
125 plexer geworden. Die Menschen haben gelernt, die materielle Grundlage ihres Lebens zu sichern und auszu-  
126 weiten – von Pflug und Gehöft über Dampfmaschine und Großfabrik bis zu 3D-Drucker und Teamarbeit. Marx  
127 bezeichnet diesen Prozess als Entwicklung der Produktivkraft. Dieser Lernprozess kann unbewusst sein. So  
128 entsteht heute schnell der Eindruck, die Digitalisierung sei auf die Erfindungen einiger Genies im Silicon Val-  
129 ley zurückzuführen, während es sich tatsächlich um eine weitreichende Weiterentwicklung der Produktivkraft  
130 handelt.

131 Worauf ist diese Entwicklung zurückzuführen? Die aktuellen Entwicklungen finden ihren jüngsten Ausgang in  
132 einer Neuorganisation der Arbeit, die Mitte des 20. Jahrhunderts begann. Damals standen Unternehmen im  
133 Silicon Valley vor dem Problem, technische Innovationen produzieren zu müssen, von denen niemand wuss-  
134 te, wie sie auszusehen hatten. Die Beschäftigten sollten technologische Produkte in Richtung auf Computer  
135 und Internet erfinden. Die Unternehmen waren aber nicht in der Lage, ihren Beschäftigten Anweisungen zu  
136 geben, wie und was sie erarbeiten sollten – das gewünschte Produkt war schließlich den Vorgesetzten selbst  
137 ebenso unbekannt wie den Beschäftigten. Um mit diesem Problem umgehen zu können, begannen die Be-  
138 schäftigten, sich nicht mehr einzeln, sondern in Teams Gedanken zu machen, wie sie die benötigten Produkte  
139 entwickeln könnten. Aus dieser spontanen Teamarbeit heraus erwuchs nach und nach eine Arbeitsform, in der  
140 die Beschäftigten in Teams zusammenarbeiteten und sich dabei nicht nur Gedanken darüber machten, welche  
141 Innovationen oder Produkte sich ausdenken ließen, sondern unbewusst auch darüber, wie sie am besten zu-  
142 sammenarbeiten sollten, um möglichst viele Innovationen hervorzubringen. Die Unfähigkeit der Unternehmen



143 und Vorgesetzten, den Beschäftigten direkte Anweisungen zu erteilen, führte also dazu, dass die Beschäftig-  
144 ten begannen, sich selber Gedanken über ihre Arbeitstätigkeit zu machen, sowie darüber, was und wie sie  
145 gemeinsam produzieren sollten, und möglichst produktive Formen der Zusammenarbeit zu erarbeiten. Diese  
146 Form des Arbeitens in Teams erwies sich bald als eine überaus produktive. Aus der Not der Unternehmen, Pro-  
147 dukte entwickeln zu müssen, von denen noch niemand eine Vorstellung hatte, haben die Beschäftigten also  
148 eine neue produktive Kraft entwickelt. Sie hatten eine neue Fähigkeit entwickelt, durch die Reflexion über ihre  
149 eigene Arbeit mit möglichst wenig Kraft- und Zeitaufwand eine größtmögliche Menge gesellschaftlichen Reich-  
150 tums zu produzieren. Ausgehend von der erfolgreichen Arbeit in Teams im Silicon Valley verbreitete sich diese  
151 neue Form der Arbeitsorganisation rasch. Die Unternehmen erkannten nach und nach, dass die Beschäftig-  
152 ten wesentlich produktiver arbeiteten, wenn sie keine direkten Weisungen durch ihre Vorgesetzten erhielten,  
153 sondern sich selber mit dem Sinn und der Organisation ihrer Arbeit auseinandersetzten. Hatten einmal einige  
154 Unternehmen die neue Form der Arbeitsorganisation etabliert, waren die anderen Unternehmen gezwun-  
155 gen, dem Beispiel zu folgen, wollten sie nicht hinter der erfolgreicheren Konkurrenz zurückbleiben. Die neue  
156 produktive Kraft der Beschäftigten zwang die Unternehmen so dazu, sich an sie anzupassen. Bisher verlief  
157 die Produktion für einzelne Beschäftigte (also beispielsweise von Arbeiter\*innen in einer Fabrik, Callcenter-  
158 Mitarbeiter\*innen oder Bankangestellten) unbewusst. Es bedurfte daher einer Vermittlung zwischen individu-  
159 eller Arbeitstätigkeit und dem gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozess (also beispielsweise des Bedarfs,  
160 der Produktionsbedingungen, der Marktverhältnisse). Wem diese Rolle zukommt hat sich durch komplexe Ge-  
161 sellschaftsverhältnisse ergeben und in der Geschichte öfters geändert. Bis jetzt waren dies aber in erster Linie  
162 Einzelpersonen, die sie sich die Arbeit Einzelner unterordnen, sodass auch die gesellschaftlichen Verhältnisse  
163 von gewaltsamer Unterordnung bestimmt waren und sind.

164 Im Kapitalismus sind dies nicht mehr Einzelpersonen. Die Produktion orientiert sich vielmehr an einem objekti-  
165 ven Kriterium, dem Profit. Die Unternehmer\*innen haben die Aufgabe, dieses Erfordernis an die Produktion in  
166 ihrem Unternehmen umzusetzen. Da die Produktion immer komplexer wurde, gibt es im Kapitalismus dieses  
167 die Vermittlung von einzelner Arbeit und gesellschaftlicher Gesamtproduktion regelnde Unterordnungsver-  
168 hältnisse nicht mehr in Form von personaler Herrschaft, sondern verdinglicht als Profitprinzip. Nach ihm wird  
169 als objektiver, gesamtgesellschaftlicher Regel die Produktion der Beschäftigten durch die Kapitalist\*innen so  
170 organisiert, dass sie profitabel ist. Diese Unterordnung der Arbeit unter das Kapital findet auf formaler Ebene  
171 durch den Arbeitsvertrag statt, mit der sich die Kapitalist\*in das Recht erkaufen, über die Arbeitskraft der Be-  
172 schäftigten zu verfügen, und auf materieller Ebene durch die Unterordnung der Beschäftigten unter Maschine  
173 und Fließband im Arbeitsprozess.

174 Viele Beschäftigte heutzutage würden sich (zumindest in industrialisierten und post-industriellen Gesellschaf-  
175 ten) in dieser Beschreibung nicht mehr wiederfinden: So arbeiten die meisten Menschen in diesen Ländern  
176 heute im Dienstleistungssektor und ein\*e Arbeiter\*in kann mit einem Computer eine ganze Reihe von Maschi-  
177 nen steuern. Dieser Fortschritt ist auf die Produktivkraftentwicklung zurückzuführen. Sie hat sich, wie wir oben  
178 gesehen haben, in den letzten Jahrzehnten beschleunigt. Die Entwicklung neuer Technologien geht einher mit  
179 (und ist in vielen Fällen auch zurückzuführen auf) die Entwicklung und Etablierung einer neuen Art, Lohnarbeit  
180 zu organisieren, die sich als höchsteffizient erwiesen hat: Beschäftigte werden nicht mehr klare Vorgaben zu  
181 jedem Arbeitsschritt gemacht, sondern sind zunehmend einzeln oder kollektiv im Team dafür verantwortlich,  
182 zu erarbeiten, wie sie profitabel arbeiten. Sie übernehmen also in Teilen die Funktion der Unternehmer\*innen  
183 zwischen der einzelnen Arbeit und dem gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozess zu vermitteln. Dies setzt  
184 voraus, dass sie sich mit der gesellschaftlichen Bedeutung ihrer Lohnarbeit auseinandersetzen. Diese neue Fä-  
185 higkeit wird von den Kapitalist\*innen durch indirekte Steuerung, Teamarbeit und Druck zur Selbstoptimierung  
186 genutzt. Gig economy und die weitgehende Überwachung der Arbeiter\*innenschaft sind ihre konsequente Fol-  
187 ge. Unter den Bedingungen des Kapitalismus sind die Menschen gezwungen, diese neue Fähigkeit nur dazu  
188 zu nutzen, sich mit der Profitabilität ihrer Arbeit auseinandersetzen. Unter anderen Verhältnissen könnten sie  
189 sie aber auch dazu verwenden, die Produktion in Hinblick aufs Geschlechterverhältnis, auf den Umweltschutz,  
190 oder auf die realen Bedürfnisse zu verbessern.

191 Die technischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte stellen die materielle Unterordnung der Arbeit unter das  
192 Kapital zunehmend in Frage. Die die zunehmende Selbstorganisation der Arbeit bietet das Potential, die Pro-  
193 duktion demokratisch und rational zu organisieren. Was fehlt ist die Aufhebung der formellen Unterordnung  
194 der Arbeiter\*innen unter das Kapital.

195 **„Zukunft gestalten“ als Kampfansage**

196 Wenn wir von Digitalisierung und Zukunft der Arbeit sprechen, dürfen wir diese Begriffe nicht nur oberflächlich,  
 197 sondern als Produktivkraftentwicklung, die alle Lebensbereiche umfasst und die darin liegenden Potentiale  
 198 für unsere langfristige politische Arbeit erkennen. Dabei kann unsere Position nicht Technik- und Fortschritts-  
 199 feindschaft sein, sondern muss darauf zielen, technischen Fortschritt in den Dienst des gesellschaftlichen  
 200 Fortschritts zu stellen. Unter den Bedingungen des Kapitalismus wird dies nicht möglich sein.

201 Denn in dieser Gesellschaft werden neue technologische Möglichkeit auch immer dazu genutzt werden, die  
 202 Ausbeutungsverhältnisse zu verschärfen, um dem Verwertungszwang zu genügen. Statt immer invasiverer  
 203 Werbung und Überwachung sollte der Mensch frei sein von einer Öffentlichkeit, die zunehmend auch unse-  
 204 re private Existenz bestimmt. Statt Selbstoptimierungszwang und Selbstausbeutung wollen wir frei sein von  
 205 Arbeit, in wir nicht unsere menschlichen Fähigkeiten in ihrer Gesamtheit entfalten können.

206 Dazu müssen wir uns und andere progressive Kräfte organisieren, unsere Analyse verbessern, und uns die  
 207 richtigen Kämpfe herausuchen. Politik in Sachen neue Technologien darf sich nicht auf die (grundsätzlich  
 208 richtige) Forderung nach dem Ausbau von Infrastrukturen beschränken. Wenn wir unseren Anspruch, Digi-  
 209 talisierung und die Zukunft unserer Wirtschaft gestalten zu wollen, nicht nur als Wahlkampfpphrase, sondern  
 210 als Kampfansage betrachten, dürfen wir nicht bei der (ebenfalls wichtigen) Forderung nach mehr Datenschutz  
 211 und Reglementierung neuer Wirtschaftsfelder aufhören. Wir müssen stattdessen unser Selbstverständnis als  
 212 progressive Partei und als sozialistische Jugendbewegung ernstnehmen. Als Partei bedeutet dies, technologi-  
 213 schen Fortschritt so nutzbar zu machen, dass er allen und nicht nur wenigen Kapitalist\*innen zu Gute kommt.  
 214 Es bedeutet auch zu versuchen zu verhindern, dass die sozialen Errungenschaften der Arbeiter\*innenbewe-  
 215 gung und der Sozialdemokratie nicht noch weiter zersetzt werden. Konkret heißt dies auch, wieder mehr auf  
 216 betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit zu setzen, und zu versuchen, gezielt Bewusstsein unter Arbeiter\*in-  
 217 nen und Angestellten zu schaffen, dass sie, die für das gleiche Unternehmen arbeiten, auch ein gemeinsames  
 218 Interesse haben.

219 Für uns als Sozialist\*innen muss dies heißen, zu verstehen, dass es sich hier um eine nicht nur oberflächliche  
 220 Veränderung der Wirtschaft handelt, sondern um eine Entwicklung der Produktivkraft im Kapitalismus. Es  
 221 bedeutet auch die Einsicht, dass nur durch demokratische und koordinierte, also sozialistische Produktion der  
 222 technische Fortschritt langfristig wirklich in den Dienst aller gestellt werden kann.

223 Und es bedeutet, den Mut zu haben, für eine demokratische, sozialistische Zukunft zu kämpfen.

224 Dies ist ein Analyseantrag. Er hat zum Ziel, die Debatte insbesondere im Hinblick auf den Linkswendekongress  
 225 2019 weiter zu intensivieren.

226 Insofern grenzt er sich zu den anderen Forderungsanträgen ab. Die Eckpunkte fassen wir als Forderungen wie  
 227 folgt zusammen:

#### 228 **Konkret fordern wir:**

- 229 • Technologie und Digitalisierung ihren Potentialen für eine neue Gesellschaftsordnung nach zu unter-  
 230 suchen und dem ausbeuterischen Effekt der Nutzbarmachung im Kapitalismus gegenüberzustellen
- 231 • Technologie und Digitalisierung sind für uns kein Selbstzweck, sondern dienen dem Menschen
- 232 • In unserer politischen Arbeit wir der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Analyse wieder mehr Raum  
 233 einzuräumen
- 234 • Den Entwurf einer demokratisch-sozialistisch organisierten Produktion und Gesellschaft ausgehend  
 235 von dieser Analyse und der Beschlusslage insbesondere „Arbeitswelt(en) 4.0“ und „Kapitalismus 4.0“  
 236 der Jusos weiter auszuarbeiten
- 237 • die umfassende Demokratisierung der Produktion
- 238 • uns für konkrete Veränderungen entsprechend unserer Analyse in progressiven Bündnissen einzuset-  
 239 zen
- 240 • Insbesondere die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften zu intensivieren
- 241 • Schutzmechanismen gegen die Ausbeutung im digitalen Kapitalismus, wie etwa durch einen effektiven  
 242 Datenschutz, Arbeitszeitbegrenzung und Erreichbarkeitsregulationen, sowie Arbeitnehmer\*innen

# B10

<b>Titel</b>	No mail on holiday. Einführung einer Nicht-Erreichbarkeitsregelung für Arbeitnehmer*innen.
<b>AntragstellerInnen</b>	Rheinland-Pfalz

---

## No mail on holiday. Einführung einer Nicht-Erreichbarkeitsregelung für Arbeitnehmer\*innen.

1 Wir fordern die Festsetzung einer Nicht-Erreichbarkeit der Arbeitnehmer\*innen während deren gesetzlichen,  
2 tariflichen und/oder vertraglichen Urlaubszeiten im Bundesurlaubsgesetz. Diese Regelung bezieht sich neben  
3 Anrufen vor allem auf E-Mails, die der\*die Arbeitnehmer\*in während dieser Zeit erhalten würde. Arbeitge-  
4 ber\*innen soll es unter Strafe verboten werden, sich mit geschäftlichen Anliegen außerhalb der Arbeitszeit  
5 an den\*die Arbeitnehmer\*innen zu wenden, außer in im Gesetz festzulegenden Ausnahmefällen. Zusätzlich  
6 hat der\*die Arbeitgeber\*in darauf hinzuwirken, dass auch Mitarbeiter\*innen und Kund\*innen diese Rege-  
7 lung respektieren. Darüber hinaus setzen wir uns für eine grundsätzliche Nicht-Erreichbarkeitsregelung für  
8 Arbeitnehmer\*innen ein, die ein individuelles Recht auf Nicht-Erreichbarkeit gewährleistet und keine starren  
9 Vorgaben diktiert. Unabhängig vom Urlaub dürfen keine die Arbeit betreffenden E-Mails auf private E-Mail  
10 Konten verschickt werden. Analog dazu sind Feierabend- und Ruhezeiten zu betrachten. Die Erholung der Ar-  
11 beitnehmer\*innen findet nicht nur in den gesetzlichen Urlaubszeiten statt, sondern zum überwiegenden Teil  
12 auch in den alltäglichen Feierabendzeiten. So müssen insbesondere diese Erholungsstunden gesetzlich ge-  
13 schützt und somit den Arbeitnehmer\*innen eine weitere Möglichkeit gegeben werden sich vom Arbeitsalltag  
14 zu erholen

# B17

**Titel** Mindestlohn für alle – auch für Jugendliche!

**AntragstellerInnen** JSAG über Bundesvorstand

---

## Mindestlohn für alle – auch für Jugendliche!

- 1 Die SPD soll sich dafür einsetzen, dass der Mindestlohn auf alle Arbeitsverhältnisse und insbesondere auf die  
2 für diesen bisher nicht anspruchsberechtigten Personen, einschließlich Jugendlichen (nach Geltungsbereich  
3 des JArbSchG) ausgeweitet wird. Der gesetzliche Mindestlohn soll auch für Arbeitnehmer\*innen ab 13 Jahren  
4 gelten. Ausbildungsverhältnisse sind davon nicht betroffen. Auch bei einer Erhöhung des gesetzlichen Min-  
5 destlohns soll Jugendarbeit inbegriffen sein.
- 6 Mit der Einführung des Mindestlohns wurde die Lebenssituation von circa 3,5 Millionen Beschäftigten in  
7 Deutschland verbessert. Über 2 Millionen Beschäftigte haben keinen Anspruch auf den Mindestlohn, viele  
8 davon sind Jugendliche. Ihre Löhne bleiben unberührt, weil der Mindestlohn erst ab 18 Jahren greift. Die-  
9 ser Totalausschluss von Jugendlichen ist in Europa einmalig. Da in den meisten Bereichen minderjährige und  
10 volljährige Arbeitnehmer\*innen vergleichbare oder gleiche Arbeit leisten, ist es nur gerecht, die Gehälter an-  
11 zugleichen und Jugendliche gerecht zu entlohnen. Junge Arbeitnehmer\*innen sind nicht weniger produktiv.  
12 Arbeitgeber\*innen erwarten von minderjährigen Arbeitskräften die gleiche Leistung wie von ihren volljährigen  
13 Mitarbeiter\*innen. Auch wenn Jugendliche während ihrer Schul- oder Ausbildungszeit arbeiten, muss dies mit  
14 angemessener Bezahlung gewürdigt werden. Aktuell können Arbeitgeber\*innen ihre Löhne beliebig wählen  
15 ohne sich an einem gesetzlich festgelegten Wert orientieren zu müssen. In bestimmten Branchen werden Stel-  
16 len nun vermehrt mit Jugendlichen oder Langzeitarbeitslosen besetzt, um den Mindestlohn zu umgehen. Diese  
17 werden dann nach Ablauf der Frist ausgetauscht. Vergleiche aus anderen Ländern belegen diesen Effekt (z. B.  
18 Einzelhandel in Dänemark). So entstehen ungerechte Verhältnisse, deren Auswirkungen schlechter bezahlte  
19 Jugendliche täglich erfahren. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) von 2006 schließt aus, dass bei  
20 der Festlegung eines Beschäftigungsverhältnisses und dem damit verbundenen Entgelt zu Benachteiligungen  
21 aus Gründen des Alters kommt.
- 22 Als SPD setzen haben wir den Mindestlohn errungen. Arbeit gehört zum menschenwürdigen Leben, aber sie  
23 muss auch menschenwürdig sein. Das beinhaltet vor allem auch gerechte Bezahlung. Die Aufgabe sozialisti-  
24 scher Politik muss es sein, das Gleichbehandlungsgesetz konsequent umzusetzen, sodass jeder Mensch, un-  
25 abhängig seines Alters, eine faire Bezahlung erhält.
- 26 Gleiches Recht und gleiches Geld für gleiche Arbeit!

# C Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

## C Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

C1	Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg, Berlin	Gerechte Politik – Gleichwertige Lebensverhältnisse Sozialdemokratische Politik in Ostdeutschland: Perspektiven, Chancen, Schlussfolgerungen	18
C2	Nord-Niedersachsen	Verpflichtende Vergütung für in Prüfungsordnungen festgeschriebene Praktika	27
C3	Baden-Württemberg	Duale Berufsausbildung fit für die Zukunft machen	28
C6	Bremen	Studienbeginn für junge Menschen aus einkommensschwachen Familien erleichtern	29
C11	Bayern	Starke JAV – Gute Ausbildung	30

# C1

<b>Titel</b>	Gerechte Politik – Gleichwertige Lebensverhältnisse Sozialdemokratische Politik in Ostdeutschland: Perspektiven, Chancen, Schlussfolgerungen
<b>AntragstellerInnen</b>	Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg, Berlin

---

## Gerechte Politik – Gleichwertige Lebensverhältnisse Sozialdemokratische Politik in Ostdeutschland: Perspektiven, Chancen, Schlussfolgerungen

### 1 I. Analyse

2 Die Krise der Sozialdemokratie in der Bundesrepublik ist ganz besonders eine Krise der SPD in Ostdeutschland. Die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl verdeutlichen, dass die SPD gerade im Osten zusehends an Boden verliert und in stärkerem Maße als im Westen Deutschlands um ihre Rolle im Parteiensystem fürchten muss. Gegenüber der Bundestagswahl 2002 hat die Sozialdemokratie mittlerweile fast zwei Drittel ihres Stimmenanteils eingebüßt. Wo einst flächendeckend Direktmandate gewonnen wurden, ziehen nicht mal mehr eine Handvoll Abgeordnete pro Landesverband ein. Sofern die SPD wieder bundesweit Wahlen gewinnen will, muss sie auch wieder im Osten Fuß fassen. Gute Ergebnisse im Osten sind sicherlich keine hinreichende, aber definitiv eine notwendige Bedingung für bundesweite Wahlerfolge. Das gewaltige Potenzial wird durch einzelne – oftmals personalisierte – Wahlerfolge auf Landesebene unterstrichen.

11 Auch 28 Jahre nach der politischen Wiedervereinigung unterscheidet sich die politische und gesellschaftliche Landschaft im Osten merklich von der im Westen. Persönliche Erfahrungen aus der DDR- und Wendezeit prägen viele Menschen und ihre Nachkommen bis heute. Der Zusammenbruch des SED-Regimes hatte nicht nur das Ende eines diktatorischen und keineswegs emanzipatorischen Staates zu Folge, sondern fegte auch die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen davon. In einem selten da gewesenen Tempo verschwanden Massenorganisationen, wurden gesellschaftliche Eliten ausgetauscht und neue Strukturen aufgebaut. Besonders prägend war allerdings der wirtschaftliche Zusammenbruch. Innerhalb kürzester Zeit zog flächendeckende Massenarbeitslosigkeit ein, die auch durch vielerlei arbeitsmarktpolitische Instrumente nicht eingedämmt werden konnte. Ostdeutschland wurde aufgrund einer beinahe ungehemmten Privatisierungs- und Niedriglohnpolitik schon in den neunziger Jahren zu einem neoliberalen Experimentierfeld fast ungeahnten Ausmaßes. Das anschließend in der Regierungszeit von SPD und Grünen bundesweit eingeführte Hartz IV-System demütigte vor allem viele Arbeitssuchende in Ostdeutschland, die ohne jede Perspektive in staatlich verordnete Armut gedrängt wurden. Auch der Beschäftigungszuwachs der vergangenen Jahre kann mit Blick auf die katastrophale Tarifbindung, den hohen Anteil von Leih- und Zeitarbeit und den eklatanten Lohnabstand zu Westdeutschland nicht überzeugen.

26 Die beschriebenen Entwicklungen führten nicht nur zu einer rasanten Abwanderungsbewegung, sondern setzten sich auch in den Köpfen der Menschen fest: Das Vertrauen in die Politik insgesamt und die SPD im Besonderen schwand rasant. Die in der Wendezeit geschaffenen demokratischen Strukturen blieben vergleichsweise schwach und ein Gefühl der Entfremdung macht sich bis heute breit. Dafür stehen die oft überproportionale Besetzung von Spitzenämtern mit Menschen aus den alten Bundesländern, mit den persönlichen Biographien. Historische Grundlagen und gesellschaftliche Entwicklungen begünstigten auch ein ganz eigenes ostdeutsches Parteiensystem, das lange Zeit durch eine breite Unterstützung der Linkspartei/PDS, nun aber vor allem durch eine extrem starke AfD gekennzeichnet wird. Aber auch in einzelnen Sachfragen – sei es zum Thema Gemeinschaftsschule oder zum Umgang mit Russland – sind die spezifischen Meinungsunterschiede zwischen Ost

35 und West nach wie vor unverkennbar.

36 Ein weiterer Unterschied betrifft das Verhältnis zwischen den Geschlechtern: In Ostdeutschland haben mehr  
37 Frauen gearbeitet. Die DDR war dabei kein feministisches Paradies: häufig mussten die Ehefrauen arbeiten  
38 und den Haushalt schultern, auch hier waren sie seltener in Führungspositionen als Männer. Dennoch ist  
39 die Ungleichheit in Ostdeutschland geringer: so ist bspw. der Gender-Pay-Gap hier bis heute geringer, als im  
40 Westen.

41 Die Aufarbeitung der Nachwendezeit und die Anerkennung offenkundiger Ungerechtigkeiten sind grundsätz-  
42 lich richtige und wichtige Anliegen. Dem sollte sich auch die weitere SPD annehmen. Zugleich muss die Sozi-  
43 aldemokratie aber auch konkrete Lösungen für konkrete Probleme anbieten. Allgemeine Floskeln und reines  
44 Zuhören entsprechen nicht unserem Anspruch an sozialdemokratische Politik. Wenn die Umgestaltung der  
45 Vermögens-, Einkommens- und Machtverhältnisse vollkommen zurecht gefordert wird, muss die SPD Mittel  
46 und Wege aufzeigen, wie dies tatsächlich gelingen kann. Nur so kann diese Debatte auch für jüngere Men-  
47 schen, die keine persönliche Erinnerungen an die DDR- und Wendezeit haben, wirklich gewinnbringend wer-  
48 den.

49 Triebfeder für diese inhaltliche Forderungen muss die SPD im Osten selbst sein. Trotz eklatanter Struktur-  
50 schwächen – die Mitgliederzahl liegt bezogen auf die Bevölkerungszahl ein Vielfaches unter der in West-  
51 deutschland – ist das Potenzial dafür da. Auch in der Vergangenheit hat die Ost-SPD gesellschaftlich einiges  
52 bewegt, gute Wahlergebnisse errungen und nicht zuletzt maßgeblich zum Aufbau der Demokratie in diesem  
53 Landesteil beigetragen. Die SDP war 1989 zunächst eine im Untergrund gegründete Bewegung, die auf ganz  
54 andere politische Formate setzte und aus naheliegenden Gründen Themen wie z.B. der gesellschaftlichen Frei-  
55 heit einen größeren Stellenwert einräumte. Parteiarbeit im Osten findet aber auch heute noch anders statt und  
56 kann dahingehend auch Vorbild für eine Parteistruktur sein.

57 Zugleich ist unverkennbar, dass es gelungen ist, mehr junge Menschen in die Parteiarbeit einzubinden und  
58 den Rückgang der Mitgliederzahlen zu begrenzen oder gar aufzuhalten.

59 Wenn die SPD ihrem Anspruch als flächendeckend bedeutende politische Kraft beibehalten will, muss sie vor  
60 allem ihre eigenen Strukturen in Ostdeutschland ernst nehmen. Dabei geht es nicht in erster Linie um finan-  
61 zielle Almosen, sondern um eine Repräsentanz an politisch relevanten Stellen und einen inhaltlichen Fokus  
62 auf für Ostdeutschland relevante Themen. Dafür braucht es einen klaren jungsozialistischen Kompass, damit  
63 Verteilungs- und eben keine Identitätsfragen im Zentrum der Debatte stehen.

## 64 **II. Organisationspolitik**

65 Sozialdemokratische und jungsozialistische Arbeit ist auf ein Mindestmaß an Strukturen angewiesen. Dies gilt  
66 umso mehr in Landesverbänden und Bezirken, die zum einen große Flächen abdecken, in denen zum anderen  
67 sozialdemokratische Politik durch eine geringe Zahl an SPD-Mitgliedern, Landtags- und Bundestagsabgeord-  
68 neten nicht flächendeckend präsent ist. Dies trifft – leider – insbesondere, wenn auch nicht nur auf den Osten  
69 Deutschlands zu. Um zu gewährleisten, dass die SPD überall präsent ist, muss auch bei Listenaufstellungen  
70 71 auf eine ausgewogene Verteilung geachtet werden.

71 Bei Listenaufstellungen muss darauf geachtet werden, dass sowohl der Listenvorschlag, als auch eine aus die-  
72 sem resultierende sozialdemokratische Fraktion verschiedene Perspektiven berücksichtigt und verschiedene  
73 Menschen anspricht. So müssen bspw. Junge Menschen und Frauen\* Teil unseres Angebotes sein, aber eben  
74 auch die ostdeutsche Sicht auf Politik. Die Fraktionen müssen darauf achten, dass sie auch in Regionen präsent  
75 sind, aus denen kein\*E Abgeordnet\*E kommt.

### 76 1. Hauptamtliche Strukturen ausbauen – Ehrenamt unterstützen

77 Gerade in den ostdeutschen Landesverbänden wird die ehrenamtliche Arbeit von einer verhältnismäßig klei-  
78 nen Anzahl von Jusos getragen. Dabei kommt erschwerend hinzu, dass diese zumeist auch unter Doppel- oder  
79 Dreifachbelastung stehen, wenn die Arbeit in den SPD-Strukturen und eventuelle kommunale Mandate hin-  
80 zutreten.

81 Gerade unter diesen Voraussetzungen sind hauptamtliche Juso-Strukturen zwingend erforderlich, um eine  
82 kontinuierliche jungsozialistische, feministische und antifaschistische Arbeit zu gewährleisten. Oft sind die  
83 SPD-Landesverbände aber selbst finanziell nicht in der Lage, solche Strukturen in angemessenem Umfang  
84 zu unterhalten – von Strukturen für die Juso-Landesverbände ganz zu schweigen. Deshalb fordern wir von der

85 Bundes-SPD finanzielle Hilfen für die Landesverbände, um die Arbeitsfähigkeit der Jusos bundesweit langfristig  
86 zu erhalten (und perspektivisch auszubauen). Wir bleiben bei unserer Forderung vom Bundeskongress 2017:  
87 Eine volle Stelle pro Juso-Landesverband bzw. Bezirk.

88 Eine Schlüsselposition für Stärkung der Sozialdemokratie in Ostdeutschland kann und soll die Stelle der\*des  
89 Ostbeauftragten des Parteivorstandes sein. Wir begrüßen die Einrichtung dieser Position und erwarten, dass  
90 die\*der Ostbeauftragte eine starke politische Stimme für die ostdeutschen Perspektiven in der Debatte in-  
91 nerhalb der SPD und der Öffentlichkeit sein wird. Wir begrüßen den in Wiesbaden beschlossenen Prozess für  
92 die Erstellung eines „Zukunftsprogramm Ost“ ausdrücklich und werden ihn kritisch-konstruktiv begleiten und  
93 darauf achten, dass auch die Sicht unserer Generation berücksichtigt wird.

94 Im Rahmen der Evaluation und Reform der Parteischule muss darauf geachtet werden, dass es weniger  
95 Spitzen- und mehr Breitenförderung, insbes. für die mittlere Funktionärebene und mit speziellem Fokus auf  
96 Frauen, angeboten wird. Ziel muss es sein, diejenigen Genoss\*innen zu unterstützen, die vor Ort die Hauptlast  
97 der Arbeit tragen.

98 Wir werden unseren Teil zur Stärkung der Ostdeutschen Landesverbände beitragen. Die 2018 begonnene  
99 Vernetzung insbes. von unseren Funktionär\*innen fortsetzen.

## 100 2. Finanzen

101 Mit der geringen Mitgliederzahl der ostdeutschen Landesverbände geht auch eine geringe finanzielle Ausstat-  
102 tung einher. Deshalb darf es – auch bei einer sich möglicherweise zukünftig verschlechternden finanziellen  
103 Lage der SPD insgesamt – keine Kürzungen der finanziellen Mittel für die ostdeutschen Landesverbände ge-  
104 ben. Vielmehr sollten zukünftig bei der innerparteilichen Verteilung finanzieller Mittel weitere Aspekte neben  
105 der Mitgliederzahl stärker gewichtet werden.

106 Zum einen sollte hierbei stärker (im Sinne einer Strukturförderung) auf die Belange von strukturschwachen  
107 Landesverbänden, Bezirken, aber auch einzelnen Regionen geachtet werden. Dies betrifft ausdrücklich nicht  
108 nur die ostdeutschen Landesverbände, sondern auch viele Regionen in Westdeutschland.

109 Zum anderen muss gerade bei der Unterstützung von Wahlkämpfen berücksichtigt werden, dass auch struk-  
110 turschwächere Verbände dennoch erfolgreich sein können. So sind z.B. die ostdeutschen Verbände in allen  
111 sechs Landesregierungen vertreten; drei der insgesamt sieben SPD-Ministerpräsident\*innen kommen aus die-  
112 sen Verbänden. Dies muss sich auch in der finanziellen Ausstattung von Wahlkämpfen widerspiegeln. Gleich-  
113 zeitig muss darauf geachtet werden, dass aktuell gut arbeitende Strukturen auch in Zukunft in der Lage bleiben,  
114 diese Qualität halten zu können. Wir wollen eine Partei sein, die überall präsent ist.

## 115 3. Mehr Juso-Veranstaltungen in Ostdeutschland

116 Um die Präsenz sozialdemokratischer und jungsozialistischer Politik im Osten zu verstärken, sehen wir zu-  
117 gleich auch den Juso-Bundesvorstand in der Pflicht. Der Bundeskongress alle vier Jahre ist hierzu längst nicht  
118 ausreichend. Wir werden daher, verstärkt auch Debattencamps, Projektwochenenden und ähnliche Veran-  
119 staltungen in Ostdeutschland stattfinden lassen. Einen Anfang macht das erste Verbandswochenende im Jahr  
120 2019.

## 121 4. Themenforen

122 Mit der Einrichtung der Ostvernetzung auf Juso-Ebene haben wir einen wichtigen Schritt zu einer stärkeren Zu-  
123 sammenarbeit getan. Unser Ziel muss es aber auch sein, die „ostdeutschen“ Probleme, Themen und Lösungs-  
124 ansätze über dieses Format hinaus in der Sozialdemokratie zu verankern. Deshalb fordern wir die Einrichtung  
125 von Themenforen, die sich mit diesen Themen, aber auch mit der Lage und der Entwicklung der Sozialde-  
126 mokratie in Ostdeutschland befassen. Hierin kann auch eine wichtige Unterstützung der Arbeit der bzw. des  
127 Ostbeauftragten liegen.

## 128 5. Öffentlichkeitsarbeit

129 Für eine gute politische Öffentlichkeitsarbeit ist professionelle Social-Media-Arbeit unverzichtbarer denn je.  
130 Hier fehlt es leider auch den hauptamtlichen Mitarbeiter\*innen in den Landes- oder Unterbezirksgeschäfts-  
131 stellen an Know-How, an Erfahrung und an Ausstattung. Für uns ist deswegen klar: Im Rahmen des notwendi-  
132 gen Ausbaus hauptamtlicher Strukturen ist Wert auf eine deutliche Erhöhung der Social-Media-Kompetenzen



133 zu legen. Zusätzlich sollten von der Bundes-SPD – im Rahmen der Parteischule oder in einem eigenen Format  
134 – Schulungen für Haupt- und Ehrenamtliche angeboten werden.

135 Gerade in strukturschwachen Räumen ist Social Media aber längst nicht alles. Vielmehr bedarf es – insbeson-  
136 dere in Zeiten zunehmender Staats- und Demokratieverachtung – eines offensiven Auftretens gerade der her-  
137 ausgehobenen politischen Akteure. Wir fordern daher die Parteispitzen von Bundes- und Landesverbänden  
138 sowie die sozialdemokratischen Minister\*innen auf Bundes- und Landesebene auf, gerade auch in struktur-  
139 schwachen Regionen Präsenz zu zeigen und Gesprächsformate anzubieten. Nur so kann verloren gegangenes  
140 Vertrauen – in die Demokratie allgemein und die Sozialdemokratie im Besonderen – langsam zurückgewonnen  
141 werden.

### 142 **III. Arbeit / Soziales**

143 In Ostdeutschland bestehen besondere Voraussetzungen, in der Arbeits- und Sozialpolitik. In der ehemaligen  
144 DDR herrschte so gut wie Vollbeschäftigung. Doch durch den Anpassungsprozess nach Wende wurden viele  
145 Betriebe in Ostdeutschland geschlossen, was bei vielen Menschen zu einer gebrochenen Erwerbsbiographie  
146 führte. Die Zielstellung unseres Handelns ist dabei die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisses in der gesam-  
147 ten Republik.

148 Auch im Privatleben führte dies zu Verwerfungen. Der Verlust an sozialer Sicherheit durch die Hartz-  
149 Gesetzgebung war hier besonders hoch. Gerade wenn die Sozialdemokratie gerade im Osten wieder  
150 Vertrauen aufbauen will, ist eine Abkehr von Hartz IV eine zwingende Notwendigkeit.

#### 151 1. Für einen attraktiven Arbeitsmarkt und gerechte Perspektiven in den neuen Bundesländern

152 Die neuen Bundesländer sind gezeichnet von einem stärkeren demographischen Wandel, als dies in den al-  
153 ten Bundesländern der Fall ist. Hinzu kommt eine Flucht in die Städte (bzw. deren Speckgürtel) von jungen  
154 Menschen und jungen Familien. Je weniger junge Menschen in einer Region leben, desto unattraktiver ist dies  
155 für Unternehmen, sich dort anzusiedeln. Dies führt in der Summe dazu, dass sich viele ländliche Räume in  
156 einem ökonomischen und demographischen Teufelskreis befindet. Diese doppelte Problematik trifft auf alle  
157 ostdeutschen Flächenländer zu.

158 Hinzu kommt, dass Ostdeutschland jahrelang als Dumping-Lohn-Land galt und die Menschen dies aus Alter-  
159 nativlosigkeit heraus akzeptierten. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gilt für uns auch hier: Wir brauchen die  
160 Lohnangleichung zwischen Ost und West. Hierzu muss auch die Wochenarbeitszeit in den Blick genommen  
161 werden. Es kann nicht sein, dass quer durch alle Branchen in Ostdeutschland mehr gearbeitet wird, als im  
162 Westen. Gleichzeitig muss darauf geachtet werden, nicht die negativen Effekte des Angleichungsprozesses zu  
163 verstärken: Der Gender-Pay-Gap in Ostdeutschland wird langsam größer. Er gleicht sich dem Westen an. Diese  
164 Entwicklung muss gestoppt und die Lohnlücke geschlossen werden.

165 Dass die Löhne im Osten schlechter sind als im Westen, liegt unter anderem am schlechteren Organisati-  
166 onsgrad der Gewerkschaften in den neuen Bundesländern. Die besseren Tarife und die daran gekoppelten  
167 Reallöhne sind auch im Westen nicht vom Himmel gefallen. Mit steigendem Organisationsgrad wächst in der  
168 Regel auch das Konfliktpotential, welches notwendig ist, um bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Aufga-  
169 be der SPD muss es sein, die Gewerkschaften als Vorfeldorganisation für bessere Arbeitsbedingungen auch  
170 öffentlich wieder stärker zu betonen. Denn um die Arbeitsbedingungen im Osten der Republik auf das Niveau  
171 im Westen zu hieven, ist auch Aufgabe der betroffenen Arbeitnehmer\*innen.

172 Wir müssen sie aber dabei unterstützen: Die Politik der SPD muss auch aufgrund ihrer eigenen Geschichte  
173 die Menschen zu einem stärkeren Engagement ermutigen. Die Partei allein wird es ohne tatkräftige Unter-  
174 stützung der Arbeitnehmer\*innen nicht schaffen, eigenständig eine Lohnangleichung der Neubundesländer  
175 auf Westniveau zu vollziehen. Die Einführung des Mindestlohns war ein guter Anfang, wir dürfen hier aber  
176 nicht stehen bleiben. Die Tarifbindung insgesamt muss gestärkt werden: Die Möglichkeit zur Mitgliedschaft in  
177 Arbeitgeber\*Innen-Verbänden ohne Tarifvertrag muss abgeschafft werden. Auch wollen wir die Hürden für  
178 die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen deutlich absenken. Schließlich muss die Vergabe  
179 öffentlicher Aufträge in allen Bundesländern und Kommunen an einen vernünftigen Vergabemindestlohn ge-  
180 knüpft sein.

181 Auch muss sich die Politik stärker für die Ansiedlung von Industrie in Ostdeutschland einsetzen. Dies kann  
182 man durch gezielte Werbung für die Regionen erfolgen, aber vor allem durch Verbesserungen der Infrastruk-

183 tur.

184 Bundeseinrichtungen sollen in den kommenden Jahren gezielt in Ostdeutschland geschaffen werden, wobei  
185 bei den Neueinstellungen gezielt Menschen vor Ort bevorzugt werden sollen.

186 Auch die Vergütung der Auszubildenden ist stark von den Branchen abhängig und vom Mindestlohn ausge-  
187 nommen. Wir bekräftigen daher die Forderung nach der Einführung einer Mindestauszubildendenvergütung.  
188 Um weitere Erleichterungen für die Auszubildenden zu schaffen, ist darauf hinzuwirken, landesweit gültige  
189 Azubi-Tickets einzuführen, da die regionale Versorgung mit Berufsschulen vielerorts nicht gegeben ist.

190

191 Mit der Einführung von Hartz IV hat die Bundesrepublik unter besonderer Verantwortung der Sozialdemo-  
192 kratie gerade auch in Ostdeutschland gesellschaftlich negative Folgen hervorgerufen. Die Quote an Grundsich-  
193 erungsempfängerInnen ist hier besonders hoch. Der Strukturwandel nach der Deutschen Einheit bedingte  
194 auch in diesem Zusammenhang einiges: Eine Umverteilung nach Westen; eine Umverteilung von unten nach  
195 oben; und nicht zuletzt ist dieser bis heute mitverantwortlich für das höhere Armutsrisiko in den ostdeutschen  
196 Bundesländern.

197 Für uns Jusos ist klar, dass wir Hartz IV abschaffen werden und dies eine Hauptaufgabe unserer Partei in  
198 Regierungsverantwortung sein muss. Wir werden innerhalb und außerhalb der Parlamente uns gesondert für  
199 diejenigen einsetzen, die von Grundsicherungsleistungen betroffen sind. Gerade für Ostdeutschland ist die  
200 Abschaffung des Prinzips der Bedarfsgemeinschaften und die Einführung von individuellen Ansprüchen, die  
201 das soziokulturelle Existenzminimum abdecken und in das niemals mit Sanktionen eingegriffen werden darf,  
202 von besonderer Bedeutung. Auch fordern wir einen deutlichen Anstieg des Niveaus staatlicher Leistungen an  
203 Menschen, die von Armut und/oder Arbeitslosigkeit betroffen sind.

204 Das wichtigste Mittel zur Konfliktfähigkeit der Gewerkschaften in Ostdeutschland ist ein zu verbessernder Or-  
205 ganisationsgrad. Das heißt für uns Jungsozialist\*innen muss klar sein, dass wir die Gewerkschaften aktiv un-  
206 terstützen und möglichst auch Mitglieder in einer DGB-Gewerkschaft sind.

## 207 2. Gute Rente

208 Wir begrüßen ausdrücklich die endlich – viel zu spät – erfolgte Angleichung der Rentenberechnung in Gesamt-  
209 deutschland. Aber wir wissen: ohne gute Arbeit gibt es keine gute Rente. Eine Folge des im Osten niedrigeren  
210 Lohnniveaus ist, dass auch bei gleicher Berechnung die Rentner\*innen in Ostdeutschland im Regelfall weni-  
211 ger Geld zur Verfügung haben werden. Betriebsrenten oder kapitalgedeckte Modelle wie Riester helfen hier  
212 wenig.

213 Eine gerechte Rentenpolitik ist umlagefinanziert. Sie muss aber ein Leben im Alter über dem Existenzminimum  
214 ermöglichen. Ziel muss die lebensstandartsichernde und armutsverhindernde Rente sein. Gerade letzteres  
215 wird nur zu erreichen sein, wenn man die Grundsicherung und die Vermögensfreibeträge deutlich anhebt  
216 und Hürden für die Beantragung senkt.

## 217 **IV. Ländliche Räume, Staatsaufgaben, Umverteilung**

218 Gleichwertige Lebensverhältnisse umfassen aber auch andere Politikbereiche. Offensichtlich ist das im Um-  
219 gang vielen ländlichen Räumen. Das Problem greift aber weiter: Besonders aber nicht nur im Osten Deutsch-  
220 lands merken wir schwindendes Vertrauen in öffentliche Strukturen. Dem wollen wir entgegenwirken. Das  
221 gelingt nur mit einer handlungsfähigen und gerechten Politik.

### 222 1. Ländliche Räume und Präsenz des Staates

223 Deutschland ist geprägt von ländlichen Räumen, das betrifft sowohl Ost- als auch Westdeutschland. Dabei  
224 definiert die Raumordnungsstruktur, die wir als ländlichen Raum bezeichnen, keinen einheitlichen Begriff.  
225 Es gibt deutliche Unterschiede in der Ausgestaltung und die Zuordnung entspricht daher nicht automatisch  
226 einer erkennbar deutlichen Strukturschwäche. So ist zum Beispiel der ländliche Raum in großen Teilen Baden-  
227 Württembergs wirtschaftlich sehr gut aufgestellt und bietet in dessen Folge sehr gute Lebensbedingungen.  
228 Anders sieht es beispielsweise in Westniedersachsen aus. Im besonderen Maße sind jedoch auch die ostdeut-  
229 schen ländlichen Gebiete von der Problematik betroffen – hier trifft die Strukturschwäche vollends zu.

230 Für uns Jusos ist es eine staatliche Verpflichtung gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland und in  
231 allen Regionen herzustellen, seien sie urban oder ländlich strukturiert. Wir wollen dabei keine Region gegen  
232 eine andere ausspielen, sondern auf Augenhöhe die berechtigten Forderungen nach strukturellen Hilfen ernst  
233 nehmen. Letztlich ist es unser Ziel, für alle Menschen das gute Leben zu ermöglichen – auch in ländlichen  
234 Räumen und auch in Ostdeutschland.

235 Problematisch ist hierbei, dass viele ländliche Räume durch einen Teufelskreis bedroht werden. Die Struktur-  
236 schwäche führt zum Bevölkerungsrückgang und umgekehrt, woraufhin die Daseinsvorsorge und Nahversor-  
237 gung in unmittelbarer Nähe verschwindet und sich der Staat zurückzieht. Diesen Prozess gilt es zu stoppen.  
238 Gerade die teils subjektive aber vielfach auch objektive Betrachtung, dass sich der Staat aus vielen ländli-  
239 chen Räumen zurückzieht, führt zu einem Gefühl des Abgehängt-Seins. Abgehängt von der Unterstützung der  
240 öffentlichen Hand, von der Versorgung durch lokale Einrichtungen und der Nähe der Institutionen bzw. Ver-  
241 waltung. Für uns Jusos ist klar: Die staatliche Präsenz muss zurück in die ländlichen Räume. Das Gefühl des  
242 Abgehängt-Seins müssen wir bekämpfen. Wir müssen es auch schaffen vielen ländlichen Räumen für Frauen  
243 wieder attraktiver zu gestalten. Statistiken zeigen immer wieder das viele ländliche Räume einen Männerüber-  
244 schuss aufweisen.

245 Wir müssen vermehrt die interkommunale Zusammenarbeit zur Anwendung bringen, um Aufgaben, die ef-  
246 fektiver in größeren Strukturen erledigt werden können, auch dorthin zu verlagern. Andere zwingend vor Ort  
247 zu erbringende Leistungen müssen mit Personal unersetzbar werden. Der Personalabbau der vergangenen Jah-  
248 re, der die Dienstleistungsfunktion der öffentlichen Verwaltungen und Institutionen eingeschränkt hat, gehört  
249 beendet. Stattdessen sollten Verwaltungen gezielt personell gestärkt werden. Der Sparzwang muss ein Ende  
250 haben und die Kommunen müssen von den Ländern finanziell so ausgestattet werden, dass sie sich die grö-  
251 ßeren Einstellungskorridore auch leisten können. Da Kommunen und Städte in vielen ländlichen Räumen als  
252 Arbeitgeber\*innen an Attraktivität verlieren, sollte ein großflächiges Umdenken stattfinden. Es müssen spezi-  
253 elle Programme und Anreizsysteme geschaffen werden, um Fachpersonal auf das Land zu locken. Beispielhaft  
254 können Stipendien für angehende Verwaltungsfachleute, die in den ländlichen Raum gehen, angeregt werden.  
255 Vielerorts werden zudem bereits sogenannte Dorfkümmere\*innen-Programme diskutiert. Hier sehen wir ei-  
256 ne Möglichkeit, nicht nur die Verwaltung, sondern vor allen Dingen das gesellschaftliche Leben vor Ort zu  
257 unterstützen.

258 Ergänzt werden muss die Personalgewinnung durch die Digitalisierung der Verwaltungen. Hier liegt eine große  
259 Chance gerade für ländliche Räume, die genutzt werden muss. E-Government-Lösungen gehören flächende-  
260 ckend umgesetzt, um die bestehenden Strukturen zu verbessern und zu ergänzen.

261 Auch soziale Einrichtungen gehören in ländliche Räume. Es müssen auch in kleineren Ortschaften Kindertages-  
262 stätten, Pflegeeinrichtungen und Schulen erhalten bleiben, selbst wenn die gesetzlichen Mindestzahlen leicht  
263 unterschritten werden. Das Leben vor Ort muss unterstützt werden – häufig hängt das lokale Leben auch  
264 mit diesen Institutionen eng zusammen. Denn gerade Sportvereine oder die Kirchengemeinschaften gewinnen  
265 ihren Nachwuchs und ihre Zukunft durch die Einrichtungen in der Kommune. Zentralisiert man auch hier zu-  
266 nehmend, verliert viele ländliche Räume ungemein an Lebensqualität. Besonders die Gesundheitsversorgung  
267 wird in dünn besiedelten Räumen zukünftig problematischer werden – gerade Ärzt\*innen und die ambulante  
268 Pflegeversorgung werden ein knappes Gut. Hier sollten Gemeindeärzt\*innen und kommunale Pflegeeinrich-  
269 tungen sowie kommunale Arztpraxen erörtert werden.

270 Ein weiterer Aspekt des zurückgezogenen Staates ist die teils fehlende oder zurückgebaute Infrastruktur. Der  
271 fehlende Zugang und die fehlenden Mobilitätsmöglichkeiten sind ein großer Nachteil in der Lebenswirklichkeit  
272 auf dem Land. Wenn den Menschen verwehrt wird, durch ausreichende Anbindungen in die nächstgrößeren  
273 Zentren zu gelangen, fühlen sie sich berechtigt abgehängt. Die öffentliche Hand hat in den vergangenen Jahr-  
274 zehnten die Infrastrukturanbindungen stets auf den urbanen Raum ausgerichtet. Auch die Deutsche Bahn  
275 verfolgt eine Verkehrspolitik, die viele ländliche Räume vom Schienenverkehr abkoppelt. Bahnhöfe werden  
276 geschlossen oder einfach nicht mehr angefahren und die Strecken konzentrieren sich auf größere Zentren,  
277 ohne die umliegenden Orte ins Schienennetz zu integrieren oder heranzuführen.

278 Ebenso wichtig wie der ÖPNV und SPV ist die Versorgung mit schnellem Internet. Es gibt bereits viele Konzepte  
279 für ländliche Räume, die die Chancen der fortschreitenden Digitalisierung nutzen und deutliche Verbesserun-  
280 gen bewirken könnten, aber fast immer mangelt es am Ausbau von Mobilfunk und Breitband. Der Ausbau  
281 der Internet-Infrastruktur auf dem Land ist nicht wirtschaftlich, weshalb die privaten Telekommunikationsun-

282 ternehmen kein gesteigertes Interesse an dessen Verwirklichung haben. Umso mehr ist der Staat hier in der  
283 Pflicht, die Lebensbedingungen zu schaffen, die im 21. Jahrhundert schlichtweg notwendig sind, um an der  
284 digitalen Gesellschaft teilzuhaben.

285 Aber das Gefühl des Abgehängt-Seins in einigen ländlichen Räumen bezieht sich auch auf andere Versorgungs-  
286 möglichkeiten, für die Lösungen gefunden werden müssen. Die Bäckerei ist meist schon seit Jahren geschlos-  
287 sen, auch die Fleischerei ist dicht und einen Supermarkt oder Discounter findet man erst in zehn Kilome-  
288 ter Entfernung – zu weit weg für Jugendliche und alte Menschen. Wir müssen für ländliche Räume neu den-  
289 ken: Nahversorgungsmöglichkeiten können auch öffentlich angeboten werden über Räumlichkeiten in Dorf-  
290 gemeinschaftshäusern oder kommunalen Zentren, die regelmäßig vom Einzelhandel genutzt werden können.  
291 Oder fahrende Discounter, die die einzelnen Ortschaften erreichen und zu den Menschen kommen, die es  
292 nicht so einfach schaffen, in den nächsten Ort zu fahren. Auch die Möglichkeiten, Geld abzuheben, die Apo-  
293 theke aufzusuchen oder Dienstleistungen in unmittelbarer Nähe zu nutzen, sollten erörtert und unterstützt  
294 werden.

295 Die Förderung für Kultur und Sport kommt häufig zu kurz: vielfach sind Kulturschaffende, Vereine und Initia-  
296 tiven auf sich selbst angewiesen, obwohl sie einen essentiellen Bestandteil des Lebens vor Ort darstellen. Wir  
297 brauchen hier mehr Unterstützung in finanzieller und personeller Form, damit das Leben in einigen ländli-  
298 chen Räumen nicht ausstirbt. Auch die angesprochenen Dorfkümmerer\*innen sollen als Unterstützungs- und  
299 Ansprechpersonen dem kulturellen Leben vor Ort helfen.

300 Die angerissene Strukturpolitik ist für alle Regionen in Deutschland eminent wichtig, um gleichwertige Lebens-  
301 bedingungen zu ermöglichen. Die neueren Bundesländer würden dabei ebenso profitieren, wie die älteren,  
302 darum kämpfen wir solidarisch für eine Weiterentwicklung ländlicher Räume. Wenn uns das gelingt, können  
303 wir es schaffen, dass sich die Menschen in Ost und West nicht mehr abgehängt fühlen.

#### 304 2. Umverteilung aus einer ostdeutschen Perspektive

305 Wenn das Ziel unseres Handelns die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse betrifft, so stellen wir fest, dass  
306 unterschiedliche Ausgangssituationen ausgeglichen werden müssen. Aus einer ostdeutsche Perspektive fällt  
307 besonders auf, dass es eben deutliche Unterschiede macht, ob vor Ort bspw. Industrie ansässig ist oder nicht.  
308 Diese Unterschiede sind nicht nur beim Lohnniveau, sondern auch in den öffentlichen Kassen zu spüren. Die  
309 Einnahmen aus der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer sind hier vielerorts niedriger als im Westen  
310 der Republik. Da im Osten weniger Vermögensaufbau betrieben werden konnte, trifft das erst recht auf die  
311 Erbschaftsteuer zu. Der Staat muss aber handlungsfähig sein – von der Kommune über die Kreise, hin zu den  
312 Ländern.

313 Wir bekräftigen daher die Forderungen der Jusos nach mehr Umverteilung auch aus ostdeutscher Perspekti-  
314 ve:

315 Wir befinden uns vor dem Auslaufen des Solidarpaktes II. Anstrengungen ihn zu verlängern sind nicht ersicht-  
316 lich. Die Abschaffung des Solidaritätszuschlages ist politisch im Koalitionsvertrag bereits beschlossen, der Län-  
317 derfinanzausgleich läuft Ende 2019 aus. Dennoch sind die wirtschaftlichen Ungleichheiten im gesamten Bun-  
318 desgebiet vorhanden. Während der gesamte Osten noch immer mit den Folgen der DDR kämpft und dieser  
319 Strukturwandel von vielen nicht erkannt bzw. anerkannt wird, sieht dies beim Ruhrgebiet anders aus. Dort ist  
320 der Strukturwandel zwar nicht annähernd abgeschlossen und in der bisherigen Bilanz auch keineswegs durch-  
321 weg positiv verlaufen, weswegen noch großer Handlungsbedarf besteht; doch zumindest ist weithin bekannt,  
322 dass sich der Ruhrpott im Strukturwandel befindet. Wir müssen aus diesen Entwicklungen lernen, wir dürfen  
323 die Menschen im Wandel nicht allein lassen. So wird bspw. in der Lausitz, aber auch im rheinischen Braun-  
324 kohlerevier bald ähnliches zu beobachten sein. Gleichzeitig sind lokal Investitionstaus unterschiedlichen Aus-  
325 maßes zu verzeichnen. Wir Jusos wollen Förderung nicht nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedürftigkeit.  
326 Dabei ist uns besonders wichtig, dass investiert werden kann. Wir wollen einen verstetigten Solidarzuschlag  
327 als Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer, dessen Einnahmen in öffentliche Infrastruktur in Regionen mit  
328 besonderem Förderbedarf fließt. Die Aufträge, die aus diesen Zahlungen finanziert oder teilfinanziert wer-  
329 den, sollen vorrangig an lokale Unternehmen vergeben werden. Im Rahmen der Bewertung der Frage, welche  
330 Regionen förderwürdig sind, ist dabei insbes. auf die Situation der Kommunen vor Ort abzustellen.

331 Das Ehegattensplitting gehört endlich abgeschafft und das Lohnsteuersystem reformiert. Das aktuelle System  
332 fördert Alleinverdiener-Ehen. Da diese in Ostdeutschland historisch bedingt seltener sind, werden die Unter-

333 schiede zwischen Ost und West damit noch subventioniert.

334 Wir wollen eine höhere Erbschaftsteuer mit weniger Ausnahme und die Wiedereinführung der Vermögen-  
335 steuer. Für beide Steuern muss außerdem die Ertragshoheit auf den Bund übergehen, um einen Ausgleich  
336 zwischen den Regionen Deutschlandweit zu ermöglichen.

### 337 **V. Demokratie / Kampf gegen Rechts**

338 Vertrauen in Staat und Gesellschaft werden wir aber nicht nur über steuerpolitische Maßnahmen gewinnen.  
339 Es braucht eine aktive Arbeit für Demokratie und insbesondere gegen Rechtsradikalismus in allen seinen Fa-  
340 cetten.

#### 341 1. Mehr soziale Teilhabe und solidarisches Miteinander ermöglichen

342 Die Umbrüche nach der Wende haben in Ostdeutschland vor allem im sozialen Bereich viele Auswirkungen.  
343 Die Teilhabe am sozialen Leben scheint für viele Menschen unerreichbar. Durch die hohe Arbeits- und vor  
344 allem Langzeitarbeitslosigkeit in Ostdeutschland sind die Gefälle zwischen Arm und Reich sehr hoch. Viele  
345 Menschen fühlen sich abgehängt.

346 Wir haben zwar Angebote, oft sind die Hemmungen, diese zu nutzen, jedoch zu hoch. Daher setzen wir uns  
347 für eine Kulturoffensive in Ostdeutschland und dem Rest der Republik ein.

348 Hierzu fordern wir:

349 – Mindestens an zwei Tagen in der Woche sollen alle kulturellen Einrichtungen wie Museen und Ausstellungen  
350 ihre Tore kostenlos öffnen.

351 – Für Schulklassen soll es mindestens einmal im Vierteljahr möglich sein, kostenlos eine Theater- oder Opern-  
352 vorstellung zu besuchen, so können alle Kinder und Jugendlichen an diesem Angebot teilhaben.

353 – Wir wollen wieder mehr Jugendzentren. Diese sollen staatlich gefördert werden und von demokratischen  
354 Vereinen und Verbänden betrieben werden. Kommunen, die kommunale Jugendeinrichtungen betreiben oder  
355 Trägervereinen finanziell unterstützen müssen eine kontinuierliche Teilfinanzierung durch Land und Bund  
356 erhalten.

357

358 – Eine bessere Finanzausstattung für die Landeszentralen für politische Bildung und die Möglichkeit einer  
359 engeren Zusammenarbeit mit Schulen. Außerdem soll der Bestand aller Landeszentralen für politische Bildung  
360 garantiert werden.

#### 361 2. Nazis abschaffen/Demokratiebildung

362 Chemnitz. Köthen. Bautzen. Rostock-Lichtenhagen. Hoyerswerda. Cottbus. Themar.

363 Allesamt ostdeutsche Städte, mit denen wir heute viel mehr verbinden, als nur die Bundesländer Sachsen,  
364 Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Thüringen.

365 Ermittlungen des VBRG zeigen, dass es (Stand 28.09.2018) seit den Demonstrationen in Chemnitz 93 Fälle  
366 rechter, rassistischer und antisemitisch motivierter Gewalt in Deutschland gegeben hat. Dazu zählen einfache  
367 sowie schwere Körperverletzung, Nötigung, Bedrohung, Brandstiftung und versuchte Tötung. Die Dunkelziffer  
368 liegt wahrscheinlich weitaus höher.

369 In Sachsen direkt zählte die Opferberatungsstelle RAA Sachsen seit den Ausschreitungen vor rund einem Mo-  
370 nat (Stand 28.09.2018) mindestens 34 Übergriffe.

371 Auch andere Bundesländer wie Mecklenburg-Vorpommern oder Thüringen verzeichnen seit dem Sommer  
372 2015 einen deutlichen Anstieg politisch motivierter Straftaten im „rechten Lager“. Nicht zu übersehen ist dabei  
373 auch die gestiegene Brutalität, berichten die Opferberatungsstellen der Bundesländer, Lobbi und Ezra.

374 Haben wir in Ostdeutschland also ein besonders starkes Problem mit Rassismus?

375 Ja, das haben wir eindeutig.

376 Deshalb brauchen wir politische Bildung für jede\*n, die sich an den Grundwerten unserer Verfassung orien-  
377 tieren muss. Dieser sollte aber nicht erst ab der 7. Klasse im Sozialkundeunterricht stattfinden.

378 Die erste Berührung mit Demokratiebildung, muss schon im Kindergarten passieren. Dort müssen sowohl  
379 Politik im Allgemeinen, aber auch die Werte unserer freiheitlichen Demokratie heruntergebrochen auf eine  
380 verständliche und altersgerechte Ebene, als normaler Teil des Lebens mitgegeben und gelebt werden.

381 Politik- und Sozialkundeunterricht sollen nicht mehr nette „Auffüllfächer“ sein, sondern vermehrt unterrichtet  
382 werden: Als Hauptfach ab Klassenstufe 7 und als Pflichtfach in der Oberstufe (Klasse 11/12/13) der allgemein-  
383 bildenden Schulen und in den Berufsbildenden Schulen.

384 Aber nicht nur die zukünftigen Generationen müssen diese Dinge vermittelt bekommen. Alle Menschen müs-  
385 sen wieder einen viel einfacheren Zugang zu Politik finden. Bildungsangebote müssen so geschaffen werden,  
386 dass Sie in den Lebensalltag einbezogen werden.

387 Wir erleben eine immer weiter voranschreitende Entfernung der Menschen von Politik. Es entsteht ein Gefühl  
388 von „Wir hier unten und die da oben“. Deshalb müssen Bildungsangebote noch stärker als vorher gefördert  
389 werden und bekanntgemacht werden.

390 3. Antifaschistische Arbeit ist Arbeit. Punkt.

391 „Was, du gehst zur Antifa? – Die ist doch kriminell!“ – mit solchen Sätzen muss ein für allemal Schluss sein!  
392 Wir müssen antifaschistische Arbeit endlich entkriminalisieren und dürfen Menschen, die sich Neonazis, „be-  
393 sorgten Bürger\*innen“ und Co. in den Weg stellen, nicht weiterhin Repressalien aussetzen. Der Kampf gegen  
394 Rassismus und Fremdenhass ist ein gesamtgesellschaftlicher.

395 Es ist kein Verbrechen, sich Feinden unserer freien und bunten Gesellschaft in den Weg zu stellen.

396 Bildungsangebote zu diesen Themen müssen weiterhin ausgebaut werden und jedem Menschen einfach und  
397 frei zur Verfügung stehen. Lehrer\*innen, Sozialpädagog\*innen, Streetworker\*innen und anderen Menschen  
398 die in ihrem Beruf mit Menschen in Berührung kommen, müssen verpflichtende Weiterbildungsangebote zur  
399 Verfügung stehen, um immer auf dem neusten Stand zu sein und sich selbst für ihre Arbeit weiterbilden zu  
400 können.

401 Hierbei sollten wir auch die innerparteiliche Bildungsebene nicht vergessen, damit auch Genoss\*innen, gerade  
402 solche die in der Öffentlichkeit stehen, fundiertes Wissen haben.

403 Die SPD sollte weiterhin verstärkt in Bündnissen aktiv werden und Verbindungen zu zivilgesellschaftlichen  
404 Gruppierungen pflegen. Diese Zusammenarbeit muss kontinuierlich und auf einer soliden Basis funktionieren  
405 und sollte nicht, wie schon oft in der Vergangenheit passiert, einmalig und nur als positives Aushängeschild  
406 für zum Beispiel Wahlkämpfe, laufen.

407 Ja, wir haben ein Problem. Aber, und das ist der springende Punkt, wir haben Lösungen und Ideen, wie wir  
408 es beheben können. Wir lassen uns von den Neonazis nicht einschüchtern oder beängstigen. Wir stellen uns  
409 Ihnen in den Weg.

# C2

<b>Titel</b>	Verpflichtende Vergütung für in Prüfungsordnungen festgeschriebene Praktika
<b>AntragstellerInnen</b>	Nord-Niedersachsen

---

## Verpflichtende Vergütung für in Prüfungsordnungen festgeschriebene Praktika

1

- 2 Wir fordern daher eine Reform des Mindestlohngesetzes aus dem Jahre 2015 (MiLoG): hochschulischen Prüfungsordnungen festgeschriebenen und freiwillige Pflichtpraktika sollen
- 3
- 4 zukünftig mindestens mit einer Entschädigung in der Höhe des BAföG-Höchstsatzes vergütet werden, egal welchen Alters die jeweiligen Praktikant\*innen sind. Unser Ziel ist ein Mindestlohn, der für alle gilt. Dies garantiert
- 5 ein gegenüber dem normalen Studium gleichbleibendes Lebensniveau und sichert ab, dass keine übermäßige
- 6 Bevorteilung im Vergleich zu Auszubildenden erfolgt. In diesem Zusammenhang bekräftigen wir unsere Forderungen nach einer ordentlichen Mindestausbildungsvergütung und nach einer umfassenden BAföG-Reform,
- 7
- 8 die zu einem elternunabhängigen und bedarfsgerechten Betrag führt.
- 9
- 10 Des Weiteren fordern wir, dass die Unternehmen in die Pflicht genommen werden. Dies bedeutet, dass wir
- 11 im Falle von fehlenden Angeboten, Sanktionen wie z.B. Geldstrafen fordern. Dies soll alle Betriebe betreffen,
- 12 sowohl öffentliche als auch private Arbeitgeber\*innen.



**Titel** Duale Berufsausbildung fit für die Zukunft machen  
**AntragstellerInnen** Baden-Württemberg

---

## Duale Berufsausbildung fit für die Zukunft machen

- 1 Auch junge Menschen mit Beeinträchtigungen haben eine Chance verdient und damit ein Anrecht auf einen  
2 Anstieg in die Berufsausbildung. Für Beschäftigte gibt es in der Sozialgesetzgebung klare Regelungen, um Ar-  
3 beitsplätze mit Menschen mit Beeinträchtigungen zu besetzen. Diese verpflichtenden Regelungen gelten al-  
4 lerdings nicht für die Berufsausbildung. Für uns ist die Berufsausbildung der Einstieg in den ersten Arbeits-  
5 markt. Um inklusive Ansätze in der beruflichen Bildung zu verbessern, muss hierzu die gesetzliche Lage ver-  
6 bessert werden.
- 7 Wir fordern deshalb:
- 8 • Eine Quote für Inklusionsstellen in der Berufsausbildung. Diese Quote soll sich an der für Beschäftigte  
9 orientieren.
  - 10 • Gleichzeitig muss die Ausgleichsabgabe so erhöht werden, dass zu wenige Auszubildende mit Beein-  
11 trächtigungen mit einer erhöhten Abgabe belegt sind. Dadurch soll die Ausbildung schwerbehinderter  
12 Menschen gefördert werden.
- 13 Nur mit diesen Forderungen kann die duale Berufsausbildung in Deutschland offen für alle sein, eine hohe  
14 Qualität sicherstellen und fit für die Zukunft gemacht werden.



# C6

<b>Titel</b>	Studienbeginn für junge Menschen aus einkommensschwachen Familien erleichtern
<b>AntragstellerInnen</b>	Bremen

---

## Studienbeginn für junge Menschen aus einkommensschwachen Familien erleichtern

### 1 **Wir fordern:**

- 2 Wir brauchen ein BAföG, das der Lebensrealität der Studierenden entspricht. Zurzeit sehen sich insbeson-  
3 dere künftige Studierende aus einkommensschwachen Familien bei der Aufnahme ihres Studiums mit hohen  
4 finanziellen Hürden konfrontiert. Umzugskosten, der erste Semesterbeitrag und die Beschaffung von Studi-  
5 enmaterial verursachen immense Kosten, lange bevor die ersten BAföG Zahlungen auf dem eigenen Konto  
6 angekommen sind.
- 7 Damit das BAföG der Lebensrealität dieser Studierenden Rechnung trägt, müssen diese Kosten bereits vor Se-  
8 mesterbeginn in Vorschusszahlungen berücksichtigt werden. Angehende BAföG-berechtigte Studierende sol-  
9 len dazu zusammen mit dem BAföG-Antrag die Möglichkeit bekommen, die Zahlung der finanziellen Hilfe zu  
10 beantragen. Dafür muss ein solcher Antrag in den BAföG-Antrag integriert werden und das generelle Verfahren  
11 möglichst niedrigschwellig und unbürokratisch zu bewältigen sein. Die langen Wartezeiten von Beantragung  
12 bis Genehmigung des BAföG müssen auch beim derzeit regulären Verfahren deutlich verkürzt werden, um die  
13 großen Unsicherheiten bei der Aufnahme des Studiums zu reduzieren. Um allen Menschen den Zugang zum  
14 Studium zu ermöglichen, bleiben wir bei unseren Forderungen nach kostenfreier Bildung ab der Kita, dem An-  
15 spruch auf lebenslanges Lernen und bedarfsdeckendem, alters-, eltern- und ehepartner\*innenunabhängigem  
16 BAföG als Vollzuschuss. Dieses Konzept muss Teil der längst notwendigen BAföG-Reform sein. Wir setzen uns  
17 dafür ein, dass allen Student\*innen finanzielle Sicherheit während des Studium gegeben wird, insbesondere  
18 zu Studienbeginn. Die Höhe des BAföG muss sich endlich nach den gegebenen Realitäten richten, wie z.B. den  
19 steigenden Mieten in vielen Städten.



- 37 • Die Altersgrenze für die Wahlberechtigung von Auszubildende zu streichen und Dual Studierende sowie  
 38 Praktikant\*innen, die mindestens drei Monate im Betrieb tätig sind, explizit als wahlberechtigt sowie als  
 39 wählbar im Betriebsverfassungsgesetz aufzuführen.

40

#### 41 **Betreuung erleichtern**

- 42 • Um ihren vielfältigen Aufgaben gerecht werden zu können und Jugendliche, Auszubildende, Dual Stu-  
 43 dierende und Praktikant\*innen gut betreuen zu können, benötigt die JAV mehr Mitglieder und mehr  
 44 Zeit.

- 45 • Die Anzahl der Jugend- und Auszubildendenvertreter\*innen muss sich ab über 1001 Wahlberechtigten  
 46 in 500er

47 Schritten um jeweils zwei erhöhen.

- 48 • Eine zeitlich feste Teilfreistellung von Jugend- und Auszubildendenvertreter\*innen unter Berücksichti-  
 49 gung der Anzahl der zu vertretenden Arbeitnehmer\*innen muss ermöglicht werden. Bereits ausgelern-  
 50 te Vertreter\*innen müssen unter Berücksichtigung der Anzahl der zu vertretenden Arbeitnehmer\*in-  
 51 nen gänzlich freigestellt werden können.

52

#### 53 **Autonomie gegenüber dem Betriebsrat stärken**

54 Ohne die Zustimmung des Betriebsrats ist die JAV nahezu handlungsunfähig. Junge Menschen müssen ihre  
 55 Interessen jedoch selbstständig vertreten dürfen.

- 56 • Die JAV muss Sitzungen, Jugend- und Auszubildendenversammlungen sowie Sprechstunden eigenstän-  
 57 dig ansetzen und terminieren dürfen. Ohne vorherige Vereinbarung mit dem Betriebsrat.

- 58 • Das Recht Sprechstunden abzuhalten muss unabhängig von der Betriebsgröße gelten und unabhän-  
 59 gig von der Anwesenheit eines Betriebsratsmitglieds. Bisher gilt es erst ab 50 von der JAV vertretenen  
 60 Arbeitnehmer\*innen.

- 61 • Die JAV braucht ein echtes Mitspracherecht nicht nur bei den Beschlüssen des Betriebsrats, die Jugendli-  
 62 che, Auszubildende, Dual Studierende und Praktikant\*innen hauptsächlich betreffen, sondern bei allen  
 63 Beschlüssen des Betriebsrats, die diese Personengruppe mitbetreffen. In diesem Sinne setzen wir uns  
 64 für eine Ausweitung des Abstimmungsrechts der JAVen ein. Das bestehende Vetorecht auf Beschlüsse  
 65 des Betriebsrats soll diese Beschlüsse für bis zu drei Wochen aussetzen können.

- 66 • Die Teilnahme ihrer Mitglieder an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen soll die JAV selbstständig  
 67 genehmigen.

- 68 • Die JAV ist vom Betriebsrat – wie umgekehrt auch – über all seine Beschlüsse direkt und umfassend zu  
 69 informieren.

70

#### 71 **Direkte Informations- und Mitbestimmungsrechte gegenüber des\*der Arbeitgeber\*in**

72 Die JAV hat bisher keine eigenen Informations-, Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte. Solche Rechte müs-  
 73 sen ihr mindestens dann eingeräumt werden, wenn es um die Belange der von ihr vertretenen Arbeitneh-  
 74 mer\*innen geht.

- 75 • Der\*die Arbeitgeber\*in hat die JAV unmittelbar, rechtzeitig und umfassend über alle Angelegenheiten,  
 76 die Jugendliche, Auszubildende, Dual Studierende und Praktikant\*innen betreffen zu informieren, alle  
 77 notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen und darüber mit ihr zu beraten.

- 78 • Besprechungen die die von der JAV vertretenen Arbeitnehmer\*innen betreffen hat der\*die Arbeitge-  
 79 ber\*in mit der JAV durchzuführen, Betriebsratsmitglieder können auf Wunsch der JAV hinzugezogen  
 80 werden. Bisher hat der Betriebsrat die JAV beizuziehen.

- 81 • Die JAV muss bei der Auswahl der Ausbildungsleiter\*innen, Ausbilder\*innen sowie bei der Festsetzung  
82 der Ausbildungsquote und der angebotenen Ausbildungsberufe, dualen Studiengänge und Praktika  
83 mitbestimmen.
- 84 • Die JAV muss bei Auswahlverfahren für Neueinstellungen von der JAV zu vertretenden Arbeitneh-  
85 mer\*innen beteiligt werden.
- 86 • Die JAV muss berechtigt werden, Umfragen im Betrieb zu machen.
- 87 • Die JAV muss eigene Medien wie Homepages, Intranetseiten oder Konten bei den sozialen Medien  
88 betreiben dürfen.

89

### 90 **Stärkung der Gesamt- und Konzern- Jugend- und – Auszubildendenvertretungen**

91 Auch in Großkonzernen muss eine handlungsfähige Interessenvertretung für Jugendliche, Auszubildende, Du-  
92 al Studierende und Praktikant\*innen garantiert werden.

- 93 • Eine Konzern-Jugend- und -Auszubildendenvertretung (KJAV) muss obligatorisch werden
- 94 • Die Zahl der in die KJAV oder Gesamt-Jugend- und -Auszubildendenvertretung (GJAV) zu entsendenden  
95 Mitglieder muss von einem auf zwei paritätisch erhöht werden.
- 96 • Die Vertretung der Jugendlichen, Auszubildenden, Dual Studierenden und Praktikant\*innen muss auch  
97 in Betrieben ohne örtliche JAV bei überbetrieblichen Belangen durch die GJAV bzw. die KJAV ermöglicht  
98 werden.

99

### 100 **Besserer Schutz für Jugend- und Auszubildendenvertreter\*innen**

101 Die Mitglieder der JAV brauchen ebenso wie Betriebsratsmitglieder einen soliden Versetzungs-, Kündigungs-  
102 und Übernahmeschutz. Immer wieder setzen sich Arbeitgeber\*innen heute über das gesetzliche Kündigungs-  
103 verbot hinweg und nutzen die von der Rechtsprechung eröffneten Möglichkeiten, die das Kündigungsverbot  
104 in der Weise durchlöcheren. All diese Lücken müssen deshalb möglichst rasch geschlossen werden.

- 105 • Erforderlich ist ein völliger Ausschluss aller betriebs-, personen- oder verhaltensbedingten Änderungs-  
106 oder Beendigungskündigungen eines Mitglieds der JAV. Bisher können Arbeitgeber\*innen etwa wegen  
107 fehlenden Vertrauens kündigen, wenn sie lange genug nach Gründen suchen.
- 108 • Alle Mitglieder der JAV brauchen einen unbedingten Anspruch auf Übernahme in ein unbefristetes Ar-  
109 beitsverhältnis, für dessen Durchsetzung der\*die Arbeitgeber\*in notfalls eine zusätzliche Stelle schaf-  
110 fen muss, ohne andere MitarbeiterInnen zu entlassen. Dazu ist er\*sie nach der Rechtsprechung bei Mit-  
111 gliedern des Betriebsrats bisher verpflichtet, wenn sie z. B. in einer Abteilung arbeiten, die geschlossen  
112 wird. Diese Verpflichtung muss auf alle Mitglieder der JAV erstreckt werden.

# E Europa

## E Europa

---

E1	Bundesausschuss	Unser Europa: Gerecht, Offen, Jung und Nachhaltig! Die Jugendkampagne zur Europawahl 2019	34
----	-----------------	---	----

---

# E1

<b>Titel</b>	Unser Europa: Gerecht, Offen, Jung und Nachhaltig! Die Jugendkampagne zur Europawahl 2019
<b>AntragstellerInnen</b>	Bundesvorstand

---

## Unser Europa: Gerecht, Offen, Jung und Nachhaltig! Die Jugendkampagne zur Europawahl 2019

1 Die Europäische Union steht nach den turbulenten Jahren des letzten Jahrzehnts vor einer Schicksalswahl. Die  
2 verschiedenen Krisen und Entwicklungen seit 2007 – seien es die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen  
3 gen der Immobilienkrise in den USA, der damit verbundene Austeritätskurs im europäischen Wirtschafts- und  
4 Finanzraum, die Rückkehr des Krieges in Europa, der Brexit und seine Folgen oder die Herausforderungen  
5 der globalen Flucht- und Migrationsbewegungen – haben das Fundament der politischen Zusammenarbeit  
6 in Europa nachhaltig erschüttert. In vielen Staaten der Europäischen Union sind in den vergangenen Jahren  
7 autoritäre, rassistische und demokratiefeindliche Bewegungen erstarkt, die die schrittweise europäische In-  
8 tegration in Frage stellen und eine Rückkehr des Nationalen fordern. In nahezu allen Mitgliedstaaten sitzen  
9 mittlerweile die FeindInnen der europäischen Idee an den Schalthebeln der Macht. Von Rechtspopulismus  
10 und – radikalismus sind dabei nicht nur Länder wie Ungarn und Polen betroffen, sondern auch Frankreich,  
11 die Niederlande und Schweden. Aber auch in der Bundesrepublik haben antieuropäische Tendenzen Konjunk-  
12 tur. Nicht nur im politischen Sammelbecken der radikalen Rechten, der „Alternative für Deutschland“, sondern  
13 weit ins bürgerliche und linke Lager hinein wird gegen Europa gewettert und die Rückkehr zum Nationalstaat  
14 als Lösung aller Probleme propagiert. Gerade in diesen Zeiten braucht es eine pro-europäische und interna-  
15 tionalistische Linke, die Nationalismus, Rassismus und Ausgrenzung den Kampf ansagt und sich allen Kräften  
16 widersetzt, die Europa in die Vergangenheit des 19. und 20. Jahrhunderts katapultieren wollen.

17 Um das europäische Projekt vor seinen FeindInnen zu retten, wird das Schwenken von Europafähnchen al-  
18 lerdings nicht ausreichen. Damit Europa eine Zukunft hat, müssen wir es verändern, es zu unserem Europa  
19 machen! Nicht nur reagieren, sondern eine Alternative bieten. Wir brauchen ein Europa, das im Inneren und  
20 Äußeren einhält, wofür es vorgibt, einzustehen: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit,  
21 Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte. Viel zu häufig wurden diese Werte in den vergangenen  
22 Jahren mit Füßen getreten. Wenn täglich Menschen im Mittelmeer ertrinken, ist das beschämend für ein Pro-  
23 jekt, das sich diese Werte auf die Fahne schreibt. Aber auch die Tatsache, dass jeder vierte Mensch in der  
24 Europäischen Union in Armut lebt oder von Armut bedroht ist, gleichzeitig binnen kürzester Zeit Milliarden  
25 zur Bankenrettung mobilisiert werden konnten, hat dazu beigetragen, dass viele Bürgerinnen und Bürger das  
26 Vertrauen in Europa verloren haben. Die Europäische Union war im letzten Jahrzehnt vor allem ein Versuchs-  
27 labor für neoliberale Politik, die vielerorts die Voraussetzungen für ein gutes, gelingendes Leben zerstört und  
28 damit letzten Endes den sozialen Frieden gefährdet hat.

29 Die Antwort auf diese Situation in Europa kann weder Weiter-So noch Re-Nationalisierung heißen! Wir wer-  
30 ben stattdessen für eine fortschrittliche Vision von Europa. Einem Europa, das gerechter, offener, jünger und  
31 nachhaltiger ist. Wir wollen das europäische Friedens- und Freiheitsprojekt vom Kopf auf die Füße stellen und  
32 zu einem echten Zukunftsversprechen für alle Menschen machen. Dabei sind wir der Überzeugung, dass die  
33 globalen Herausforderungen unserer Zeit nur in einer politischen Union bewältigt werden können, die dem  
34 europäischen Gemeinwohl Vorrang vor nationalen Egoismen gibt. 37Dass man mit explizit pro-europäischen  
35 Positionen Mehrheiten gewinnen kann, hat Emmanuel Macron bewiesen. Mit ihm als französischen Präside-  
36 nten ist die Chance da, Europa jetzt zu reformieren. So einig wir uns aber mit Macron über die Notwendigkeit  
37 der Institutionalisierung der Eurozone sind, so stark unterscheidet uns die Vision von Europas Zukunft. Wir  
38 wollen kein Europa, in dem die Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit über eine Abwärtsspirale bei Löhnen,  
39 Arbeitnehmer\*innenrechten und Sozialstandards hergestellt wird. Wir unterscheiden uns nicht nur von den

40 Europa-Feind\*innen, sondern auch von den pro-europäischen Technokrat\*innen mit ihren Sparkursen und  
41 den Marktradikalen mit ihrer Deregulierung. Wir kämpfen für unsere eigene Vorstellung eines besseren Eu-  
42 ropas. Wir Jusos werden uns deshalb aktiv in den Programmprozess der SPE und SPD einbringen und mit  
43 eigenen Vorschlägen aufzeigen, welches politisches Konzept wir für die Zukunft Europas haben. Hierbei wird  
44 es darum gehen, nicht nur zu schildern, wie das europäische Haus aufgebaut werden soll, sondern auch dar-  
45 zustellen, wie Europa künftig im Konkreten arbeiten und funktionieren soll. Vor diesem Hintergrund wollen  
46 wir zur Europawahl einen eigenständigen Jugendwahlkampf führen.

47 Mit unserer **Jugendwahlkampagne 2019** verfolgen wir folgende Ziele:

48 – Wir wollen, dass die Sozialdemokratie bei den jungen Wählerinnen und Wählern in Europa zur stärksten Kraft  
49 wird und damit unseren Anteil zu einem gerechten, offenen, jungen und nachhaltigem Europa leisten.

50 – Wir wollen unsere Erzählung eines gerechteren, offeneren, jüngeren und nachhaltigeren Europas in den  
51 Mittelpunkt der Kampagne stellen und so zeigen, dass die SPE/SPD die Anliegen junger Menschen auf euro-  
52 päischer Ebene in den Blick nimmt und vertritt.

53 – Wir wollen, dass Juso-Kandidierende den Sprung in das Europäische Parlament schaffen.

54 – Wir wollen unsere eigene Kampagnenfähigkeit verbessern und neue Mitglieder für die Jusos und die SPD  
55 gewinnen.

56 – Wir wollen die Wahlbeteiligung bei den jungen WählerInnen steigern.

57 – Wir wollen verhindern, dass rechtsradikale und rechtspopulistische Parteien Zulauf bekommen.

58 Damit uns die Realisierung dieser Ziele gelingt, ist es von großer Bedeutung, dass die SPE und SPD in ihren  
59 Wahlprogrammen Themen ansprechen, die für junge Leute wichtig sind. Es braucht einen hoffnungsvollen  
60 Politikentwurf für Europa, der konkrete Angebote für junge Wählerinnen und Wähler beinhaltet. Folgende  
61 Bausteine eines solchen Politikentwurfs sind für uns von besonderer Relevanz:

#### 62 **Ein gerechtes Europa:**

63 Neoliberalismus und Austerität haben in Europa viel Schaden angerichtet: Die Armut wächst in Europa. Des-  
64 halb muss die EU deren Bekämpfung zu einem Kernanliegen machen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in schwin-  
65 delerregende Höhen gewachsen, die soziale Infrastruktur wurde in vielen Mitgliedsstaaten zerstört und Ban-  
66 ken wie internationale Großkonzerne nutzen nach wie vor die zahlreichen rechtlichen Schlupflöcher in Europa,  
67 um immer größere Profite einzufahren. Diese Politik ist ein zentraler Grund für die sozialen Verfehlungen in  
68 der Europäischen Union und muss ein sofortiges Ende finden. Wir wenden uns gegen den neoliberalen Kurs  
69 und wollen ihm einen Pakt für Gerechtigkeit und Solidarität entgegensetzen. In unserem Europa werden die  
70 Interessen der Bürgerinnen und Bürger über das Profitstreben von Banken und Konzernen gestellt. Die Verur-  
71 sacherInnen der Wirtschafts- und Finanzkrise werden zur Kasse gebeten und ihre Folgen nicht mehr auf dem  
72 Rücken derjenigen bewältigt, die auf einen starken Sozialstaat angewiesen sind. Ein gerechtes Europa muss  
73 Umverteilung von Reich zu Arm organisieren, das Steuer- und Bankensystem harmonisieren, Steuerflucht be-  
74 kämpfen und endlich wieder in die Zukunft von jungen Menschen investieren. Dafür wollen wir die Eurozone  
75 zu einer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Union ausbauen. Als politische Union müssen die Entschei-  
76 dungswege der Eurozone nicht nur effektiver, sondern auch demokratischer gestaltet werden. Als wirtschaft-  
77 liche Union braucht die Eurozone Wachstum, das es nur mit mutigen Investitionen und einer Stärkung der  
78 gemeinsamen Wirtschafts-, Finanz-, und Haushaltspolitik gibt. Und als soziale Union müssen Umverteilungs-  
79 mechanismen die zunehmende Ungerechtigkeit sowohl innerhalb als auch zwischen den Mitgliedsstaaten be-  
80 kämpfen. Deshalb setzen wir auf die Schaffung einer\*s Euro-Finanzministers\*in, einer Euro-Kammer im EU-  
81 Parlament und eines Eurozonen-Budgets, um mit einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik, die auf  
82 Zukunftsinvestitionen statt auf Haushaltskontrolle fußt, sozialen Fortschritt und Prävention vor weiteren Kri-  
83 sen zu schaffen. Der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit stellt in unserem Europa eine der wichtigsten  
84 Herausforderungen dar. Als Ursachen für die hohe Jugendarbeitslosigkeit in zahlreichen Einzelstaaten der EU  
85 identifizieren wir die schiefe Verteilung von Marktanteilen infolge von Lohndumping und unharmonischer Un-  
86 ternehmensbesteuerung einerseits und einer zu geringen Investitionstätigkeit von Seiten der Staaten sowie  
87 der Unternehmen andererseits. Entsprechend wollen wir mit der Harmonisierung der Unternehmensbesteue-  
88 rung gleiche Wettbewerbsbedingungen in den Einzelstaaten schaffen. Mittels einer progressiven Verteilungs-  
89 politik wollen wir den Binnenkonsum befeuern und Arbeitsplätze schaffen. Der Bruch mit dem Dogma des

90 sparsamen Staates und die Rückkehr zu antizyklischer Haushaltspolitik korrigiert zudem wirtschaftspolitische  
91 Verfehlungen der letzten Dekade. Durch Umverteilung von Vermögen von der Unternehmensseite hin zur  
92 Haushaltsseite wollen wir zudem den Binnenkonsum stärken und damit Arbeitsplätze schaffen.

93 Zu einem gerechten Europa gehört für uns unweigerlich, dass wir die Rechte von ArbeitnehmerInnen sichern  
94 und stärken. Wir nehmen uns vor, einen starken europäischen Sozialstaat aufzubauen, umfassende Sozial-  
95 standards durchzusetzen und entschlossen den Kampf gegen Sozialdumping aufzunehmen. Ein wesentlicher  
96 Schritt, der in den kommenden Jahren gegangen werden muss, ist dabei die Schaffung eines gesetzlichen Min-  
97 destlohnkorridors sowie eines europäischen, vernetzten Sozialversicherungssystems. Gleichzeitig wollen wir  
98 ein Europa der starken Gewerkschaften und der Tarifpartnerschaft. Wir stehen für ein europäisches Streik-  
99 recht und betriebliche Mitbestimmung in allen Mitgliedstaaten ein. Die gleichberechtigte Beteiligung europäi-  
100 scher BetriebsrätInnen am politischen Prozess zu ermöglichen, ist eine wesentliche Zielsetzung. Deshalb sind  
101 Gewerkschaften als eine der maßgeblichen gesellschaftlichen AkteurInnen mindestens gleichberechtigt mit  
102 anderen PartnerInnen am europäischen Verhandlungstisch zu beteiligen.

### 103 **Ein offenes Europa:**

104 Unser Europa ist offen für alle. Ein Europa ohne Schlagbäume gehört zu unserem Lebensgefühl. Ohne  
105 Grenzkontrollen reisen, arbeiten, Freundinnen und Freunde treffen. Wir bekennen uns uneingeschränkt zum  
106 Schengen-Abkommen und wollen dieses verteidigen. Ein offenes Europa ist aber auch unsere Verchen, den  
107 Schutz und die Durchsetzung der Rechte von Minderheiten. Statt Abschottung und der Verlagerung europäi-  
108 scher Grenzen nach Nordafrika oder Geldtransfers an korrupte Regime, müssen wir das Menschenrecht auf  
109 Asyl schützen und legale und sichere Fluchttrouten schaffen und humanitäre Visa für Geflüchtete einführen.  
110 Unser offenes Europa lässt Staaten an den europäischen Außengrenzen mit der Verantwortung nicht länger  
111 alleine, sondern organisierteine solidarische Verteilung der finanziellen Aufwendungen, die im Rahmen der  
112 Versorgung von Geflüchteten entstehen. Eine Verteilung von Geflüchteten in Länder, in denen menschen-  
113 unwürdige Bedingungen herrschen, lehnen wir ab. Kommunen, die Geflüchtete unabhängig vom Kurs ihrer  
114 jeweiligen Staatsregierung aufnehmen wollen, müssen durch die Einrichtung eiMittel soll gezielt zur Stärkung  
115 der sozialen Infrastruktur genutzt werden: Wer sich solidarisch zeigt, soll auch einen Vorteil daraus haben.  
116 Auch denjenigen, die sich ein Leben in Sicherheit aufbauen wollen, dürfen keine Steine in den Weg gelegt  
117 werden. Außereuropäische Bildungsabschlüsse müssen deshalb anerkannt und Zugang zum Arbeitsmarkt ga-  
118 rantiert werden, um MigrantInnen eine Teilhabe an der Gesellschaft zu erleichtern. Entscheidungen, die auf  
119 europäischer Ebene getroffen werden, prägen unseren Alltag. Dennoch scheint Brüssel oft weit weg. Um dem  
120 entgegenzuwirken, müssen wir die europäische Demokratie stärken. Hierzu wollen wir eine Überarbeitung des  
121 Wahlrechts für das Europäische Parlament mit der Schaffung von transnationalen Mehrpersonenwahlkreisen.  
122 Entscheidungen müssen transparenter und inklusiver gestaltet werden. Daher wollen wir das Europäische Par-  
123 laments reformieren und endlich mit dem Initiativrecht ausstatten. Insgesamt ist für uns eine Stärkung des Par-  
124 laments gegenüber dem Europäischen Rat dringend notwendig. Das bisherige Einstimmigkeitsprinzip wollen  
125 wir durch eine qualifizierte Mehrheitsentscheidung beider Kammern ersetzen. Die europäische Demokratie  
126 braucht eine europäische Öffentlichkeit, in dem die Zukunft unserer Gesellschaften verhandelt und gestaltet  
127 wird. Offenheit muss die EU jedoch nicht im Inneren, sondern auch nach außen verteidigen. Europa ist für uns  
128 eine Kraft für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie auf der Welt. Wir stehen daher für eine Europäisierung  
129 der Außenpolitik, eine faire, nachhaltige Handelspolitik und eine vertiefte Kooperation im Bereich der interna-  
130 tionalen Sicherheitspolitik. Dies kann als Schritt hin zu mehr Abrüstung auch eine gemeinsame europäische  
131 Armee beinhalten.

### 132 **Ein junges Europa:**

133 Wir wollen ein Europa, das allen jungen Menschen Zukunftschancen bietet und gleichwertige Lebensverhält-  
134 nisse garantiert. Dafür dürfen wir nicht nur die EU als Wirtschaftsprojekt, sondern als soziales Projekt und  
135 Wertebündnis begreifen. Es braucht eine Umschichtung und Erhöhung des EU-Budgets – um mehr Geld für  
136 ESF, jugend- und arbeitsmarktpolitische Initiativen, Investitionen in Infrastruktur und Innovation sowie Aus-  
137 und Weiterbildungseinrichtungen und – dienste bereitzustellen und jungen Menschen Perspektiven zu bie-  
138 ten. Eine zentrale Rolle kommt dabei einer guten Ausbildung zu. Wir wollen europäische Vergleichbarkeit und  
139 Mindeststandards einführen. Daher soll ein vergleichbarer Standard dualer Ausbildung, wie sie in unterschied-  
140 lichen Variationen in der Bundesrepublik, Österreich, Dänemark und z.T. in den Niederlanden praktiziert wird.  
141 Außerdem brauchen wir eine Ausbildungsgarantie. Die Jugendgarantie stellt hier den ersten richtigen Schritt  
142 dar. Unser Ziel muss es jedoch sein, einen gesetzlichen Anspruch auf eine mindestens dreijährige berufli-



143 che Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf unter in einem Ausbildungsvertrag festgehaltenen  
144 Bedingungen einzuführen. Um auch in der Ausbildung ein Auskommen sicherzustellen, wollen wir einen eu-  
145 ropäischen Mindestauszubildendenvergütungskorridor, der den Lebenshaltungskosten der Mitgliedstaaten  
146 Rechnung trägt, kombiniert mit einer anschließenden Übernahmegarantie zum Ende der Ausbildung. Wir wol-  
147 len, dass eine Vergleichbarkeit der Ausbildungsabschlüsse, ähnlich dem Europäischen Qualifizierungsrahmen,  
148 eingeführt wird. Bessere Bildung und gleichwertige Bildungsabschlüsse ermöglichen Mobilität – egal, ob im  
149 Studium oder Beruf. Es braucht daher eine deutliche Erhöhung des Bildungsbudgets im EU-Gesamthaushalt  
150 inklusive einer Erhöhung des Budgets für Erasmus+, damit mehr junge Menschen erreicht werden. Die Idee  
151 des lebenslangen Lernens muss im künftigen Programm viel stärker verankert werden, dazu gehört beson-  
152 ders, eine Stärkung von Erasmus+ auch für die Weiterbildung. Auch Mitbestimmung europäisch zu denken  
153 bedeutet, gerade in multinationalen Konzernen den Austausch von Auszubildenden zu stärken, ganz konkret  
154 mit der Gründung von europaweiten Jugend- und Auszubildendenvertretungen. Die Europäische Union darf  
155 nicht als Verwaltungsmonster wahrgenommen werden, sondern muss durch aktive Beteiligungsmöglichkei-  
156 ten für junge Menschen zum Mitmachen einladen. Europa früh und intensiv erlebbar für alle zu machen z.B.  
157 durch finanziell abgesicherte und niedrigschwellige Schulaustauschprogramme, garantiert auch in Zukunft  
158 ein vereintes, demokratisches Europa, mobilisiert und begeistert – dafür muss Europa auch Politik für junge  
159 Menschen machen.

### 160 **Ein nachhaltiges Europa:**

161 Die ökologische Frage darf nicht länger von der sozialen Frage getrennt betrachtet werden. Gleichzeitig dür-  
162 fen wir nicht länger zulassen, dass Klimawandel und Beschäftigung gegeneinander ausgespielt werden, um  
163 Interessen von Energiekonzernen zu legitimieren. Klar ist: Unsere Lebensgrundlage wird durch die Ausbeu-  
164 tung natürlicher Ressourcen gefährdet. Nur gemeinsam können wir mit einer ambitionierten Klimaschutzpo-  
165 litik die Zukunftschancen nachfolgender Generationen sichern und die Ziele des Pariser Klimaabkommens  
166 umsetzen. Wir brauchen klare Vereinbarungen, die die Transition der Energieproduktion von fossilen hin zu  
167 regenerativen Energien möglichst schnell umsetzt. Investitionen sind an dieser Stelle notwendig, weil Schul-  
168 den weniger gefährlich sind als die Defizite in Ökosystemen die wir mit zu verantworten haben. Durch das  
169 Aussitzen werden die Kosten auf zukünftige Generationen verlagert. In unserem Europa sollen CO2 und ande-  
170 re Treibhausgase genauso wie Plastikverpackungen nur dann entstehen, wenn sie weiterverwendet werden  
171 und nicht fahrlässig dem Ökosystem überlassen werden. Statt europäischer Billigexporte, brauchen wir eine  
172 wertegebundene Handelspolitik auf Augenhöhe, deren Prinzipien auf Menschenrechte, ArbeitnehmerInnen-  
173 rechte und gender- und umweltpolitische Aspekte müssen dabei die Leitlinien europäischen Handels sein. Um  
174 junge Wählerinnen und Wähler zu überzeugen, brauchen wir nicht nur starke Forderungen, sondern auch eine  
175 **innovative, moderne Kampagne, die zum Mitmachen einlädt**. In die Erarbeitung dieser Kampagne wollen  
176 wir die Ergebnisse aus der Evaluation der Kampagne von 2017 einfließen lassen und wieder den gesamten  
177 Verband einbinden. Enge PartnerInnen sind dabei die Juso-Hochschulgruppen, mit denen wir die Kampagne  
178 gemeinsam planen und den Jugendwahlkampf durchführen werden. In Abstimmung mit den Landes- und  
179 Bezirksverbänden wollen wir unsere Kommunikationsstruktur und die zentrale Kampagnen-Plattform weiter  
180 ausarbeiten. Wichtigste AnsprechpartnerInnen für die Wahlkampfzeit sind für uns Vorstandsmitglieder und  
181 Wahlkampfverantwortliche der Unterbezirke und Kreisverbände. Sie sind diejenigen, die die Kampagne vor  
182 Ort stemmen müssen und zum Erfolg werden lassen.

### 183 **Konkret planen wir:**

184 **Kampagnen-Mailings und Infos:** Mit regelmäßigen Mailings halten wir ab Dezember alle Vorstandsmitglieder  
185 und Wahlkampfverantwortlichen auf Unterbezirks- und Landes/Bezirksebene über die Planungen der Kam-  
186 pagne auf dem Laufenden, informieren über aktuelle politische Entwicklungen (Listenaufstellung, Programm  
187 etc.) und geben Tipps für die Planung des Wahlkampfes vor Ort. In den Wochen vor der Wahl wollen wir mit  
188 Mailing-Kampagnen und über WhatsApp- sowie facebook-Push-Nachrichten Freiwillige (Neumitglieder und In-  
189 teressierte) motivieren, sich einzubringen und die wahlkämpfenden Teams zu unterstützen.

190 **Wir gehen dahin, wo junge Leute sind.** Wir wollen mit dem Wahlkampf junge Menschen dort erreichen, wo  
191 sie sich alltäglich aufhalten. Wir treffen junge Menschen auf dem Campus, auf dem Weg zur Arbeit oder in die  
192 Schule, vorm Kino, auf einem Konzert oder beim Fußball-Turnier. Dort können wir sie erreichen und wollen  
193 mit kreativer Ansprache auf unsere Inhalte aufmerksam machen.

194 **Online-Wahlkampf:** Unser Online-Wahlkampf wird ein starkes Standbein der Kampagne. Hier wollen wir neue

195 Wege gehen und neue Formate ausprobieren. Wir werden auch eine gemeinsame Landing-Page für den Ju-  
196 gendwahlkampf erstellen, auf der die gemeinsamen Aktivitäten der Jusos und Juso-Hochschulgruppen gesamt-  
197 melt werden. Unsere Präsenz bei Instagram und Youtube wollen wir ausbauen. Außerdem wollen wir einen  
198 WhatsApp-Broadcast einrichten. Einen Schwerpunkt wollen wir auf die Produktion von guten Videos legen. Wir  
199 wissen, dass wir mit Social Media-Marketing noch erfolgreicher sein können. Uns unterstützt ein Online-Team  
200 für den Wahlkampf, das zu Beginn des Jahres gemeinsam mit dem Juso-Bundesbüro und Bundesvorstand  
201 die Online-Kampagne mitentwickeln und in der heißen Phase einen Social Media-Warroom in Berlin beziehen  
202 wird.

203 **Jugendwahlkampfkonferenz:** Ein zentrales Element der Mobilisierung und Qualifizierung wird die Jugend-  
204 wahlkampfkonferenz im April 2019 sein, an der die Vorsitzenden und Wahlkampfverantwortlichen der Kreis-  
205 verbände und Unterbezirke teilnehmen werden. Hier werden wir nicht nur die letzten Wochen des Wahlkamp-  
206 fes einläuten, sondern die WahlkämpferInnen inhaltlich und handwerklich qualifizieren.

207 **Qualifizierung:** Wir legen in der Kampagne einen großen Fokus auf die Qualifizierung der WahlkämpferIn-  
208 nen. Dazu soll es nicht nur Aktionsideen und -anleitungen geben, sondern werden wir auch Online-Angebote  
209 machen, die in unserem digitalen Handbuch zu finden sein werden.

210 **Aktionstage:** An zentralen Aktionstagen wollen wir unsere Themen setzen und dann auch mit PartnerInnen-  
211 organisationen grenzübergreifende Aktionen durchführen und diese online bewerben und abbilden.

212 **Mit 20 Bussen durch die Republik:** Im Europawahlkampf wollen wir flächendeckend präsent sein. Der Bun-  
213 desverband möchte die Landesverbände und Bezirke dabei unterstützen, auf eine eigene Bustour durch alle  
214 Unterbezirke zu gehen. Dazu werden wir das Design und die Gestaltung der Busse übernehmen und finanzia-  
215 ren sowie bei der Anmietung unterstützen. Außerdem übernimmt der Bundesverband eine Erstausrüstung  
216 der Busse mit Materialien und Utensilien für Aktionen. Unser Ziel ist es, dass wir im Mai mit 20 Bussen in der  
217 gesamten Republik unterwegs sind.

218 **Aktionspakete:** Für die Unterbezirke und Kreisverbände werden wir Starter-Kits mit Materialien und Aktions-  
219 pakete für die Aktionstage schnüren

220 **U35-Support:** Ein Fokus der bundesweiten Kampagne liegt dort, wo Jusos kandidieren. Hier wollen wir mit  
221 Präsenz und organisatorischer Unterstützung die Kandidierenden in ihrem Wahlkampf supporten.

222 **Schuldiskussionen:** An Schulen erreichen wir viele ErstwählerInnen und MultiplikatorInnen. Wir wollen daher  
223 die Jusos und KandidatInnen vor Ort für die anstehenden Diskussionen in den Schulen fit machen.

224 **Schlussmobilisierung:** In der Schlussmobilisierung im Mai werden wir gemeinsam noch einmal alles geben.  
225 Online und vor Ort werden wir mit möglichst vielen Menschen ins Gespräch kommen und sie von der SPD  
226 überzeugen. Wir wissen, dass die letzten Wochen vor der Wahl für die SPD sehr entscheidend sind. Der Bun-  
227 desvorstand wird in dieser Zeit den Wahlkampf vor Ort unterstützen.

228 **Mobile Action Group:** Für TV-Duelle, Demos und spontane Aktionen und Videodrehs werden wir eine Action  
229 Group initiieren, die schnell und unkompliziert mit kreativen Ideen und Tatendrang am Start ist. Damit die  
230 Action Group ihre Aktionen auch selbstständig dokumentieren kann, werden wir einige Jusos im Umgang mit  
231 Videodreh und Instagram schulen.

232 **UnterstützerInnen-Netzwerk:** Für unsere Ziele und die Beteiligung an den Kampagnenbausteinen wollen  
233 wir prominente Unterstützung gewinnen und ein Netzwerk mit gesellschaftlicher Strahlkraft aufbauen. Dazu  
234 wollen wir u.a auf das Netzwerk der SPD zurückgreifen. Außerdem setzen wir weiterhin auf die besondere  
235 Unterstützung durch jede\*n Genoss\*in, der\*die als Multiplikator\*in in der Verbreitung von Inhalten durch die  
236 sozialen Netzwerke eine wesentliche Funktion wahrnimmt. Dass wir erfolgreich Wahlkämpfen können, haben  
237 wir Jusos im letzten Bundestagswahlkampf gezeigt. Lasst uns die nächsten Monate nutzen, gemeinsam für ein  
238 gerechtes, junges, offenes und nachhaltiges Europa zu streiten! Lasst uns gemeinsam anpacken und diesen  
239 Jugendwahlkampf rocken!

# **F Frieden & Internationales**

## **F Frieden & Internationales**

---

F3	Rheinland-Pfalz	Keine Zusammenarbeit mit dem Erdogan-Regime	40
----	-----------------	---	----

---

# F3

**Titel** Keine Zusammenarbeit mit dem Erdogan-Regime  
**AntragstellerInnen** Rheinland-Pfalz

---

## Keine Zusammenarbeit mit dem Erdogan-Regime

1 Historisch gesehen sind die deutsch-türkischen Beziehungen besonders eng verflochten, nicht zuletzt durch  
2 die ca. 3 Millionen in Deutschland lebenden Menschen türkischer Herkunft, die beide Länder in verschiedens-  
3 ten Bereichen, von der Wirtschaft, über den Tourismus hinzu Hochschulkooperationen, eng aneinanderbin-  
4 den. Gleichzeitig bestehen die deutsch-türkischen Beziehungen in den vergangenen Jahren nur unter immen-  
5 sen Spannungen weiter: Sei es die lang überfällige Anerkennung der Massentötung an den Armeniern als  
6 Völkermord durch den Bundestag 2016 und ein anhaltender Rassismus in Deutschland oder die fortlaufende  
7 Inhaftierung von deutschen Journalisten und die generelle Entwicklungstendenz der AKP unter Erdogan. Aus  
8 dieser Sicht fordern wir eine grundsätzliche Neuausrichtung der Türkeipolitik der BRD: Wichtig ist hierbei für  
9 uns, dass der bilaterale Gesprächsfaden nicht gänzlich abreißen darf und dass es gerade jetzt von großer Be-  
10 deutung ist, an der Seite der progressiven und oppositionellen Kräfte in der Türkei zu stehen und mit ihnen  
11 für mehr Demokratie und Rechtstaatlichkeit zu kämpfen.

12 Wir fordern, dass:

13 1. Wir Jusos verurteilen das militärische Vorgehen der türkischen Regierung gegen die kurdischen Autono-  
14 miegebiete und fordern die sozialdemokratischen Fachpolitiker\*innen und das sozialdemokratisch geführte  
15 Außenministerium dazu auf, darauf hinzuwirken, dass die Türkei das Blutvergießen unverzüglich beendet. Wir  
16 zeigen uns solidarisch mit den Angegriffenen.

17

18 Die SPD muss sich für ein Ende der Kriminalisierung der kurdischen Befreiungsbewegung in Deutschland und  
19 Europa einsetzen. Hierzu müssen alle geltenden Verbote kurdischer Organisationen in der Bundesrepublik  
20 aufgehoben werden.

21 Während die Kämpfer\*innen der Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG und YPJ) medial für ihren ent-  
22 schiedenen Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat bejubelt werden, wurde in Deutschland das  
23 Zeigen ihrer Fahnen 2017 teilweise verboten. Die Verfolgung von antifaschistischem und emanzipatorischem  
24 Engagement muss beendet werden.

25

26 2. Die sozialdemokratischen Minister\*innen der Bundesregierung sich für die Aufhebung des sog. "Flüchtlings-  
27 abkommens" mit der Türkei einsetzen

28

29 3.

30 a) Stopp aller bereits genehmigten Rüstungsexporte an die Türkei

31 b) Keine Genehmigung von Rüstungsexporten an die Türkei

32

33 4. Die Anstrengung einer Staatenbeschwerde nach Art. 33 EMRK, um eventuelle Verstöße gegen das Folterver-  
34 bot untersuchen zu können.

35 5. Ähnlich wie bei anderen autoritären Staaten scheint es deutsche Unternehmen kaum zu stören, welche  
36 politische Entwicklungen in dem jeweiligen Land von Statten gehen, solange ein Markt gegeben ist. Dieser  
37 Markt wird zu Teilen durch sogenannte Hermes-Bürgschaften verstärkt. Hermes-Bürgschaften bedeuten, dass  
38 der deutsche Staat im Fall einer Zahlungsunfähigkeit auf türkischer Seite für die exportierenden Unternehmen  
39 einspringt. Wir fordern daher ein Einfrieren der Hermes-Bürgschaften für die Zeit der Spannungen, damit  
40 deutsche Unternehmen nicht unproblematisch und vom deutschen Staat unterstützt in die Türkei investieren.  
41 Es sollen Maßnahmen ergriffen werden, die die türkische Regierung sanktionieren, nicht aber der türkischen  
42 Bevölkerung schaden.

43 6. Weiterhin keine Gespräche über die Vertiefung der EU-Zollunion mit der Türkei, insbesondere solange die  
44 Unterdrückung der ethnischen, politischen und religiösen Minderheiten in der Türkei kein Ende findet und  
45 keine erheblichen Fortschritte in der friedlichen Aussöhnung mit den Kurd\*innen in der Türkei und in Syrien  
46 zu verzeichnen sind.

47 7. Die SPD sich solidarisch mit den progressiven Kräften in der Türkei zeigt und konkrete Unterstützung der  
48 CHP und HDP, sowie weiteren progressiven Institutionen in der Türkei anbietet. Wir wissen um die missliche  
49 Lage der oppositionellen Parteien in der Türkei und der Einschränkungen ihrer politischen Arbeit im Alltag,  
50 indem u.a. Genossinnen inhaftiert und eingeschüchtert werden. Wir fordern nicht nur die sofortige Freilas-  
51 sung, sondern müssen unsere Solidarität auch leben. Unsere Unterstützung für die Genoss\*innen sowie das  
52 Aufmerksammachen auf ihre Unterdrückung muss deshalb auf allen Ebenen und zu jeder gegebenen Zeit  
53 erfolgen.

54 Konkret fordern wir u.a.:

55 a) Mehr Schüler\*innenaustausche, mehr gemeinsame FSJ-, Studierenden- und Azubiprogramme und die För-  
56 derung der Zusammenarbeit der verschiedenen Vereine, Gewerkschaften, Kommunen und Regionen,

57 b) den Ausbau der vorhandenen Austauschprogramme,

58 c) Intensivere Ausgestaltung der zivilgesellschaftlichen Beziehungen

59 Diese Gespräche haben zum Ziel, die progressiv-oppositionellen Kräfte zu stärken.

60 8. Die Bundesregierung setzt sich für einen Abzug der türkischen Besatzungstruppen in Nord-Zypern sowie  
61 einen konstruktiven Dialog zwischen Zypern, Griechenland und der Türkei ein, um eine Lösung der Zypernfrage  
62 zu erwirken. Dies hat unter dem Dach der Vereinten Nationen zu geschehen. Daneben soll die Friedensmission  
63 UNFICYP parallel fortwährend verlängert werden.

# G Gleichstellung, Feminismus & Gender

## G Gleichstellung, Feminismus & Gender

G1	Bundesvorstand	Für ein Recht auf reproduktive Selbstbestimmung: Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen	43
G10	Hannover	#livingmotherhood – Nicht das ganze Leben	46
G16	Bundesvorstand	Gendergerechte Sprache	50

# G1

<b>Titel</b>	Für ein Recht auf reproduktive Selbstbestimmung: Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen
<b>AntragstellerInnen</b>	Bundesvorstand

---

## Für ein Recht auf reproduktive Selbstbestimmung: Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen

1 Das Recht auf körperliche und reproduktive Selbstbestimmung stellt für uns ein zentrales Menschenrecht dar.  
2 Die momentane Gesetzeslage in Deutschland schränkt dieses Recht massiv ein. Schwangerschaftsabbrüche  
3 sind in Deutschland illegal. Sie sind lediglich unter Einhaltung bestimmter Bedingungen straffrei aber rechts-  
4 widrig. Laut Gesetzestext sind Schwangerschaftsabbrüche mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren (für  
5 die Durchführenden) bzw. einem Jahr (für die Betroffenen) zu ahnden- es werden lediglich gewisse Ausnahmen  
6 formuliert, unter denen Straffreiheit gewährt wird.

7 Dazu kommt das „Werbeverbot“ des § 219a StGB, dieses verbietet, „öffentlich [...] seines Vermögensvorteils  
8 wegen [...] eigene oder fremde Dienste zur Vornahme oder Förderung eines Schwangerschaftsabbruchs“ an-  
9 zubieten, anzukündigen, anzupreisen oder Erklärungen solchen Inhalts bekanntzugeben. Wer dennoch soge-  
10 nannte „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ macht, kann zu einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei  
11 Jahren oder zu einer Geldstrafe verurteilt werden. Die Informationsbeschaffung der betroffenen Schwangeren  
12 soll grundsätzlich nur über Beratungsstellen wie ProFamilia geschehen.

13 Letztlich führen die aktuellen gesetzlichen Regelungen in den §§ 218ff. und §§ 219ff. StGB zu rechtlicher Un-  
14 sicherheit, Kriminalisierung und gesellschaftlicher Stigmatisierung nicht nur für (ungewollt) Schwangere son-  
15 dern eben auch für Ärzt\*innen. Dieser Zustand hat fatale Folgen. Daher setzen wir uns für eine Streichung der  
16 §§ 218-219b StGB aus dem Strafgesetzbuch, sowie einer Neuregelung im und eine Neufassung des Schwan-  
17 gerschaftskonfliktgesetzes (Gesetz zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten) ein. Die  
18 sogenannte Fristenlösung, wie sie bis jetzt im §218a I Nr. 3 StGB geregelt ist, dass nur bis zur zwölften Woche  
19 nach der Empfängnis ausnahmsweise der Schwangerschaftsabbruch straffrei erfolgen kann, lehnen wir ab. So  
20 erkannte die Drucksache des Bundestages 12/696 aus dem Jahr 1991 schon richtig: „Die Festlegung einer Frist,  
21 nach deren Ablauf eine Abtreibung verboten ist, unterstellt, daß Frauen nicht dazu in der Lage sind, selbst-  
22 ständig die für sie richtige Entscheidung zu treffen. Die Drei-Monat-Frist ist willkürlich und durch nichts zu  
23 begründen. Sie erzeugt zudem einen unvermeidbaren Zeitdruck. Wenn eine ungewollte Schwangerschaft erst  
24 spät entdeckt wird, was gerade bei sehr jungen oder bei älteren Frauen leicht vorkommen kann, ist die Drei-  
25 Monats-Frist für eine reife Entscheidung zu kurz.

26 Das Schwangerschaftskonfliktgesetz (neu: Schwangerschaftsgesetz), das detaillierte Vorgaben zur Durchfüh-  
27 rung von Beratungen und der Anerkennung von Beratungsstellen enthält, muss neugefasst werden. Die An-  
28 erkennung von Beratungsstellen muss strenger nach Inhalt der Beratung erfolgen und eine neutrale, ergeb-  
29 nisoffene Beratungspraxis sicherstellen. Eine konfessionelle Beratung muss ebenfalls sicherstellen, dass alle  
30 Optionen und Möglichkeiten gleichberechtigt erörtert werden. Die Regelungen für Schwangerschaftsabbrüche  
31 müssen sich in diesem Gesetz wiederfinden. Ebenfalls ist das Gesetz umzubenennen. Ein Schwangerschafts-  
32 gesetz darf keinen Konflikt voraussetzen, da dies bereits eine tendenziöse Rechtsauslegung vorwegnimmt und  
33 einer neutralen Beratung im Weg steht. Auch das Verbot von kommerzieller Werbung könnte hier verankert  
34 werden, so die Berufsordnung der Bundesärztekammer nicht als ausreichend angesehen wird. Deutlich zu  
35 machen ist, dass medizinische Information regelmäßig nicht als Werbung gesehen wird und damit auch nicht  
36 gegen Berufsordnungen oder Gesetze verstößt.

37 Im Zuge einer gesetzliche Neuregelung und einer diese begleitende breiten Debatte muss auch die gesell-  
38 schaftliche Stigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen angesprochen und aufgearbeitet werden.

### 39 **Medizinische Ausbildung**

40 Die Folgen der aktuellen Gesetzeslage und der gesellschaftlichen Stigmatisierung von Schwangerschaftsabbrü-  
41 chen finden sich auch in der Medizin. Im Medizinstudium wird ein Schwangerschaftsabbruch nur sehr selten  
42 überhaupt gelehrt. Wir fordern, dass dieser so wichtige Eingriff ausreichend differenziert gelehrt wird. Sogar  
43 Medizinstudierende die sich auf Gynäkologie spezialisieren, bekommen diesen Eingriff in ihrer praktischen  
44 Ausbildung nicht selbstverständlich beigebracht.

45 An unterschiedlichen Universitäten ist der Stand zur Ausbildung darüber sehr unterschiedlich. Allgemein kann  
46 man sagen, dass das Beschäftigen und Wissen darüber ansammeln momentan freiwillig ist. Wir fordern einen  
47 verpflichtenden theoretischen Teil in der Ausbildung, um ein Verständnis für diesen Eingriff zu schaffen. Des  
48 Weiteren fordern wir, dass sobald man sich für den Fachbereich der Gynäkologie entscheidet, alles, sowohl  
49 das praktische als auch das theoretische Wissen, verpflichtend zu erlernen ist. Zum einen ist die sogenannte  
50 Ausschabung einer der häufigsten gynäkologischen Eingriffe, zum anderen führt adäquates Fachwissen auch  
51 zu weniger Stigmatisierungen.

52 Die Eingriffe haben primär gar keinen Zusammenhang damit, ob die Schwangerschaft gewollt oder unge-  
53 wollt ist. Diese Eingriffe sind nötig. Es ist wichtig, dass es genug Fachpersonal gibt um diese Eingriffe adäquat  
54 und gut auszuführen. Des Weiteren ist es in Deutschland so, dass der Patientenwille Handlungsleitend ist und  
55 die Ärzt\*innen verpflichtet sind, diesen, soweit rechtlich möglich, auszuführen. Dies bedeutet, dass in dem  
56 Moment indem eine Frau\* sich entschließt eine Schwangerschaft zu beenden, die Ärzt\*innen verpflichtet  
57 sind sie über Risiken aufzuklären, aber ihre Privatmeinungen, wie auch bei anderen Eingriffen, keine Rolle  
58 spielt.

59 So verwundert es dann auch nicht, dass immer weniger Ärzt\*innen sich dafür entscheiden Schwangerschafts-  
60 abbrüche durchzuführen. Da dies aktuell noch nicht so kommuniziert wird und viele Wissenslücken und Un-  
61 sicherheiten vorherrschen, gibt es in einigen Regionen einen Mangel an Fachpersonal, das diesen Eingriffe  
62 durchführen kann..

63 39

64 Zudem führt die mangelnde Ausbildung und das „Werbeverbot“ (welches faktisch ein Informationsverbot  
65 darstellt) dazu, dass Frauen\* keinen guten Zugang zu Informationen über Schwangerschaftsabbrüche und  
66 die verschiedenen möglichen Methoden haben. Darüber hinaus wird der Rechtsrahmen ärztlicher Werbung  
67 bereits durch die Berufsordnungen der Landesärztekammern gesetzt, wodurch eine weitere gesetzliche Rege-  
68 lung in § 219 StGB obsolet ist. Das größte Problem ist aber, dass in Deutschland immer mehr Ärzt\*innen, die  
69 Abbrüche durchführen, in Rente gehen – und es an Nachwuchskräften fehlt. Diese Ärzt\*innen haben überwie-  
70 gend in den Siebziger Jahren während der Frauenbewegung ihr Studium absolviert und handeln aus politischer  
71 Überzeugung heraus. Diese Überzeugung ist in den vergangenen Jahren in der Gesellschaft entpolitisiert und  
72 in die sogenannte Tabuzone gedrängt worden, so dass die nachkommenden Generationen an Ärzt\*innen mit  
73 diesem Thema nicht vertraut sind und ja auch aus den oben genannten Gründen nicht in ihrem Studium in  
74 Berührung kommen.

### 75 **Sogenanntes Post-Abortion-Syndrom (PAS)**

76 Hier wird von den sogenannten „Lebensschützer\*innen“ oft als Argument das mögliche Auftreten des „Post-  
77 Abortion-Syndroms“ (PAS) vorgeschoben. Dabei handelt es sich um eine vermeintliche posttraumatische Belas-  
78 tungsstörung, die angeblich regelmäßig nach einem Schwangerschaftsabbruch auftritt und sich in Depressio-  
79 nen, auffälligen Verhaltensweisen, starken Gefühlsausbrüchen oder ausgeprägten Veränderungen der Persön-  
80 lichkeitsstruktur zeigen soll. Allerdings wird das Krankheitsbild bislang von keiner medizinischen oder psych-  
81 iatrischen Vereinigung anerkannt.

82 Zu einem Trauma nach einem Schwangerschaftsabbruch kommt es jedoch selten, wie die American Psycholo-  
83 gical Association bei einer Auswertung von 220 Studien bekannt gab. Die Studien kam zu dem Ergebnis, dass  
84 Depressionen genauso oft auftreten, wie es die psychischen Folgen einer ungewollten Schwangerschaft tun.  
85 Ein direkter Zusammenhang zwischen einem Abbruch und einer seelischen oder körperlichen Störung kann  
86 nicht nachgewiesen werden. Eine psychische Belastung resultiert eher aus der gesellschaftlichen Stigmatisie-  
87 rung und der fehlenden sozialen Unterstützung für die eigene Entscheidung zu einem Schwangerschaftsab-  
88 bruch.



89 Aus diesem Grund ist es umso wichtiger, dass die Entscheidung über einen Abbruch selbstbestimmt getroffen  
 90 werden kann und dafür eine soziale Akzeptanz hergestellt wird. Dafür ist die Legalisierung von Schwanger-  
 91 schäftsabbrüchen unabdingbar.

### 92 **Schwangerschaftskonfliktberatungen – Anrecht statt Pflicht**

93 Die bestehende Pflichtberatung und dreitägige Wartezeit ist bevormundend und medizinisch nicht zu recht-  
 94 fertigen. Eine Schwangerschaftskonfliktberatung hat laut Gesetz aktuell das explizite Ziel, einen Schwanger-  
 95 schäftsabbruch zu verhindern, nötigt also die beratende Person, ausdrücklich nicht das Interesse der zu Bera-  
 96 tenden in den Mittelpunkt zu stellen. Natürlich ist es bei einer so weitreichenden Entscheidung wie der, eine  
 97 Schwangerschaft fortzuführen oder zu beenden, sinnvoll, den Patient\*innen auf Wunsch Beratungsmöglich-  
 98 keiten zur Verfügung zu stellen. Diese sollte jedoch freiwillig und ergebnisoffen stattfinden, denn eine solche  
 99 Pflichtberatung gibt es auch bei anderen, und potentiell noch weitreichenderen, medizinischen Vorgängen/Ein-  
 100 griffen nicht. Selbiges gilt für die erzwungene Bedenkzeit nach der Beratung. Wie bei jedem medizinischen  
 101 Vorgang ist es selbstverständlich auch hier Aufgabe der behandelnden Ärzt\*innen, über mögliche Risiken der  
 102 Behandlung zu informieren. Eine weitere Verpflichtung zur Beratung und eine erzwungene Wartezeit suggerie-  
 103 ren jedoch, die betroffenen Frauen\* wären nicht in der Lage, ohne solche Zwangsmaßnahmen eine verantwor-  
 104 tungsvolle Entscheidung zu treffen. Eine Schwangerschaftsberatung über die normale medizinische Beratung  
 105 der\*des behandelnden Ärzt\*in ist den Betroffenen auf Wunsch zu ermöglichen, jedoch keine Voraussetzung  
 106 für einen Abbruch. Die Beratung ist ergebnisoffen zu führen.

### 107 **Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen – auch im ländlichen Raum**

108 Ein grundsätzliches Recht auf Schwangerschaftsabbrüche setzt jedoch auch voraus, dass die Betroffenen auch  
 109 tatsächlich die Möglichkeit haben, diesen Eingriff ohne unverhältnismäßigen Aufwand, also z.B. in zumutbarer  
 110 Nähe zu ihrem Wohnort, umzusetzen. Daher ist die Praxis von Einrichtungen insbesondere mit staatlicher Fi-  
 111 nanzierung (z.B. katholischer Krankenhäuser) die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen grundsätz-  
 112 lich abzulehnen, zu unterbinden. Wenn Krankenhäuser die schwangerschaftsbegleitende medizinische Versor-  
 113 gung bestimmter Regionen übernehmen, müssen sie diese auch in vollem Umfang ausfüllen. Nicht zuletzt sind  
 114 auch bei gewollten Schwangerschaften ggf. nach Fehlgeburten Eingriffe notwendig, für die die behandelnden  
 115 Ärzt\*innen ausreichende praxiserfahrung benötigen um Patient\*innen die bestmögliche Behandlung bieten  
 116 zu können.

117 Die Übernahme der Behandlungskosten für Schwangerschaftsabbrüche durch die Krankenkassen muss voll-  
 118 umfänglich gewährleistet werden. Schwangerschaftsabbrüche müssen als medizinische Eingriffe für alle zu-  
 119 gänglich und nicht von der finanziellen Situation der Frauen\* abhängig sein.

120 Konkret fordern wir daher:

- 121 – Die Aufhebung der §§ 218ff. StGB aus dem Strafgesetzbuch und damit die Legalisierung von Schwanger-  
 122 schäftsabbrüchen
- 123 – Die sofortige und ersatzlose Streichung des §§ 219ff StGB und freien Zugang zu Information über Schwan-  
 124 gerschaftsabbruch.
- 125 – Ausbildung in den verschiedenen Methoden des Schwangerschaftsabbruchs in den Studiengängen für  
 126 Medizin.
- 127 – Die vollumfängliche Übernahme der Behandlungskosten für Schwangerschaftsabbrüche vollumfängli-  
 128 che durch die Krankenkassen
- 129 – Flächendeckenden Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen auch im ländlichen Raum
- 130 – Die Abschaffung vom Zwang zu Schwangerschaftskonfliktberatungsgesprächen und der daran gekop-  
 131 pelten dreitägige Wartezeit, sowie eine ergebnisoffene Beratung.

132 *\*Die Schreibweise Frauen\* soll verdeutlichen, dass nicht nur Frauen schwangere Personen sein können. Menschen  
 133 mit Uterus sind nicht alle Frauen, und nicht alle Frauen können Kinder bekommen. Das \* steht dabei für Personen,  
 134 die nicht in die zweigeschlechtliche Matrix von "Frauen" und "Männern" passen (wollen). Die Kategorie "Frau" wird  
 135 dennoch beibehalten, nicht als biologische, sondern als sozial hergestellte, um die ideologischen Projektionen und  
 136 Konstruktionen auch durch die "Lebensschützer" abbilden zu können. (Quelle: "Kulturkampf und Gewissen. Medizi-  
 137 nethische Strategien der »Lebensschutz«-Bewegung" von Kirsten Ahtelik / Eike Sanders / Ulli Jentsch*

# G10

**Titel** #livingmotherhood – Nicht das ganze Leben  
**AntragstellerInnen** Hannover

---

## #livingmotherhood – Nicht das ganze Leben

1 Alltägliche Diskriminierung zieht sich durch alle unsere Lebensbereiche. Insbesondere diejenigen Gruppen, die  
 2 aus historischer Perspektive als marginalisiert gelten und dementsprechend innerhalb der heterosexuellen,  
 3 weißen und patriarchalen Gesellschaft eine untergeordnete Rolle einnehmen, haben mit unterschiedlichsten  
 4 Formen von Diskriminierung zu kämpfen, welche allesamt und in Teilen gleichzeitig, auf sie einwirken. Denn  
 5 unsere Gesellschaft beruht auf Strukturen, die allumfassend hinterfragt werden müssen. So auch das Kon-  
 6 strukt der ewigen, sich aufopfernden Mutter\*, eingebunden in die Ideologie des Familiarismus und die nor-  
 7 mative Zementierung, der Normalfamilie. Normativ ist in diesem Fall als den Maßstab darstellend und entspre-  
 8 chend als Richtschnur zu begreifen. Die Ideologie des Familiarismus ist seit Bestehen der Menschheit ein ewig  
 9 währendes Konstrukt, welches suggeriert, dass es lediglich eine mögliche Verbindung gibt – diejenige zwischen  
 10 Mann und Frau\*. Der Zweck dieser Verbindung liegt im Familiarismus nicht in einer romantischen Beziehung,  
 11 sondern lediglich in der Reproduktion mit einer klaren Rollenteilung zwischen Mann und Frau\*.

12 Beruhend auf der konservativen Ansicht, dass die Verbindung zwischen Mann und Frau und die daraus ent-  
 13 stehende Möglichkeit der Zeugung von Kindern die einzig mögliche und legitime Verbindung sei, entstand vor  
 14 geraumer Zeit das Bild der romantischen Ehe. Dieses setzt sich bis heute fort und hat weiterhin recht unange-  
 15 fochten bestand. Sowohl von staatlicher Seite gefördert, als auch von Bildungseinrichtungen als gewollte und  
 16 einzige Verbindung propagiert, stand die heterosexuelle Ehe lange alleine als vorteilhaftes Konstrukt für 17die  
 17 Beteiligten da, ohne hinterfragt zu werden. Die Ehe zwischen Mann und Frau\* wurde lange steuerlich bevor-  
 18 teilt. Die gesetzliche Gleichstellung der Ehe für Alle hat diese Bevorteilung innerhalb der Ehe zwar aufgehoben,  
 19 dennoch werden geheilichte Menschen noch immer gegenüber den nicht geheilichten Menschen steuerlich  
 20 bevorteilt. Die Ehe zwischen Mann und Frau\* gilt auch noch durch die religiöse Komponente als normativ, da  
 21 in der Erzählung eine pflichtmäßige (romantische) Verbindung von Mann und Frau\* propagiert wird.

22

23 Ein unangenehmer und oftmals übersehener Nebeneffekt ist die untergeordnete Rolle, welche der Frau\* in-  
 24 nerhalb der ehelichen Gemeinschaft zugewiesen wird“ durch “Die marginalisierte Rolle, die Frauen\* innerhalb  
 25 patriarchaler Gesellschaftsstrukturen zugewiesen wird, wird durch Rollenverteilung in eheliche Gemeinshaf-  
 26 ten oft noch verstärkt.

27 Sozial innerhalb der heterosexuellen Normbeziehung auf die Mutterrolle reduziert, ereilt Frauen\* in ihrer ge-  
 28 sellschaftlichen Rolle diese Reduktion nicht erst nachdem eine Ehe tatsächlich eingegangen worden ist, son-  
 29 dern von Beginn an ihres Frau\*seins. Mithilfe der Ideologie des Familiarismus wird der Frau\* vermittelt, dass  
 30 abseits von Alter und momentaner gesellschaftlichen Position, sie das Schicksal ereilen wird, die Care-Arbeit  
 31 innerhalb einer heterosexuellen Partner\*innenschaft zu leisten. Die Frau\* ist innerhalb dieses Rollenverständ-  
 32 nisses untrennbar mit dem Mutter\*sein verbunden und wird darauf aufgrund ihres Geschlechts reduziert.  
 33 Dies beginnt quasi mit der Geburt, zumindest aber schon mit der anfänglichen Sozialisierung. In diesem Kon-  
 34 text denken wir beispielsweise an das erwartete Spielen mit Puppen oder das Kümmern um Geschwister. Real  
 35 beginnt so die Rolle als diejenige, die für die Care Arbeit zuständig ist, für die Frau\* allerspätestens beim Eingeh-  
 36 en einer heterosexuellen Normbeziehung, also lange bevor ein Kind geboren wurde und die Frau\* tatsächlich  
 37 Mutter\* ist.

38 34Hierbei tun sich weitere Formen von Diskriminierung auf, die (bei der Analyse) nicht außer Acht gelassen  
 39 werden dürfen. Beispielsweise lässt sich die gesellschaftliche Stigmatisierung von Großfamilien beobachten.  
 40 Insbesondere bei Familien mit mehr als drei Kindern, bei der ein oder beide Elternteile einen sichtbaren Mi-

41 grationshintergrund haben. Auch die Herabwürdigung von Menschen mit niedrigen Einkommen und/oder  
 42 niedrigem Bildungsniveau darf nicht vergessen werden. Ebenso muss die Diskreditierung von Frauen\*/Eltern  
 43 als „Welfare-Moms/Parents“ mitgedacht werden.

#### 44 **Mutter\*sein vs. Menschsein – Mütter wieder zu Menschen machen**

45 Frauen\* wird im Zuge ihrer Sozialisation suggeriert, dass sie erst durch eine Mutter\*schaft eine wahre Erfül-  
 46 lung ihres Lebens empfinden werden. Dabei wird die Mutter\*schaft an sich und auch die Pflege der Kinder  
 47 in das Zentrum des Lebens der Frau\* bzw. die von ihr erwartete Lebensführung gerückt. Dies bestimmt nicht  
 48 nur den Erwartungsdruck, den Frauen\* selber an sich richten und die Verantwortlichkeit, die sie empfinden,  
 49 sondern auch die Art und Weise wie andere Menschen Müttern in einer patriarchalen Gesellschaft begegnen.  
 50 44Die Entscheidung darüber, ob und wann Frauen\* Kinder bekommen sollten sind gesellschaftlich normiert  
 51 und dabei paradox: Lebensplanungen von Frauen\*, in denen Kinder nicht auftauchen sind genauso wenig an-  
 52 erkannt wie die Einstellung, Kinder ungeachtet des eigenen Alters oder der eigenen finanziellen Situation zu  
 53 wollen.

54 Kinder zu haben wird zum zentralen Lebensinhalt von Müttern stilisiert, sodass jegliches Abweichen von ei-  
 55 nem diesem Verhalten einem nicht adäquaten Ausfüllen der Mutter\*rolle, also einem Vernachlässigen des  
 56 Kindes, gleichgesetzt wird. Die Frau\* als Mensch tritt hinter ihrem eigenen selbst als Mutter\* zurück, wird  
 57 dahinter zurückgedrängt. Hier ist trotz der sowieso stattfindenden Aufoktroiyerens von Erwartungen der Mut-  
 58 ter\*schaft auf die Frau\* ein klarer Umbruch zu erkennen von der Frau\* als Mensch, die Mutter\* werden sollte  
 59 zur Frau\*, die primär Mutter\* ist. Denn die soziale Erwartungshaltung ist, dass das, wenn auch nur potentielle,  
 60 Muttersein im Vordergrund der Lebensplanung der Frau\* zu stehen hat und dass sich dementsprechend auch  
 61 organisatorisch ihre gesamte Lebensplanung danach zu richten hat.

#### 62 **Die gesellschaftliche Überhöhung der Mutter\*rolle**

63 Die gesellschaftliche Überhöhung der Mutter\*rolle zeigt sich unter anderem in der Tabuisierung der Ableh-  
 64 nung von Mutter\*schaft. Aber auch darin, dass dem Bereuen von Mutter\*schaft im Nachgang weder Diskussi-  
 65 onsraum noch gesellschaftliche Akzeptanz eingeräumt wird. Dies sorgt logischerweise dafür, dass Frauen\* be-  
 66 wusst und unbewusst nur die Möglichkeit haben sich in einem engen gesellschaftlichen Korsett zu entfalten.  
 67 Von Frauen\* wird erwartet, dass sie die Mutterrolle einnehmen und in dieser aufgehen, gleichzeitig markiert  
 68 die Mutter\*schaft aber auch den Punkt, wo erwartet wird, dass sich Frauen\* 61selbst, zumindest übergangs-  
 69 weise, aufgeben und ihre Kinder in den Mittelpunkt ihres Seins stellen. Diesen Gegensatz können Frauen\*  
 70 als eine Repression ihrer persönlichen Entfaltung und selbstbestimmten Lebensführung wahrnehmen. Für  
 71 ein selbstbestimmtes Leben ist es aber unerlässlich, sich frei für oder gegen die Mutterschaft entscheiden zu  
 72 können.

73 Die gesellschaftliche Zentrierung des Lebens der Frau\* auf ihre Kinder manifestiert sich auch in den Debat-  
 74 ten um Schwangerschaftsabbrüche: Hier wird der Fokus der Diskussion auf Entwicklungsstadien von Zellan-  
 75 sammlungen gelegt und nicht auf die Frauen\*, welche mitten im Leben stehen und selbstbestimmt darüber  
 76 entscheiden wollen, ob und wann sie ein Kind bekommen. Hier ist es erforderlich dass der Debattenfokus  
 77 und damit das gesellschaftliche Verständnis auf die Selbstbestimmung der Frau\* über ihren Körper verlagert  
 78 wird und damit auch gleichzeitig die Schaffung von Diskussionsräumen einhergeht, in denen über die Rolle  
 79 der Frau\*, Mutter\*schaft an sich, deren Ablehnung und das Bereuen davon kritisch reflektiert werden kann.  
 80

#### 81 **Kritische Reflexion zum aufgeladenen Mutter\*schaftsbegriff**

82 83Kinder zu bekommen, diese zu umsorgen und aufzuziehen und die eigenen Ansprüche zurückzustellen –  
 83 dieses Rollenverständnis wird an Frauen\* herangetragen, als zentrales Ziel vermittelt und gesellschaftlich als  
 84 notwendig konstituiert. Ein Ausfüllen dieser Rolle wird von Frauen\* selbstverständlich erwartet, abseits ihrer  
 85 eigenen Wünsche und Vorstellungen. Die bewusste Entscheidung, beispielsweise keine Kinder zu bekommen,  
 86 hat innerhalb dieser Erwartungshaltung an Frauen\*, Mütter zu werden, keinen Platz. Die Selbstbestimmung  
 87 und Freiheit der Frau\*, diese Entscheidung abseits von gesellschaftlichem Druck treffen zu können, muss si-  
 88 chergestellt werden und kann nur über das Aufbrechen patriarchaler Strukturen sowie der Überwindung ver-  
 89 alteter Rollenbilder und tradiert Geschlechterverhältnisse gewährleistet werden. Es sollte vielmehr gemein-  
 90 samer Anspruch sein, dass sich Kinder mit Blick auf gleichberechtigte Elternschaft zu eigenverantwortlichen  
 91 Individuen mit sozialem Gewissen entwickeln können. Die Reduktion der Frau\* auf ihre Rolle als Mutter dient

92 auch als offensichtliches strukturelles Element bei der Reproduktion patriarchaler Strukturen aller Geschlech-  
93 ter.

94 Es stellt sich nun die Frage, inwieweit ein gesellschaftlicher Wandel überhaupt möglich ist, wenn diese Bastion  
95 patriarchaler Strukturen zum tiefsten, persönlichsten und auch in der Wahrnehmung durch den familiären  
96 Kontext natürlichsten Verständnis von Menschen und Familien bestehen bleibt und nicht aufgebrochen wird.  
97 Nur durch ein Aufbrechen eben dieser Strukturen ist es möglich, ein gleichberechtigtes Verhältnis der Ge-  
98 schlechter durch die Erziehung zu vermitteln und so als neue Norm zu setzen.

99 Es zeigt sich ein Gefälle zwischen Frau\* und Mutter\* in der gesellschaftlichen Wahrnehmung. Die gesellschaftli-  
100 chen Obligationen, die Frauen\* durch dem Mutter\*begriff auferlegt bekommen, ermöglichen die gesellschaft-  
101 liche Akzeptanz fehlender politischer Maßnahmen, die die Gleichberechtigung von Frauen\* und Männern för-  
102 dern.

103 Dieser Zusammenhang muss auch aus einer sozialistischen Perspektive betrachtet werden. Unter anderem  
104 wird das beschriebene Gefälle sichtbar in sozialem Druck und der bürgerlichen Rollenteilung. Liberal ausgelegt,  
105 umfasst der Begriff des Proletariats nach Eagleton auch Menschen, die Arbeit leisten, die nicht bezahlt wird.  
106 Klassisch gesehen: Menschen in der häuslichen Pflege oder dem Haushalt, zumeist Frauen\*. Das macht sie  
107 ebenfalls zur benachteiligten Klasse im Prozess der Produktion.

108 In einer Gesellschaft, in der die bürgerliche Kernfamilie als Norm gilt und das Alleinstellungsmerkmal von  
109 „Vater-Mutter\*-Kind“ nicht oder kaum hinterfragt wird, sind Haus- und Sorgearbeit der Erwerbsarbeit ge-  
110 genübergestellt. Beides in traditioneller Arbeitsteilung wahrzunehmen, befördert geschlechtsspezifische Un-  
111 gleichheit. Die Kernfamilienidee von der monogamen, heterosexuellen Ehe, die sich durch das Christentum  
112 und die bürgerliche Moral legitimiert, führt in letzter Konsequenz zur Ablehnung weiblicher Erwerbstätigkeit  
113 sowie unbezahlter weiblicher Hausarbeit. Hier gilt es endlich echte Gleichberechtigung zu schaffen und al-  
114 len Lebensentwürfen zu sozialer Akzeptanz zu verhelfen. Auch ist darauf hinzuwirken, dass „traditionelle“  
115 Geschlechterrollen in Einrichtungen frühkindlicher Bildung nicht länger propagiert werden bzw. Ihnen aktiv  
116 entgegengewirkt wird.

117 Auch in individuellen Paararrangements herrschen immer noch massive, aber teilweise unsichtbare Unglei-  
118 chen. Zudem werden im gesellschaftlichen Diskurs traditionelle Rollenbilder wieder von Teilen der Gesellschaft  
119 offen eingefordert. Wir begegnen zum Beispiel traditionellen Arbeitsarrangements, wohingegen rhetorisch ei-  
120 ne Modernisierung von Partner\*innenschaft propagiert wird. Das legt den Schluss nahe, dass Veränderungen  
121 in diesem Kontext diskursiv stattfinden, aber nicht in der Praxis gelebt werden. Es besteht in diesem Zusam-  
122 menhang eine Diskrepanz zwischen Alltagswissen und Alltagshandeln. Es gelingt so, explizite Geschlechterrol-  
123 len in latenten Verschleierungsprozessen unterzubringen.

124

## 125 **Mutter\*sein als soziale/zwischenmenschliche Rolle**

126 112Es stellen sich für uns weitergehende Frage: Welche gesellschaftlichen Anforderungen sind zu unterstüt-  
127 zen? Muss eine Mutter\* besser sein als andere Sorgeberechtigte? Oder sollten nicht viel mehr an alle Sorge-  
128 berechtigte der gleiche Anspruch formuliert werden, inwieweit sie sich um Kinder kümmern, sie begleiten und  
129 erziehen?

130 Die mit der Mutter\*schaft assoziierten Pflichten bezüglich des Aufziehens von Kindern, sind als Pflichten und  
131 damit als soziale und zwischenmenschliche Rolle der sorgeberechtigten Menschen anzusehen. Nur wenn eine  
132 Ausweitung der mit der Mutter\*schaft assoziierten Erwartungshaltungen und Sorgepflichten auf beide Eltern-  
133 teile oder die Sorgeberechtigten für das Kind folgt, ist Gleichberechtigung der Eltern und Sorgeberechtigten  
134 nur durch strukturelle Veränderungen möglich. In diesem Zusammenhang müssen wir auch neue Beziehungs-  
135 modelle und Formen der geteilten Sorgearbeit in den Blick nehmen. Als neue, postmoderne Form der Familie  
136 gilt beispielsweise die Co-Elternschaft. Zwei Erwachsene ziehen hier zusammen ein leibliches Kind auf ohne  
137 dabei miteinander eine Liebesbeziehung einzugehen. Dieses Familienleben ohne Sex und auf freundschaft-  
138 licher Basis ist entsprechend eine Erweiterung bekannter Familienmodelle. In einigen Bereichen werden  
139 mittlerweile kinderlose Räume geschaffen, beispielsweise kinderfreie Cafés oder Ferienanlagen, die explizit  
140 keine Familien zulassen. Die gesellschaftliche Debatte hierzu nehmen wir als Jusos ebenfalls wahr.

141 Somit wird auch klar, dass diese Diskussion der kritischen Reflexion der Mutter\*rolle im Kontext der Diskus-

142 sion um eine gleichberechtigte Elternschaft steht. Auch dort muss deutlich gemacht werden, dass Eltern zwar  
143 Eltern sind, dass Kinder aber nur ein Teil ihres Lebens sind und nicht das Ganze. Das muss zumindest die gesell-  
144 schaftlich akzeptierte Norm werden. In einigen Bereichen werden mittlerweile kinderlose Räume geschaffen,  
145 beispielsweise kinderfreie Cafés oder Ferienanlagen, die explizit keine Familien zulassen. Die gesellschaftli-  
146 che Debatte hierzu nehmen wir als Jusos ebenfalls wahr. Denn nur wenn #motherhood zu #parenthood wird,  
147 ist dies ein Schritt in Richtung Gleichberechtigung. In einigen Bereichen werden mittlerweile kinderlose Räu-  
148 me geschaffen, beispielsweise kinderfreie Cafés oder Ferienanlagen, die explizit keine Familien zulassen. Die  
149 gesellschaftliche Debatte hierzu nehmen wir als Jusos ebenfalls wahr.

# G16

<b>Titel</b>	Gendergerechte Sprache
<b>AntragstellerInnen</b>	Bundeschvorstand

---

## Gendergerechte Sprache

- 1 Sprache ist kein neutrales Kommunikationsmittel, sondern fungiert als Spiegel gesellschaftlicher Realität, stellt
- 2 aber auch den Ort dar, an dem sich sozialer Protest und konservativer Widerstand artikuliert. Die Diskriminie-
- 3 rung findet nicht nur in dem statt, was getan wird, sondern auch wie gesprochen und geschrieben wird.
- 4 Wir Jusos setzen uns daher für eine geschlechtergerechte Sprache ein, in der andere als männlich sozialisier-
- 5 te Menschen nicht nur mitgemeint und mitgedacht, sondern sichtbar und hörbar gemacht werden. Dies soll
- 6 für Sprache auf allen gesellschaftlichen Ebenen gelten – sowohl in formeller als auch in informeller Sprache.
- 7 Für die Beziehung zwischen Sprache und Geschlecht heißt dies, dass sich in einer Sprache gender-bezogene
- 8 Asymmetrien manifestieren, die ihrerseits auf die Wahrnehmung und Konstruktion von Realität einwirken. Ge-
- 9 nau aus diesem Grund verdeutlicht sich die immense Bedeutung unserer Sprache. Wenn wir Menschen und
- 10 auf unser gesellschaftliches Handeln auswirkt. Somit wird die wichtige Voraussetzung geschaffen, dass wir
- 11 Gleichstellung in unserem Verband praktisch mit Leben füllen können. Denn die Macht und die Konstruktion
- 12 patriarchaler Strukturen werden durch nicht-gegenderte Sprache verklärt. Doch sehen wir uns heute noch vor
- 13 enorme Herausforderungen gestellt, denen gerade wir als Jusos begegnen müssen. Wir werden auch in Zu-
- 14 kunft klar gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit jeglicher Art kämpfen und uns entschieden gegen
- 15 die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und der sexuellen Orientierung positionieren. Deshalb wollen
- 16 wir als Jusos zu einer angemessenen Form des Genderns übergehen. Das sog. Gender-Sternchen verdeut-
- 17 licht dabei anders als bisherige Formen (wie das Binnen-I oder die sog. ‚Gendergap‘) die Vielfältigkeit der Ge-
- 18 schlechter, die über eine binäre Einteilung hinausgeht. Um Menschen einzuschließen, die sich dem binären
- 19 Geschlechtssystem nicht zuordnen können oder wollen, werden wir in unseren öffentlichkeitswirksamen als
- 20 auch verbandsinternen Schriften auf Bundesebene mit Sternchen (Jungsozialist\*in) oder mit dem Partizip (z.B.
- 21 Studierende) nach „Sternchen (Jungsozialist\*in) gendern. Sprache ist ständigem Wandel unterzogen, lasst uns
- 22 deshalb gemeinsam für die Sichtbarmachung von allen Geschlechtern kämpfen!

# I Inneres, Justiz & Verbraucherschutz

## I Inneres, Justiz & Verbraucherschutz

11	Bundesvorstand	Musterpolizeigesetz geht nur mit Menschenrechten – Aus #no-PAG die richtigen Schlüsse für den Bund ziehen	52
12	Weser-Ems	Wo eine Klägerin, da eine RichterIn -Verbandsklagerecht für Gewerkschaften einführen!	56
16	Brandenburg	Regulierung der Werbung von Online-Casinos und bei Sport- und Pferdewetten	57
18	Sachsen	Verschärfung des AGG jetzt!	58

# 11

<b>Titel</b>	Musterpolizeigesetz geht nur mit Menschenrechten – Aus #noPAG die richtigen Schlüsse für den Bund ziehen
<b>AntragstellerInnen</b>	Bundsvorstand

---

## Musterpolizeigesetz geht nur mit Menschenrechten – Aus #noPAG die richtigen Schlüsse für den Bund ziehen

### 1 I. Einleitung

2 Im zurückliegenden Jahr sind hunderttausende Menschen gegen die erfolgten und geplanten Änderungen  
3 des Polizeirechts u.a. in Bayern, Niedersachsen und NRW auf die Straße gegangen. Grund hierfür ist, dass  
4 die Änderungen einen Paradigmenwechsel im Sicherheitsrecht darstellen. Die freiheitlichen Grundrechte der  
5 Bürger\*innen sind bzw. sollen massiv eingeschränkt werden, gleichzeitig verfügt die Polizei in diesen Bun-  
6 desländern nun über fast unbeschränkte Eingriffsbefugnisse oder soll diese noch erhalten. Eine Entwicklung,  
7 die nicht nur Ausdruck des in Deutschland stattfindenden Rechtsrucks ist, sondern auch höchst relevant für  
8 die Frage, in was für einer Gesellschaft wir leben wollen. Unverständlich sind diese Gesetzesverschärfungen  
9 besonders mit Blick auf die reale Sicherheitslage. Seit Jahren und Jahrzehnten sinken die Verbrechenszahlen.  
10 Wir leben in Deutschland so sicher wie selten zuvor. Dennoch fühlen sich manche Menschen unsicher. Da  
11 die Ursachen für gefühlte Unsicherheit aber nicht in der Kriminalitätsentwicklung liegen, kann die Lösung da-  
12 für auch nicht eine Änderung des Polizeigesetzes sein. Wir sehen die Gefahr, dass durch die Ausweitung der  
13 Polizeikompetenzen das Unsicherheitsgefühl sogar noch steigen kann.

14 Gleichzeitig ist es für die Polizei wichtig, dass ihre Befugnisse den modernen Gegebenheiten angepasst werden  
15 und sie einsatzfähig bleibt. In diesem Spannungsfeld muss sich das im Koalitionsvertrag vereinbarte Muster-  
16 polizeigesetz (MusterPolG) bewegen. Dabei darf es nicht passieren, dass das bayrische Polizeiaufgabengesetz  
17 als MusterPolG eins zu eins übernommen wird – wie es gerade vom Innenministerium angedacht ist.

18 Vielmehr bietet das MusterPolG die Chance, ein ausgewogenes Polizeigesetz zu formulieren, dass die Frei-  
19 heitsrechte der Bürger\*innen stärkt und wahrt, sowie die Handlungsmöglichkeiten der Polizei modernisiert.  
20 Ziel muss es sein, eine bürgernahe, integrative und demokratische Polizei zu gewährleisten.

21 Über diese konkreten Maßnahmen hinaus fordern wir von einem MusterPolG, dass anstelle einer Verschär-  
22 fung von polizeilichen Befugnissen und Grundrechtseingriffen der Weg hin zu einer bürgernahen, integrativen  
23 lichen Schritte getan wurden (etwa durch deeskalierende Strategien im Rahmen von Demonstrationen). Weitere  
24 Schritte sind aber notwendig.

25 Wir bestärken noch einmal unsere Beschlüsse vom Bundeskongress 2016: Die Polizei muss gut ausgebildete  
26 sein – auch in Menschenrechtsfragen und gewaltfreier Kommunikation. Wir wollen keine Schmalspur-„Wach-  
27 polizeien“, der Sparkurs bei der Polizei muss beendet werden. Auch bei der Polizei müssen gute Arbeitsbedin-  
28 gungen vorherrschen. Wir erklären uns hierbei erneut solidarisch mit den Kolleg\*Innen der GdP.

### 29 II. Auf dem Weg zum „Minority Report“: die „drohende Gefahr“ und die Ewigkeitspräventivhaft

30 Die Aufnahme einer neuen Gefahrenkategorie in das MusterPolG, wie der „drohenden Gefahr“, lehnen wir ab.  
31 Bis jetzt konnte in die Grundrechte der Bürger\*innen nur bei Vorliegen einer „konkreten Gefahr“ eingegrif-  
32 fen werden. Eine solche liegt nach der gängigen Definition erst bei einem Lebenssachverhalt vor, der bei  
33 einem ungehinderten Ablauf in absehbarer Zeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einem Schaden an  
34 den polizeilich und ordnungsbehördlich geschützten Rechtsgütern führt. Das bedeutet, dass die Polizei erst  
35 präventiv eingreifen kann, wenn das konkrete Handeln einer Person unausweichlich in einer Straftat münden  
36 wird.



37 Die in Bayern eingeführte „drohende Gefahr“ ermöglicht der Polizei nun bereits aktiv zu werden, wenn Tatzeit-  
38 punkt und Tatort noch nicht feststehen. Dies führt dazu, dass individuelles Handeln von Personen, das für sich  
39 gesehen nicht auf das Begehen von Straftaten ausgerichtet ist, bereits als Gefahr eingeordnet werden kann.  
40 Ein Verdacht der Polizei reicht daher aus, um massive Grundrechtseingriffe zu rechtfertigen, obwohl sich die  
41 betroffene Person möglicherweise rechtstreu verhalten hätte.

42 Die so erfolgte Ausweitung der Eingriffsbefugnisse führt dazu, dass die Polizei im Zweifel immer handeln kann  
43 – ohne einem Korrektiv unterworfen zu sein. Dies ist nicht nur unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten be-  
44 denklich. Mit einem solchen Handlungsspielraum besteht die Gefahr der Willkür und dem repressiven Einsatz  
45 von Maßnahmen gegenüber Demonstrant\*innen, Streikenden, Geflüchteten, politisch Engagierten und Fuß-  
46 ballfans.

47 Zudem läuft das Argument man bräuchte einen solchen Gefahrenbegriff zur terroristischen Abwehr ins Lee-  
48 re. Da im deutschen Strafrecht bereits terroristische Vorbereitungshandlungen eine Straftat darstellen, kommt  
49 grundsätzlich nicht das präventive Polizeirecht, sondern die Strafprozessordnung zur Anwendung. Eine „dro-  
50 hende Gefahr“ ist daher für die Terrorismusabwehr nicht relevant.

51 Eine Entgrenzung des Gefahrenbegriffs darf daher nicht Grundlage und Zielsetzung eines MusterPolG sein.  
52 Genauso lehnen wir die Einführung einer präventiven „Ewigkeitshaft“ in das MusterPolG ab.

53 Die Freiheitsstrafe ist für den Staat eine der schärfsten Eingriffsmöglichkeiten in die Rechte der Bürger\*in-  
54 nen überhaupt. Bisher war eine Haft zur Gefahrenabwehr höchstens für zwei Wochen möglich. In Bayern ist  
55 nun eine Haft zur Gefahrenabwehr von drei Monaten bis auf unbestimmte Zeit möglich – ohne Anspruch auf  
56 anwaltlichen Beistand. Den so gravierenden Eingriff Haft darf der Staat aber nicht auf so lange bzw. unbe-  
57 stimmte Zeiträume ausdehnen. Dadurch verwischen die Grenzen zwischen präventiver Ingewahrsamnahme  
58 zum Zweck der Gefahrenabwehr und dem repressiven Strafvollzug.

59 Es fehlt aber bei einer Haft aus präventiven Gründen gerade der für die Rechtfertigung der Freiheitsentziehung  
60 beim Strafvollzug erforderliche Schuldvorwurf. Ein Gewahrsam der sich wie eine Freiheitsstrafe für den\*die  
61 Betroffenen auswirkt, kann aber nicht in rechtmäßiger Form ergehen, ohne dass ein schuldhaftes, vorwerfbares  
62 Verhalten nachgewiesen wurde.

63 Dieses besagt, dass keine Strafe ohne rechtskräftig festgestellte Schuld verhängt werden darf. Obwohl sich die-  
64 ses Prinzip normalerweise auf repressive Maßnahmen bezieht, kann es auch für die Beurteilung des Präven-  
65 tivgewahrsams herangezogen werden. Das Prinzip ergibt sich aus dem Rechtsstaatsprinzip, der allgemeinen  
66 Handlungsfreiheit und der Würde des Menschen.

67 Die Ingewahrsamnahme kann außerdem verheerende Folgen für die\*den Betroffene\*n haben, welche schlim-  
68 mer werden, je länger man in Haft ist. Die Person kann während des Gewahrsams ihren Beruf nicht mehr  
69 ausüben, ihren Lebensunterhalt nicht erwirtschaften und ihre Sozialleben nicht aufrechterhalten. Solch weit-  
70 reichende Konsequenzen können maximal allein durch einen repressiven Haftgrund gerechtfertigt werden. Es  
71 ist zudem nicht unwahrscheinlich, dass eine inhaftierte Person nach der Entlassung ein höheres Risikopoten-  
72 tial aufweist als zuvor. Damit wäre exakt das Gegenteil bewirkt worden, von dem was erreicht werden sollte.  
73 Fachleute sprechen vom Gefängnis auch als „Schule des Verbrechens“.

74 Die von den Befürwortern einer unendlichen Präventivhaft angeführten Gründe der Torgorgefahr und einer  
75 verschärften Bedrohungslage in Deutschland stellen keine objektiven Gründe dar, weil sich objektiv die Be-  
76 drohungslage in Deutschland nicht verschärft hat.

77 Eine Ingewahrsamnahme von Personen die konkret einer terroristischen oder extremistischen Tat verdächtig  
78 werden, ist nach der vorhandenen Gesetzeslage bereits möglich. In der möglichen Anwendung der Quellen-  
79 TKÜ durch die Bundes- und Landespolizeien sehen wir eine unverhältnismäßige Maßnahme

### 80 **III. Keine weitere juristische und materiale Aufrüstung: Weitere polizeiliche Maßnahmen**

81 Angst ist keine gute Ratgeberin. Anstatt eine massive Aufrüstung der Polizei voranzutreiben, welche in einigen  
82 Ländern durch die Anschaffung von paramilitärischen Fahrzeugen wie dem ‚Survivor‘ begann, und einer Aus-  
83 weitung der Befugnisse, wollen wir Jusos vielmehr eine bürgernahe, transparent arbeitende und durch das  
84 Parlament sowie unabhängige Beschwerdestellen kontrollierte Polizei. Wir wollen eine Polizei, die den Fokus  
85 auf eine funktionierende integrative Polizeiarbeit legt.

86 Uns ist dabei klar, dass die Polizeigesetze der Länder stellenweise Novellen benötigen. Die derzeitigen Fassungen  
87 können an neuralgischen Punkten mit aktuellen Gegebenheiten nicht mehr Schritt halten. Der Prozess der  
88 Novellierung darf jedoch nicht dazu führen, Kompetenzerweiterungen zu Lasten der Freiheit der Bürger\*innen  
89 einzuführen.

90 Konkret bedeutet dies, dass wir das Herabsetzen der juristischen Hürden zur Überwachung von Telekommunikationsdaten für  
91 Polizeibehörden strikt ablehnen. Es ist zu befürchten, dass Behörden diese Maßnahme beliebig nutzen und so unverhältnismäßig  
92 Telekommunikationsdaten abgreifen werden. Die Funkzellenabfrage stellt ein Instrument zur Bekämpfung von Kriminalität dar,  
93 jedoch ist in einigen Bundesländern – wie bspw. Sachsen – ein Anstieg dieser Maßnahme um 300% in den letzten fünf Jahren  
94 festzustellen. Sie sollte nicht zum Standard werden, sondern weiterhin eine Ausnahme im Maßnahmenkatalog bleiben. Ein weiteres  
95 Absenken der Hürden zur Nutzung dieser Maßnahme käme einer umfassenden und anlasslosen Überwachung von Bürgerinnen  
96 und Bürgern gleich. Um informationelle Selbstbestimmung und Transparenz bei der Funkzellenabfrage zu gewährleisten,  
97 sollen bundesweit Systeme nach dem Vorbild des 2018 erfolgreich getesteten Berliner Funkzellenabfrage-Transparenz-System  
98 entwickelt und in Betrieb genommen werden.

100 93In der möglichen Anwendung der Quellen-TKÜ durch die Bundes- und Landespolizeien sehen wir eine unverhältnismäßige  
101 Maßnahme. Die Berechtigung zum Abfangen, Verändern und Speichern von Datensätzen darf nicht zu einer normalen Maßnahme  
102 innerhalb von polizeilichem Handeln werden. Auch ist eine Verschlechterung der Sicherheit von der Maßnahme nicht betroffener  
103 Bürger\*innen zu befürchten, da Sicherheitsbehörden durch die Nutzung der Quellen-TKÜ bewusst offene Sicherheitslücken in  
104 IT-Systemen ausnutzen, anstatt diese durch die Hersteller\*innen schließen zu lassen. Wir müssen deshalb dringend darüber  
105 diskutieren, wie weit der Staat bei der Gewährleistung von Sicherheit gehen und welche Sicherheitsrisiken er dabei in Kauf  
106 nehmen darf. Wir dürfen dabei nicht nur die Einschränkung von Bürger\*innenrechten im Blick haben, wie das bislang  
107 zumeist der Fall ist. Weiterhin lehnen wir strategische Fahndungen, auch bekannt als Schleierfahndung, ab. Der Wegfall  
108 der Rechtfertigung von Durchsuchungen in Verdachtsmomenten verstärkt den Effekt von Racial Profiling. Außerdem besteht  
109 keine Verhältnismäßigkeit zu der Dauer der strategischen Fahndung, die bspw. in NRW 28 Tage betragen kann. Die  
110 systematische Verdächtigung und Durchsuchung von unschuldigen Personen, die sich an den ausgewiesenen Orten  
111 aufhalten, verstehen wir als Einschränkung der persönlichen Freiheit. Dieses Vorgehen verstärkt das subjektive  
112 Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung und kann daher nicht in unserem Sinne sein. Im Hinblick auf Bürger\*innenrechte  
113 ist ebenfalls zu diskutieren, inwiefern das Aussageverweigerungsrecht auch die Auswertung persönlicher digitaler  
114 Endgeräte umfassen kann.

117 Das eine flächendeckende Videoüberwachung Gewalt nicht verhindert, sondern sie bestenfalls nur dokumentiert, sehen wir  
118 nicht nur an den Terroranschlägen in London oder am Beispiel der Berliner U-Bahn. Es zeigt sich im Ergebnis: Die  
119 Überwachung verändert gar nichts. Statt eines Ausbaus bspw. durch Zuhilfenahme autonomer Gesichtserkennung fordern wir  
120 die Mittel in die Ausstattung und Ausbildung von Polizist\*innen zu investieren. Während das Oktoberfest, die Cannstatter  
121 Wasen, Kirchweihen und ähnliche Festakte dazu dienen einen kollektiven, meist alkoholinduzierten Rausch gesellschaftskonform  
122 abhalten zu können, wird mit der Einführung von Alkoholverbotzonen versucht Randgruppen zu verdrängen. Diese scheinbar  
123 präventive Maßnahme verhindert keine Exzesse, sie werden dadurch nur verlagert. Auch senken Verbotzonen die Gewalt  
124 nicht ab, höchstens lokal begrenzt. Daher sprechen wir uns gegen die flächendeckenden und willkürlichen Ausweitungen  
125 dieser Zonen aus. Vielmehr brauchen wir ein Umdenken hinsichtlich Suchtberatung und Drogenpolitik. Die Einführung  
126 einer polizeirechtlichen Grundlage für den finalen Rettungsschuss lehnen wir ab. Das Risiko, dass daraus eine Pflicht zur  
127 gezielten Tötung erwächst, ist zu hoch. Das Nothilferecht aus dem StGB, welches auch für Polizist\*innen im Dienst gilt,  
128 halten wir für ausreichend. Wir sprechen uns außerdem gegen den Einsatz von Distanzelektroimpulsgeräten – umgangssprachlich  
129 Taser – aus. In anderen Ländern wurde bereits durch Amnesty International nachgewiesen, dass Taser in völliger  
130 Unverhältnismäßigkeit vor allem gegen wehrlose Personen eingesetzt werden. Außerdem können mögliche körperliche  
131 Folgen nicht eingeschätzt werden, wie zum Beispiel bei Menschen mit Herzschwäche. Zudem werden Polizist\*innen in die  
132 Lage versetzt zwischen einer weiteren Waffe zu wählen und müssen sich rechtfertigen, warum sie welche Waffe verwendet  
133 haben. Wir sprechen uns für deeskalierende Trainings aus sowie eine bessere Schutzausrüstung für Polizist\*innen. Eine  
134 weiter fortschreitende Aufrüstung insbesondere der Streifenpolizei mit Sturmgewehren und Maschinenpistolen lehnen wir  
135 ab. Weiterhin bleiben wir bei unseren Forderungen zur Abschaffung der Bewaffnung während des Bürodienstes und einem  
136 Verbot, die Dienstwaffen außerhalb der Dienstzeiten zu tragen. Statt der Ausstattung mit Schusswaffen in erster Reihe bei  
137 Demonstrationen und sonstigen Veranstaltungen

140 tungen, fordern wir eine Verbesserung der Ausbildung hinsichtlich deeskalierender Dialogtechniken und eine  
141 stetige Kontrolle und ggf. eine Verbesserung der Schutzausrüstung für alle Einsätze. Weiter wollen wir mit un-  
142 seren Partner\*innen bei den Gewerkschaften über weitere Möglichkeiten zur Reduzierung von Schusswaffen  
143 im Polizeidienst diskutieren. Auch die Ausstattung von Polizeieinheiten mit Sprengmitteln und Handgranaten  
144 lehnen wir ab. Eine Maßnahme, die wir wertschätzen und die seitens der Sicherheitsbehörden auch verstärkt  
145 unternommen werden sollte, ist die integrative Polizeiarbeit, auch als Community Policing verstanden. An-  
146 statt von Orientierungslosigkeit und reaktionären Impulsen gekennzeichnete Strategien der Polizeibehörden,  
147 fordern wir die Erarbeitung von Konzepten für eine integrative Polizeiarbeit.

#### 148 **IV. Transparenz stärkt Vertrauen: Überprüfung polizeilicher Maßnahmen**

149 In einem demokratischen Rechtsstaat liegt das Gewaltmonopol beim Staat und seinen dafür zuständigen Or-  
150 ganen. Um diese Zuweisung staatlicher Gewalt zu rechtfertigen, ist es zwingend erforderlich, alle staatlichen  
151 Handlungen – auch solche von Polizei und anderen Sicherheitsorganen – einer transparenten, demokratischen  
152 und rechtsstaatlichen Kontrolle zu unterwerfen.

153 Ein erster Schritt hin zu einer besseren Nachvollziehbarkeit und Nachverfolgbarkeit polizeilichen Handelns ist  
154 eine Kennzeichnungspflicht aller handelnden Beamt\*innen im Einsatz. Dies soll im Regelfall durch Namens-  
155 schilder, kann im begründeten Ausnahmefall (z.B. bei Einsätzen in geschlossenen Einheiten) aber auch durch  
156 anonymisierte Nummern geschehen. Dabei ist bei der Umsetzung in Landesrecht darauf zu achten, dass die  
157 Kennzeichnungspflicht auch auswärtige Polizeikräfte, die etwa im Rahmen der Amtshilfe angefordert werden,  
158 trifft. Dabei ist die Kennzeichnung so anzubringen, dass diese nicht durch Flaschen, Ausrüstung oder sonsti-  
159 ge Utensilien im Einsatz bewusst oder unbewusst verdeckt werden kann und ist auf Vorder- und Rückseite  
160 der Bekleidung zu tragen. Wir setzen uns daher explizit für eine Regelung im Gesetz ein. Die Änderung der  
161 jeweiligen Uniformrichtlinien halten wir für nicht ausreichend.

162 Zwingende Voraussetzung für die Akzeptanz polizeilicher Arbeit ist die uneingeschränkte Rückkopplung an  
163 Recht und Gesetz. Diese ist nur durch eine uneingeschränkte Überprüfbarkeit von Maßnahmen durch un-  
164 abhängige Richter\*Innen gewährleistet. Die Fortsetzungsfeststellungsklage im Fall der Erledigung der Maß-  
165 nahme vor Klageerhebung muss endlich explizit im Gesetz verankert werden und die Anforderungen an die  
166 Klagebefugnis gehört herabgesetzt. Für eingriffsintensiven, lange geplanten Maßnahmen – vor allem solche,  
167 von denen die Betroffenen nicht zwangsläufig etwas mitbekommen, wie beispielsweise der Bestandsdaten-  
168 auskunft – fordern wir die Einführung eines Richtervorbehalts.

169 Für eine erfolgreiche Polizeiarbeit im Sinne der Bürger\*innen fordern wir zudem die Etablierung von Poli-  
170 zeibeauftragten auf Bundes- und Landesebene. Diese sollen zum einen – ähnlich der Aufgabenbeschreibung  
171 des bzw. der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages – eine unabhängige Anlaufstelle für Polizist\*in-  
172 nen sein, die Mängel etwa in der personellen und materiellen Ausstattung oder in Ausbildung und täglichem  
173 Dienst, aber auch Fehler in Ermittlungsverfahren, rechtswidrige Dienstanweisungen etc. anzeigen wollen. Zum  
174 anderen sollen die Polizeibeauftragten auch Anlaufstelle für Bürger\*innen sein, um polizeiliche Ermittlungs-  
175 fehler bis hin zu Fällen von Polizeigewalt vorzubringen.

176 Um die zur Ausübung dieser Aufgaben zwingend erforderliche Unabhängigkeit der Polizeibeauftragten von  
177 den bestehenden Polizeistrukturen zu gewährleisten, sollen diese Stellen – mit entsprechender personeller  
178 und materieller Ausstattung – außerhalb von Polizei und Innenministerien, vorzugsweise bei den Landtagen  
179 bzw. beim Bundestag angesiedelt werden.

# 12

<b>Titel</b>	Wo eine Klägerin, da eine RichterIn -Verbandsklagerecht für Gewerkschaften einführen!
<b>AntragstellerInnen</b>	Weser-Ems

---

## Wo eine Klägerin, da eine RichterIn -Verbandsklagerecht für Gewerkschaften einführen!

- 1 Wir fordern deshalb die Einführung eines Verbandsklagerechtes für Gewerkschaften und Personal- bzw. Be-  
2 triebsräte zur Durchsetzung von tariflichen und gesetzlichen Mindestbedingungen. Gewerkschaften sollen Ar-  
3 beitgeber\*innen verklagen dürfen, die systematisch und nicht nur im Einzelfall gegen Vorschriften verstoßen,  
4 die zum Schutz der Beschäftigten dienen. Vorschriften in diesem Sinne sind zum Beispiel:
- 5 1. Rechtsvorschriften zum Zwecke der Gleichbehandlung, insbesondere das Allgemeine Gleichbehand-  
6 lungsgesetz, aber auch privatautonom entstandene Regeln
  - 7 2. Vorschriften in Tarifverträgen
  - 8 3. das Arbeitszeitgesetz,
  - 9 4. das Bundesurlaubsgesetz
  - 10 5. das Entgeltfortzahlungsgesetz
  - 11 6. das Nachweisgesetz
  - 12 7. das Bundeserziehungsgeldgesetz
  - 13 8. das Arbeitsschutzgesetz
  - 14 9. das Jugendarbeitsschutzgesetz
  - 15 10. das Mutterschutzgesetz

# 16

<b>Titel</b>	Regulierung der Werbung von Online-Casinos und bei Sport- und Pferdewetten
<b>AntragstellerInnen</b>	Brandenburg

---

## Regulierung der Werbung von Online-Casinos und bei Sport- und Pferdewetten

- 1 Die Jusos setzen sich für eine stärkere Regulierung der Werbung von Online-Casinos ein. Dazu wird ein Verbot
- 2 der Werbung von Online-Casinos in öffentlich-rechtlichen Medien und auch im öffentlichen Raum sowie in
- 3 allen Medien, gefordert. Gleiches gilt für Apps in diesem Bereich, einschließlich In-App-Werbung, sowie in dem
- 4 gesamten Bereich der Wettportale.
- 5 Die Länder werden aufgefordert entsprechende Forschungsprojekte zu Glücksspielsucht zu finanzieren und,
- 6 wo vorhanden, auszubauen.
- 7 Des Weiteren sind Angebote zur Suchtprävention und -behandlung zu unterstützen und auszubauen. Die Auf-
- 8 klärung über Spielsucht und -behandlung ist in Schulen verpflichtend einzuführen und das Angebot von Be-
- 9 ratungsgesprächen ausgebaut und verbessert werden. Diese Vorhaben sollten auf europäischer Ebene um-
- 10 gesetzt werden, damit Anbieter\*innen aus anderen Ländern sich diesen Verpflichtungen ebenso hingeben
- 11 müssen.

# 18

**Titel** Verschärfung des AGG jetzt!  
**AntragstellerInnen** Sachsen

---

## Verschärfung des AGG jetzt!

- 1 Der Juso-Bundeskongress möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag sowie die SPD-
- 2 Bundestagsfraktion weiterleiten:
- 3 Die SPD soll sich für eine sofortige Verschärfung und Überarbeitung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) einsetzen. Dazu muss durch die Streichung des § 2 IV AGG der Anwendungsbereich des AGG auf
- 4 Kündigungen ausgeweitet werden und „illoyales“ bzw. „unaufrichtiges“ Verhalten gegenüber der Arbeitgeberin als Rechtfertigungsgrund für Verstöße gegen das AGG aus § 9 II gestrichen werden. Des Weiteren muss
- 5 der § 9 I AGG dahingehend geändert werden, dass unterschiedliche Behandlung wegen der Religion oder der
- 6 Weltanschauung nur in zu begründenden Ausnahmefällen möglich ist, wenn die Religion oder Weltanschauung unabdingbar für die Ausübung des Berufes ist, z.B. bei Imam\*innen, Pfarrer\*innen. Letzteres soll vor allem
- 7 die Benachteiligung von Arbeitnehmer\*innen schützen, die aufgrund ihres Glaubens bzw. ihrer Konfessions-
- 8 losigkeit oder ihrer sexuellen Orientierung benachteiligt, entlassen oder nicht eingestellt werden.

# K Kampf gegen Rechts

## K Kampf gegen Rechts

---

K1	Nordrhein- Westfalen	Nicht hip, nicht rebellisch – rechtsradikal! Unser Kampf gegen die Identitäre Bewegung	60
----	-------------------------	---	----

---

# K1

<b>Titel</b>	Nicht hip, nicht rebellisch – rechtsradikal! Unser Kampf gegen die Identitäre Bewegung
<b>AntragstellerInnen</b>	Nordrhein-Westfalen

---

## Nicht hip, nicht rebellisch – rechtsradikal! Unser Kampf gegen die Identitäre Bewegung

1 „Nicht links, nicht rechts – identitär!“ – Das ist das Selbstbild der Identitären Bewegung. Keine Gruppierung  
 2 steht so sinnbildlich und prominent für die Umwälzungen in der politischen, gesellschaftlichen und kulturel-  
 3 len Rechten wie sie. Doch was versteckt sich hinter diesen catchy slogans, dem professionellen Multimedia-  
 4 Auftritt und der charismatischen Fassade der Bewegung? Ist „identitär“ nicht vielleicht längst das neue „völ-  
 5 kisch“?

6 Unser jungsozialistisches und antifaschistisches Engagement erfordert es, die Identitäre Bewegung genau zu  
 7 beobachten, uns ihre theoretisch-inhaltliche und strategische Ausrichtung insbesondere in Abgrenzung zu  
 8 anderen Erscheinungsformen von Rechtsradikalismus klar zu machen und angesichts ihrer Kontakte in ande-  
 9 re parlamentarische oder gesellschaftlich-kulturelle Gruppierungen der „neuen Rechten hinein eigene antifa-  
 10 schistische Gegenstrategien zu erarbeiten.

### 11 **Die Identitäre Bewegung – eine historischer Abriss**

12 Wichtig ist vorab zu wissen, dass die Identitäre Bewegung sich beileibe nicht auf Deutschland beschränkt.  
 13 Im Gegenteil: der deutsche Ableger der Bewegung bildete sich ab 2012 in der Tradition der französischen  
 14 *Génération Identitaire (GI)* heraus. Diese ist ihrerseits als die Nachfolgeorganisation der *Unité Radicale* zu be-  
 15 greifen, ebenjener Organisation, welche nach einem versuchten Anschlag auf den ehemaligen französischen  
 16 Premier Chirac verboten wurde. Und auch in anderen Ländern Europas bildeten sich Ableger der Identitären  
 17 heraus.

18 In Deutschland trat die IB zum ersten Mal 2012 in die Öffentlichkeit. Mit einer Flashmob-Aktion störten einige  
 19 Anhänger\*innen die damals stattfindenden interkulturellen Wochen in Frankfurt am Main.

20 Seit 2014 ist die Identitäre Bewegung nun als Verein beim Amtsgericht Paderborn eingetragen.

21 Nach wenigen Jahren ohne nennenswerte öffentliche Auftritte, erlebte die IB im Zuge der sogenannten Flücht-  
 22 lingskrise und die dadurch induzierte Asyl- und Migrationsdebatte in der politischen Öffentlichkeit ab Sommer  
 23 2015 bedeutenden Aufwind. Es folgten einige mehr oder minder erfolgreiche und aufsehenerregende Aktio-  
 24 nen, wie Flash-Mobs, Störaktionen oder Auftritte bei Kundgebungen. Darüber hinaus ist etwa seit dieser Zeit zu  
 25 beobachten, dass immer öfter und offensiver Flyer, Sticker und ähnliche Give-Aways auf den Straßen verteilt  
 26 wurden und werden.

27 Die Aktionen und ihre verschiedenen Erscheinungsformen machen deutlich, wie gut vernetzt die Ortsgrup-  
 28 pen und auch die Ableger verschiedener Staaten untereinander sind, wie groß der Aktivismus bei einigen ist  
 29 und besonders über welche finanzielle und organisatorische Infrastruktur die Gruppen bereits verfügen müs-  
 30 sen.

### 31 **Inhaltliche und theoretische Grundlagen der Identitären Bewegung**

32 Dreh- und Angelpunkt der inhaltlichen Ausrichtung der Identitären ist das Konzept der sogenannten „Eth-  
 33 nokulturellen Identität“. Hierin liegt zunächst scheinbar ein entscheidender Unterschied zu „altrechten“ oder  
 34 klassisch neonazistischen Strömungen, die an der Tradition des Rassenbegriffs festhalten und diesem weiter-  
 35 hin offen Zentralität innerhalb ihrer Ideologie einräumen.



36 Versucht man, das identitäre Verständnis einer kulturellen Identität zu entschlüsseln, kristallisiert sich jedoch  
37 schnell heraus, dass dieses Konzept nur Ersatz für den Rassenbegriff sein soll.

38 Das Konzept propagiert zunächst eine naturgegebene Verschiedenheit von Völkern, die sich in Gewohnheiten,  
39 Werten, Kultur, Herkunft, Religiosität und sozialen Dynamiken äußert. Jede kulturelle Identität ist demnach  
40 einzigartig, woraus im Anschluss das Recht bzw. die Verpflichtung hergeleitet wird, diese zu verteidigen. Ein  
41 Individuum selbst ist naturgemäß über seine ursprüngliche Verortung in einem bestimmten Territorium und  
42 einem bestimmten Volk auch einer kulturellen Identität zugeordnet. Ein Wechsel dieser ist unmöglich. Diese  
43 Vorstellung macht die Kultur zu etwas statischem und historisch nicht wandelbarem, das nach innen homo-  
44 genisierend und nach außen exkludierend wirken soll. Aus dieser Konzeption ergibt sich für die Identitäre  
45 Bewegung das unbedingte Erfordernis der räumlichen und kulturellen Trennung von Gruppen verschiedener  
46 Identitäten zur Vermeidung jedweder „Vermischung“. Wenn die IB von „Ethnopluralismus“ spricht, meint sie  
47 nichts anderes als Rassenhygiene. Solange eine Trennung nicht vollzogen ist, ist im Weltbild der IB auch kei-  
48 ne „echte“ Demokratie zu akzeptieren, da diese nur als Form eines ethnisch und kulturell homogenen Staats  
49 zulässig sein könne. Aus dieser Prämisse leitet die IB die Ablehnung des derzeitigen demokratischen Systems  
50 ab.

51 Letztlich entfaltet das Konzept der ethnokulturellen Identität durch die Anknüpfungspunkte „Territorium und  
52 Volk“ (die Assoziation zu „Blut und Boden“ ist nicht zufällig) dieselbe biologistisch-exkludierende und homo-  
53 genisierenden Wirkungen wie der Rassenbegriff. Die im Kontext politischer Agitation erfolgende Abstufungen  
54 zwischen den unterschiedlichen „Kulturen“ und die Darstellung einiger als minderwertig und bedrohlich auf  
55 der einen Seite bei gleichzeitigem Verteidigungswillen weniger auf der anderen Seite spricht ebenfalls ihre  
56 eigene Sprache.

57 Und deshalb ist auch die programmatisch-politische Ausrichtung eines „Dreiklangs aus sicheren Grenzen, Re-  
58 migration und Hilfe vor Ort“ wenig mehr als das „Ausländer raus“ aus früheren Zeiten oder anderen Gruppie-  
59 rungen. Klar ist: egal, ob von Rasse oder von ethnokultureller Identität die Rede ist: die Ideologie der Identitä-  
60 ren Bewegung ist durch und durch völkisch und rassistisch und entsprechend vehement ist ihr zu widerspre-  
61 chen.

62 Dass die Fluchtbewegung nach Europa als „Völkermord“ mit dem Holocaust gleichgesetzt wird, und konstant  
63 die Verschwörungstheorie einer „großen Austausch“ genährt wird, zeigt zudem, welch widerwärtiger Antise-  
64 mitismus in der Identitären Bewegung vorherrscht. Ebenso liegt der Ideologie der IB ein zutiefst geschichtsre-  
65 visionistisches Programm zugrunde, wonach man endlich wieder ein selbstbewusstes Verhältnis zur eigenen  
66 Identität entwickeln und den „Schuldskult“ über die Geschehnisse des zweiten Weltkriegs und der Shoah über-  
67 winden solle.

#### 68 **Hippe Rebellen statt glatzköpfige Neonazis – wie die IB attraktiv und anschlussfähig wirkt**

69 Dass die Identitäre Bewegung vom Rassenbegriff sowie von platten Parolen selbst sehr bewusst keinen Ge-  
70 brauch macht, hat im Ergebnis keine inhaltlichen sondern strategische Gründe. Größtenteils geht es darum,  
71 sich von jenen Strömungen zu distanzieren, welche über Jahre das Bild der rechtsradikalen Szene in Deutsch-  
72 land in ihrer ganz anderen Art und Weise geprägt haben. Diese Distanz wird unter anderem durch einen mög-  
73 lichst intellektuellen Auftritt, der eben auch von einer bestimmten Wortwahl begleitet ist, erreicht. Die IB prä-  
74 sentiert sich als gemäßigt und gebildet, um anschlussfähig für die Mitte der Gesellschaft zu erscheinen.

75 Diese Anschlussfähigkeit erreicht sie jedoch nicht nur über die möglichst intellektuelle und ausdifferenzierte  
76 Kommunikation ihres Weltbilds. Den Identitären ist es über die Jahre gelungen, ihr Auftreten so weit zu mo-  
77 dernisieren und zu professionalisieren, dass sie rein Äußerlich längst in der Lage sind, wie eine seriöse und  
78 hippe Jugendgruppe daher zu kommen. Hinzukommt, dass die Aktivist\*innen sich bewusst Aktionsformen, die  
79 ursprünglich aus dem linken Lager kommen, zu eigen machen und es verstehen, diese professionell, öffent-  
80 lichkeitswirksam und spektakulär zu präsentieren.

81 Erklärtes Ziel der IB ist dabei die Ansprache von vorrangig jungen Menschen. Die Inszenierung ihrer selbst als  
82 Tabubrecher\*innen gegenüber dem „links-grünen Establishment“, als europäische und patriotische Wider-  
83 standskämpfer\*innen und als die geistige Elite und das Sprachrohr einer größeren gesellschaftlichen Dynamik  
84 üben zweifelsohne positive Reize auf viele junge Menschen aus, die sich politisch größtenteils bereits rechts-  
85 radikalen, extrem konservativen oder christlich fundamentalistischen Milieus zuordnen lassen. Gleichzeitig  
86 bergen diese Anreize gepaart mit dem Aufrechterhalten einer gemäßigten Fassade, dem Ringen um die positi-

87 ve Besetzung von „Heimat“ oder „Patriotismus“ und einem Versprechen von Gemeinschaft und Verantwortung  
 88 das Potenzial, auch junge Menschen aus anderen politischen Milieus bzw. bisher unpolitische Menschen an-  
 89 zusprechen und für sich zu gewinnen.

90 Diese Anschlussfähigkeit ist gerade im Hinblick auf den beinahe vollständig ermöglichten Zugang zu den von  
 91 der IB beinahe propagandistisch aufbereiteten Inhalten und Positionen gefährlich – insbesondere auch für  
 92 junge und politisch weniger gefestigte Menschen.

93 Getreu dem Motto „Wehret den Anfängen“ ist es bereits jetzt – da die IB noch vergleichsweise wenige Mitglieder  
 94 zählt – an Gesellschaft und Politik, präventiv zu wirken, den Videos, Aktionen und Inhalten der Aktivist\*innen  
 95 etwas entgegen zu stellen und darüber aufzuklären, was sich hinter der anziehenden Fassade der hippen und  
 96 intellektuellen Rebellen verbirgt.

#### 97 **Heimat, Freiheit, Tradition – Die Identitäre Bewegung im Milieu der Burschenschaften**

98 Im Rahmen dessen müssen auch die Verstrickungen von Studentenverbindungen in der Identitären Bewe-  
 99 gung ehrlich angesprochen und angegangen werden, denn einzelne Verbindungen, insbesondere solche, die  
 100 im Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ (DB) organisiert sind, spielen beim Aufbau rechter Netzwerke  
 101 in deutschen Hochschulstädten und der Einbindung der IB in ebendiese eine nicht zu unterschätzende Rol-  
 102 le.

103 Von losem Kontakt, über Bereitstellung von Infrastruktur für Veranstaltungen bis hin zur Durchführung ge-  
 104 meinsamer Veranstaltungen und handfesten personellen Überschneidungen bilden die Verstrickungen ein  
 105 weites Feld.

106 Die inhaltliche Ausrichtung der Identitären Bewegung ist dabei weniger Hindernis als gemeinsamer Nenner  
 107 der Zusammenarbeit. Werte wie Heimat, Freiheit, Tradition bilden in beiden Gruppen Grundlage des Selbst-  
 108 verständnisses.

109 Dabei verfolgt die IB eine klare Strategie. Zum einen macht man sich das bestehen rechter Strukturen in aka-  
 110 demischen Kreisen als eine Art Basis zunutze. Die geteilten Ideale von Männlichkeit und Wehrhaftigkeit, so-  
 111 wie politischen Grundsätzen von Konservatismus und Patriotismus bzw. Nationalismus entfalten ihre eigene  
 112 Wirkkraft. Zum anderen zielt man aber auch explizit darauf ab, auf Grundlage dieser Basis eigene Strukturen  
 113 innerhalb von Studierendenschaften zu errichten, um dort Fuß zu fassen und junge Menschen anzusprechen.  
 114 Dabei spielt das oben angesprochene Image der intellektuellen Rebellen eine entscheidende Rolle.

115 Die Hochschulen, als demokratische Räume und ihre Studierendenschaften sind hier in der Pflicht. Auch in  
 116 diesen Räumen braucht es präventive Bildungsangebote, die sowohl die Identitäre Bewegung selbst themati-  
 117 sieren als auch über die Burschenschaften, ihr reaktionäres Weltbild und die Verstrickung einiger in der „Neuen  
 118 Rechten“ aufklären.

#### 119 **Mehr als nur inhaltliche Gemeinsamkeiten – Identitäre und die AfD**

120 Selbstverständlich agiert die Identitäre Bewegung nicht im luftleeren Polit-Raum. Vielmehr pflegt sie sich seit  
 121 ihrer Gründung in ein allgemein erstarkendes Spektrum „Neu-Rechter“ Strukturen ein.

122 Seit die AfD in die Landtage und schließlich in den Bundestag einzog, ist auch der direkte Einfluss der Bewegung  
 123 auf parlamentarische Realitäten nicht zu ignorieren. Auch, wenn die AfD, die 2016 einen Unvereinbarkeitsbe-  
 124 schluss mit der IB in ihr Parteistatut aufnahm, offiziell immer wieder betont, es fände keinerlei politische Zu-  
 125 sammenarbeit statt, besteht offensichtlich eine so große inhaltliche Überschneidung, dass mehrfach angeregt  
 126 wurde, IBLer\*innen sollen sich der AfD anschließen. Niemand anderes, als Parteichef Gauland selbst, formu-  
 127 lierte zuletzt die eindeutige Erwartungshaltung, dass „Menschen, die wie die AfD denken, bei [ihr] mitmachen“  
 128 und wurde bzgl. der IB noch klarer, als er sagte, er sehe „überhaupt nicht ein, warum wir mit der Identitären  
 129 Bewegung zusammenarbeiten sollten, denn die können alle zu uns kommen“. AfD-MdB Peter Bryston wurde  
 130 auf der rechtspopulistischen Plattform Journalisten-Watch sogar noch deutlicher, indem er sagte, die IB sei für  
 131 die AfD das, was die Greenpeace für die Grünen gewesen sei.

132 Von diesen Signalen ermutigt, werden die personellen und inhaltlichen Überschneidungen vor allem in der Ju-  
 133 gendorganisation der AfD, der Jungen Alternative (JA), sichtbar. Diese fordert in ihrem „Deutschlandplan“ einen  
 134 sofortigen „Migrationsstop“, den „kulturellen und ethnischen Erhalt des deutschen Volkes“ und eine Abschie-  
 135 bequote von 100%. Die Übereinstimmung mit dem oben genannten Konzept der ethnokulturellen Identität

136 und der politischen Forderung nach Remigration, Grenzsicherung und Hilfe vor Ort, welches die IB formuliert  
137 hat, ist offenkundig. Die JA zählte seit jeher zum rechts-nationalen Flügel der Partei rund um Björn Höcke und  
138 genießt seit dem Zurückdrängen „gemäßiger“ Kräfte wachsende Bedeutung innerhalb der AfD.

139 Und so verwundert es auch nicht, dass von den 350 AfD-Mitarbeiter\*innen in Wahlkreisbüros und im Bundes-  
140 tag mindestens 35 Aktivist\*innen der Parteijugend mit teilweise direkten Verbindungen zur IB in Abgeordne-  
141 tenbüros angestellt sind.

142 Ein weiteres entlarvendes Beispiel: AfD-Abgeordneter Hans-Thomas Tillschneider unterhält sein Abgeorden-  
143 tenbüro im selben Bürokomplex in Halle an der Saale, in dem auch die Identitären und zudem Büroräume der  
144 rechten Organisation „1-Prozent“, des von Götz Kubitschek geleitete „Institut für Staatspolitik“ und des rechten  
145 Modelable *Radical Esthetics* ihre Anschrift haben.

146 Es wäre ein leichtes, diese Verbindungen noch um zahlreiche Beispiele von Auftritten von IBlern\*innen bei  
147 PEGIDA, Einladungen von „Neurechten“ Publizist\*innen und führenden Köpfen der IB bei Veranstaltungen  
148 von Burschenschaften usw. zu ergänzen. Sie sollen hier allerdings nur beispielhaft stehen und zeigen, wie  
149 brandgefährlich die Identitäre Bewegung und ihre Ideologie auch jetzt schon für die parlamentarische  
150 Debatte und die Verschiebung ebendieser nach rechts ist.

151 Die Konsequenz, die sich aus diesen Erkenntnissen für alle demokratischen Kräfte ergeben sollte, ist zweiseitig.  
152 Erstens sind die inhaltlichen und personellen Verstrickungen der AfD ein weiterer bedeutender Grund, warum  
153 diese Partei eben keine Partei wie alle anderen ist und nie sein wird. Dass sie auch dementsprechend behandelt  
154 gehört, schließt jegliche Zusammenarbeit oder Übereinstimmung kategorisch aus. Wir als Jungsozialist\*innen  
155 fühlen uns auch durch diese Erkenntnis weiter in unserem entsprechend kompromisslosen Umgang mit der  
156 AfD und ihren Vertreter\*innen bestätigt und es liegt an uns, zu allen Gelegenheiten diesen Standpunkt deutlich  
157 zu machen und auch andere Kräfte darauf aufmerksam zu machen und dieselbe Haltung einzufordern.

158 Zweitens führt uns die Erkenntnis aber auch noch einmal die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Identitä-  
159 räre Bewegung selbst vor Augen. Es reicht nicht, der Bewegung aufgrund ihrer zahlenmäßig vergleichsweise  
160 geringen Stärke (ca. 500 Mitglieder bundesweit), Bedeutung abzusprechen. Gerade weil sich für die Ideologie  
161 der IB mittlerweile nicht nur ein gesellschaftlicher sondern durch die AfD auch ein parlamentarisch-politischer  
162 Resonanzraum bietet, sind wir und alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte in der Pflicht, sich dem  
163 Kampf gegen die Identitären und ihrer Ideologie anzunehmen.

164 Doch auch der Staat ist gefordert. Die Identitäre Bewegung wird als sogenannter „Verdachtsfall“ durch den  
165 Verfassungsschutz beobachtet. Im kürzlich vorgestellten Bericht wird – auf gerade einmal zwei Seiten – auf  
166 das Konzept des Ethnospluralismus, ihre Demokratiefeindlichkeit und die verschiedenen Aktivitätsformen der  
167 Bewegung eingegangen. Kein Wort jedoch zu den Verbindungen zur Jungen Alternative oder der AfD oder  
168 auch zu den Bestrebungen, gezielt Einfluss in Burschenschaften und Unistädten zu gewinnen. Das muss sich  
169 ändern. Der Verfassungsschutz ist dringend dazu aufgerufen, solange er in seiner jetzigen Form existiert, aus  
170 Fehlern der Vergangenheit zu lernen und die Gefahr aus dem rechtsradikalen Raum ernst zu nehmen.

#### 171 **Ihr sprecht nicht für uns! – Gegen die Instrumentalisierung von Feminismus durch die Antifeministen** 172 **der IB**

173 Im Zuge ihrer rassistischen und antimuslimischen Hetze macht die Identitäre Bewegung auch davor nicht  
174 Halt, immer wieder ausgerechnet Frauen\* an ihre Spitze zu stellen und einen kruden Feminismus als Begrün-  
175 dung für ihren Fremdenhass anzuführen. Das Argument: die Asylpolitik der vergangenen Jahre habe es 1000en  
176 fremden Männern ermöglicht, hierher zu kommen, um hier nun unbehelligt und völlig triebgesteuert sexuelle  
177 Gewalt an (deutschen) Frauen\* und Mädchen zu üben. Zuletzt geschah dies besonders öffentlichkeitswirksam  
178 durch die Initiative „120dB“.

179 Dieses Vorgehen ist in vielerlei Hinsicht perfide. Denn zwar inszeniert sich die IB, beispielsweise unter dem  
180 Hashtag #identitariangirls, gerne als Anlaufstelle auch für junge Frauen\*, die sich gegen die „Bedrohung durch  
181 die Einwanderungsflut an jungen Männern“ und für den Erhalt ihrer Heimat einsetzen wollen. Gleichzeitig  
182 macht die Bewegung keinen Hehl aus ihrem zutiefst menschenfeindliches Frauenbild. Jegliche emanzipato-  
183 rische Kräfte lehnen sie ab. Stattdessen sollen Frauen\* einen Freund haben, möglichst schnell heiraten und  
184 Kinder bekommen. Die wenigen Aktivistinnen der Bewegung werden aus Kalkül nach vorne gestellt und nicht  
185 selten instrumentalisiert, um männliche Mitglieder anzuspornen.

186 Klar ist gleichzeitig, dass der krude „Feminismus“ den die Identitären zu propagieren zu versuchen, nur ein  
 187 Feminismus für weiße Frauen\* sein soll, der sich gegen sexualisierte Gewalt ausschließlich fremder (musli-  
 188 mischer) Männer richtet. Das offenbart die ganze antiemanzipatorische, rassistische und menschenfeindliche  
 189 Fratze der Identitären Bewegung aufs Neue.

190 Für uns als feministischen Richtungsverband ist klar, dass wir für einen emanzipatorischen, allinklusiven Femi-  
 191 nismus stehen, der sich niemals zu rassistischer Propaganda instrumentalisieren lässt. Wir wehren uns gegen  
 192 jegliche solcher Bestrebungen durch konservative und rechte Kräfte und werden nicht müde, deren Antifemi-  
 193 nismus aufzudecken und anzuprangern.

#### 194 **Alerta Antifascista – unser Kampf gegen die Identitäre Bewegung**

195 Der rassistischen, antisemitischen, antifeministischen, völkischen und nationalistischen Ideologie der Identi-  
 196 tären Bewegung kann nicht laut genug widersprochen werden. Für uns als Jungsozialist\*innen und Antifa-  
 197 schist\*innen ergibt sich deshalb:

- 198 • Unser Antifaschismus ist feministisch und unser Feminismus ist antifaschistisch! Wir denken Feminis-  
 199 mus als Querschnittsthema in der Strukturierung unserer antifaschistischen Arbeit mit, wir zeigen auf,  
 200 wo Feminismus für rassistische Propaganda missbraucht wird und wir decken den Antifeminismus der  
 201 Rechten konsequent auf.
- 202 • Wir stellen uns der Identitären Bewegung überall entgegen. Ihre Aktionen und Inhalte bleiben niemals  
 203 unwidersprochen. Wir engagieren uns im Gegenprotest und stellen ihrer rechten Ideologie zu jeder  
 204 Zeit unsere Idee einer solidarischen, offenen und gerechten Gesellschaft entgegen.
- 205 • Dabei sind wir nicht alleine. Wir organisieren uns in antifaschistischen Bündnissen und bringen unseren  
 206 Entgegnungen gemeinsam auf die Straße und ins Netz.
- 207 • Wir pflegen dabei besonders die Kontakte zu hochschulpolitischen Akteur\*innen und namentlich den  
 208 Juso-Hochschulgruppen, die eine bedeutende Kraft gegen die Umtriebe der IB an den Hochschulen und  
 209 Unistädten sein können und sich seit Jahren der politischen Aufklärung über und dem Kampf gegen  
 210 studentische Verbindungen verschrieben haben.
- 211 • Deshalb werden wir auch eigene Bildungsangebote machen, darauf abzielend die Identitäre Bewegung  
 212 zu erkennen und ihre Argumentation zu entlarven.
- 213 Außerdem wollen wir dabei die Verbindungen der IB in der rechten Szene beleuchten und öffentlich  
 214 machen.
- 215 • Wir entwickeln eine Strategie, wie wir besonders auf Social Media Kanälen der Identitären Bewegung  
 216 entgegen treten.
- 217 • Der Unvereinbarkeitsbeschluss, den die SPD bzgl. Burschenschaftlern aus dem Dachverband der Deut-  
 218 schen Burschenschaft getroffen hat, ist insb. im Lichte der Verstrickungen in die „Neue Rechte“ weiter-  
 219 hin richtig und wichtig. Wir fordern die Erweiterung dieses Beschlusses auf all jene Studentenverbin-  
 220 dungen, die durch ihre Struktur und Rituale Nährböden rechter Ideologien sein können und unseren  
 221 modernen und emanzipatorischen Weltbild entgegenstehen. Konkret fordern wir einen Unvereinbar-  
 222 keitsbeschluss zwischen einer Mitgliedschaft in der SPD und einer Mitgliedschaft in der so genannten  
 223 „Identitären Bewegung“.
- 224 • Wir fordern die Politik auf, die Gefahr durch die „Neue Rechte“ noch ernster zu nehmen. Es braucht  
 225 umfassende Unterstützung für Präventions- und Aussteiger\*innenangebote. Aber auch die generelle  
 226 politische und historische Bildung gerade junger Menschen und ihre demokratische Erziehung in allen  
 227 staatlichen Einrichtungen verdient höchste Priorität.
- 228 • Wir fordern ein Verbot der Identitären Bewegung. Insbesondere ihre Verstrickung in der AfD muss  
 229 endlich aufgedeckt und thematisiert werden.
- 230 • Unter diesem Gesichtspunkt ist es auch dringend geboten, die AfD und ihre Jugendorganisation, die JA,  
 231 unter Beobachtung der staatlichen Sicherheitsbehörden zu stellen.
- 232 • Die AfD ist eine undemokratische und rechtsradikale Partei, mit der sich jegliche Zusammenarbeit  
 233 und Annäherung verbietet. Wir grenzen uns von ihr ab und entlarven ihren Nationalismus und Ras-

234 sismus. Wir fordern von der SPD, sich in diesem kompromisslosen Umgang ebenfalls weiterhin treu zu  
235 bleiben.

# **N Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales**

## **N Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales**

---

N5	Saar	What do you meme?	67
----	------	-------------------	----

---

# N5

**Titel** What do you meme?

**AntragstellerInnen** Saar

---

## What do you meme?

1 Wir alle kennen und lieben sie, Memes. Das sind Bild-, Ton- oder Textdateien, die sich rasend schnell über das  
2 Internet verteilen. Am bekanntesten sind wohl Bilddateien mit einem pointierten Spruch darauf. Gerade auf  
3 Onlineplattformen wie Facebook und Instagram werden sie geteilt und verbreitet. Auf den ersten Blick sieht  
4 es so aus, als gäbe es in dieser Situation nur Gewinner\*innen.

5 Die Errungenschaften der Informationsgesellschaft bergen aber auch ein großes Defizit. All diese Memes,  
6 Nachrichten und Informationen können Werke darstellen, die urheberrechtlich geschützt sind. Das Urheber-  
7 recht ist ein das Recht des Erschaffers eines Werkes, zu entscheiden, was mit seinem Werk passiert. Das um-  
8 fasst das „ob“ der Verbreitung und das „wie“ der Verbreitung, aber auch die Möglichkeit darüber zu entschei-  
9 den, ob ein Werk verändert werden kann (z.B. das Samplen von Musikstücken). Dieses Recht ist auch nicht an  
10 besondere Voraussetzungen geknüpft, wie zum Beispiel eine Anmeldung des Werkes beim Patentschutz. Es  
11 entsteht originär mit der Schaffung des Werkes. So hat jeder Text, jedes Meme, jedes Video, jeder Song, jedes  
12 Bild, das im Internet hochgeladen wird, eine\*n Urheber\*in. Die Werke sind ja auf Facebook oder Instagram  
13 öffentlich zugänglich. Gerade Facebook erweckt mit der „Teilen“-Funktion den Eindruck, dass das Verbreiten  
14 von Inhalten problemlos möglich ist.

15 Die Europäische Union versucht auf diese Veränderungen in der digitalen Welt zu reagieren. Im Juni 2018 wur-  
16 de im Europäischen Parlament ein Richtlinienentwurf eingebracht, der die Rechte der Urheber\*innen in der  
17 Informationsgesellschaft stärken soll. Dieser Entwurf enthält in Artikel 13 eine Forderung, dass Dienstanbieter  
18 eine Inhaltserkennungstechnik implementieren müssen, die hochzuladende Inhalte auf ihre Urheberrechtsre-  
19 levanz untersucht. Diese Inhaltserkennungstechnik wurde als „Uploadfilter“ bekannt. Für Dienstanbieter wie  
20 Facebook, Instagram oder Youtube bedeutet das, dass sie einen Mechanismus in ihre Plattform einbinden  
21 müssen, der vor dem Hochladen den Beitrag überprüft. Durch die Überprüfung kann sich das tatsächliche  
22 Erscheinen des Beitrags auf der Plattform verzögern. Oder der Upload findet erst gar nicht statt. Das kann bei  
23 Memes der Fall sein, die aus einem urheberrechtlich geschützten Bild bestehen. Das Programm filtert diese  
24 dann heraus, ohne den „Meme-Charakter“ zu erkennen. Zudem kann es dazu kommen, dass ein solches Un-  
25 tersuchungsprogramm auch Beiträge herausfiltert, die überhaupt nicht urheberrechtsrelevant sind. Das kann  
26 der Fall sein, wenn sich zwei Werke sehr ähnlich sind, aber keine Kopien sind. Im schlimmsten Fall kann ein  
27 solcher Uploadfilter die Verbreitung von Inhalten komplett verhindern. Das Teilen von Inhalten auf Plattfor-  
28 men ist nicht mehr in der gewohnten Form möglich. Gerade die Freiheit Informationen zu verbreiten und an  
29 Informationen zu gelangen wird dadurch massiv eingeschränkt. Auch wird die Vielfalt der Inhalte beschränkt.  
30 Das Internet verliert seinen offenen, grenzenlosen Charakter. Es muss ein anderer Weg gefunden werden, der  
31 gleichzeitig die Urheber\*innen schützt, aber auch den Nutzer\*innen die Möglichkeit gibt einfach Inhalte zu  
32 verbreiten. Der Uploadfilter führt zu keinem gerechten Ausgleich der Interessen.

33 Der Entwurf der Richtlinie enthält noch einen weiteren streitigen Punkt. Presseverleger\*innen werden mit  
34 Leistungsrechten ausgestattet. Leistungsrechte sind mit dem Urheberrecht verwandt, sie schützen aber nicht  
35 das Werk selbst, sondern die Vermittlung des Werkes. Eine Vermittlung liegt vor, wenn zum Beispiel Google  
36 eine kurze Vorschau auf einen Artikel in den Suchergebnissen abbildet. Darunter fällt aber auch, wenn man auf  
37 Facebook einen Ausschnitt aus einem Zeitungsartikel herauskopiert und den Artikel damit weiterteilt. Nur der  
38 Erwerb von Lizenzen soll eine Vermittlung weiter möglich machen. Online-Plattformen müssen dann mit den  
39 Verleger\*innensolche Lizenzen abschließen. Das hört sich nach einem guten Schutz an. Jedoch können sich  
40 die Verhandlungen schwierig gestalten, wenn auf der einen Seite ein nationaler Presseverleger steht und auf  
41 der anderen Seite ein internationales Unternehmen wie Facebook. Gerade kleine Verleger\*innen erscheinen

42 in dieser Situation machtlos. Kommt es zu keiner Einigung, dann können die Inhalte nicht mehr verbreitet  
43 werden. Es kommt zu einem regelrechten Informationsstopp.

44 Diese Leistungsrechte sind aber nichts Neues. Das deutsche und das spanische Urheberrecht kennen sie. Nur  
45 ist die Erfolgsquote eher mäßig. Es lässt sich beobachten, dass die Presseverleger\*innen schnell unter der  
46 Macht der Internetkonzerne zusammengebrochen sind. Dort, wo keine Lizenzen verhandelt werden konnten,  
47 wurden die betreffenden Informationen nicht mehr abgebildet. Oder es wurden Lizenzen vergeben, die keinen  
48 erkennbaren Mehrwert für die Verlage bringen. Der gewünschte Effekt, die Sicherung der Leistungsfähigkeit  
49 und Wirtschaftlichkeit der Verleger\*innen, wurde also verfehlt. Aus dieser Erfahrung heraus ist es fraglich, was  
50 sich an dem Ergebnis ändert, wenn EU weit Leistungsrechte garantiert werden.

51 Die Überarbeitung des EU-Urheberrechts ist überfällig. Der geltende Schutz stammt aus dem Jahr 2001. Da-  
52 mals gab es weder Smartphones noch das Internet mit seinen Möglichkeiten, wie wir sie heute nutzen. Um  
53 einen umfassenden Schutz zu gewährleisten müssen die Interessen der Rechteinhaber\*innen und Nutzer\*in-  
54 nen abgewogen und ausgeglichen werden. Auch die Absicherung der Verleger\*innen mit Leistungsrechten ist  
55 für sich genommen keine schlechte Idee. Jedoch wird mit den existierenden Regeln das Ziel verfehlt. Es muss  
56 ein anderer Weg gefunden werden, der den Rechteinhaber\*innen auch genau den Gegenwert garantiert, der  
57 ihnen durch die Weitergabe der Rechte zusteht. Hier besteht erheblicher Nachbesserungsbedarf.

58 Wir fordern:

59

- 60 • die Ablehnung jeglicher technischer Uploadfilter
- 61 • die Ablehnung der Regelungen zu Leistungsrechten in der vorgesehenen Form
- 62 • die Verpflichtung der Anbieter\*innen zur Verbesserung ihrer „Meldefunktionen“ für Urheber\*innen-  
63 rechtsverstöße und die Verpflichtung zur Offenlegung der Prüfung gegenüber Rechteinhaber\*innen,  
64 sowie die Einführung einer Widerspruchsfunktion für Rechteinhaber\*innen gegen die Sperrung von  
65 Inhalten. Wir fordern die SPD dazu auf sich in der aktuellen Trilog-Verhandlung der EU entschieden  
66 gegen die Einführung eines automatischen Uploadfilters einzusetzen.
- 67 • eine umfangreiche Debatte auf europäischer und internationaler Ebene über die Form und den Um-  
68 gang mit Urheber\*innenrechten in der digitalisierten Welt ebenso wie die neue Form der gemeinschaft-  
69 lichen Schöpfung von Werken und ähnlichen Problemstellen.



# O Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

## O Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

O2	Nordrhein-Westfalen	Auf sicherem Boden: Der bauende Sozialstaat und die Boden- und Wohnpolitik	70
O3	Thüringen	Ländlicher Raum – Aussterben lassen?	75

# O2

<b>Titel</b>	Auf sicherem Boden: Der bauende Sozialstaat und die Boden- und Wohnpolitik
<b>AntragstellerInnen</b>	Nordrhein-Westfalen

---

## Auf sicherem Boden: Der bauende Sozialstaat und die Boden- und Wohnpolitik

1 Viele Kommunen unterliegen einem rasanten Wandel. Viele Städte und einige Dörfer wachsen, andere  
 2 schrumpfen. In vielen spitzt sich die Wohnungsnot zu, anderenorts herrscht hingegen Leerstand. Die Fragen,  
 3 die sich in den verschiedenen Kommunen stellen, sind vielfältig und doch ist es Aufgabe von Kommunalpolitik,  
 4 über die Maßnahmen der Bauleitplanung, also durch die Aufstellung und Änderung von Flächennutzungs- und  
 5 Bebauungsplänen, und durch ihr bodenpolitisches Handeln Antworten auf die jeweiligen Herausforderungen  
 6 zu finden.

7 Ziel einer demokratischen Planung und Bodenpolitik sollte es sein, das Gemeininteresse in Abgrenzung zum  
 8 Einzelinteresse durchzusetzen. Bei der Verfolgung dieses Ziels stehen Kommunen jedoch vor vielfältigen Pro-  
 9 blemen.

10 Zuerst werden kommunale Bauleitplanungsprozesse allzu oft durch die Interessen privater Investor\*innen  
 11 beeinflusst oder gar bestimmt. Gerade dort, wo Bauland nicht in kommunaler Hand ist und zahlungskräfti-  
 12 ge Baulandeigentümer\*innen mit Planungen an Kommunen herantreten, ist dies der Fall. Die personelle und  
 13 finanzielle Ausstattung der Kommunalverwaltungen führt dann oft dazu, dass die potenziellen Bauträger\*in-  
 14 nen, vertreten durch die von Ihnen engagierten Büros, ihnen auch fachlich überlegen sind.

15 Andererseits werden die existierenden Mittel der Bauleitplanung nicht oder nur zögerlich ausgeschöpft, weil  
 16 diese teilweise mit einem erheblichen administrativen Aufwand verbunden sind, die die unter Haushaltskür-  
 17 zungen leidenden Kommunen nicht stemmen können. In anderen Fällen ist dies zusätzlich mit erheblichen  
 18 Rechtsunsicherheiten verbunden und die Anwendung der existierenden Mittel führt zu oft jahrelang andau-  
 19 ernden Rechtsstreite die ggf. dazu führen können, dass die Deckung des akuten Bedarfs, welcher durch Bau-  
 20 projekte erfüllt werden muss, erst verspätet oder zu spät erfolgen kann.

21 Aus jungsozialistischer Perspektive bedarf es hier eines Paradigmenwechsels in der bundesdeutschen Poli-  
 22 tik. An die Stelle des Privatinteresses muss wieder das Gemeinwohl und an die Stelle des neoliberalen Ideals  
 23 der sogenannten „schlanken Verwaltung“ ein starker Staat treten. Neben der dringend notwendigen erneuten  
 24 Stärkung der Kommunalverwaltungen müssen dafür auch wesentliche Teile der Bodenpolitik geändert wer-  
 25 den. Für die Umsetzung einer gerechten Bodenpolitik sehen wir insbesondere die Kommunalpolitik klar in  
 26 der Verantwortung. Für die Rahmenbedingungen, die den Kommunen einen größeren Handlungsspielraum  
 27 ermöglichen, müssen jedoch Landes- und Bundespolitik sorgen. Für die Änderung und Einführung entspre-  
 28 chender bau-, eigentums- und steuerrechtlichen Regelungen haben die jeweiligen Regierungen Sorge zu tra-  
 29 gen. Im Folgenden wollen wir den Aspekt der Bodenpolitik besprechen und notwendige Veränderungen dis-  
 30 kutieren.

### 31 **Statt Bodenlosigkeit in Kommunen: Für eine aktive Bodenvorratspolitik**

32 In den vergangenen Jahrzehnten wurden in vielen, unter anderem SPD geführten Kommunen in großer Zahl  
 33 kommunaler Boden verkauft. Die Privatisierungswelle, die nicht nur die Bodenpolitik, sondern auch viele an-  
 34 dere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge betraf, führte zum neoliberalen Ausverkauf kommunaler Bo-  
 35 denvorräte. Daraus folgte in den letzten Jahren ein rasanter Anstieg der Bodenpreise. Die Antwort darauf kann  
 36 nur eine aktive Steuerung durch die Kommune sein. Dazu braucht es jetzt eine aktive Bodenvorratspolitik. Der

37 Ankauf von Bauland in Gebieten, mit besonderem Entwicklungspotenzial oder von besonderer strategischer  
38 Bedeutung für die jeweilige Kommune, muss zukünftig wieder zur Regel werden.

39 Dafür müssen bestehende Instrumente des preislimitierten Vorkaufs gestärkt und ausgebaut werden.

40 Die Finanzierung dieser Ankäufe kann über kommunale Bodenfonds, die zu diesem Zweck angelegt werden  
41 gewährleistet werden. Auch Land und Bund sollen ungenutzte eigene Grundstücke als Sachleistungen an die  
42 Kommunen übertragen, um so die kommunale Planungshoheit zu stärken. Kommunen müssen für diese ge-  
43 forderten Aufgaben mehr Verwaltungspersonal einstellen können, damit es nicht zu Engpässen in der Verwal-  
44 tung kommt. Zu diesen Zwecken soll die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in einen Bundesbodenfonds-,  
45 und dementsprechende existierende Liegenschaftsverwaltungen auf Landesebene in Landesbodenfonds um-  
46 gewandelt werden.

47 Außerhalb solcher strategisch besonders bedeutsamer Gebiete, kann auch der Zwischenerwerb von Grund-  
48 stücken ein gangbarer Weg sein. Diesen rechtlich zu vereinfachen ist Aufgabe einer Bodenrechtsreform. Da  
49 hierbei die jeweilige Kommune das betreffende Grundstück nach der Überplanung wieder veräußert, wird  
50 jedoch auch hier langfristig kommunale Kontrolle aufgegeben. Es sollte deshalb nur in Ausnahmefällen das  
51 Mittel der Wahl sein. Derlei Ausnahmen sollen bereits kurzfristig an eine etwaige Gemeinnützigkeit der Käu-  
52 fer\*in und des Projekts gebunden sein. Vorzuziehen ist ihm in der Regel das Erbbaurecht, bei dem lediglich  
53 das Nutzungsrecht, nicht jedoch das Eigentum an dem Grundstück auf den Erbbauehmer übergeht. Das Erb-  
54 baurecht wieder stärker in den Blick zu nehmen ist Aufgabe der einzelnen Kommunen. Die Entscheidung für  
55 das Erbbaurecht ist eine politische und bedarf an einigen Orten eines Ratsbeschlusses, um die kommunalen  
56 Verwaltungen zu beauftragen es gegenüber dem Grundstücksverkauf zu bevorzugen. Wir fordern unsere  
57 Ratsfraktionen in diesen Kommunen auf, entsprechende Beschlüsse vorzubereiten. Vielerorts legen wir der  
58 Partei das Instrument auch für den Wahlkampf ans Herz. Der Verkauf von Grundstücken zur Entschuldung  
59 kommunaler Haushalte lehnen wir ab, denn dies führt nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung der kommunalen  
60 Finanzsituation. Auch Bund und Land müssen zukünftig auf die Privatisierung von Grundstücken ver-  
61 zichten und eigene Grundstücke entweder wie beschrieben an die Kommunen übertragen oder ihrerseits auf  
62 das Erbbaurecht setzen. Davon unabhängig sind die schon jetzt bestehenden rechtlichen Möglichkeiten voll  
63 auszuschöpfen. Das bedeutet insbesondere, dass die Länder und Kommunen ihre Wohnungsbaugesellschaf-  
64 ten der öffentlichen Hand konsequent anweisen, bestehende Vorkaufsrechte zu nutzen und dies entweder  
65 durch Quersubventionierung auf Ebene der Wohnungsbaugesellschaften oder durch Zuschüsse seitens von  
66 Land oder Kommune zu finanzieren. Ergänzend müssen Länder und Kommunen aktiv auf genossenschaftliche  
67 oder andere nicht-profitorientierten Bauträger zugehen, um mit ihnen Finanzierungsmodelle ausarbeiten,  
68 die es erlauben, dass die öffentliche Hand ihr zustehende Vorkaufsrechte auch zugunsten von privaten Ge-  
69 nossenschaftsprojekten oder Non-Profit-Bauvorhaben ausübt.

70 Um die Ausübung des Vorkaufsrechts zu stärken, und darüber hinaus den voranschreitenden Trend der Um-  
71 wandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen zu verhindern, wollen wir auf Bundesebene das Ge-  
72 setz zu sozialen Erhaltungssatzungen verschärfen. Dabei soll die Frist das Vorkaufsrecht auszuüben von 2  
73 auf 6 Monate verlängert werden, sowie die Kommunen dazu befähigt werden strengere Kriterien für Abwen-  
74 dungsvereinbarungen zu formulieren. Außerdem wollen wir es ermöglichen, die Umwandlung von Miet- in  
75 Eigentumswohnungen in Milieuschutzgebieten komplett zu verbieten.

76 Auch das Vergaberecht bei Grundstücksverkäufen oder der Vergabe von Erbbaurecht bedarf einer Reform. Wo  
77 heute noch die Maximierung der generierten Einnahmen der jeweiligen staatlichen Ebene oberstes Ziel ist,  
78 muss zukünftig der Beitrag zu definierten planerischen Zielen im Mittelpunkt stehen. Ein Konzeptverfahren  
79 ist hierfür ein mögliches zu implementierendes Instrument. Hierbei gibt der Staat nur grobe Ziele vor, und  
80 überlässt es den Bieter\*innen in ihren Angeboten darzulegen wie sie diese umsetzen wollen.

### 81 **Planung ist die halbe Miete: Für die Stärkung der Instrumente der Bauleitplanung**

82 Um bestehendes Planungsrecht durchzusetzen, wollen wir bestehende Planungsinstrumente schärfen und  
83 den planerischen Werkzeugkasten der Kommunen erweitern.

84 Das im Baugesetzbuch formulierte Gebot der Innenentwicklung muss unter anderem aus ökologischen aber  
85 auch städtebaulichen Gründen umgesetzt werden. Dies bedeutet eine zusätzliche Relevanz einer aktiven Bo-  
86 denpolitik durch die Gemeinden. Obwohl vielerorts Quoten für geförderten Wohnungsbau bei Neubaupro-  
87 jekten realisiert werden, findet dies in der Regel über städtebauliche Verträge statt. Die Möglichkeit solche

88 Quoten oder andere am Gemeinwohl orientierten Ziele in Bebauungsplänen zu verankern, besteht bisher nur  
89 unzureichend und wird größtenteils nicht angewandt. Die rechtliche Bindung solcher städtebaulicher Verträge  
90 bei einem etwaigen Weiterverkauf ist zudem oftmals unsicher.

91 Die Bemessungsgrundlage für Folgekostenvereinbarungen im Rahmen von städtebaulichen Verträgen nach  
92 §11 BauGB muss daher durch die explizite

93 Nennung sozialer und technischer Infrastruktur, inklusive Infrastruktur für öffentliche Mobilität, ausgeweitet,  
94 sowie die Möglichkeit der Abschöpfung des Planwertzuwachses in den Regelungen des städtebaulichen Ver-  
95 trages explizit verankert werden. Gleichzeitig braucht es die explizite Nennung der Möglichkeit von Festset-  
96 zungen von Quoten an sozial gefördertem Wohnraum. Um insbesondere auch Regelungsmöglichkeiten bei  
97 der Entwicklung von Gebieten mit bestehenden Baurechten im Innenbereich nach §34 BauGB zu schaffen,  
98 fordern wir die Aufnahme der Festsetzung von Quoten von tatsächlich zu schaffendem, dauerhaft sozial ge-  
99 bundenem, sozial gefördertem Wohnraum in die Festsetzungsmöglichkeiten der Bauleitplanung in §9 BauGB  
100 aufzunehmen.

101 Darüber hinaus wollen wir das kommunale Vorkaufsrecht stärken.

102 Aktuell ist es an zu viele Bedingungen gekoppelt. Die Realisierung des Ziels „Innenentwicklung vor Außenent-  
103 wicklung“ muss ein hinreichender Sachgrund für das Vorkaufsrecht werden. Daher soll das besondere Vor-  
104 kaufsrecht der Kommunen in ein generelles Vorkaufsrecht auf zum Verkauf stehende Grundstücke innerhalb  
105 der entsprechenden Kommune umgewandelt werden.

#### 106 **Der Spekulation den Boden entziehen: Für eine kohärente Reform der Bodenbesteuerung**

107 Bis Ende 2019 muss die Grundsteuer neu gestaltet werden, so urteilte das Bundesverfassungsgericht 2018.  
108 Die Beurteilung eines Grundstückswertes und die daran orientierte Erhebung der anfallenden Grundsteuer  
109 nach 1964 (bzw. 1935 in den östlichen Bundesländern) bestimmten Einheitswerten, die seitdem nur insgesamt  
110 durch die kommunalen Hebesätze angepasst wurden, entspricht nicht unserem Anspruch an eine gerechte  
111 Besteuerung.

112 Es werden in Bezug auf die Reform der Grundsteuer unterschiedliche Modelle diskutiert. Wir begreifen die  
113 Grundsteuer als Teil eines Steuersystems, in welchem insgesamt diejenigen mit hohem Vermögen besonders  
114 belastet werden sollen. Klar ist deshalb auch, dass die Grundsteuer durch eine Vermögensteuer ergänzt wer-  
115 den muss. Nur durch diese kann das Ziel eines gerechten Steuersystems erreicht werden. Bei der Reform der  
116 Grundsteuer steht für uns jedoch ihre Steuerungswirkung auf den Wohnungsbau und den Flächenverbrauch  
117 im Mittelpunkt.

118 Die aktuelle Diskussion um eine Wiedereinführung einer veränderten, progressiven Grundsteuer C der Bun-  
119 desregierung zeigt, dass die SPD in den Koalitionsverhandlungen dieses wichtige Problem erkannt hat. Bo-  
120 denspekulationen gilt es zu verhindern, die aktuelle Wohnungsnot und Mangel an Bauland zu bekämpfen.  
121 Der Ansatz im Koalitionsvertrag versucht jedoch das Unmögliche: Das verfassungswidrige System der aktuel-  
122 len Grundsteuer aus Teil A (agrar- und forstwirtschaftliche Flächen) und Teil B (Bebautes und bebaubares Land)  
123 durch eine Ergänzung zu reparieren. Damit werden die Einwände des Bundesverfassungsgerichts jedoch nicht  
124 aus der Welt geschafft.

125 Es braucht eine grundsätzliche Veränderung der Grundsteuer. Die Bodenwertsteuer ist für uns das zu bevor-  
126 zugende Konzept in der aktuellen Debatte. Die Bodenwertsteuer bezieht sich ausschließlich auf den Wert des  
127 Grundstücks und die rechtlich möglich Bebauung oder Nutzung des Grundstücks – die tatsächliche Bebauung  
128 bleibt unberücksichtigt. Gleichzeitig gilt: Die Umlegbarkeit der Grundsteuer auf die Miete muss abgeschafft  
129 werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass die von uns geforderte Bodenwertsteuer, mit der wir die  
130 Bodenrente (also leistungsloses Einkommen infolge öffentlicher Infrastrukturleistungen) abschöpfen wollen,  
131 nicht fälschlicherweise Mieter\*innen zusätzliches Geld abverlangt. Diese Forderung würde jedoch analog auch  
132 für alle anderen Reformmodelle notwendig sein. Die Bodenwertsteuer berücksichtigt die Lage eines Grund-  
133 stücks und nimmt damit einhergehende Bodenwerte, sowie Wertveränderungen, als Bemessungsgrundlage.  
134 Dies betrifft dann auch insbesondere attraktive Viertel, welche für Immobilienpreisspekulationen besonders  
135 beliebte Grundstücke enthalten.

136 Eine weitere vermögensbezogene Steuer muss in diesem Zusammenhang diskutiert werden: die Grunder-  
137 werbssteuer. Diese wird heute einmalig beim Kauf eines Grundstücks fällig. Jede erneute Wertsteigerung des

138 Grundstücks nach dem Kauf werden deshalb erst von den nächsten Käufer\*innen versteuert. Ein wirksames  
139 Hemmnis gegen Bodenspekulation stellt die Grunderwerbssteuer deshalb nicht dar. Eine gerechte Besteue-  
140 rung trifft Investor\*innen, die in (ggf. auch zukünftig) attraktiven, sich entwickelnden Stadtvierteln kaufen und  
141 große Profite aus der Wertsteigerung generieren besonders stark. Wir wollen deshalb die Grunderwerbssteuer  
142 durch eine Bodenwertzuwachssteuer ergänzen.

143 Die Bodenwertzuwachssteuer besteuert den, durch die ggf. gestiegenen Bodenrichtwerte eingetretenen, leis-  
144 tungslosen Wertzuwachs des

145 Grundstücks, der im Zuge der Rekapitalisierung der Liegenschaft durch den Verkäufer realisiert wird. Die  
146 Bodenwertzuwachssteuer besteuert also genau den Betrag, welchen die Investor\*innen maximieren wollen.  
147 Dieses Instrument kann somit wirksam gegen Spekulation sein. Diese Steuer muss dabei so bemessen sein,  
148 dass sie eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Länder und der zugehörigen Kommunen gewährleis-  
149 tet.

150 Auch wenn Wertsteigerungen durch Verbesserung der Infrastruktur durch die Kommune bedingt sind, erfolgt  
151 durch das Instrument der Bodenwertzuwachssteuer ein die vermehrte Investition refinanzierende Beteiligung.  
152 Somit ergänzt sie die schon heute rechtlich vorhandenen Entschädigungen, die die öffentliche Hand für boden-  
153 wertmindernde Maßnahmen an die Eigentümer\*innen zahlen muss und beendet den unhaltbaren Zustand,  
154 dass vom Staat verursachte Wertverluste die öffentliche Hand trägt, während von ihm verursachte Wertzu-  
155 wächse den Eigentümer\*innen zu Gute kommen.

156 Gegen die Krise in den Städten: Stärkung des sozialen Wohnraums und mutige Wege in der Mietenpolitik Der  
157 Zustrom in die Städte und die Verknappung sowie Verteuerung von Wohnraum stellt die Stadtgesellschaften  
158 vor einer zunehmend schwer auszuhaltende Belastung. Auf der einen Seite fürchten Mieter\*innen, die  
159 seit Jahrzehnten in Wohnungen wohnen, die Verdrängung aus ihren Stadtteilen. Menschen, die neu in die  
160 Großstädte gekommen sind auf der anderen Seite sehen sich im ständigen Wettbewerb um bezahlbaren und  
161 doch sehr knappen Wohnraum. Beide Seiten sind jeweils der Spielball international agierender und auf Profit  
162 ausgerichteter Immobilienunternehmen. Das grundsätzliche Dilemma liegt dabei in dem Widerspruch, den  
163 Wohnraum als Ware aufzufassen, die je nach Bedarf produziert bzw. zur Verfügung gestellt werden kann.  
164 Dem ist mitnichten so! Gerade wenn wir uns angucken, dass über 1,1 Millionen bezahlbare Wohnungen in  
165 ganz Deutschland gemessen am Einkommen fehlen. Private Immobiliengesellschaften sind nicht daran inter-  
166 essiert, dem grundrechtlichen Anspruch nachzukommen und Wohnungen für alle Mieter\*innen zu bauen.  
167 Im Gegenteil, denn der private Wohnungsmarkt richtet sich vor allem nach Kapitalverwertung und damit -  
168 maximierung zu erzielen. Die dem privaten Wohnungsmarkt zugrunde liegende Systematik tut alles, um die  
169 Nachfrage an Wohnraum und letztlich den Gewinn zu steigern.

170 Die Sozialdemokratie darf dem nicht länger zusehen. Unsere Partei sollte dem Anspruch folgen, das durch den  
171 Kapitalismus entstandene Ungleichgewicht in der Gesellschaft durch eine entsprechende soziale Politik aus-  
172 zugleichen. Gemeinsam stehen wir auch im Kontext der Mieten- und Wohnthematik an der Seite derjenigen,  
173 die vermeintlich hilflos Kapitalinteressen gegenüberstehen. Die Wohnraumfrage entwickelt sich vor allem in  
174 vielen Großstädten immer deutlicher zu DER sozialen Frage unserer Stadtgesellschaften.

175 Dem Trend der ineffizienten Wohnraumnutzung, also weg von Wohnungen für Wohngemeinschaften und  
176 Mehrpersonenhaushalte hin zu Einpersonenhaushalten im hochpreisigen Mietsegment, ist entgegenzuwir-  
177 ken. Luxusimmobilien benötigen zu viel Raum und befeuern dadurch eine weitere Erhöhung der Mietpreise.  
178 Einige wenige Menschen leben somit auf den Kosten der wirtschaftlich Schwächeren unserer Gesellschaft.  
179 Das werden wir nicht weiter akzeptieren. Damit möglichst viele Wohnungen für Mehrpersonenhaushalte ent-  
180 stehen, sollte bereits bei der Planung von Bauprojekten berücksichtigt werden, dass diese auf diese Art des  
181 Zusammenlebens zugeschnitten sind und die Anforderungen einer gemeinschaftlichen Nutzung, bspw. die  
182 unabhängige Zugänglichkeit aller von den Bewohnenden gemeinsam genutzten Räume, erfüllen.

183 Daher muss der soziale Wohnraum gestärkt werden. Wir fordern von den Mitgliedern aller SPD geführten  
184 Landesregierungen sowie aller SPD- Mandatsträger\*innen der jeweiligen Landesparlamente, dass die soziale  
185 Bindung nicht auslaufen darf. Einmal gebundene Objekte sollten nicht mehr in private Immobilien zurückge-  
186 wandelt werden können. Diesen Mechanismus gilt es gesetzlich zu verankern, damit zukünftig keine Aufhe-  
187 bung der Sozialbindung durch profitgetriebene Regierungen möglich ist. Dadurch wird eine dauerhafte Kapa-  
188 zität von Sozialwohnungen geschaffen, ohne die Gefahr, dass diese nach 20-25 Jahren aus ihrer Sozialbindung  
189 fallen. Außerdem fordern wir, dass Auflagen für Baugrundstücke erteilt werden können, die nach §32 Bau-

190 GB von Bebauungsplänen befreit sind. Hier sollen die Kommunen und Ländern zwingende Sozialbau-Quoten  
191 vorschreiben, ähnlich wie es bereits jetzt vielerorts bereits in Bebauungsplänen und Städtebaulichen Verträ-  
192 gen der Fall ist. Außerdem fordern wir ein Maßnahmenpaket zur Eindämmung von Spekulationen. Außerdem  
193 fordern wir, dass eine Wiederveräußerungssperre beim Immobilienkauf eingeführt wird, welche es für einen  
194 längeren Zeitraum untersagt, dass ein Objekt weiterverkauft werden kann. So können keine schnellen Spekula-  
195 tionsrenditen erwirtschaftet werden. Wir fordern, den Konsequenzen Vorgang gegen spekulativen Leerstand.  
196 Wir fordern die Kommunen und Länder dazu auf, sich an Hamburg Mitte ein Beispiel zu nehmen, und spe-  
197 kulativen Leerstand bei fehlenden Reaktionen der Besitzerinnen zu zwangsverwalten, sanieren und in 100%  
198 permanent gebundenen sozialen Wohnraum umzuwandeln. Diese Maßnahmenpakete sorgen zum einen für  
199 Mehreinnahmen, welche ausschließlich in den staatlichen Wohnungsbau investiert werden sollen, und zum  
200 anderen wird Spekulation mit Immobilien vorgebeugt.

201 Auf Bundesebene fordern wir einen Mietestopp und eine Preisdeckelung in angespannten Lagen. Zusätzlich  
202 zur verschärften und geetlich entfristeten Mietpreisbremse fordern wir einen Mietestopp und eine gesetz-  
203 liche Deckelung der Mieten in angespannten Lagen. Als ersten Schritt darf eine Miete die ortsübliche Ver-  
204 gleichsmiete – welche zentral vom Bundesamt für Statistik ermittelt werden muss – nicht überschreiten. Dies  
205 soll schnellstmöglich umgesetzt werden und kurzfristig für alle Menschen mit einem neuen Mietvertrag gelten.  
206 Langfristig wollen wir die Festlegung eines Höchstmietsatzes, der 6€ in angespannten Lagen nicht übersteigen  
207 darf. Die Missachtung dieser Kriterien darf nicht wie bei der aktuellen Mietpreisbremse lediglich als Ordnungs-  
208 widrigkeit gelten, sondern als Straftat, dessen Konsequenzen gesetzlich festgeschrieben und Verstöße straf-  
209 rechtlich verfolgt werden müssen.

210 Insgesamt sehen wir es als mittelfristiges Ziel an, als Partei des gesellschaftlichen Fortschritts eine gesamt-  
211 gesellschaftliche Strategie zu entwickeln, deren selbsterklärtes Ziel die Abschaffung des privaten Wohnungs-  
212 marktes und der Profitorientierung in diesem Bereich zugunsten der Allgemeinheit ist. Wir wollen uns dafür  
213 einsetzen, das Wohnen als Grundrecht anzuerkennen und an den Lebensbedürfnissen aller Menschen auszu-  
214 richten. Das heißt im Zweifel auch, dem Widerstand der Immobilienwirtschaft zu trotzen und uns für jene ein-  
215 zusetzen, die im Kampf gegen Verdrängung allein gelassen werden. Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft  
216 wurde in den letzten Jahren zu sehr von neoliberalen Einschnitten belastet, als dass wir in der aktuellen Situati-  
217 on durch eine konsensorientierte Politik zu befriedigenden Ergebnissen kommen. Es liegt an uns und unserer  
218 Haltung, ob wir dieser Entwicklung weiter zusehen oder ihr etwas Neues entgegensetzen wollen. Die

219 Voraussetzung einer gemeinwohlorientierten Wohnungs- und Mietenpolitik gründet sich für uns daher aus  
220 dem Grundsatz, dass mit menschlichen Grundbedürfnissen keine Geschäfte gemacht werden dürfen!

# O3

**Titel** Ländlicher Raum – Aussterben lassen?

**AntragstellerInnen** Thüringen

---

## Ländlicher Raum – Aussterben lassen?

1 Die Bundesrepublik zeichnet sich durch vielseitige Strukturen aus. Neben Großstädten und Ballungszentren  
2 prägen Dörfer, Gemeinden und Kleinstädte weite Teile des Landes, abseits des urbanen Raumes. Diese länd-  
3 lichen Räume bürgen durch ihre ganz individuelle Ausgestaltung eigene Herausforderung für die Versorgung  
4 der Bevölkerung und der Gesellschaft im Allgemeinen. Schon heute gibt es Regionen die durch Abwanderung,  
5 eine alternde Bevölkerung und ein den damit verbundener Bevölkerungsrückgang in ihrer Existenz gefährdet  
6 sind.

7 Es gilt daher, gleichwertige Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen herzustellen und es geht um nichts we-  
8 niger, als das sukzessive Aussterben ganzer Landstriche zu verhindern. Nur wenn wir es schaffen, vor Ort  
9 Strukturen zu etablieren, die auch für junge Menschen und Familien attraktiv sind, werden wir in den ländlichen  
10 Räumen mit schlechten Zukunftsaussichten dafür sorgen können, dass sich die Situation verbessert.

11 Oft sprechen wir über das subjektive Gefühl des Abgehängt-Seins. Wir dürfen es jedoch nicht zulassen, dass  
12 dieses teilweise berechtigte Denken zur Maxime in der gesellschaftlichen Ausrichtung wird. „Abgehängt-Sein“  
13 lässt sich ändern – mit Engagement und mit Investitionen. Die gesellschaftliche Solidarität und der gesellschaft-  
14 liche Frieden, über die verschiedenen Milieus und die Generationen hinweg können sich nur ausbreiten, wenn  
15 alle Menschen davon ausgehen können, dass ihnen zumindest ähnliche Chancen gegeben werden, in ihren  
16 persönlichen Gegebenheiten einen gewissen gemeinschaftlichen Standard zu erreichen.

17 Dieser ‚Standard‘ drückt sich explizit nicht darin aus, dass Mindesteinheiten oder Untergrenzen eingehalten  
18 werden, sondern dass sich die Situationen für die Menschen vor Ort verbessern. Wir wollen, dass Chancen-  
19 gleichheit herrscht, egal wo die Menschen herkommen und egal wo sie hinwollen.

20 24Es muss unsere Aufgabe sein, vor Ort Lebensbedingungen herzustellen, so dass ein gutes Leben auch mög-  
21 lich ist. Trotz aller Hindernisse und struktureller Schwierigkeiten bietet der ländliche Raum dabei auch Ent-  
22 wicklungschancen.

23 Wir fordern, dass der Bund in Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen vor Ort die ländlichen Räu-  
24 men, welche vor großen Problemen durch Überalterung, Abwanderung und einer ökonomisch schwierigen  
25 Situation stehen, strukturell zu fördern. Dazu gehören zu allererst zwei Stellschrauben: Zunächst die Ausfinan-  
26 zierung der Kommunen durch überarbeitete kommunale Finanzausgleichssysteme und höhere Mittelzuwei-  
27 sungen von Bund und Ländern. Darüber hinaus müssen die Kommunen stärker an steuerlichen Einnahmen  
28 beteiligt werden. Es soll noch mehr, als heute möglich, die Möglichkeiten geben, diverse Steuern durch He-  
29 besätze eigenständig zu beeinflussen. Die Ausgestaltung der Gewerbesteuer soll hier als Beispiel dienen. Die  
30 Kommunen brauchen eine dynamische Einnahmequelle, damit sie bei der Finanzierung ihres eigenen Haus-  
31 haltes nicht auf Fremdmittel angewiesen ist. Und als zweiter Überpunkt muss die Aufgabe der Neuordnung  
32 zwischen freiwilligen Leistungen und Pflichtaufgaben für die kommunale Hand erfolgen. Nur mit strukturellen  
33 Änderungen verkommt die kommunale Selbstverwaltung nicht zu einer Worthülse. Die nachfolgenden The-  
34 menbereiche sind nicht abschließend, decken aber einen großen Teil unserer Forderungen ab, welche den  
35 ländlichen Räumen helfen sollen, die massiv von Überalterung, Abwanderung und einer schwierigen wirt-  
36 schaftlichen Lage betroffen sind:

### 37 **1. Anbindung und Mobilität verbessern.**

38 Für viele Menschen führt die fehlende Mobilität und der damit verbundene verwehrte Zugang zu wichtigen  
39 und teils lebensnotwendigen Einrichtungen symbolisch zum Gefühl des Abgehängt-Seins. Um die Situation der

40 Menschen im ländlichen Raum zu verbessern und die Attraktivität des nicht urbanisierten Raums zu stärken,  
41 müssen neue Konzepte der Mobilität zum Einsatz kommen. Es darf nicht sein, dass der Bus nur noch einmal  
42 alle zwei Tage ins Dorf kommt und der Bahnhof schon seit Jahrzehnten abgekoppelt bleibt.

43 Es kann sich nicht darauf verlassen werden, dass jede\*r ein Auto zur Verfügung hat. Gerade Jugendliche und  
44 junge Menschen können sich oftmals den Individualverkehr nicht leisten. Gleiches trifft auch auf ältere Men-  
45 schen zu, die zudem altersbedingt nicht mehr in der Lage dazu sind, ein eigenes Auto zu unterhalten.

46 Wir fordern:

47 den vollumfänglichen Ausbau des ÖPNV. Jeder Ort muss unabhängig der Größe mindestens zwei Mal am Tag  
48 (auch am Wochenende) angefahren werden, so dass es die Möglichkeit gibt in die nächste größere Stadt zu  
49 fahren. Wir müssen hier die Unternehmen klar in die Pflicht nehmen. Es muss selbstverständlich sein, dass  
50 jede Person einen Beförderungsbedarf hat. Zudem sollen Rufbus-Angebote die außerplanmäßige Nachfrage  
51 bedienen. Diese müssen individuell an die Bedürfnisse der Menschen angepasst werden. So muss gewähr-  
52 leistet sein, dass sowohl das Einkaufen, Ärzt\*innenbesuche, Bildungsangebote, Freizeitangebote aber auch  
53 kulturelle und gesellschaftliche Angebote genutzt werden können.

54 – die nahtlose Verzahnung der unterschiedlichen Mobilitätsangebote hinsichtlich der Taktung. So muss ein  
55 schlüssiges Konzept aus Schienenverkehr, Bustransport und weiteren individuellen Angeboten gefunden wer-  
56 den. Es braucht auch in kleineren Ortschaften eine Anbindung an den Zugverkehr. Bis heute bestehen viele  
57 stillgelegte Schienennetze und Bahnhofsgebäude. Wir müssen diese schlüssig reaktivieren und in das Mobili-  
58 tätskonzept einfügen.

59 – Um den individuellen Anforderungen an die Beförderung gerecht zu werden, sollen abwechselnd schnelle  
60 Verbindungen und Verbindungen mit vielen Haltepunkten zur Verfügung gestellt werden. Auch diese sind in  
61 Verbindung mit einem schlüssigen Beförderungskonzept bestehend aus weiteren Bus- und Individualangebo-  
62 ten sein.

63 – die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Mitfahr-Initiativen. Mitfahrgelegenheiten von Nachbar\*innen  
64 etc. auf dem Land gibt es ebenso wie in den Städten. Gerade hier zeigen sich Gelegenheiten zur nicht-  
65 kommerziellen Nutzung der Bevölkerung fernab des ÖPNVs

66 – einen bundeseinheitlichen Verkehrsverbund um ein flächendeckend schlüssiges Verkehrskonzept zu ge-  
67 währleisten

68 – den kostenlosen ÖPNV. Nur dieser kann Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unabhängig von äußeren Ein-  
69 flüssen gewährleisten. Bis zu dieser Umsetzung müssen sofort Lösungen gefunden werden, die wirtschaftlich  
70 Schwachen, Kindern, Jugendlichen und Älteren deutliche Ermäßigungen zugestehen.

## 71 **2. Nahversorgung mit Lebensmitteln, Mittel des täglichen Gebrauchs und Geld**

72 Die Lebensmittelläden gehören der Vergangenheit an, der letzte Bäcker hat vor ein paar Jahren geschlossen  
73 und der nächste Supermarkt ist genau wie die nächste Bank ein paar Kilometer entfernt. Vor Ort gibt es meist  
74 keine Möglichkeiten mehr, schnell etwas einkaufen zu gehen. Die Sicherung der Nahversorgung stößt an ihre  
75 betriebswirtschaftlichen Grenzen.

76 68Hier muss angesetzt werden. Der Einzelhandel sollte bei innovativen Projekten zur Versorgung der periphe-  
77 ren Räume unterstützt werden.

78 Die Versorgung mit Lebensmitteln, Gütern des täglichen Gebrauchs und Geld muss in kleinteiligen regionalen  
79 Zentren organisiert und sichergestellt sein. Entsprechend verschiedener Sufen (über-)örtlicher Bedeutung die-  
80 ser regionalen Zentren ist ein angemessenes Angebot vorzusehen. Ziel muss es sein Angebote für möglichst  
81 viele Menschen zu schaffen, dabei aber auch Bündelungseffekte zu nutzen. Die Kommunen sollen dabei den  
82 Rahmen vorgeben, der es öffentlichem und privatem Engagement ermöglicht, im ländlichen Raum aktiv zu  
83 werden.

84 Wir fordern:

- 85 • Es soll stets die Möglichkeit gewährleistet sein, täglich postalische Versendungen vorzunehmen und zu  
86 empfangen.



- 87 • Zugang zu wohnortnahen Nahversorgungsmöglichkeiten für möglichst alle
- 88 Menschen durch eine verzahnte Struktur aus kommunalen und privaten,
- 89 sowohl stationären als auch mobilen Angeboten.
- 90 • Gleiches gilt für den Zugang zu Geldautomaten, Briefkästen und Packstationen in allen Ortschaften.
- 91 An den Geldautomaten soll es möglich sein mit Debitkarten und Kreditkarten Geld abzuheben. Des
- 92 Weiteren muss bargeldloses bezahlen auch auf dem Land zum Standard werden.
- 93 • die Unterstützung von Kooperationslösungen durch verschiedene Einzelhandelsmärkte. Seien es sta-
- 94 tionäre Verkaufsstände an bestimmten Wochentagen oder fahrende Händler, die ein eingeschränktes
- 95 Sortiment veräußern.
- 96 • die Professionalisierung von Vermarktungsinitiativen aus der Region, da gerade Direktvermarkter eine
- 97 größere Zielgruppe ansprechen und Wirtschaftlichkeit auch in kleinen Orten generieren.
- 98 • Vereinfachte und verbesserte Rahmenbedingungen für Genossenschaftsmodelle im Einzelhandel, bei-
- 99 spielsweise Dorfläden.

### 100 3. Netzausbau

101 Ein weiterer Punkt, in dem ländliche Räume oftmals gegenüber urbanen Gebieten zurückfallen, ist der Netz-

102 ausbau. Gerade Menschen, die nicht in der Stadt wohnen, leiden unter der Abkopplung vom Internet. Entweder

103 gibt es gar keine Verbindung oder das Internet ist so schwach, dass man damit nichts wirkungsvoll anfangen

104 kann. Für den Mobilfunk gilt das in gleicher Weise.

105 Diesen Zustand müssen wir hinter uns lassen. Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuten gerade auch im

106 21. Jahrhundert, dass die Menschen überall telefonieren und ins Internet gehen können. Der Ausbau muss

107 schleunigst vorangetrieben werden.

108 Wir fordern:

- 109 • den konsequenten Ausbau der Breitbandinfrastruktur mit Glasfaserkabeln und den Verzicht der
- 110 Vectoring-Technologie. Ausbau, Betrieb und Eigentümer\*innenschaft gehören in staatliche Hand. Die
- 111 aktuelle Bewertung der Internetversorgung in Deutschland zeigt, dass „Privat vor Staat“ versagt hat.
- 112 • . Der favorisierte Ansatz sollte FTTH sein.
- 113 • den konsequenten Ausbau der Mobilfunknetze. Die Funklöcher, gerade in wenig besiedelten Gebieten
- 114 und entlang von Bahntrassen sowie Autobahnen müssen verschwinden, Telefonie und Mobile Daten
- 115 sollen überall in adäquater Qualität verfügbar sein.
- 116 • öffentliche WLAN-Hotspots an zentralen Plätzen von Gemeinden sowie in Dorfgemeinschaftszentren
- 117 und an allen öffentlich zugänglichen Plätzen der öffentlichen Verwaltung, die durch Bund und Länder
- 118 finanziert werden.

### 119 4. Ärzt\*innen- und Pflegeversorgung

120 Ein Problem, das in naher Zukunft und unaufhaltsam herannaht, ist die gesundheitliche Versorgung. Ländliche

121 Räume haben es in ihrer Struktur besonders schwer, mit ausreichend Ärzt\*innen abgedeckt zu werden. Schon

122 jetzt sind die Patient\*innenzahlen pro Praxis viel zu hoch, in Zukunft jedoch wird sich die Zahl vielerorts pro

123 Ärzt\*in höchstwahrscheinlich noch weiter steigern. Ähnlich gelagert ist die Versorgung von pflegebedürftigen

124 Menschen – sei es der stationäre Pflegebereich oder fehlende Kapazitäten in der ambulanten Pflege.

125 Wenn wir den Kollaps des Gesundheitssystems verhindern wollen, muss enorm in die Pflege investiert werden.

126 Es braucht modernere Strukturen und Methoden in der medizinischen Arbeit sowie ein neues Verständnis von

127 Pflegearbeit im 21. Jahrhundert.

128 Wir fordern:

- 129 • Krankenhäuser müssen im ländlichen Raum erhalten bleiben. Die Daseins-Vorsorge ist wichtiger als
- 130 das betriebswirtschaftliche Ergebnis.

- 131 • Fachärzte (und Therapeuten) müssen auch in der Fläche verfügbar sein. In kommunaler Zusammenar-
- 132 beite können verschiedene Fachärzte (und Therapeuten) in einem Haus angesiedelt werden.
- 133 • die Ermöglichung von Kooperationen und Zusammenarbeit in allen geeigneten Formen sowie die Ein-
- 134 richtung von kommunalen Praxen und Zweigpraxen.
- 135 • Es soll stets die Möglichkeit gewährleistet sein, täglich Medikamente und medizinische Notwendigkei-
- 136 ten zu empfangen.
- 137 • die sinnvolle Weiterentwicklung und schrittweise Anwendung von E-Health-Lösungen.
- 138 • eine stärker interdisziplinäre und professionsübergreifende Ausrichtung der Gesundheitsversorgung.
- 139 • Stipendien, Programme und finanzielle Unterstützung für angehende Landärzt\*innen und eine Land-
- 140 ärzt\*innenquote für Medizinstudiengänge nach dem Vorbild in Rheinland-Pfalz
- 141 • höhere Löhne in der Pflege. Qualifiziertes Personal muss entsprechend der Bedeutung dieser Arbeit
- 142 entlohnt werden.
- 143 • Schaffung von finanziellen Anreizen und einer entsprechenden Infrastruktur für Ärzt\*innen, die sich
- 144 dazu entschließen, eine Praxis auf dem Land zu eröffnen

## 145 **5. Wohnungspolitik**

146 Wenn man an Wohnungspolitik denkt, kommt sofort der angespannte Wohnungsmarkt in den Ballungsgebiete-

147 ten in den Sinn. In vielen ländlichen Räumen ist die Situation anders gelagert – hier gibt es oftmals Raum und

148 Leerstand. Allerdings ist mancher Leerstand in derart marodem Zustand, dass es sich um Schrottimmobilien

149 handelt. Diese müssen häufig enteignet und dann kostspielig durch Kommunen abgerissen werden. Vielfach

150 ist die Bausubstanz in die Jahre gekommen und hält weder Ansprüche für altersgerechtes Wohnen noch mo-

151 derne Energiestandards. Trotzdem hat für uns der Erhalt gewachsener Ortsbilder und die Innenentwicklung

152 von dörflichen Strukturen eine hohe Priorität.

153 Wir wollen eine Wohnungspolitik, die den Anforderungen unserer Zeit gerecht wird.

154 Wir fordern:

- 155 • Finanzmittel, die den Abriss oder Rückbau von Schrottimmobilien sowie Gemeindeumbaumaßnahmen
- 156 in finanzschwachen Kommunen übernehmen.
- 157 • Zugriffsmöglichkeiten auf Schrottimmobilien in Kommunen nach spätestens fünf Jahren.
- 158 • eine aktive Bodenpolitik, die Grunderwerb zu sozial erschwinglichen Preisen ermöglicht und einen aus-
- 159 reichenden Bestand an bezahlbarem Mietwohnraum sicherstellt.
- 160 • Unterstützung zur Sanierung und Modernisierung alter Bausubstanzen.
- 161 • Initiativen für Wohnungsbaugenossenschaften.
- 162 • Mieter\*innen, die in einem privaten Gebäude wohnen, sollen es einfacher haben sich zusammenzutun
- 163 und eine Wohnungsbaugenossenschaft zu gründen. Über die kommunalen Sparkassen sollen dann
- 164 Möglichkeiten der Finanzierung des Erwerbs der Immobilie gefunden werden.
- 165 • Finanzmittel durch Bund und Länder für die Kommunen für den Erwerb eines Grundstückes, welches
- 166 für die Schaffung bedarfsorientierten bezahlbaren Wohnraums genutzt werden muss.
- 167 • Finanzmittel durch Bund und Länder für Private und Kommunen, für Umbaumaßnahmen von Häusern
- 168 mit dem Ziel bezahlbare kleine Wohneinheiten oder barrierefreie Wohneinheiten und Zweckverbände
- 169 zu schaffen.

## 170 **6. Verwaltung und Bürger\*innenbeteiligung**

171 Ein weiteres Problem liegt häufig in den Verwaltungsabläufen. Menschen müssen immer noch zu häufig in

172 Ämter und Rathäuser, um ihre Angelegenheiten zu regeln. Dabei gäbe es längst Möglichkeiten für weniger

173 umständliche Verfahren. Zunächst sollte die interkommunale Zusammenarbeit unter der Betrachtung der fol-

174 genden Frage ausgebaut werden: Welche Aufgaben können in gemeinsamen Einrichtungen mehrerer Kommu-

175 nen zusammenlaufen und welche Möglichkeiten gibt es, als digitaler Dienstleister aufzutreten? Andererseits

176 müssen auch Möglichkeiten für immobile Menschen geschaffen werden, sprich mobile Verwaltungseinheiten.  
177

178 Wir wollen einen Verwaltungsapparat, der effizient die Anliegen der Menschen abarbeitet. Hier müssen digitale  
179 Lösungen forciert werden, um größere Strukturen zu ermöglichen. Letztlich wird es schwieriger geeignetes  
180 Fachpersonal zu finden, das in Kommunalverwaltungen arbeitet, daher werden wir an Kommunalverwaltungs-  
181 reformennicht herunkommen.

182 Wir fordern:

183 • Stärkere interkommunale Zusammenarbeit, solange das nicht den Interessen der Kommunen widerspricht.  
184

185 • die Digitalisierung der Verwaltung und den entsprechenden Umbau der Strukturen.

186 • den Ausbau der Bürger\*innenbeteiligung vor Ort, wie die Bildung von Ortsteilräten.

187 • größere Einflussmöglichkeiten und eigene Finanztöpfe für Ortsteilräte und ähnliche kommunale Be-  
188 teilungsformen.

189

## 190 **7. Kindertagesstätten und Schulen**

191 Das Credo „kurze Beine – kurze Wege“ steht seit einiger Zeit zur Debatte. Für uns darf Bildung aber nicht mit  
192 dem Gießkannenprinzip verteilt werden, sondern wir wollen gute Ausstattung von Schulen vor Kirchturmden-  
193 ken. Dafür braucht es gesetzliche Rahmenbedingungen um kreative Schulformen zuzulassen. Das kann auch  
194 als Chance für ein längeres gemeinsames Lernen gesehen werden.

195 Durch Kooperation von Gemeinden kann Jugendarbeit in Vereinen gewährleistet werden und eine lebendige  
196 Kultur auch vor Ort erhalten bleiben. Außerdem brauchen wir Anreize, um Referendar\*innen und junge  
197 Lehrer\*innen in ländliche Räume zu holen.

198 Wir fordern:

199 • Gut ausgestattete Schulen in ländlichen Räumen und gesetzliche Lösungen bei Mindestschüler\*innen-  
200 zahlen.

201 • Ein attraktives Arbeitsumfeld für Lehrer\*innen auch in ländlichen Räumen zu schaffen z.B. durch eine  
202 Kindertagesstättenlandschaft, die Arbeit und Familiengründung vereinbaren lässt

203 • Wir wollen sicherstellen, dass Schulen und Sozial- und Bildungseinrichtungen sowie Kindertagesein-  
204 richtungen bedarfsgerecht in zumutbarer Nähe und Erreichbarkeit liegen.

205 • die soziale Infrastruktur, wie Bibliotheken und Jugendarbeit, muss zur kommunalen Pflichtleistung er-  
206 klärt werden.

207 • dass Schwimmunterricht überall in ausreichendem Umfang gewährleistet ist. Schwimmbäder sind da-  
208 mit auch ein Beitrag zur öffentlichen Sicherheit.

209

## 210 **8. Ehrenamt**

211 Das Ehrenamt war und ist gesellschaftlich von entscheidender Bedeutung. Gerade in vielen ländlichen Räu-  
212 men läuft nichts ohne die Strukturen des Sportklubs, der freiwilligen Feuerwehr oder des Kirmesvereins etc.  
213 Die Menschen, die sich um ihr Gemeindeleben kümmern und dafür viel Zeit und Energie investieren, müs-  
214 sen unterstützt werden. In vielen kleineren Kommunen fehlt es an finanziellen Mitteln, um diese Strukturen  
215 aufrechtzuerhalten.

216 An diesem Punkt muss angesetzt werden, die vielen Ehrenamtler\*innen müssen Unterstützung und Würdi-  
217 gung erfahren. Die Kommunen, Ortsteile und unteren Strukturen sollten Möglichkeiten zur Stärkungen von  
218 Kultur und Sport vor Ort in die Hand gegeben werden.

219 Wir fordern:

- 220 • dass jedem Kommunalgremium für seine Ortschaft ein Budget zur Verfügung gestellt wird, mit dem  
 221 Vereine und Initiativen bezuschusst werden, die die Koordination für Ehrenämter übernehmen und  
 222 somit kulturelle und ehrenamtliche Aktivitäten ermöglichen
- 223 – dass Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, in denen ehrenamtliches Engagement Platz  
 224 zur freien Entfaltung hat. Dabei müssen die Bedarfszahlen an die tatsächlichen Nutzungszeiten  
 225 angepasst werden. Es muss zwingend berücksichtigt werden, dass ehrenamtliches Engagement  
 226 zum Großteil nach der Erwerbstätigkeit ausgeführt wird. Die Bedarfe entstehen fast ausschließ-  
 227 lich zu i.d.R. erwerbsfreien Zeiten. Die Räumlichkeiten müssen in ausreichender Menge zu diesen  
 228 Zeiten zur Verfügung stehen.
- 229 – dass das Ehrenamt eine höhere gesellschaftliche Würdigung erfährt und aktive Menschen in  
 230 ihrer Ausübung unterstützt und nicht eingeschränkt werden.
- 231 – Einen Fond der Hauptamtlichkeit im Ehrenamtsmanagement zulässt und Anschub für eine aktive  
 232 Vereinslandschaft vor Ort ermöglicht.
- 233 – einen „Ehrenamtsinformationstag“. Bei diesem sollen Organisationen und lokale Projekte etc.  
 234 die Möglichkeit haben sich vorzustellen und mit Schüler\*innen in Kontakt zu treten. Diese Ta-  
 235 ge müssen Schulen mindestens einmal im Jahr veranstalten oder besuchen. Dabei werden die  
 236 Schüler\*innen von Unterricht befreit um hervorzuheben, wie wichtig Ehrenamt ist. Wirtschaftli-  
 237 che Verbände sind ausgeschlossen.
- 238 – Fahrtkostenübernahme für die Ausübung der Ehrenämter durch die Städte nach Überreichen  
 239 der Belege oder Stellen von Monatskarten im lokalen Bereich. Nur so kann allen eine Teilhabe  
 240 ermöglicht werden
- 241 – Eine jährliche Projektwoche zum Thema „soziales Engagement“ in Schulen. Dort sollen Schü-  
 242 ler\*innen einen Einblick in das Ehrenamt bekommen.

## 243 **9. Kinder- und Jugendarbeit vor Ort**

244 Die Abwanderung oder Landflucht ist auch begründbar mit der oftmals nicht vorhandenen Kinder- und  
 245 Jugendarbeit. Vielfach gibt es neben der alten Bushaltestelle keinen Ort, an dem sich junge Menschen  
 246 treffen können. Das Potential der Jugendarbeit und der Beteiligung junger Menschen wird in vielen  
 247 ländlichen Räumen nicht genutzt, um die Kommunen so zu entwickeln, dass sie attraktiver für diese  
 248 Altersgruppen werden.

249 Die Kinder- und Jugendarbeit muss finanziell und personell stärker untersetzt sein, um im ländlichen  
 250 Raum flächendeckend effektiv wirken zu können. Gleichsam müssen die Kinder und Jugendlichen vor  
 251 Ort in die Erarbeitungen mit einbezogen werden – es darf keine übergestülpten Konzepte geben. In  
 252 jedem Fall müssen Angebote für Kinder und Jugendliche geschaffen werden, die sie auch vor Ort wahr-  
 253 nehmen können.

254 Wir fordern:

- 255 – Kinder- und Jugendbeauftragte und eine umfangreiche Jugendarbeit, die sich den Strukturen in  
 256 den Ortschaften anpasst.
- 257 – die Einsetzung von Jugendbeiräten in allen Städten und Gemeinden. Den Mitgliedern soll ein  
 258 Anhörungs- und Rederecht zu jugendpolitischen Themen in den betreffenden kommunalen Räu-  
 259 men eingeräumt werden.
- 260 – dass es in allen Kommunen Ansprechpartner\*innen vor Ort gibt. Notfalls müssen Modelle der  
 261 mobilen Jugendarbeit angewandt werden.
- 262 – Räume zur freien Entfaltung für Jugendliche sowie Spielplätze und die Sanierung von Spielan-  
 263 lagen für Kinder.
- 264 – Um einen Beitrag für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt zu leisten, fordern wir die  
 265 finanzielle und personelle Unterstützung der lokalen Vereine, Schwerpunktmäßig in der Jugend-  
 266 arbeit, die ebendies bezwecken.

267 – die Aktive Unterstützung zur Gründung und finanzielle Förderung von Jugendbeiräten.

268 **10. Ortsvorsteher\*innen stärken; Dorfgemeinschaftszentren ausbauen**

269 Ortsvorsteher\*innen leisten als gewählte Vertreter\*innen selbst kleinster Gemeinden einen wichtigen  
270 Beitrag für die direkte Ansprechbarkeit demokratischer Institutionen vor Ort. Die Rolle von Ortsvor-  
271 steher\*innen ist ehrenamtlich und umfasst neben der Vertretung der Gemeinde in der kommunalen  
272 Verwaltung auch vielfältige Aufgaben im Ort selbst. Wir wollen diese Menschen in ihrem Engagement  
273 stärken und mehr Hauptamtlichkeit bei Ortsvorsteher\*innen schaffen.

274 In vielen Forderungspunkten wurde zudem die Frage nach Raum und Räumlichkeiten aufgeworfen.  
275 Daher fordern wir, dass wo möglich Bürger\*innenzentren oder Dorfgemeinschaftshäuser entstehen  
276 sollen. Außerdem sollen die Kommunen finanziell so ausgestattet werden, dass sie die laufenden Kosten  
277 tragen können. Hier sollen die Bewohner\*innen, aber auch Vereine und Initiativen Zugang für Aktivi-  
278 täten bekommen. Die Räumlichkeiten können als Veranstaltungsorte dienen und es sollen die Mög-  
279 lichkeiten erörtert werden, kleine Verkaufsräume einzurichten, um in Kooperation mit dem privaten  
280 Einzelhandel, Gewerbe treiben zu können.

# P Pflege, Gesundheit & Soziales

## P Pflege, Gesundheit & Soziales

P1	Hamburg	Von der Zustimmungslösung zur Widerspruchslösung bei Organspenden	83
P14	Schleswig-Holstein	Verbesserung der Versorgung von Früh- und Neugeborenen mit Einschränkungen oder Behinderungen nach der Geburt	84

# P1

<b>Titel</b>	Von der Zustimmungslösung zur Widerspruchslösung bei Organspenden
<b>AntragstellerInnen</b>	Hamburg

---

## Von der Zustimmungslösung zur Widerspruchslösung bei Organspenden

- 1 Im TPG (Transplantationsgesetz) wird Abschnitt 2 (Entnahme von Organen und Gewebe bei toten Spendern),  
2 § 3 (Entnahme mit Einwilligung des Spenders), (1) Satz 1 wie folgt geändert:
- 3 *[Die Entnahme von Organen oder Gewebe ist... zulässig, wenn...]* „der Organ- oder Gewebespende der Entnahme  
4 **nicht** widersprochen hat“.
- 5
- 6 *Der Bund hat eine intensive Aufklärungskampagne zu diesem Thema starten. Zudem sollte dieses Thema auch im*  
7 *Unterricht an entsprechenden Stellen vermittelt werden.* Diese Kampagne hat das klare Ziel, über die gesellschaft-  
8 lichen Auswirkungen der neuen Widerspruchslösung zu informieren. Außerdem soll dadurch die Notwendig-  
9 keit der Neuregelung aufgezeigt werden. Hilfreich ist es, hierfür in ganz Deutschland Aktionstage zu veranstal-  
10 ten, die die in Deutschland lebende Bevölkerung für das Thema Organspende sensibilisieren soll. Das große  
11 Ziel der Kampagne ist es, die Organspendenbereitschaft aller in Deutschland lebenden Personen zu erhöhen.  
12 Zusätzlich brauchen wir mehr Zeit für die Transplantationsbeauftragten entsprechend der Zahl der der Intensiv-  
13 betten eines Hauses, um ihre Aufgabe, der Betreuung von Spendern und der Organentnahme, nachzukom-  
14 men. Finanziell sehen wir die Krankenkassen in der Pflicht zur Kostenübernahme.

# P14

<b>Titel</b>	Verbesserung der Versorgung von Früh- und Neugeborenen mit Einschränkungen oder Behinderungen nach der Geburt
<b>AntragstellerInnen</b>	Schleswig-Holstein

---

## Verbesserung der Versorgung von Früh- und Neugeborenen mit Einschränkungen oder Behinderungen nach der Geburt

- 1 Im Jahr 2016 kamen 9% der Kinder vor der 37. Schwangerschaftswoche (SSW) zur Welt. Die Tendenz ist steigend  
2 und dank der immer besser werdenden medizinischen Möglichkeiten können immer mehr Kinder in noch  
3 früheren Schwangerschaftswochen versorgt werden [1].
- 4 Doch der medizinische Fortschritt hat auch seine Schattenseiten. Lange Krankenhausaufenthalte, Folge-  
5 schäden der Frühgeburt wie Hirnschäden, Schädigungen der Lunge, Kurzdarmsyndrome und Probleme bei  
6 der Nahrungsaufnahme sorgen oft für Verzögerungen in der Entwicklung und belasten Kinder und Famili-  
7 en.
- 8 Hier bedarf es dringend mehr Hilfe für die Angehörigen, um die Gefahr einer Vernachlässigung oder nicht  
9 ausreichenden Förderung der Kinder zu minimieren.
- 10 Um Eltern und Kindern eine bessere Zukunftsperspektive zu ermöglichen, fordern wir die SPD Bundestags-  
11 fraktion auf, betroffene Familien wie folgt zu unterstützen und sich für folgendes einzusetzen:
- 12 1. Die Kosten für sämtliche spezielle fachpflegerische ambulante Versorgung, sozialmedizinische Nachsorge,  
13 benötigte Hilfsmittel, Förderungsmöglichkeiten sowie anteilig die Fahrt und/oder Übernachtungskosten der  
14 Eltern während des stationären Aufenthalts im ersten Lebensjahr des Kindes in den Leistungskatalog der Kran-  
15 kenkassen im SGB V aufzunehmen.
- 16 2. Mit der Vollendung des ersten Lebensjahres wird die Einstufung in die Pflegegrade eingeleitet.
- 17 3. Eine Verordnungsfähigkeit für Frühgeborenenahrung.
- 18 4. Eine Verbesserung der Betreuung der Mütter durch Hebammen/ Entbindungspfleger und/oder speziell, in  
19 z.B. Stillberatung, fortgebildete Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger\*innen im Krankenhaus und im häus-  
20 lichen Umfeld.
- 21 5. Eine, auf die sozialen Bedürfnisse und der erforderlichen Aspekte zur Frühförderung, abgestimmte Betreu-  
22 ung der Früh- und Neugeborenen, als auch ihrer Eltern und Geschwisterkinder. Sowohl auf der Intensivstation  
23 und der sonstigen Aufenthalte zur Rehabilitation des Kindes, als auch im häuslichen Setting durch speziali-  
24 siertes Fachpersonal. Bei Bedarf auch eine engmaschige psychologische Beratung der Mutter, im Falle eines  
25 erlittenen Geburtstraumas.
- 26 6. Eine bedarfsgerechte finanzielle Unterstützung um Engpässe durch zum Teil privat zu zahlende spezielle  
27 Fördermöglichkeiten zu umgehen.
- 28 7. Mindestens drei Qualitätssicherungsbesuche gem. § 37 Abs.3 SGB XI im Abstand von maximal zwei Monaten  
29 nach Entlassung des Kindes, danach entsprechend der Pflegegrad.
- 30 8. Eine Verlängerung der Elternzeit für beide Elternteile um jeweils 2 Monate oder die Zeit des Krankenhaus-  
31 aufenthaltes, bei vollem Kündigungsschutz. Eine Verlängerung der Elternzeit für beide Elternteile um jeweils



32 2 Monate oder die Zeit des Krankenhausaufenthaltes, bei vollem Kündigungsschutz.“: „Außerdem muss statt  
33 dem tatsächlichen Geburtstermin der errechnete Termin zur Berechnung der Elternzeit herangezogen wer-  
34 den.<sup>30</sup>

35 Die Geburt eines Kindes ist für alle Eltern mit großen Veränderungen im Leben verbunden. Doch während El-  
36 tern von gesund- und reif geborenen Kindern nach kurzer Zeit mit diesen nach Hause und sich dort aneinander  
37 gewöhnen können sind die ersten Lebenswochen- und -monate für Frühgeborene und kranke Neugeborene  
38 immer mit teils schmerzhafter Intensivmedizin verbunden.

39

40 Dieser schwierige Start ist eine große Belastung für Angehörige und Kinder. Während einige Eltern jeden Tag  
41 für viele Stunden da sind und mit ihrem Kind kuscheln, erscheinen andere in den ersten Wochen gar nicht.  
42 Doch auch für ein Kind im Inkubator ist körperliche Nähe essentiell wichtig, während der „Känguru-Pflege“  
43 treten nachweislich<sup>[2]</sup> weniger Probleme mit der Atmung und der Herzfrequenz auf und die Kinder schlafen  
44 ruhig ein. Aufgrund des geringeren Stresslevels nehmen die Kinder schneller zu und haben damit eine bessere  
45 Überlebenschance. Eine soziale Betreuung im Krankenhaus kann hier Abhilfe schaffen, wenn die Herkunftsfam-  
46 ilie dem Kind diese nicht geben kann.

47

48 Auch nach der Entlassung benötigen Eltern und Kinder Hilfe bei der Eingewöhnung, denn viele Kinder benöti-  
49 gen noch lange Zeit besondere Förderung. Nicht alle Eltern haben hierzu die finanziellen Möglichkeiten. Auch  
50 die emotionale Belastung ist höher als bei einem komplikationslos und reif geborenen Kind. Eine finanzielle  
51 Entlastung und regelmäßige Besuche durch einen Pflegedienst können hier viel Druck nehmen.

# U Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

## U Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

U9	Hessen-Nord	Mikroplastik	87
U13	Saar	Bildung für nachhaltige Entwicklung – für eine zukunftsfähige globale Gesellschaft	89
U14	Hessen-Süd	Ein neuer Aufbruch in der Energiewende	91

# U9

<b>Titel</b>	Mikroplastik
<b>AntragstellerInnen</b>	Hessen-Nord

---

## Mikroplastik

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2 Viele Gewässeruntersuchungen zeigen bereits, dass sich in unseren Gewässern und im Grundwasser sekun-  
3 däres[1] und primäres[2] Mikroplastik befindet. Unter Mikroplastik versteht man Plastikpartikel, deren maxi-  
4 maler Durchmesser kleiner als 5mm ist.
- 5 Mikroplastik ist eine unsichtbare und allgegenwärtige Gefahr für Tier und Mensch. Häufig gelangt es über das  
6 Abwasser in den Kreislauf, aber auch der Reifenabrieb von Fahrzeugen führt dazu, dass Mikroplastik in die  
7 Natur gerät. Besonders die Abwässer stellen ein Problem dar, da die Kläranlagen noch immer Mikroplastik  
8 nicht vollständig herauszufiltern vermögen, was in der Masse der durch Abwässer transportierten Mikroplas-  
9 tikpartikel einen großen Umwelteinfluss darstellt, da die nicht herausgefilterten Mikroplastikpartikel in den  
10 Ozeanen und Meeren landen können, wo sie erheblichen Einfluss auf die Tierwelt haben. Insbesondere bei  
11 Kleinlebewesen kann Mikroplastik von der Blockierung des Magen-Darm-Trakts bis hin zum Tod führen. Eine  
12 Gefährdung der Kleinlebewesen bedeutet auch eine Gefährdung des ganzen marinen Ökosystems. Ähnlich  
13 sind auch terrestrische aquatische Ökosysteme und Böden gefährdet. Letztlich stellt die Gefährdung der glo-  
14 balen Ökosysteme auch eine Gefahr für die Menschen dar, weil auch wir auf die stabilen, funktionierenden  
15 Ökosysteme angewiesen sind und nicht zuletzt weil Mikroplastik durch die Umwelt auch in unsere Nahrung  
16 gelangen kann.
- 17 Bislang sehen die Produzent\*innen in der Wirtschaft keinen dringenden Handlungsbedarf, sondern ignorie-  
18 ren das Problem. Ob Duschgel oder PET-Flasche, viele Konsument\*innen werden täglich damit konfrontiert  
19 und nur die wenigsten kennen die potentiellen Gefahren jener Substanzen, die sie unbemerkt zu sich neh-  
20 men.
- 21 Deshalb fordern wir:
- 22 • Ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetikprodukten
  - 23 • Die Einführung einer weiteren Klärstufe in Wasseraufbereitungs- und Kläranlagen, um Mikroplastik im  
24 Ab- und Trinkwasser zu reduzieren. Die dafür notwendigen Mittel sind vom Bund und der EU zu tragen,  
25 um eine Belastung der kommunalen Haushalte und der Gebührenträger\*innen zu vermeiden. Eine  
26 Produktkontrolle des Mikroplastiks in Alltagsgegenständen muss ausgeweitet werden. Besonders im  
27 Fokus müssen Textilien, der zweitgrößten Quelle an sekundärem Mikroplastik [3], und Haushaltsgeräte,  
28 die sich im direkten Kontakt mit Lebensmitteln befinden, stehen.
  - 29 • Eine Aufklärungskampagne über die Verbreitung, Ursachen und die Risiken von Mikroplastik, um die  
30 Öffentlichkeit stärker dafür zu sensibilisieren
  - 31 • Die Untersuchungskriterien für Gewässer- und Trinkwasseruntersuchungen auf Mikroplastik auszuwei-  
32 ten. Die Standardisierung von Untersuchungsmethoden, sowie die Einrichtung einer Stelle innerhalb  
33 der EU-Kommission, die europaweit einheitlich gesetzliche Regelungen zur Untersuchung von Umwelt-  
34 proben auf Mikroplastik schafft. Dies muss sowohl für Frischwasser als auch in Meeren geschehen. Die  
35 Forschung in diesen Bereichen muss ausgeweitet und gefördert werden.
  - 36 • Die Einrichtung einer Stelle innerhalb der EU-Kommission, die europaweit eine einheitliche gesetzliche  
37 Regelung schafft und einen Gesetzesentwurf für eine Plastiksteuer erarbeitet. Die Plastiksteuer darf

38 nicht zu Lasten der Konsument\*innen, sondern muss zu Lasten der Hersteller\*innen eingeführt wer-  
39 den. Projekte und Forschung, die Techniken zur Abfischung des Mülls aus dem Meer entwickeln, sollen  
40 unterstützt und gefördert werden.

41 • Wir fordern die Entstehung von weitaus schädlicherem sekundärem Mikroplastik durch zu entwickelnde  
42 Strategien möglichst zu beseitigen. Ein erster Schritt wäre der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.  
43 Dabei wollen wir einen Mindestwert für die Steuerlast festlegen, der bei Produkten ohne Inhalt, wie et-  
44 wa Plastiktüten und -geschirr, anfällt.

45 • Investitionen in die Forschung, die Gefahren und Auswirkungen auf die Umwelt und den Menschen  
46 untersucht, sowie Investitionen für die Entwicklung von Techniken zur Reduktion von Mikroplastik und  
47 von alternativen, umweltverträglichen Stoffen.

48 Außerdem fordern wir die SPD auf, auf ihren parteieigenen Veranstaltungen auf Getränke aus Einwegplastikfla-  
49 schen sowie Plastik-Einweggeschirr zu verzichten. Die SPD muss hierbei als aufklärendes Vorbild agieren und  
50 so ihre soziale Verantwortung wahrnehmen.

51 [1]28 Unter sekundärem Mikroplastik versteht man Plastik, welches ursprünglich eine andere Form hatte. Se-  
52 kundäres Mikroplastik gelangt über verschiedenste Wege in die Umwelt. Die Quellen für sekundäres Mikro-  
53 plastik sind tief verankert in den verschiedensten Bereichen des Alltags, der Industrie und der Landwirtschaft:  
54 Reifenabrieb, PET-Flaschen und Plastikmüll, die durch Wasser und UV-Strahlung aufreißt, illegale Entledi-  
55 gung von Abfällen, Verluste der kunststoffverarbeitenden Industrie, zudem Mikrofasern, die beim Waschen  
56 ins Abwasser gelangen oder über die Luft transportiert werden können, Klärschlamm auf landwirtschaftlichen  
57 Flächen, Abdeckfolien, die in der Landwirtschaft verwendet werden.

58 [2] Unter primärem Mikroplastik versteht man winzige Kunststoffteilchen, die zum Beispiel Kosmetikprodukten  
59 beigefügt werden.

# U13

<b>Titel</b>	Bildung für nachhaltige Entwicklung – für eine zukunftsfähige globale Gesellschaft
<b>AntragstellerInnen</b>	Saar

---

## Bildung für nachhaltige Entwicklung – für eine zukunftsfähige globale Gesellschaft

1

2 „Education is the most powerful weapon which you can use to change the world“ – Nelson Mandela

3 Nachhaltigkeit ist einer der zentralen Begriffe unserer Zeit. Alle wissen, wir sollen vorausschauend handeln und  
4 die natürlichen Grundlagen des Lebens auf der Erde verteidigen. Doch leider erzeugen und verursachen wir  
5 dramatische Veränderungen, die traurige Prognosen mit sich ziehen. Die Erderwärmung, das Schmelzen der  
6 Pole, Tonnen von Plastikmüll im Meer, die Abholzung des Regenwaldes, Bodenerosionen oder das Artensterben:  
7 die Liste an immer weiter steigenden Bedrohungen ist lang. Das Jahr 2017 war eines der drei wärmsten  
8 je verzeichneten Jahre mit 1,1 Grad Celsius über dem Wert der vorindustriellen Zeit und die Temperatur wird  
9 weiter steigen. Da wir nicht nur selbst in der Verantwortung stehen uns für mehr Nachhaltigkeit einzusetzen,  
10 sondern auch ein allgemeines Bewusstsein dafür bei allen schaffen sollten, damit nachfolgende Generationen  
11 noch gut auf unserer Erde leben können, ist es wichtig diese Themenbereiche auf vielfältige Art und Weise in  
12 die Bildung einzugliedern.

13 In den vergangenen Jahren wurden erste Bestrebungen in Deutschland unternommen, um Nachhaltigkeit in der  
14 Bildungslandschaft zu verankern. Der Begriff Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist hierzu das passende  
15 Schlagwort. Unter BNE versteht man einen Bildungsansatz, welcher die Menschen zu einem zukunftsfähigen  
16 Denken und Handeln befähigen soll. Die Themenbereiche erstrecken sich von Naturschutz über Wirtschaft  
17 bis hin zur Geschlechtergerechtigkeit und werden immer in einem globalen Kontext gedacht, sowie aus einer  
18 ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension betrachtet. BNE wurde in Deutschland primär durch  
19 zwei bundesweite Programme gestärkt. Einerseits gibt es vom Bundesministerium für Bildung und Forschung  
20 (BMBF) den „Nationalen Aktionsplan BNE“ (NAP BNE) und andererseits vom Bundesministerium für wirtschaftliche  
21 Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Kultusministerkonferenz den „Orientierungsrahmen  
22 für den Lernbereich Globale Entwicklung“.

23 Beide Programme haben als Grundlage die Agenda 2030 der UN, welche 2015 in New York verabschiedet  
24 worden ist. In dieser verpflichtet sich die Staatengemeinschaft zur Erreichung von 17 globalen Zielen, den  
25 Sustainable Development Goals (SDGs). Durch das Erreichen der SDGs soll Armut beendet werden, der Planet  
26 geschützt und Wohlstand für alle hergestellt werden.

27 Die Verankerung dieser SDGs in die Bildung haben die beiden Programme zum Ziel. Dabei sollen diese nicht  
28 nur im Unterricht behandelt werden, sondern auch im Schulalltag eine grundlegende Rolle spielen. Dieser  
29 sogenannte Whole School Approach möchte damit die Schulen langfristig strukturell ändern.

30 Die beiden Programme stellen einen sinnvollen programmatischen Rahmen für die Länder dar, um BNE in die  
31 dortigen Bildungslandschaften einzuweben. Schlussendlich liegt es aufgrund der föderalen Beschaffenheit der  
32 Bildungspolitik an den Ländern diese Vorgaben umzusetzen. Hier müssen die Länder aktiv werden und BNE  
33 in ihrer Bildungslandschaft implementieren. Im Sinne von BNE sollte der Ansatz ganzheitlich gedacht werden.  
34 Schulen stehen sicherlich im Vordergrund, jedoch sollten auch der primäre und tertiäre Bildungsbereich mit-  
35 einbezogen werden.

36 In den Schulen sollte beachtet werden, dass die Lehrkräfte durch die Aufnahme von Lehrplänen nicht überfor-

37 dert werden. Im derzeitigen Bildungssystem sind zu wenige Lehrkräfte vorhanden, weshalb praktische Beispiele  
38 le für den Unterricht zur Verfügung gestellt werden sollten. Die Erarbeitung dieser sollte durch das jeweilige  
39 Bildungsministerium geschehen und auch für die Aufnahme in die Lehrpläne müssen die Bildungsministerien  
40 grundlegende Vorschläge für die Lehrplankommissionen der einzelnen Fächer bereitstellen. Hierzu gibt es  
41 auch Vorschläge zu einzelnen Fächern im Orientierungsrahmen des BMZ und der KMK, die es lediglich anzupassen  
42 gilt.

43 46Die Einbindung von Expert\*innen durch Netzwerke können auch eine enorme Hilfe für Schulen darstellen.  
44 Es gibt bereits eine hohe Anzahl von Expert\*innen, welche auf regionaler Ebene im BNE Bereich aktiv sind.  
45 Als exemplarisches Beispiel sind hier Imker\*innen zu nennen, welche Schüler\*innen praxisbezogen die Wichtigkeit  
46 von Bienen für unser Ökosystem nahebringen können. Die konkrete Auswahl der Expert\*innen für die  
47 Netzwerke der Schulen wollen wir diesen frei stellen, jedoch muss die Neutralität der Expert\*innen gewährleistet  
48 werden.

49 Um Bildungsstätten zu motivieren, sich langfristig im Bereich BNE zu engagieren, sollte auch über entsprechende  
50 Wettbewerbe und Siegel nachgedacht werden. Mit gutem Beispiel geht hier Nordrhein-Westfalen voran.  
51 NRW hat 2016 mit der Kampagne „Schule der Zukunft – Bildung für Nachhaltigkeit“ begonnen, bei welcher das  
52 Land Projekte von Schulen und Kitas auszeichnet, die sich mit BNE auseinandersetzen. Durch solche Projekte  
53 können aktive Bildungseinrichtungen gefördert werden und sind somit zu begrüßen.

54 Um also den Nachhaltigkeitsgedanken langfristig in unserer Gesellschaft zu verankern, ist die schnellstmögliche  
55 Einbindung von BNE in allen Bildungsbereichen unabdingbar.

56 Die Jusos fordern daher:

57 1. Die Aufnahme von Bildung für nachhaltige Entwicklung durch die jeweils zuständigen Kommissionen in die  
58 Lehrpläne von allen Fächern in allen Schulformen.

59 2. Im Rahmen der Schulentwicklung sollen nach dem Whole School Approach Bildung für nachhaltige Entwicklung  
60 in die Leitbilder der Schulen verankert werden. Grundlage hierfür sind:

61 • demokratische Mitbestimmung von Lehrkräften, Schüler\_innen und Eltern im Schulleben und den jeweiligen  
62 Gremien.

63 • Einbindung der BNE in den Unterricht und bei weiteren Lernangeboten.

64 • Nachhaltige Bewirtschaftung der Schule (z. B.: Energiegewinnung, Recycling und Verpflegung).

65 • Aufbau eines Netzwerkes mit außerschulischen Akteur\_innen aus dem BNE-Bereich.

66 • Aufbau einer Steuerungsgruppe, die sich um die Weiterentwicklung von BNE an der Schule einsetzt.

67 3. Die Bereitstellung von zusätzlichen Lehrdeputaten (,also Lehrer\*innenstunden zur Bearbeitung des Themas)  
68 an im BNE-Bereich Schulen.

69 4. Die Erarbeitung eines Konzeptes durch das jeweilige Ministerium zur Förderung von BNE, welches alle Bildungsbereiche  
70 miteinschließt oder individuell auf diese zugeschnitten ist.

# U14

**Titel** Ein neuer Aufbruch in der Energiewende

**AntragstellerInnen** Hessen-Süd

---

## Ein neuer Aufbruch in der Energiewende

1 Der durch menschliche Aktivitäten verursachte Klimawandel hat besorgniserregende Folgen für Deutschland  
2 und die Welt. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland sind seit acht Jahren nicht mehr nennenswert gesunken,  
3 dies gilt trotz steigendem Anteil erneuerbarer Energien auch für die Stromerzeugung.

4

5 Diese ist aus verschiedenen Gründen, insbesondere wegen Versäumnissen bei der Energie- und Klimapolitik,  
6 in den letzten Jahren nahezu konstant geblieben. Deutschland steht kurz davor, seine nationalen Klimaschutz-  
7 ziele für 2020 und 2030 nicht einhalten zu können. Globale Verantwortung wahrnehmen Deutschland hat beim  
8 Kampf gegen die Klimakrise eine globale Verantwortung. Zu einem, weil es im weltweiten Vergleich einen ho-  
9 hen CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf aufweist und damit zu den Hauptverursachern des Klimawandels zählt. Gelange  
10 dieser Übergang noch deutlich vor 2050 und wurden die technischen, ökonomischen und sozialen Innovatio-  
11 nen auf dem Weg dahin weltweit sichtbar, so wäre dies ein wahrhaft historischer Beitrag Deutschlands dafür,  
12 andere Länder zu ermutigen bzw. überhaupt erst in die Lage zu versetzen, einen ähnlichen Weg zu gehen. Un-  
13 ter anderem deshalb, weil die Bundesrepublik Technologie-Lernkurven finanziert, die es auch anderen Staa-  
14 ten ermöglicht, regenerative Erzeugungsanlagen preiswert einzusetzen. Im Kampf gegen die Erderwärmung  
15 wurde so die Einhaltung des globalen 2-Grad-Ziels bzw. möglichst des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Abkommens  
16 deutlich realistischer. Auf den internationalen Klimakonferenzen präsentiert sich Deutschland jedoch zuneh-  
17 mend als ideenloser und klimapolitisch gelahmter Teilnehmer. Denn mit einer konstant hohen Kohleverstro-  
18 mung und einem zuletzt wieder steigenden CO<sub>2</sub>-Ausstoß, drohen wir das nationale Klimaziel einer Minde-  
19 rung der Treibhausgasemissionen von minus 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 krachend zu verfehlen.  
20 Damit verhält sich Deutschland unsolidarisch im Kampf für einen konsequenten Klimaschutz. Wenn jetzt nicht  
21 entschieden gegengesteuert wird, gefährdet dies auch den weiteren internationalen Verhandlungsprozess,  
22 in dem es jetzt darauf ankommt, das Klimaschutzabkommen von Paris wirksam auszugestalten. Ein wichtiger  
23 Schritt für diesen nötigen Aufbruch in der Energiewende ist der schrittweise sozialverträgliche Ausstieg aus der  
24 Kohleverstromung, wenn die Umwelt geschützt und die Klimaziele erreicht werden sollen. Gerade Braunkoh-  
25 lekraftwerke mit ihren niedrigen Brennstoffkosten sind aktuell so stark ausgelastet wie seit Jahren nicht mehr.  
26 Ein konsequentes Umdenken in der Energiepolitik muss stattfinden und erfordert jetzt politische Entschei-  
27 dungen. Ein schrittweiser Kohleausstieg muss schnellstmöglich eingeleitet werden. Damit konnten nicht nur  
28 große Emissionsreduktionen zu relativ geringen Kosten erreicht werden, sondern es gäbe zudem erhebliche  
29 positive Wirkungen auf Umwelt und menschliche Gesund-heit, vor allem, weil die Emissionen von Quecksilber,  
30 Schwefeldioxid, Stickstoffoxiden und Feinstauben reduziert wurden. Eine emissionsarme Stromerzeugung ist  
31 darüber hinaus Voraussetzung für die erfolgreiche Dekarbonisierung des Verkehrs und der Wärmeversor-  
32 gung, die im Zuge einer Sektorkopplung zunehmend strombasiert sein werden. Das Ende der Steinkohle ist  
33 absehbar, bis 2018 wird der Abbau in Deutschland beendet. Nicht so bei der Braunkohle, derzeit gibt es noch  
34 zehn aktive Tagebaue. Braunkohle ist einer der umweltschädlichsten Energieträger. Kein anderer Brennstoff  
35 verursacht bei der Verbrennung mehr CO<sub>2</sub>, sein Abbau zerstört weiträumig Natur und Landschaften und hat  
36 Umsiedlungen von Menschen zur Folge. Braunkohle gilt noch immer als „billiger“ Rohstoff – eine Beschrei-  
37 bung, die falscher nicht sein konnte. Die Folgekosten für Umwelt und Klima werden durch die Strompreise  
38 kaum abgebildet. Tagebaue stellen eklatante Eingriffe in die Natur dar. Auf bislang mehr als 175.000 Hektar  
39 Fläche haben sich Braunkohlebagger in den Untergrund gewühlt und dabei wertvolle Ackerflächen, Grünland,  
40 uralte Walder, Gewässer und Siedlungen zerstört. Werden allein die schon genehmigten Tagebaue voll aus-  
41 geschöpft, wurde rund drei Mal mehr Kohle verbraucht als mit unseren Klimazielen vereinbar wäre. Um die

42 Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad, möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen, wie in Paris beschlossen  
43 und von Deutschland völkerrechtlich bindend ratifiziert, ist der zügige Ausstieg aus der Braunkohle daher un-  
44 verzichtbar.

45

46 Die Braunkohle stellt in den Tagebaugebieten einen der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren dar, von dem tausende  
47 Arbeitsplätze vor Ort abhängen. Zudem spielt die Kohle auch soziokulturell eine wichtige Rolle im Selbstver-  
48 ständnis der Menschen in den Regionen. In der Nachkriegszeit war der Kohleabbau eine Möglichkeit zu sozia-  
49 lem Aufstieg. Durch ihre erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit ermöglichten es sich die dort beschäftigten Ar-  
50 beiter\*innen am wachsenden Wohlstand teilzuhaben und ggf. ganze Familien gut versorgen zu können.. Diese  
51 Menschen sind auch heute noch zu Recht stolz auf ihre Leistung. Jahrzehntelang haben die Arbeitnehmer\*in-  
52 nen über und unter Tage dafür gesorgt, dass in ganz Deutschland die Lichter angingen und am Wohlstand des  
53 Landes haben sie einen entscheidenden Anteil. Auch wenn die Zeit der Kohleverstromung vorübergeht, sind  
54 wir ihnen dennoch dankbar für die auch heute noch geleistete Arbeit. Daraus leiten wir eine besondere Verant-  
55 wortung für Politik und Gesellschaft ab, sich mit den betroffenen Regionen, Arbeitnehmer\*innen und Familien  
56 zu solidarisieren. Wir fühlen uns dafür verantwortlich ihre Lebensleistung zu würdigen und ihre Zukunft auch  
57 in der Zeit nach dem Kohleausstieg zu sichern.

58

59 1. Wir halten weiterhin am Ziel der 100 % erneuerbaren Energien fest und setzen uns für die treibhausgas-  
60 neutrale Gesellschaft bis 2050 ein. Bestehende Subventionen in der Kohle- und Atomindustrie müssen als  
61 Wachstumsschub zur Förderung regenerativer Energien umgeschichtet werden. Aus der Energiegewinnung  
62 Den Atomausstieg bis 2022 begrüßen wir, des Weiteren muss der schrittweise Kohleausstieg bis 2030 rasch  
63 eingeleitet werden. Es ist aber weitaus mehr nötig als nur Arbeitsplätze zu schaffen und neue Wirtschafts-  
64 zweige anzusiedeln. Der Ausstieg aus der Braunkohle hat einen enormen Einfluss auf das gesamte Leben und  
65 Lebensumfeld der Menschen vor Ort. Als Beispiel kann gelten, dass die gesamte Verkehrsinfrastruktur auf den  
66 Kohleabbau und einen einseitig lokal konzentrierten Wirtschaftszweig ausgerichtet ist. Um den Menschen und  
67 Gemeinschaften wirklich den Weg in eine kohlefreie Zukunft zu ermöglichen, muss jetzt in die Verbesserung  
68 der lokalen Mobilität, sowie die Schienenanbindung in die umgebenden Zentren investiert werden, unver-  
69 zichtbare Infrastruktur des täglichen Bedarfs muss gesichert werden, und neue Infrastruktur, wie zum Bei-  
70 spiel Universitäten oder andere Bildungs- und Forschungsstätten, müssen bereits heute geschaffen werden.  
71 Der forcierte Kohleausstieg darf aber auch nicht zu Lasten der öffentlichen Unternehmen gehen. Stadtwerke  
72 sind ein unverzichtbarer Teil der öffentlichen Infrastruktur und gerade die Energiesparten sorgen für lokale  
73 Wertschöpfung, Versorgungssicherheit und Preisstabilität sowie durch ihre horizontale Verknüpfung für ei-  
74 nen bezahlbaren ÖPNV. In und um die Reviere sind die Stadtwerke oft mit der Braunkohleindustrie z.B. durch  
75 gegenseitige Beteiligungen verzahnt. der Braunkohleausstieg darf nicht zu einer Schwächung der Stadtwer-  
76 ke führen, weder strukturell noch in Bezug auf ihre Verpflichtungen. Investitionen in moderne lokale Erzeu-  
77 gungsanlagen, auch zum Beispiel in moderne und in Zukunft auf den Betrieb mit grünem Gas umrüstbaren  
78 Gas-KWK-Anlagen, müssen vereinfacht und stärker gefördert werden. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung  
79 und Atomindustrie soll in Zusammenarbeit mit den Nachbarländern vorstattengehen. Für uns ist dabei un-  
80 umstößlich klar, dass ein Zurück zur Atomenergie ausgeschlossen ist.

81 2. Der Ausstieg muss mit einer kurzfristigen Stilllegung besonders emissionsintensiver Kraftwerke beginnen.  
82 Dieses soll in einem Kohleausstiegsgesetz festgeschrieben werden. Ferner sind keine Stilllegungsprämien für  
83 Kraftwerksblöcke auszuzahlen. Die Finanzierung der Folgelasten der Braunkohleförderung soll durch die Bil-  
84 dung eines ausreichend ausgestatteten staatlichen Nachsorgefonds gesichert werden, in den die bisherigen  
85 Nachsorgerückstellungen der Tagebaubetreiber\*innen sowie eine Förderabgabe auf die Braunkohleförde-  
86 rung eingehen. Darüber hinaus sind Maßnahmen im Falle von Strompreiserhöhungen, die auf den forcierten  
87 Kohleausstieg zurückzuführen sind, einzuleiten, um diese für private Stromkund\*innen zu kompensieren. Die  
88 Energiewende muss, um zu funktionieren, so dezentral wie möglich gestaltet werden, dabei ist ein regionaler  
89 Netzausbau genauso dringlich, wie die großen Netztrassen

90 3. Die Energiewende muss, um zu funktionieren, so dezentral wie möglich gestaltet werden, dabei ist ein  
91 regionaler Netzausbau genauso dringlich, wie die großen Netztrassen.

92 Nur so ist eine Anpassung an lokale Besonderheiten und Platz für Innovationen gegeben. Die SPD muss sich  
93 dafür einsetzen, dass dieser Ausbau durch das Gesetz ermöglicht wird und ihm keine weiteren Steine in den



94 Weg gelegt werden.

95 4. Die Kooperation mit kleinen energiewirtschaftlichen Unternehmen und Bürgerenergiegenossenschaften  
96 muss gestärkt werden. Diese sollen durch Förderprogramme von Land und Bund Unterstützung erfah-  
97 ren.

98 5. Es müssen Förderprogramme zur Entwicklung neuer Speichermedien und digitalisierten, smarten Netzen  
99 und Prozessen beim Verbrauch gestartet werden. Zwar wird schon viel Solarstrom produziert, häufig fehlt es  
100 jedoch an Methoden, um diesen auch unabhängig vom

101 Wetter nutzbar zu machen.

102 6. Das Verursacher\*innenprinzip muss angewendet werden. Wenn Stromkonzerne jahrelang Milliarden an  
103 Gewinnen einfahren, können sie davon auch den Rückbau ihrer umweltzerstörenden Technologien bezah-  
104 len.

105 7. Alte und schmutzige Kohle- und Atomkraftwerke müssen so schnell wie möglich abgeschaltet und vom  
106 Netz

107 genommen werden.

108 8. Der SPD-Bundesvorstand wird dazu aufgefordert, seinen Kurs und seine Position in der Energiewende zu  
109 überdenken, frühere Fehlentwicklungen rückgängig zu machen und alles dafür zu tun, um nicht hinter eigene  
110 Errungenschaften zurückzufallen. Wir sind uns bewusst, dass durch die Energiewende hunderttausende neue  
111 Jobs – viele davon in unseren Heimatorten und insbesondere auch im ländlichen Raum – entstehen werden,  
112 aber auf der anderen Seite auch ein nicht unerheblicher Stellenabbau stattfindet. Den Arbeitnehmer\*innen,  
113 deren Arbeitsplätze dadurch wegfallen, müssen wir Perspektiven bieten, um den Wandel auch für diese sozi-  
114 alverträglich zu gestalten. Zur Umsetzung des notwendigen Strukturwandels in den betroffenen Regionen ist  
115 von der Bundesregierung ein Fonds einzurichten – die enthaltenen Mittel von mindestens einer Milliarde Euro  
116 werden durch Beteiligung der Beschäftigten vor Ort eingesetzt.

# X Organisationspolitik

## X Organisationspolitik

---

X7	Hessen-Nord	Für eine historisch-kritische Auseinandersetzung mit dem Erbe der Arbeiter*innenbewegung in der SPD	95
----	-------------	---	----

---

**X7**

**Titel** Für eine historisch-kritische Auseinandersetzung mit dem Erbe der Arbeiter\*innenbewegung in der SPD

**AntragstellerInnen** Hessen-Nord

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

## Für eine historisch-kritische Auseinandersetzung mit dem Erbe der Arbeiter\*innenbewegung in der SPD

1

2 Der Bundesverband der Jungsozialist\*innen in der SPD möge darauf hinwirken, dass die Sozialdemokratische  
3 Partei Deutschlands folgende Beschlüsse fasst:

4

5 1. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erkennt die Notwendigkeit der Aufarbeitung geschichtlicher  
6 Ereignisse und deren Einfluss auf die Arbeiter\*innenbewegung, deren Teil die SPD ist.

7 2. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verpflichtet sich, Strukturen, handelnde Personen und  
8 kulturelles Erbe in einen historischen Kontext zu setzen und auch unter ihren Mitgliedern eine Sensibilisierung für Themen insbesondere im Zusammenhang mit dem nationalsozialistischen Erbe von  
9 Mitgliedern oder nichtmateriellem Erbe der Partei sicherzustellen.  
10

11 3. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands beschließt die Annahme des Liedes „Die Internationale“  
12 als offizielle Hymne der Partei. Diese wird als Versinnbildlichung der Ideale der Partei zum Abschluss  
13 von Parteitagen, Kongressen und vergleichbaren Veranstaltungen an Stelle des bisherigen „Wann wir  
14 schreiten Seit an Seit“ gesungen.

15

16 Hierfür soll eine Kommission eingesetzt werden, deren Ergebnisse allen Mitgliedern der Sozialdemokratischen  
17 Partei Deutschlands zur Verfügung gestellt werden. Die Landesverbände und Bezirke sind dazu angehalten in  
18 geeigneter Weise innerhalb ihrer politischen innerparteilichen Bildungsarbeit angemessene Möglichkeiten zur  
19 Sensibilisierung der Mitglieder zu schaffen.

20

# Z Initiativanträge

## Z Initiativanträge

Z1	Unsere Antwort: SPD auf Links wenden.	97
Z2	Bayern Was wir wollen? Uns nicht verarschen lassen und das BBiG wirklich besser machen!	107
Z3	Bundeschvorstand Solidarität mit der Roten Hilfe!	113

# Z1

**Titel** Unsere Antwort: SPD auf Links wenden.

**AntragstellerInnen**

---

## Unsere Antwort: SPD auf Links wenden.

1 Programmatisch – Personell – Strukturell

2 **I. Ausgangslage**

3 Wir stellen fest: Ein Jahr nach der Bundestagswahl befindet sich die SPD in einem noch desolateren Zustand als  
4 am Wahlabend des 24. September 2017. Der Kurs der Parteiführung, die Bürgerinnen und Bürger durch gute  
5 und gewissenhafte Regierungsarbeit von der SPD zu überzeugen, trägt keine Früchte und muss mittlerweile  
6 als gescheitert betrachtet werden. Wir Jusos haben bereits Anfang des Jahres Zweifel an dieser politischen  
7 Marschrichtung angemeldet und angesichts der Erfahrungen von 2013 bis 2017 herausgestellt, dass die Mo-  
8 dernisierung und Neuaufstellung unserer Partei wohl nur jenseits der Großen Koalition erfolgreich sein wird.  
9 Dass selbst noch nach den Landtagswahlen in Bayern und Hessen die Losung „Zurück zur Sacharbeit“ ausge-  
10 geben wurde, macht uns fassungslos und hat vielerorts den Eindruck entstehen lassen, dass man den Ernst  
11 der Lage nicht erkannt habe.

12 Bereits in der Auseinandersetzung um den erneuten Eintritt in die Großen Koalition haben wir Jusos deutlich  
13 gemacht, dass der SPD ein ähnliches Schicksal wie ihren Schwesterparteien in den Niederlanden, Griechenland  
14 oder Frankreich drohen könnte, wenn sie die notwendigen programmatischen, personellen und strukturellen  
15 Veränderungen verschläft. Ideen, wie unsere Partei aufzustellen wäre, um neues Vertrauen zu gewinnen, lie-  
16 gen seit längerer Zeit vor, fanden bislang aber selten Eingang in das politische Handeln unserer Führungsspitze.  
17 “Die nun vermehrt angegangene kritische Aufarbeitung der rot-grünen Sozialstaatsreformen und den vieler-  
18 orts diskutierten Bruch mit den neoliberalen Logiken der Agenda 2010 begrüßen wir Jusos ausdrücklich.” Sie  
19 werden allerdings zu einem Zeitpunkt vollzogen, zu dem die Einnahme einer veränderten Haltung von vielen  
20 als strategisch motivierter Versuch gewertet wird, die schlechten Umfragen aufzufrischen. Zu lange hat man  
21 gezögert, den Bruch mit einer Politik zu suchen, die sinnbildlich für die ideologische Geisterfahrt der letzten 25  
22 Jahre steht. Wir sagen deshalb: Die Rücksichtnahme auf das vermeintliche Vermächtnis der Altvorderen darf  
23 nie mehr dazu führen, dass die Zukunftsfähigkeit unserer Partei gefährdet wird.

24 **Erneuerung in Zeiten der Großen Koalition**

25 Trotz der zahlreichen Bekundungen, dass sich die SPD radikal ändern müsse, hat die Schicksalsaufgabe „Er-  
26 neuerung“ bis zum Debattencamp im November kaum Fortschritte gemacht. In den letzten Monaten ist zu  
27 wenig passiert und zu viele Fehler der Vergangenheit sind wiederholt worden. Die Hoffnung, dass die SPD sich  
28 im vierten oder fünften Anlauf nun wirklich erneuern wird, ist nach den Erfahrungen der ersten Monate in  
29 der Großen Koalition bei vielen gänzlich erloschen. Nicht nur ein Blick in die Kommentarspalten bei Facebook,  
30 Instagram und Co., sondern auch in unsere Ortsvereine, Unterbezirke und Kreisverbände macht dies deutlich.  
31 Gerade in letzteren merkt man, dass die Vorbehalte gegen das Spitzenpersonal nach den Rück- und Tiefschlä-  
32 gen der letzten Monate zunehmen und der gewährte Vertrauensvorschuss aufgebraucht ist. Immer häufiger  
33 hört man, dass die Verantwortungsträger\*innen der oberen Parteiebenen nichts aus den Fehlern der letzten  
34 Jahre gelernt haben und die selbstformulierten Ansprüche an den Erneuerungsprozess unterlaufen:

35 a) Die SPD hat bis heute kaum den Mut aufgebracht, auf zentralen politischen Konfliktfeldern eindeutig Stel-  
36 lung zu beziehen und über die gegenwärtige Regierungsarbeit hinauszudenken. Nach wie vor bleiben wir zu  
37 häufig in der Regierungslogik verhaftet – obwohl gegenteiliges vor dem Eintritt in die Große Koalition ver-  
38 sprochen wurde. Aus der „Partei des donnernden Sowohl-Als-Auch“ ist die verzagte Partei des Weder-Noch  
39 geworden. Gerade die Äußerungen zu Hartz IV zeigen aber, dass es auch anders gehen kann. Auch wenn die

40 vorgenommene Distanzierung und der Ausblick auf ein neues Sozialstaatsmodell der Zukunft lange überfällig  
 41 waren, sind sie ein erster Schritt auf dem Weg zur programmatischen Neuaufstellung unserer Partei. Wir be-  
 42 kräftigen die Parteiführung, den damit eingeschlagenen Kurs der klaren politischen Profilierung fortzusetzen  
 43 und auf Feldern wie der Steuer-, Asyl-, Migrations- und Umweltpolitik ebenfalls Antworten zu formulieren, die  
 44 sich nicht in Formelkompromissen erschöpfen. Kritisch bleibt allerdings, dass die inhaltlichen Debatten der  
 45 Bundespartei bis zum Debattencamp ausschließlich in den Lenkungsgruppen stattfanden und bislang weder  
 46 Breiten- noch Tiefenwirkung entfaltet haben. Was in den Lenkungsgruppen passiert und was dort diskutiert  
 47 wird, ist für große Teile der Partei ein Mysterium. Echte Ansatzpunkte zur Teilhabe von Mitgliedern gab es lange  
 48 Zeit nicht. Die bisherigen Planungen vermitteln eher den Eindruck eines Erneuerungsprozesses von oben. Re-  
 49 gionalkonferenzen, wie sie für das Jahr 2019 angesetzt sind, haben sich in der Vergangenheit oft als Partizipa-  
 50 tionsfassaden erwiesen, die dazu genutzt wurden, den vorgegebenen Kurs der Parteiführung zu legitimieren,  
 51 ohne auf die Einwände der Mitglieder einzugehen. Dieser Fehler darf sich nicht wiederholen.

52 b) Die Neustrukturierung der SPD lahm, wird zudem schlecht kommuniziert und wirbelt, wie die Entscheidung  
 53 rund um die Historische Kommission gezeigt hat, extrem viel Staub auf. Dass die Vorbereitungen zur Europawahl  
 54 bislang noch in den Kinderschuhen stecken und programmatische Festlegungen erst im März 2019 ge-  
 55 troffen werden, offenbart, dass die SPD an ihrer Spitze bislang keine wahrnehmbaren Konsequenzen aus den  
 56 Fehlern der letzten Wahlkämpfe gezogen hat und Defizite in Sachen Kampagnenfähigkeit aufweist. Stringente  
 57 und termingerechte Prozesse sind jedoch das A und O für eine funktionierende Organisation, die ihre Mitglie-  
 58 der und Parteistrukturen ernst nimmt. Der SPD und ihrem Personal gelingt es darüber hinaus kaum, über den  
 59 Koalitionsvertrag hinaus eigene Themen auf die politische Agenda zu setzen und positiv in der Öffentlichkeit  
 60 zu kommunizieren. Stattdessen überwiegen Defizitdiskurse, die vor allem das Resultat von selbstverschulde-  
 61 ten politischen Fehlern sind, wie sie zum Beispiel jüngst in der Causa Maaßen gemacht wurden. Die Antwort  
 62 hierauf kann nicht sein, dass wir uns symbolisch unterhaken und Probleme weglächeln.

63 c) Wir Jusos halten nach einem Jahr „Erneuerung“ ernüchtert fest, dass die gebetsmühlenartige Wiederholung  
 64 des Mantras „jünger und weiblicher“ kaum etwas an den Chancen für junge Menschen in der SPD geändert  
 65 hat. Zwar konnten vereinzelt Erfolge für Jusos bei der Wahl von Landes- und Bezirksvorständen verbucht wer-  
 66 den. Doch vor allem die Kandidat\*innenaufstellung zur Europawahl hat gezeigt, dass man gerade auf Landes-  
 67 und Bezirksebene nicht bereit ist, die Funktionslogik der letzten Jahrzehnte zu durchbrechen. Es zeigt sich  
 68 außerdem, dass Personalentscheidungen immer noch zu oft durch den gliederungsdurchsetzenden Regio-  
 69 nalproporz dominiert werden anstatt die persönlichen Fähigkeiten der Kandidierenden in den Vordergrund  
 70 zu stellen. Wenngleich die Verteilung der Mitglieder im Bundesgebiet ein wichtiger Faktor ist, so darf er nicht  
 71 der allein entscheidende sein. Stand heute sind alle neuen Juso-Kandidaturen für das Europäische Parlament  
 72 bei ihrem Versuch, über ihren Bezirk oder Landesverband auf einen aussichtsreichen Listenplatz gesetzt zu  
 73 werden, gescheitert. Erst auf Druck unseres Verbandes konnte erzielt werden, dass der Listenvorschlag des  
 74 Parteivorstands die Interessen und Repräsentation junger Menschen berücksichtigt. Dass uns Andrea Nah-  
 75 les und Lars Klingbeil an dieser Stelle unterstützt haben, ist für uns bei aller geäußerten Kritik ein wichtiges  
 76 Zeichen politischer Führung und des Verständnisses für grundlegenden Erneuerungsbedarf. Die Listenauf-  
 77 stellung zur Europawahl zeigt zudem, dass die Ursachen für die gegenwärtige Krise der SPD nicht allein in der  
 78 Bundespartei, sondern auf allen Gliederungsebenen zu suchen sind. Den Funktionär\*innen auf Landes- und  
 79 Bezirksebene sei deshalb zugerufen: Es reicht nicht, Verantwortung für die Neuaufstellung der SPD zu dele-  
 80 gieren und über andere, vornehmlich die Bundespartei, zu schimpfen. Echte Erneuerung beginnt vor Ort und  
 81 liegt auch in eurer Verantwortung – und in unserer.

#### 82 **GroKo? Weiterhin nein, danke!**

83 Dass es der SPD kaum gelingt, mit den wenigen Ideen, die sie jenseits der Regierungsverantwortung entwickelt,  
 84 durchzudringen, hat nicht nur mit ihrer inneren Verfasstheit und Aufstellung zu tun, sondern ist vor allem auf  
 85 die Große Koalition zurückzuführen. Ihr Auftreten unterläuft in nahezu allen Punkten jene Vorgaben, auf die  
 86 man sich in der Präambel des Koalitionsvertrags verständigt hat. Von neuer Politik, die das Vertrauen in Staat,  
 87 Parteien und Demokratie erneuert, kann keine Rede sein. Im Gegenteil: Der Dauerstreit in der Große Koalition  
 88 und vor allem das Auftreten der christdemokratischen bzw. -sozialen Regierungsmitglieder tragen maßgeb-  
 89 lich zum Glaubwürdigkeitsverlust demokratischer Institutionen bei. Bundeskanzlerin Merkel regiert nach dem  
 90 Prinzip der organisierten Verantwortungslosigkeit und lässt Bundesinnenminister Seehofer mehrere Monate  
 91 die politische Agenda der Bundesregierung diktieren. Erst der Asylstreit, dann die Causa Maaßen. Die CSU  
 92 hat die Republik in Geiselschaft gehalten. Das offene Sympathisieren mit Positionen und Gewährsleuten der

93 radikalen Rechten sowie die mehrfache Infragestellung rechtsstaatsstaatlicher Grundsätze durch den Bun-  
 94 desinnenminister und weitere Unionsmitglieder machen deutlich, dass mit ihnen keine Regierung zu bilden  
 95 ist. Die SPD muss sich in dieser Situation deshalb fragen, ob sie eine derart aufgestellte Bundesregierung noch  
 96 im Amt halten möchte – und zwar unabhängig davon, dass unsere Ministerinnen und Minister auf manchen  
 97 politischen Feldern konkrete Verbesserungen für die Menschen in unserer Gesellschaft erzielen.

98 Wir Jusos haben aber nicht nur ein Problem mit der Performance der Großen Koalition, sondern kritisieren  
 99 vor allem ihre politische Ideenlosigkeit. Seitdem der Koalitionsvertrag vorliegt, haben wir mehrfach herausge-  
 100 stellt, dass es sich um eine Koalition des kleinsten gemeinsamen Nenners handelt. Der Koalitionsvertrag lässt  
 101 weitreichende Antworten auf Zukunftsfragen wie Umverteilung, Renten-, Sozial- oder Gesundheitspolitik ver-  
 102 missen und ist alles in allem ein Bekenntnis zum Status Quo, zum Aussitzen und zum Vertagen von Problemen.  
 103 Dies liegt weniger an der SPD als an der Union, die in fast allen politischen Bereichen andere politische Ziel-  
 104 vorstellungen als unsere Partei hat. Infolgedessen ist auch die Abarbeitung von bereits vereinbarten Projekten  
 105 schwierig: Der groß angekündigte „Pakt für den Rechtsstaat“ ist immer noch nicht umgesetzt. Insbesondere  
 106 Bayern und NRW – zwei unionsgeführte Bundesländer – blockieren im Bundesrat entsprechende Initiativen  
 107 für die Finanzierung. Die Finanztransaktionsteuer kommt nicht. Es werden immer noch Waffen in die Länder  
 108 exportiert, die am Jemenkrieg beteiligt sind. Statt einer fairen Handelspolitik bekamen wir mit JEFTA nun TTIP  
 109 2.0. Ein humaner Umgang mit Geflüchteten ist mit der Union nicht zu machen. Der Prozess um die Erstellung  
 110 des Einwanderungsgesetzes dauert – trotz anderslautender Verabredung im Sommer – quälend lang und ob  
 111 es mit dem Spurwechsel eine Kernforderung der SPD in das Gesetz schaffen wird, ist unklarer denn je.

112 Die Große Koalition schafft es zudem oft nicht, auf tagespolitische Herausforderungen adäquat zu reagie-  
 113 ren. Bei den Schlussfolgerungen aus dem Diesel-Skandal ist die Industrie bislang aus der Verantwortung ent-  
 114 lassen worden und wesentliche politische Maßnahmen als Reaktionen auf den größten Steuerbetrug in der  
 115 bundesdeutschen Geschichte (die Cum-Cum- und Cum-Ex-Geschäfte) stehen nach wie vor aus. Die Bundes-  
 116 regierung verletzt mit ihrem (fehlenden) Handeln das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen, die in ihrem  
 117 Alltag für weit weniger zur Verantwortung gezogen werden, während Konzerne und Banken ohne Angst vor  
 118 harten Sanktionen nach Belieben schalten und walten dürfen. In diesem Zusammenhang sei auch auf den Bun-  
 119 desinnenminister und den Verfassungsschutzpräsidenten Dr. Maaßen verwiesen – ersterer hat bereits zwei  
 120 Regierungskrisen verursacht, letzterer sollte trotz gravierender Fehler auf eine Stelle mit höherer Besoldung  
 121 versetzt werden. Die Hoffnung, dass Seehofer nach der Bayernwahl fällt und sich das Problem von alleine er-  
 122 ledigt, hat sich bisher nicht erfüllt. Und selbst wenn Seehofer seinen Posten räumt bzw. räumen muss, ist das  
 123 eher Ausdruck unionsinterner Machtkämpfe als unserer politischen Durchsetzungskraft. Die Koalitionskrisen  
 124 zeigen vielmehr, dass die SPD aus Angst vor einem Ende der Großen Koalition letztlich dazu bereit zu sein  
 125 scheint, sämtliche Kröten zu schlucken, die ihr vorgesetzt werden. In diesem Jahr waren es die rechtswidrige  
 126 Fiktion der Nichteinreise und die fehlende Entlassung von Hans-Georg Maaßen aus dem Staatsdienst. Dass  
 127 letzteres richtig gewesen wäre, wird durch die Tatsache, dass Herr Maaßen sich mittlerweile im einstweiligen  
 128 Ruhestand befindet, nur noch unterstrichen.

## 129 II. SPD. Wie geht's weiter? Unsere Festlegungen

130 Auch nach dem Ende der Debatte um den Eintritt in die Große Koalition erhalten wir Jusos massiven Zuspruch  
 131 zu unseren Inhalten und Positionen; sowohl in der Partei als auch in der Öffentlichkeit setzt man große Hoff-  
 132 nungen auf unseren Verband, dieser Verantwortung, sowie der Gefahr, diese Erwartungen zu unterlaufen,  
 133 sind wir uns bewusst. Dennoch wollen wir den Kampf um eine andere, eine moderne und linke SPD entschie-  
 134 den weiterführen und ein fortschrittliches Angebot an alle formulieren, die sich gegen den gesellschaftlichen  
 135 Rechtsruck stellen und mit der Zementierung des Status Quo unzufrieden sind. Wir werden die SPD wieder an  
 136 die Spitze derjenigen gesellschaftlichen Kräfte stellen, die die grundsätzlichen Umwälzungen der Gegenwart  
 137 emanzipativ gestalten wollen.

138 Eine Voraussetzung zur Einnahme dieser Rolle ist allerdings, dass sich die SPD aus der Gefangenschaft der  
 139 Regierungszusammenarbeit mit der Union emanzipiert. Deshalb halten wir heute erneut deutlich fest: **Die-  
 140 se Große Koalition war, ist und bleibt ein politischer Fehler.** Die jüngsten Ereignisse unterstreichen die  
 141 Notwendigkeit, die Regierungszusammenarbeit eher früher als später aufzukündigen. Auch die Landtagswahl-  
 142 en in Hessen und Bayern haben schließlich bewiesen, dass von der Erneuerung weder bei der Parteibasis  
 143 noch bei den Wähler\*innen etwas ankommt. Daher ist es unerlässlich den Erneuerungsprozess zu beschleu-  
 144 nigen und damit auch inhaltlich einen echten Neustart zu schaffen. **Wir setzen uns deshalb dafür ein, den  
 145 ordentlichen Parteitag zur Evaluation der Großen Koalition vorzuziehen,** und werden uns parallel da-

146 zu in die programmatische wie personelle Erneuerungsdiskussion einbringen. Wir sind nicht getrieben von  
147 Revanchismus oder verletztem Stolz, sondern von Sorge um die Glaubwürdigkeit der sozialdemokratischen  
148 Sache.

### 149 **II.1. Mutig den linken Aufbruch wagen! Unsere Ideen für eine linke SPD**

150 In den vergangenen Monaten haben wir in unserem Verband unterschiedliche Möglichkeiten geschaffen und  
151 Räume bereitgestellt, um Ideen für die programmatische Neuaufstellung der SPD zu entwickeln. Sowohl auf  
152 unseren Verbandswochenenden als auch in unseren Ideenlaboren sind Genossinnen und Genossen aus der  
153 ganzen Republik zusammengekommen, um an einem neuen Zukunftsentwurf zu arbeiten. In den Debatten  
154 wurde dabei mehrfach die Notwendigkeit betont, die programmatischen Irrwege unserer Partei aufzuarbeiten  
155 und progressive Antworten auf die gegenwärtigen Herausforderungen und absehbaren Zukunftsfragen zu fin-  
156 den. Deshalb halten wir an unserer Forderung nach **Erstellung eines neuen Grundsatzprogramms** fest! Die  
157 erarbeiteten Zwischenergebnisse aus diesem Jahr wollen wir gemeinsam mit dem Verband weiterentwickeln  
158 und in den Diskussionsprozess unserer Mutterpartei einspeisen.

159 Wir lassen uns dabei von unseren Grundwerten und unserer Vorstellung vom demokratischen Sozialismus  
160 leiten. Unser Ziel ist die gerechte Gesellschaft, in der politisches und ökonomisches Handeln nicht länger auf  
161 das einseitige Erzielen von Gewinnen ausgerichtet ist. Ein Schritt auf diesem Weg muss auch der **Kampf um**  
162 **linke Mehrheiten**, konkret für ein **rot-rot-grünes Regierungsprojekt**, auf Bundesebene sein, das Reformen  
163 einleitet, die die Grundlage für eine grundsätzliche Veränderung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse bil-  
164 den. Erreichen wir ein solches rot-rot-grünes Regierungsprojekt, ist damit aber noch nicht unser Ziel erreicht,  
165 sondern bloß ein Schritt auf dem Weg dorthin gemacht.

166 Folgende Punkte möchten wir an dieser Stelle besonders hervorheben:

#### 167 *a) Umverteilung und Investitionen – Nehmt es den Reichen, gebt es Allen*

168 Die Ermöglichung von gesellschaftlicher Teilhabe ist für uns Jusos ein wichtiges Anliegen: Um dieses Ziel zu  
169 erreichen, müssen wir unseren Blick auf die materiellen Voraussetzungen richten und die himmelschreienden  
170 Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaft angehen. Neben der Primärverteilung über gute Arbeit begreifen  
171 wir die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums als einen zentralen Ansatzpunkt unseres politischen  
172 Handelns. Wir wollen starke Schultern stärker belasten, um der wachsenden Armut und der Ausgrenzung von  
173 Menschen einen Riegel vorzuschieben. Gleichzeitig müssen wir durch gerechte steuer- und finanzpolitische  
174 Maßnahmen den Spielraum für staatliche Investitionen erweitern und damit die Angebote der öffentlichen  
175 Daseinsvorsorge ausbauen – von der Infrastruktur, über die Finanzierung von Kommunen, bis hin zur Kultur-  
176 und Bildungspolitik. Sinnvolle und entlastende Maßnahme wären z.B. ein kostenloser öffentlicher Verkehr mit  
177 gut ausgebautem Netz sowie der Aufbau staatlicher Wohnbaugesellschaften, die in der Lage sind, den horren-  
178 den Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu beheben. Daher können schwarze Nullen für uns kein Zweck von  
179 Finanzpolitik sein. Die Gerechtigkeit, der Zusammenhalt der Gesellschaft und die Zukunfts- und Innovations-  
180 fähigkeit der Wirtschaft hängen an einem Staat, der bereit ist, mutig in die Zukunft zu investieren.

181 Um das Vermögenswachstum und die Kapitalkonzentration in den Händen von wenigen aufzubrechen, for-  
182 dern wir eine wirksame Reform der Erbschaftsteuer und eine Reaktivierung der Vermögensteuer. Wir spre-  
183 chen uns außerdem für die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und eine Erhöhung der Körperschaftsteuer  
184 aus. Darüber hinaus bedarf es einer Kapitalertragsteuer, die Einkünfte aus Kapitalvermögen höher besteuert  
185 als solche aus Erwerbsarbeit. "Die Gewerbesteuer muss auf breitere Füße gestellt werden. Freiberufler\*innen  
186 wie Ärzt\*innen und Anwält\*innen sind einzubeziehen. Die aktuellen Bestimmungen, welche den Kommunen  
187 die Festsetzung der Hebesätze überlassen, führen dazu, dass Städte starke Konkurrenzkämpfe führen und  
188 kommunales Steuerdumping betrieben wird. Dies muss beendet werden. Es darf keine deutschen Steueroa-  
189 sen geben. Daher muss wieder das Prinzip gelten, wo die Wertschöpfung des Unternehmens stattfindet muss  
190 auch gezahlt werden. Ferner muss die Gewerbesteuer so reformiert werden, dass es für Unternehmen nicht  
191 mehr möglich ist, Verluste im Ausland mit den Gewinnen vor Ort zu verrechnen."

192 Wertschöpfung, die im Rahmen des technischen und digitalen Fortschritts zunehmend nicht mehr durch Be-  
193 schäftigte, sondern durch Maschinen und Algorithmen erwirtschaftet wird, muss zu einem gerechten Anteil an  
194 die Gesellschaft zurückfließen und dabei insbesondere die gerissenen Löcher in den sozialen Sicherungssys-  
195 temen schließen. Wir wollen Fortschritt nicht ausbremsen, sondern ihn gesellschaftlich nutzbar machen. Wir  
196 ermutigen die Parteispitze deshalb, die begonnenen Diskussionen über eine geeignete Besteuerung dieser



197 Form der Wertschöpfung zu einem praktikablen Ergebnis zu bringen.

198 *b) Weg mit Hartz IV – das Vertrauen in den Sozialstaat wiederherstellen*

199 Viele Menschen in unserer Gesellschaft kämpfen mit Abstiegsängsten. Diese Verunsicherung ist unter ande-  
200 rem das Ergebnis des Umbaus des bundesrepublikanischen Sozialstaats unter neoliberalen Vorzeichen. Infol-  
201 gedessen wird der Staat vor allem von Menschen, die sich in Krisensituationen wie Armut oder Arbeitslosigkeit  
202 befinden, nicht mehr als Partner\*in, sondern als bevormundend und gängelnd wahrgenommen. Auch die Spit-  
203 ze der SPD sieht mittlerweile ein, dass sich etwas grundlegend ändern muss. Aber wie soll der Sozialstaat der  
204 Zukunft aussehen, und was kommt nach Hartz IV?

205 Wir Jusos streben nach einer Gesellschaft, deren Mitglieder solidarisch füreinander eintreten und sich darauf  
206 verlassen können, dass sie im Falle von Krisen und Schicksalsschlägen aufgefangen werden. Niemand soll in  
207 belastenden Situationen mit der Angst konfrontiert werden, in Armut zu rutschen. Arbeitslosigkeit ist kein in-  
208 dividuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem, für das es folglich gesellschaftliche bzw. politische Antwor-  
209 ten bedarf. Marktabhängigkeiten sowie der Wandel der Arbeitswelt – inklusive sich permanent verändernder  
210 Ausbildungs- und Qualifikationsansprüche an Arbeitnehmer\*innen – sind nur zwei von mehreren Ursachen,  
211 die Arbeitslosigkeit und den Abstieg in Armut bedingen können.

212 Um darauf adäquat reagieren zu können, brauchen wir Maßnahmen wie das Chancenkonto. Sie sollen jede\*n  
213 individuell in Bereichen wie Weiterbildung und Qualifikation unterstützen, denn unser Ziel sind Wege in Be-  
214 schäftigung und nicht Trostpflaster für strukturelle Erwerbslosigkeit.

215 Eine der maßgeblichen und berechtigten Ängste im Zusammenhang mit den Hartz-Gesetzen ist der extrem  
216 schnelle Fall in die Grundsicherung. Die Bezugsdauer im Arbeitslosengeld I wollen wir deshalb, angelehnt  
217 an die Dauer der Beschäftigung, grundsätzlich verlängern. Im Bereich des Arbeitslosengeld II wollen wir die  
218 Sanktionen ersatzlos streichen, weil wir die Grundsicherung qua Definition für eine nicht kürzbare Leistung  
219 halten. Die Anrechnung von Schonvermögen bei der Anspruchsprüfung auf ALG II-Leistungen muss deutlich  
220 entschärft werden und das Prinzip der Lebensleistung muss dabei erhalten und ausgebaut werden. Der Re-  
221 gelsatz muss endlich dem soziokulturellen Existenzminimum angepasst werden und damit deutlich steigen.  
222 Die schwarz-gelbe Entscheidung aus dem Jahr 2011, wonach der Richtwert für die Regelsätze nicht mehr die  
223 Ausgaben der 20% Haushalte mit den niedrigsten Einkommen ist, sondern nur noch die 15% Haushalte mit  
224 den niedrigsten Einkommen, war und ist ein billiger Taschenspielertrick und gehört überwunden. Zusätzli-  
225 che Einzelansprüche (zur Geltendmachung von einmaligen Belastungen des persönlichen Bedarfs wie Wasch-  
226 maschinen o.ä.) sollen zudem ermöglicht werden. Leistungen wie Strom- oder Mobilitätskosten dürfen nicht  
227 mehr pauschal veranschlagt werden, sondern müssen den tatsächlichen Bedarf abdecken. Zuverdienstmög-  
228 lichkeiten müssen großzügiger ausgestaltet werden. Das Lohnabstandsgebot ist dabei wichtig, sollte aber von  
229 einem armutsfesten Mindestlohn her gedacht werden, und nicht von einer möglichst bescheidenen Grundsich-  
230 cherung.

231 Das Prinzip der Bedarfsgemeinschaften muss abgeschafft und durch individualisierte Ansprüche für jedes  
232 Individuum ersetzt werden. Kinder müssen unabhängig davon durch exzellente Infrastruktur und eine Kin-  
233 dergrundsicherung abgesichert sein, die das Versprechen der Gleichwertigkeit aller Kinder erfüllt und dem  
234 Einkommensteuersatz der Eltern unterstellt ist. Unser Sozialversicherungssystem wollen wir insgesamt so um-  
235 bauen, dass zukünftig alle Menschen, die erwerbstätig sind, in die Systeme einbezogen werden. Neben der  
236 Gesundheits- und Pflegeversicherung, die wir zu einer Bürger\*innenversicherung, und der Arbeitslosenversi-  
237 cherung, die wir zu einer Arbeitsversicherung umbauen wollen, soll dieser Schritt auch die Rentenversiche-  
238 rung umfassen. Mit Blick auf diese halten wir es für dringend geboten, das Rentenniveau auf über 50 Prozent  
239 anzuheben und ein Leben im Alter ohne Armut zu ermöglichen. Der Steuerzuschuss ist dementsprechend zu  
240 erhöhen und beitragsfremde Leistungen zukünftig, ebenso wie eine zu schaffende Mindestrente – die deutlich  
241 über dem Grundsicherungsniveau liegt – für langjährig Versicherte, aus Steuermitteln zu finanzieren. Entwür-  
242 digende Bedürftigkeitsprüfungen für die Mindestrente, wie sie die Union möchte, sind ein Schlag ins Gesicht  
243 der Betroffenen und werden von uns abgelehnt. Ebenso wollen wir uns für einen flexibleren Übergang in die  
244 Rente starkmachen, wobei wir eine allgemeine Erhöhung des Renteneintrittsalters ausschließen.

245 *c) Gute Arbeit von morgen*

246 In den letzten Jahrzehnten ist die Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse drastisch gestiegen. Immer  
247 häufiger begegnet man Menschen, die Mehrfachbeschäftigungen nachgehen müssen, 30 bis 40 oder mehr

248 Stunden arbeiten und immer noch von Armut betroffen sind. Wir wollen diese unhaltbaren Zustände und  
249 Arbeitsbedingungen, die den Menschen kein sicheres und gutes Leben ermöglichen, überwinden. Um das  
250 zu erreichen, sind gesetzliche Regelungen notwendig. Ein mittelfristiges Ziel ist zudem, mehr privat geleis-  
251 tete Teilbereiche der Care-Arbeit, wie beispielsweise Pflege von Angehörigen und Erziehung von Kindern, in  
252 Erwerbsarbeit zu überführen und zu entlohnen. Langfristig wollen wir Leiharbeit abschaffen. Wir fordern au-  
253 ßerdem das Ende von sachgrundloser Befristung und die massive Einschränkung der Sachgründe, um mehr  
254 Sicherheit für viele Arbeitnehmer\*innen zu schaffen. Durch die Einführung einer sogenannten Befristungsent-  
255 schädigung, wollen wir den restlichen befristeten Arbeitnehmer\*innen aufgrund der bestehenden Unsicher-  
256 heit eine Ausgleichsleistung zukommen lassen. Durch steigende Tarifbindung – insbesondere durch die Allge-  
257 meinverbindlichkeit von Tarifverträgen – und eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns auf eine armutsfeste  
258 Höhe von heute mindestens 12,63€ wollen wir auch wieder für eine bessere Entlohnung von Arbeitnehmer\*in-  
259 nen sorgen. lance zwischen Arbeitszeit und Freizeit zu schaffen. Hierbei ist eine neue Arbeitszeitregelung not-  
260 wendig, die maximal acht Stunden pro Tag und nicht mehr als 30 Stunden pro Woche umfasst. Ein individuell  
261 gestaltbares Recht auf Nichterreichbarkeit kann eine zeitgemäße Antwort auf den Wahn der permanenten Er-  
262 reichbarkeit sein und dabei individuelle Wünsche nach Flexibilität berücksichtigen. Die universelle Ausbildung  
263 nach Berufsbildern soll erhalten und u.a. mit einem zeitgemäßen Berufsbildungsgesetz dafür gesorgt werden,  
264 dass alle Ausbildungsarten eine Vergütung bekommen, von der Auszubildende ihren eigenen Lebensunterhalt  
265 bestreiten können.

266 Eine Gesellschaft der Freien und Gleichen setzt voraus, dass alle Bereiche unseres Lebens demokratisiert wer-  
267 den. Die Arbeits- und Wirtschaftswelt ist in diese Forderung eingeschlossen. Wir wollen bisherige demokrati-  
268 sche Strukturen in Betrieben und öffentlichen Einrichtungen erhalten und stärken. Aus diesem Grund fordern  
269 wir, dass die Einflussmöglichkeiten von Personal- und Betriebsräten sowie Jugend- und Auszubildendenver-  
270 tretungen erweitert werden und wollen die Gründung von Betriebsräten erleichtern. In Betrieben, in denen  
271 kein Betriebsrat existiert, soll trotzdem die Möglichkeit bestehen, JAVs zu gründen. Doch das reicht nicht: Um  
272 die Wirtschaft weiter zu demokratisieren und gerechter zu gestalten, fordern wir, dass Mitarbeiter\*innen auch  
273 Einfluss auf unternehmerische Entscheidungen im Betrieb nehmen. Betriebliche Mitbestimmung muss daher  
274 auch unternehmerische Mitbestimmung einschließen.

275 Schließlich muss die Ausweitung der unternehmerischen Mitbestimmung in letzter Konsequenz dazu überge-  
276 hen, die Organisation und Ausrichtung des Unternehmens gänzlich in die Hände der Beschäftigten zu übertra-  
277 gen. Anders als Manager\*innen und kapitalistische Unternehmenseigentümer\*innen haben die Beschäftigten  
278 nicht nur den Profit ihres Unternehmens als obersten Zweck im Auge, sondern auch andere gesellschaftliche  
279 Ziele. Wir können es uns nicht länger leisten, dieses Potential ungenutzt zu lassen. Wir streben daher die  
280 schrittweise und gemeinwohlorientierte Vergesellschaftung von Produktionsmitteln an und wollen unsere ge-  
281 meinsame Produktion demokratisch und sozialistisch organisieren. Das Vertrauen in den Sozialstaat wieder  
282 herzustellen heißt auch, dass es keine Verteilungskämpfe zwischen denen, die wenig haben und denen, die  
283 gar nichts haben, geben darf. Die Menschen, die zu uns gekommen sind, müssen auch gut bei uns ankom-  
284 men können. Dafür braucht es massive Investitionen in die Integration. Integration ist eine große Aufgabe,  
285 die wir nur bewältigen können, wenn wir sie als solche anerkennen. Jeder Mensch soll dieselben Chancen und  
286 ein Recht auf Teilhabe in allen Facetten bekommen. Inklusion gehört dabei genauso zu unserem Sozialstaat  
287 wie die Integration und diese soll nicht nur auf Neben Bühnen stattfinden, sondern auch in Schulen und dem  
288 ersten Arbeitsmarkt.

#### 289 *d) Schulchaos beseitigen – für eine demokratische Schule für alle!*

290 Bildung ist ein wesentlicher Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Sie verteilt Zugangschancen zum Ar-  
291beitsmarkt, hat Einfluss auf die Verteilung materieller Güter und beeinflusst die Art und Weise unserer Le-  
292bensführung. In kaum einem anderen Industrieland hängen die Chancen auf Bildungserfolg aber so stark von  
293 der familiären und sozialen Herkunft ab wie in der Bundesrepublik. Dieser Befund ist keineswegs neu, wird  
294 seit Jahrzehnten immer wieder festgestellt und beeinflusst die bildungspolitische Debatte seit den sechziger  
295 Jahren. Wie wir wissen, hat sich seitdem einiges getan. Vor allem die von Sozialdemokrat\*innen vorangetrie-  
296 bene Bildungsexpansion der Sechziger und der PISA-Schock im Jahr 2001 haben die Bildungslandschaft nach-  
297 haltig verändert; die grundlegenden strukturellen Ursachen für die bestehenden Bildungsungerechtigkeiten  
298 wurden allerdings nicht angegangen. Als politischer Handlungsraum gilt heute vor allem die einzelne Schule;  
299 diese soll eigenständig Schulkonzepte, Fördermodelle und andere Angebote zur Gestaltung des Schullebens  
300 formulieren. An die Frage der übergeordneten Schulstruktur traut sich heute kaum jemand mehr heran. Das

301 gilt insbesondere für unsere Partei. Nach Widerständen von bürgerlichen Elternverbänden und konservativer  
302 Interessenvertretungen gegen progressive Reformvorschläge ist die Angst vielerorts groß, durch die Infrage-  
303 stellung des mehrgliedrigen Schulsystems und damit insbesondere des Gymnasiums potenzielle Wählerinnen  
304 und Wähler zu verschrecken.

305 Dass die Schulstrukturfrage weitestgehend ungestellt bleibt, hat fatale Folgen. In der Bundesrepublik hat sich  
306 ein Chaos aus Schulformen und -systemen etabliert, das weder gerecht noch leistungsfähig ist. Vielen jungen  
307 Menschen wird ihr Recht auf Bildung und auf individuelle Förderung ihrer Talente verwehrt. Das wollen wir  
308 nicht länger hinnehmen. Wir Jusos setzen uns deshalb für eine bundesweite Vereinheitlichung der Schulstruk-  
309 turen zugunsten der Einführung einer demokratischen Schule für alle ein! Die selektiv-sozialkonservative  
310 Schulstruktur aus vor-demokratischen Zeiten gehört überwunden. Wir fordern einer zehnjährigen Gemein-  
311 schaftsschule, die mit binnendifferenzierten Unterrichtsmodellen alle Schülerinnen und Schüler am Ende der  
312 Sekundarstufe I zu einem ersten allgemeinbildenden Schulabschluss führt. Dieser Abschluss soll entweder den  
313 Weg in eine dreijährige Sekundarstufe II oder in die Berufsbildung ebnen. Die Gemeinschaftsschule ist dabei  
314 als flexibles Modell anzulegen, das schrittweise aus der bestehenden Schulstruktur entwickelt und anhand von  
315 örtlicher Gegebenheiten wie z.B. Schulgebäuden gestaltet wird.

316 Die Änderungen der Schulstruktur müssen durch starke demokratische Elemente ergänzt werden. Demokratie  
317 darf nicht nur beiläufiger Lerninhalt mancher Fächer sein, sondern muss im Schulalltag jederzeit verankert und  
318 erfahrbar sein. Alle Personen müssen sich in den Schulen in den entsprechenden Gremien auf Augenhöhe  
319 begegnen können und dementsprechend gleichberechtigt vertreten sein. Die Handlungsfelder der Gremien  
320 müssen breit angelegt sein, exemplarisch sind hier Lerninhalte oder Gestaltung der Räumlichkeiten zu nennen.  
321 Schüler\*innenvertretungen sind zu stärken.

322 Wir sind uns bewusst, dass die Einführung der Gesamtschule als alleinige Regelschule für alle Schülerinnen und  
323 Schüler nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kann. Gleichwohl haben sich mittlerweile zahlreiche  
324 Bundesländer von der Haupt- und Realschule verabschiedet und sind zu einem zweigliedrigen System überge-  
325 gangen, das perspektivisch im Sinne einer Demokratisierung und Europäisierung der deutschen Schulstruktur  
326 überwunden werden kann. Hierzu ist es jedoch erforderlich, dass in beiden Säulen dieses Zwischenschritts,  
327 die allgemeine Hochschulreife erworben werden kann. Die SPD muss auf diesem Feld ihren alten Reformwil-  
328 len wiederfinden und gemeinsam mit den Verantwortlichen ihrer Landesparteien Initiativen zur Reform der  
329 Schulstruktur anstoßen.

330 *e) Echte Gleichstellung jetzt – Wir wollen nicht länger warten!*

331 Politik muss sich daran messen lassen, konkret etwas für die Gleichstellung der Geschlechter zu unternehmen.  
332 Frauen bekommen in Deutschland durchschnittlich immer noch weniger Lohn als Männer. Sie sind häufiger in  
333 Teilzeit beschäftigt und stärker von Altersarmut betroffen. Diesen Entwicklungen muss Einhalt geboten wer-  
334 den. Wir brauchen endlich ein funktionierendes Entgeltgleichheitsgesetz. Die Digitalisierung muss auch mit  
335 Hinblick auf Gleichstellung als Chance begriffen und gestaltet werden.

336 Es muss sichergestellt werden, dass die Änderungen im Sexualstrafrecht zu „No means no“ wirksam zum Tra-  
337 gen kommen und wenn nötig ergänzt werden. Im letzten Jahr wurden 147 Frauen in Deutschland von ihren  
338 (Ex-)Partnern getötet und jede dritte Frau wird in ihrem Leben Opfer von sexualisierter oder häuslicher Gewalt.  
339 Die Täter werden viel zu selten verurteilt. Es müssen Strukturen ermöglicht werden, in denen Opfern geglaubt  
340 wird und sie Rückhalt erfahren. Beweissicherung in Fällen sexualisierter Gewalt muss ebenso besser organi-  
341 siert werden wie die Befragung von Opfern durch Polizei und in juristischen Prozessen. Wir müssen zu einem  
342 gesellschaftlichen Umdenken kommen, ein Aufschrei allein, eine #metoo Kampagne allein reicht nicht.

343 Reproduktive und sexuelle Selbstbestimmung müssen dringend gestärkt werden und in einem ersten Schritt  
344 §219a gestrichen werden. Frauenhäuser müssen gestärkt werden und besser finanziert werden. Außerdem  
345 brauchen wir eine Familienpolitik, die insbesondere Familien mit wenig Einkommen unterstützt und außerdem  
346 dazu beiträgt antiquierte Familien- und Geschlechterbilder aufzubrechen. Der Großteil der Elternzeit wird noch  
347 immer von Frauen in Anspruch genommen, häufig auch da die Familien weniger Einbußen haben, wenn die  
348 Frau zuhause bleibt. Das bietet einen falschen Anreiz und muss dringend überarbeitet werden.

349 Es muss Schluss sein mit stigmatisierenden Rollenbildern, Bodyshaming, Gewalt gegen Frauen und dem se-  
350 xistischen Normalzustand. Wir brauchen einen gesellschaftlichen und politischen Fortschritt der endlich den

351 Sturz des Patriacharts, die Gleichstellung aller Geschlechter und sexuellen Orientierungen und Lebensentwür-  
352 fe zum Ziel hat.

353 *f) Gerechtigkeit Global denken – unsere Welt hört nicht an der Grenze auf*

354 Die gerechte Gesellschaft kann nur eine internationale Gesellschaft sein und die SPD muss sich ihrer Aufgabe  
355 als internationalistische Partei bewusst sein. Wir müssen uns für die Rechte von Menschen einsetzen, unab-  
356 hängig von deren Herkunft oder aktuellem Aufenthaltsort. Gleichzeitig sind wir uns bewusst, dass wir viele  
357 ernstzunehmende Probleme langfristig nur lösen können, wenn es uns gelingt sie global anzugehen. Die Eu-  
358 ropäische Union ist für uns der Ort, an dem wir sehr konkret an einer gerechteren Weltordnung arbeiten kön-  
359 nen. In Zeiten des globalisierten Kapitalismus können wir in Nationalstaaten keine hinreichenden Antworten  
360 mehr geben. Aber um der europäischen Idee eine Zukunft zu geben, müssen wir Europa jetzt verändern. Wir  
361 müssen viel stärker die Machtfrage der Wirtschaft stellen. Es muss Schluss sein damit, dass Großkonzerne na-  
362 tionale Steuerrechte gegeneinander ausspielen und sich so vor ihrem Beitrag drücken können. Schluss mit der  
363 Austeritätspolitik, die besonders vielen jungen Menschen eine Perspektive raubt! Wir wollen eine europäische  
364 Jugendgarantie, Investitionen in die Zukunft Europas, eine Finanztransaktions- und eine Digitalsteuer. Und wir  
365 werden klar Haltung zeigen gegen Nationalist\*innen wie sie etwa mit Orban und Kurz bereits in Regierungen  
366 sitzen. Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa. Dafür werden wir im Rahmen der anstehenden Euro-  
367 pawahl kämpfen. Ziel ist dabei auch, dass unsere Beschlüsse klar im Wahlprogramm Eingang finden.

368 Damit die SPD ihrer Rolle als Friedenspartei richtig ausfüllt, muss klar sein: Waffenexporte in autokratische  
369 Staaten oder Diktaturen lehnen wir ab. Waffenexporte in andere Staaten darf es nur in sehr begrenzten Aus-  
370 nahmen (wie Bspw. Israel) geben. Wir verlangen eine klare Positionierung der Bundesrepublik gegen das von  
371 Trump noch einmal forcierte 2%-vom-BIP-Ziel für den Rüstungshaushalt. Gleichzeitig muss – auch für eine  
372 wirksame Fluchtursachenbekämpfung – die Entwicklungshilfe ausgebaut werden. Das 0,7 % Ziel, welches auch  
373 dieses Jahr wieder verfehlt wurde, kann dabei nur ein Anfang sein.

374 *g) Umwelt und Gerechtigkeit – Lasst uns unseren Planeten übrig!*

375 Nachhaltigkeit und der Schutz der Umwelt sind vor allem in unserer Generation wichtige Themen. Die ver-  
376 schiedenen Klimakatastrophen der letzten Jahre haben uns radikal vor Augen geführt, dass die Dauerhaftigkeit  
377 menschlichen Lebens auf diesem Planeten durch unsere Art des Lebens und des Wirtschaftens stark in Frage  
378 gestellt wird. Für unser tägliches Leben und Handeln gibt es klar erkennbare planetare Grenzen. Der Kapitalis-  
379 mus hinterlässt nicht nur in den Gesellschaften unserer globalisierten Welt tiefe Spuren, sondern schreibt sich  
380 tief in unsere Erde ein. Schon heute gibt es auf unserem Planeten ganze Regionen, in denen die natürlichen  
381 Grundlagen menschlichen Lebens zerstört wurden. Leidtragende dieser Entwicklungen sind sowohl global als  
382 auch in der Bundesrepublik häufig zunächst die Ärmsten unserer Gesellschaften. Deshalb ist Klimapolitik aus  
383 unserer Perspektive auch eine Frage der globalen Gerechtigkeit und gehört auf die sozialdemokratische Agen-  
384 da!

385 Ein politisches wie gesellschaftlich stark umkämpftes Thema ist dabei die Frage der Energieversorgung und des  
386 Umgangs mit fossilen Energieträgern. Die Sozialdemokratie hat hier als Schutzmacht von Arbeitnehmer\*innen  
387 sowie als Vorkämpferin für globale Gerechtigkeit eine besondere Verantwortung, die wir als Jusos annehmen  
388 wollen. Uns ist bewusst, dass der Wandel im Energiesektor auch ein Wechsel von Marktanteilen ist und folglich  
389 auf den erbitterten Widerstand von großen Energiekonzernen stoßen wird. Wir sprechen uns dennoch für eine  
390 Energie-Revolution aus, die den Ausbau der erneuerbaren Energien unter Berücksichtigung der Folgen des  
391 damit einhergehenden Strukturwandels vorantreibt. Quasi-genossenschaftlich organisierte Unternehmen, die  
392 ihren Strom weitgehend kostenneutral an Kund\*innen weitergeben, machen uns dieser Tage vor, wie es gehen  
393 kann. Und das kann die öffentliche Hand auch.

394 Eine der großen Fragen dieser Tage ist zu Recht die CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Sie kann einen effektiven Hebel darstel-  
395 len, um gewünschte Entwicklungen zur Einsparung von Treibhausgasen beschleunigen zu können. Wir unter-  
396 stützen vor diesem Hintergrund im Grundsatz die aktuellen sozialdemokratischen Vorschläge für eine höhere  
397 Bepreisung, die Verbraucher\*innen nicht zusätzlich belastet. Diese Strategie wird jedoch nur aufgehen, wenn  
398 neben der Industrie auch die Bereiche Verkehr und Wärme in den Fokus genommen werden. Insbesondere  
399 der seit Jahren von der CSU verantwortete Verkehrssektor trägt heute noch viel zu wenig zu den notwendigen  
400 Einsparungen bei und ist auf den sich längst vollziehenden technologischen Wandel absolut unzureichend vor-  
401 bereitet. Das gefährdet nicht nur das Klima, sondern ganz konkret auch die Arbeitsplätze der Zukunft.

402 Ziel ist unter anderem die Etablierung einer Energieversorgung in öffentlicher Hand. Öffentliche Daseinsfür-  
 403 sorge darf nicht dem vermeintlich freien Spiel des Marktes überlassen werden. Deutschland muss mittelfristig  
 404 seinen Energiebedarf zu 100 % aus erneuerbaren Energien decken. "Wir Jusos wiederholen an dieser Stelle,  
 405 dass der Kohleausstieg eine Notwendigkeit ist, und halten einen Komplettausstieg aus ihrer Verstromung bis  
 406 2035 für erstrebenswert und geboten. Gleichwohl haben die Debatten der vergangenen Wochen und Monate  
 407 gezeigt, dass wir als Verband jenseits von Jahreszahlen noch keine Konzepte dafür haben, wie wir den Ausstieg  
 408 aus der Kohle sozialverträglich organisieren und strukturpolitisch rahmen. Hier liegt für unseren Verband ein  
 409 herausforderndes Tätigkeitsfeld, dem wir uns im kommenden Jahr auf Bundesebene widmen werden. Dabei  
 410 wollen wir uns von einer Haltung leiten lassen, die sich durch die Verknüpfung des ökologisch gebotenen mit  
 411 dem sozial notwendigem auszeichnet. Aus der Perspektive eines sozialistischen Jugendverbandes muss es in  
 412 der Frage des ökologischen Wandels nämlich auch darum gehen, den Betroffenen der Energierevolution auf-  
 413 zugeigen, dass diese nicht auf ihrem Rücken ausgetragen wird und ihnen auch in Zukunft Perspektiven für  
 414 gleichwertige und wohnortnahe Beschäftigung geboten werden. Gleichzeitig müssen wir den vorwiegend na-  
 415 tionalen Rahmen der Klimadiskussion sprechen und Widersprüche klären, die sich zum Beispiel durch den  
 416 gegenwärtig prognostizierten Import von Kohle- und Atomstrom aus unseren europäischen Nachbarstaaten  
 417 ergeben.

418 Diese inhaltlichen Punkte verstehen wir als grundlegend aber keinesfalls als abschließend. Um als Verband  
 419 die anstehenden Prozesse weiter zu begleiten, werden wir im nächsten Jahr unsere Inhalte zusammentragen,  
 420 diskutieren und wo notwendig weiterentwickeln. Ziel ist die Formulierung eines aktualisierten jungsozialisti-  
 421 schen Programms, das unter anderem an die Tradition der Herforder Thesen sowie der 63 Thesen für eine  
 422 Linke der Zukunft anknüpft. Der Prozess umfasst Inputs aus unseren Ideenlaboren, der Bündnisarbeit, den  
 423 Verbandsprojekten, sowie eine Gesamtschau unserer Beschlusslagen seit den 63 Thesen. Er soll den Links-  
 424 wendekongress erfassen und letztlich in einer Beschlussfassung auf dem Bundeskongress 2019 münden. Der  
 425 Juso-Bundesvorstand wird im Rahmen seiner bisherigen Planungen gezielt Räume für diesen Prozess schaf-  
 426 fen.

## 427 ***II.2 Jünger, weiblicher, linker? Das letzte Jahr und die Machtfrage in der SPD***

428 Die Erfahrungen seit dem letzten Bundesparteitag machen deutlich: Wir müssen die Machtfrage in unserer  
 429 Partei stellen. Deshalb werden wir auf dem nächsten Wahlbundesparteitag mit mehreren frischen Genoss\*In-  
 430 nen antreten und junge und linke Kandidat\*Innen bei ihren Kandidaturen unterstützen. Ziel muss es sein,  
 431 die Mehrheitsverhältnisse in der SPD zu ändern und somit das Fundament für fortschrittliche Politik zu schaf-  
 432 fen. Dafür muss im Vorfeld kluge Bündnisarbeit in der Partei geleistet werden. Wir wollen dabei mit allen  
 433 zusammenarbeiten, die mit Stillstand in der SPD unzufrieden sind, ihre Hoffnung auf einen linken Zukunfts-  
 434 und Politikentwurf setzen und dabei bereit sind, diese Positionen konsequent gemeinsam zu vertreten. Linke  
 435 Mehrheiten in der SPD müssen sich endlich politisch durchsetzen. Hierzu gehört allerdings auch, dass wir die  
 436 bisherigen Bündnis constellationen kritisch evaluieren.

## 437 ***II.3 Doppelstrategie leben – PartnerInnen in der politischen Linken suchen.***

438 Wir Jusos werden uns aber nicht nur innerhalb unserer Partei für linke Politik stark machen, sondern engagie-  
 439 ren uns zudem in linken Bündnissen. Diesen Einsatz im Sinne der Doppelstrategie begreifen wir als Teil eines  
 440 weitergehenden Kampfes für eine sozialistische und geschlechtergerechte Gesellschaft. Es ist uns ein Anliegen,  
 441 neue linke Bewegungen aufzubauen und zu unterstützen, die ausgehend von den gegenwärtig entstehenden  
 442 Möglichkeiten progressiver Politik gemeinsam für eine sozialistische Gesellschaft kämpfen. Autoritäre Besser-  
 443 wissler\*innen-Zusammenschlüsse, die sich aus Imagegründen Bewegung nennen, lehnen wir ab.

444 Gemeinsam mit anderen Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen haben wir daher den Versuch begon-  
 445 nen, gemeinsam Antworten auf die Fragen unserer Zeit zu erarbeiten und wollen künftig mit gemeinsamen  
 446 Aktionen als starke linke Bewegung in Erscheinung treten. Diese Bewegung heißt #OurFuture – holen wir uns  
 447 unsere Zukunft zurück! Der OurFuture-Prozess soll die gesellschaftliche Linke übergreifen: von der radikalen  
 448 Linken bis zur bürgerlichen Mitte, antikapitalistische und ökologische Gruppen, Gewerkschaften und feminis-  
 449 tische Bewegungen, antirassistische und transnationale Organisationen kommen zusammen und erarbeiten  
 450 gemeinsam eine Perspektive, Strategie und konkrete Aktionen, um zusammen bessere Verhältnisse zu er-  
 451 kämpfen. Dabei wollen wir mit allen zusammenarbeiten, die sich auf einen emanzipatorischen Konsens eini-  
 452 gen können. #OurFuture ist eine fortschrittliche Bewegung – wir wollen hinter keine der Errungenschaften,  
 453 die wir in den letzten Jahrzehnten erkämpft haben, zurück. Unser Konsens ist also feministisch, transnational,

454 antiautoritär und klar gegen jeden Rassismus und Antisemitismus.

# Z2

<b>Titel</b>	Was wir wollen? Uns nicht verarschen lassen und das BBiG wirklich besser machen!
<b>AntragstellerInnen</b>	Bayern

---

## Was wir wollen? Uns nicht verarschen lassen und das BBiG wirklich besser machen!

1 Gemeinsam mit den Gewerkschaftsjugenden haben wir uns jahrelang für eine dringende Novellierung des  
2 Berufsbildungsgesetzes eingesetzt. Wir haben es geschafft, dieses Thema bis in den Koalitionsvertrag der ak-  
3 tuellen Großen Koalition zu bringen. Wir haben erreicht, dass eine Mindestausbildungsvergütung kommen  
4 wird. Doch damit ist die Arbeit nicht getan. Es ist unsere Aufgabe – insbesondere, weil wir eine Novellierung  
5 so vehement gefordert haben – dafür zu sorgen, dass daraus auch deutliche Verbesserungen für Auszubil-  
6 dende und Dual Studierende entstehen. Wir haben die Verpflichtung uns dafür stark zu machen, dass das  
7 Berufsbildungsgesetz nach der Novellierung auch wirklich besser wird und nicht gar schlechter.

8 Noch liegt uns kein Entwurf der Novelle vor, das CDU-geführte Bundesbildungsministerium hat jedoch seine  
9 grundsätzlichen Vorstellungen für diese bereits bekannt gegeben. Mit diesen können wir keinesfalls zufrie-  
10 den sein. Bereits 2016 haben wir mit unserem Beschluss „Das Berufsbildungsgesetz besser machen!“ unsere  
11 Forderungen deutlich gemacht. Daran halten wir weiter fest. Zu den bisherigen Vorschlägen aus dem Bun-  
12 desbildungsministerium beziehen wir deshalb Stellung und fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, bei der  
13 Novelle auf folgende Punkte zu bestehen:

14

### 15 **Mindestausbildungsvergütung**

16 Eine Mindestausbildungsvergütung muss zum Ziel haben Auszubildenden und dual Studierenden ein eigen-  
17 ständiges Leben und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in allen Facetten zu ermöglichen. Der aktuelle  
18 Vorschlag des Bundesbildungsministeriums von 504 Euro im ersten Ausbildungsjahr und in den Folgejahren  
19 fünf, zehn und 15 Prozent mehr, also 529 Euro, 554 Euro und 580 Euro pro Monat deckt diesen Anspruch  
20 nicht ab. Dieser Vorschlag orientiert sich am Bafög-Satz für Schüler\*innen. Abgesehen davon, dass dieser  
21 Satz auch für Schüler\*innen, die sich ein selbstständiges Leben finanzieren müssen, zu niedrig ist, sind Aus-  
22 zubildende und Dual Studierende eben keine Schüler\*innen.. Eine angemessene Ausbildungsvergütung ist  
23 keine Sozialleistung. Sie sollte sich dementsprechend nicht an einer solchen orientieren, sondern an tarifli-  
24 chen Regelungen. Gemeinsam mit der DGB-Jugend und den Gewerkschaftsjugenden fordern wir daher eine  
25 Mindestausbildungsvergütung in Höhe von 80 % der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung des  
26 jeweiligen Ausbildungsjahres. Am Beispiel des Jahres 2017 wären das im ersten Ausbildungsjahr 635 Euro, im  
27 zweiten Ausbildungsjahr 696 Euro, im dritten Ausbildungsjahr 768 Euro und im vierten Ausbildungsjahr 796  
28 Euro.

29 Damit wird eine zweite Haltelinie geschaffen. Davon profitieren insbesondere Auszubildende in Branchen oh-  
30 ne gute Tarifbindung.

31 Der aktuelle Vorschlag des Bundesbildungsministeriums würde nur für etwa 30.000 Auszubildende (etwa 6%  
32 eines Jahrgangs) eine Verbesserung bringen, von unserer Forderung würden hingegen ungefähr 162.000 Aus-  
33 zubildende profitieren. Würde die Untergrenze einer Mindestausbildungsvergütung von 504 Euro die aktuelle  
34 Formulierung in §17 Abs. 1 Satz 1 Berufsbildungsgesetz „Auszubildende haben Auszubildenden eine angemessene  
35 Vergütung zu gewähren.“ ersetzen, würde das für sehr viele Auszubildende gar eine deutliche Verschlechterung  
36 bedeuten. Nach § 17 des Berufsbildungsgesetzes haben Auszubildende Auszubildenden eine angemessene Ver-  
37 gütung zu gewähren. Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes ist darunter eine Vergütung zu

38 verstehen, die die tariflichen Sätze nicht um mehr als 20 % unterschreitet. Davon profitieren Auszubildende  
39 in Branchen mit guten Tarifverträgen, Diese Rechtsprechung ist eine erste Haltelinie und muss bei einer No-  
40 vellierung des BBiG im Gesetz unbedingt erhalten bleiben und konkretisiert werden. Andersfalls besteht die  
41 Gefahr, dass die Gesetzesnovellierung zu einer Verschlechterung der entsprechenden Rechtsprechung führt.  
42 In den schulischen Ausbildungen sind häufig verschiedene Praktika vorgeschrieben. Diese sollten ebenfalls an-  
43 gemessen vergütet werden, da auch diese sich in der Berufsausbildung befindenden Praktikant\*innen einen  
44 Mehrwert für die Praktikumsbetriebe darstellen.

45

#### 46 **Stärkung und Weiterentwicklung der höherqualifizierenden Berufsbildung**

47 Im Bereich der beruflichen Aufstiegsfortbildung teilt das Bundesbildungsministerium mit: *„Kernstück der Ver-*  
48 *besserungen sind die einheitlichen Abschlussbezeichnungen Berufsspezialist/in, Berufsbachelor und Berufsmaster.“*  
49 Mit einer simplen Umbenennung ist aber niemandem geholfen, sie allein bringt keinerlei Fortschritt. Wir be-  
50 grüßen die Zuordnung auch von beruflichen Abschlüssen zu höheren Kompetenzstufen in EQR und DQR und  
51 die damit verbundene Anerkennung von beruflicher Bildung als eigenständiger und

52 gleichwertiger Bildungsweg gegenüber akademischer Bildung. Doch aus diesem beschrittenen Weg muss auch  
53 die logische Konsequenz folgen, mehr Durchlässigkeit zwischen beruflichem und akademischem Bildungsweg  
54 zu ermöglichen und diese Übergänge aktiv zu fördern und zu unterstützen. Eine abgeschlossene Berufsaus-  
55 bildung muss zu einem Hochschulstudium berechtigen und Meister\*innen, Techniker\*innen und andere auf  
56 DQR Niveau 6 Qualifizierte, müssen in ihrem Bereich ein Masterstudium aufnehmen dürfen. Zudem müssen  
57 die jeweiligen Fortbildungsgänge wie Studiengänge völlig kostenfrei sein. Erst dann ist eine wirkliche Gleich-  
58 wertigkeit erreicht. Die Bezeichnung „Berufsbachelor“ hilft hier nicht weiter.

59 Die Qualitätssicherung muss für den Bereich der Bildungsmaßnahmen und – anbieter\*innen weiterentwickelt  
60 werden. Anknüpfungspunkte bieten die bereits bestehenden Bestimmungen im Aufstiegsfortbildungsförde-  
61 rungsgesetz (AFBG – „Meister-BaföG“). Eine Förderung ist abhängig von einer Mindeststundenanzahl der Bil-  
62 dungsmaßnahme. Das Verfahren für den Bereich der öffentlich geförderten Maßnahmen richtet sich nach  
63 dem Sozialgesetzbuch (SGB), bei dem verpflichtend einzuhaltende Standards (Zertifizierung) für Bildungsan-  
64 bieter und Maßnahmen vorgeschrieben sind.

65 Wir fordern deshalb Qualitätsdimensionen im BBiG zu verankern: Es müssen verbindliche Qualitätsanforde-  
66 rungen für die Lernprozessgestaltung beschrieben werden, beispielsweise durch die Verankerung eines Fort-  
67 bildungsrahmenplanes, analog zu den Rahmenplänen in der beruflichen Ausbildung. Bildungsanbieter in der  
68 beruflichen Fortbildung sollten zukünftig ein anerkanntes Qualitätssicherungssystem verpflichtend anwen-  
69 den. Ebenso soll qualifiziertes Personal nachgewiesen werden. Ein Beratungsangebot zum Fortbildungsziel,  
70 über Prüfungsstruktur, Prüfungsablauf, Prüfungsmethoden und über die Zulassungsvoraussetzungen zur Prü-  
71 fung muss vom Bildungsanbieter sichergestellt werden.

72 Die Meisterprüfung im Handwerk soll nach dem Willen des Bundesbildungsministeriums weiterhin allein in  
73 der Handwerksordnung (HwO) geregelt bleiben und damit nicht dem Geltungsbereich des BBiG unterliegen.  
74 Meisterprüfungsverordnungen werden wie bisher vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Ein-  
75 vernehmen mit dem Ministerium für Bildung und Forschung erlassen. Sie werden nicht unter der Federfüh-  
76 rung des Bundesinstituts für Berufsbildung erarbeitet und nicht den Gremien des BBiG vorgelegt. Diese Aus-  
77 klammerung der Meisterprüfungen aus der regulären Ausbildungsgesetzgebung führt zu einer stark Arbeit-  
78 geber\*innenfreundlichen und Arbeitnehmer\*innennachteiligen Prüfungsordnung. Um dies zu beheben, muss  
79 die Meisterprüfung im Handwerk ins BBiG aufgenommen werden. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass die  
80 Grauzone für Auszubildende, mit einem Aus- und Fortbildungsvertrag, im Mindestlohngesetz verschwindet.  
81 Sobald Auszubildende ihre Prüfung für ihre Ausbildung bestanden haben, sind sie nicht mehr Auszubildende  
82 nach BBiG, sondern normale Arbeitnehmer\*innen in einer Fortbildung. Genau aus diesem Grund sollten sie  
83 genauso wie andere Arbeitnehmer\*innen einen Anspruch auf den Mindestlohn haben.

84

#### 85 **Teilzeitausbildung ohne Wenn und aber**

86 Das Bundesbildungsministerium möchte die Teilzeitausbildung „stärken“ und den „Adressat[\*innen]kreis  
87 auf alle Auszubildenden“ erweitern. Das Modell der Teilzeitausbildung ist besonders attraktiv für Alleinerzie-



88 hende. Mütter und Väter müssen einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung bekommen, wenn sie sich dafür  
89 entscheiden einen Berufs- oder Schulabschluss nachzuholen. Allerdings soll weiterhin Voraussetzung sein,  
90 dass sich Auszubildende und Auszubildende einig sind. Lehnt die\*der Arbeitgeber\*in also ab, haben Auszubil-  
91 dende weiterhin kein Anrecht auf eine Teilzeitausbildung. Damit verkommt die „Stärkung“ zu einer hohlen  
92 Phrase. Das wollen wir nicht.

93 Zudem muss festgeschrieben werden, dass die Ausbildungsvergütung weiterhin in voller Höhe gezahlt werden  
94 muss. Da es hier in der Praxis häufig zu Streitigkeiten kommt, soll diese Regelung im § 8 BBiG mit aufgenommen  
95 werden.

96

### 97 **Verbesserte Durchlässigkeit innerhalb der beruflichen Bildung**

98 Wir begrüßen die angestrebte höhere Durchlässigkeit, allerdings Durchlässigkeit vorwiegend im Kontext von  
99 einer Verkürzung oder Anrechnung von Ausbildungszeiten diskutiert. Übersehen wurden häufig junge Men-  
100 schen, die mehr Ausbildungszeit benötigen. Um individuelle Ausbildungsarrangements zu stärken, muss es in  
101 Zukunft auch rechtlich möglich sein, ohne große Prozeduren die Ausbildungszeit bei entsprechenden Bedar-  
102 fen zu verlängern (§ 8 Abs. 2). Dazu müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass Jugendliche mit  
103 Startschwierigkeiten vor Anfang der Ausbildung die Möglichkeit gegeben wird, ihre reguläre Ausbildung von  
104 Beginn an länger zu gestalten. Dabei sollten auch Modelle berücksichtigt werden, die bereits Berufsvorberei-  
105 tende Maßnahmen im Betrieb enthalten (Beispiel »Start in den Beruf« oder »Anlauf zur Ausbildung«).

106 Wir sind weiterhin der Überzeugung, dass eine gute und qualifizierte Ausbildung zur Facharbeiter\*in mindes-  
107 tens drei Jahre dauern muss. Das Bundesbildungsministerium betont in diesem Punkt aber explizit die zweijäh-  
108 rige Ausbildung. Hier muss darauf geachtet werden, dass diese nicht ausgebaut, sondern wieder abgeschafft  
109 werden sollten. Eine sehr spezialisierte und nur auf einige Tätigkeiten fokussierte zweijährige Berufsausbil-  
110 dung beeinträchtigt die Flexibilität und Durchlässigkeit des Berufsbildungssystems anstatt sie zu verbessern.  
111 Die Anforderungen des Arbeitsmarktes werden weiter steigen, damit einhergeht eine deutliche Verschlech-  
112 terung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte. Eine zu enge Spezialisierung bereits in der  
113 Ausbildung würde daher die Anpassung an neue Anforderungen und lebenslanges Lernen nicht fördern, son-  
114 dern eher verringern. Eine grundsätzliche Verkürzung der Ausbildungsdauer von dreieinhalb auf drei Jahre  
115 und eine vermehrte Einführung von zweijährigen Ausbildungsberufen lehnen wir daher ab. Für Auszubilden-  
116 de in bestehenden zweijährigen Ausbildungsberufen fehlt dagegen derzeit ein verlässlicher Durchstieg von  
117 ihrer zweijährigen in dreijährige Ausbildungsberufe. Es fehlt ein Rechtsanspruch auf eine Weiterführung der  
118 Ausbildung.

119 Ausnahmeregelungen zur Verkürzung der Ausbildungszeit sollen für Auszubildende gelten, die durch einen  
120 entsprechenden Ausbildungsplatzwechsel, regelmäßiges Übertreffen der Ausbildungsziele oder die Anrech-  
121 nung einer Einstiegsqualifizierung, beruflicher Vorbildung, oder eines allgemeinbildenden Schulabschlusses  
122 ihre Ausbildungszeit verkürzen oder vor Ablauf ihrer Ausbildungszeit zur Abschlussprüfung zugelassen wer-  
123 den.

124 Die angestrebte „Verbesserung der Durchlässigkeit“ birgt zudem die deutliche Gefahr einer Modularisierung  
125 der Ausbildung. Wir stehen zum Berufsprinzip und lehnen eine Aufgabe des Systems geschlossener Berufs-  
126 bilder zugunsten einer Modularisierung der beruflichen Ausbildung weiterhin ab.

127

### 128 **Verbesserte Rahmenbedingungen für rechtsbeständige und hochwertige Prüfungen sowie für ein at-** 129 **traktives Ehrenamt**

130 In diesem Punkt verfehlt der Vorschlag des Bundesbildungsministeriums völlig die Zielrichtung. Es schlägt vor,  
131 dass der Prüfungsausschuss die Abnahme von Prüfungsleistungen an eine Prüferdelegation überträgt, bei  
132 der er auch auf weitere Prüfende zurückgreifen kann. Dies betrifft etwa Stationen einer Stationenprüfung.  
133 Nur das Gesamtergebnis der Abschlussprüfung soll weiterhin vom Prüfungsausschuss festgestellt werden.  
134 Ob die „Prüfungsdelegationen“ weiterhin paritätisch besetzt sein sollen, wird nicht benannt. Hier könnte die  
135 Mitbestimmung der Arbeitnehmer\*innenseite beschnitten werden. Dies gilt es zu verhindern.

136 Anstatt die Prüfungen auszulagern, wäre es notwendig, tatsächlich das Ehrenamt der Prüfer\*innen attraktiver  
137 zu machen. Prüfer\*innen sind an einer entscheidenden Schnittstelle der Qualitätssicherung in der Berufs-

138 bildung. Sie stellen den Output, also die erworbene berufliche Handlungskompetenz fest. Genau an dieser  
139 Schnittstelle liegen auch die Besonderheit und damit auch die Güte des Prüfungswesens. Es sind ehrenamtli-  
140 che, unabhängige Prüfer\*innen, die aber die nötige Fachkompetenz für diese Aufgabe haben. Wir wollen, dass  
141 das Ehrenamt im Prüfungswesen gestärkt wird. Die aktuelle Rechtsprechung bestätigt den Anspruch einer  
142 bezahlten Freistellung zwar, allerdings gibt es dennoch ein steigendes Defizit in der Freistellungsbereitschaft  
143 der Arbeitgeber\*innen. Hierdurch wird der\*die einzelne Mitarbeiter\*in in die Pflicht genommen, seinen\*ihren  
144 Rechtsanspruch zur Ausführung dieses Ehrenamtes gegen den Willen des Betriebes durchzusetzen.

145 Wir fordern daher eine klare Regelung zur bezahlten Freistellung in § 40. Sowohl für ehrenamtliche Prüfer\*in-  
146 nen als auch für ehrenamtliche Mitglieder in Gremien der Berufsbildung muss die Freistellung bezahlt sein. Die  
147 zuständigen Stellen haben die Erstattung der Kosten zu gewährleisten und auf eine Erstattung entsprechend  
148 hinzuweisen. Die Kosten können durch höhere Prüfungsgebühren oder den entsprechenden Mitgliedsbeitrag  
149 umgelegt werden. Für die Mitglieder in den Gremien der Berufsbildung muss gelten, dass diese eine Funktion  
150 im Rahmen eines bürgerschaftlichen Engagements wahrnehmen, deshalb sind Regelungen zu schaffen, wie  
151 sie bereits in einigen Bundesländern vorhanden sind (Bsp. Bayern).

152 Durch die stark veränderten und angestiegenen Anforderungen (vgl. »Fachgespräche«) an die ehrenamtliche  
153 Tätigkeit wird ein rechtlicher Anspruch auf Freistellung und Vergütung für ehrenamtsspezifische Qualifizierun-  
154 gen notwendig. Die Kosten hierfür sollen die zuständigen Stellen tragen.

155

#### 156 **Ein BBiG für alle!**

157 Zwingend notwendige Erneuerungen, welche wir gemeinsam mit den Gewerkschaftsjugenden fordern, er-  
158 wähnt das Bundesbildungsministerium in seinem Vorschlag gar nicht. Allen voran ist hier die zwingend not-  
159 wendige Aufnahme – zumindest der Praxisphasen – des Dualen Studiums ins Berufsbildungsgesetz zu nennen.  
160 Aktuell existieren gar keine einheitlichen gesetzlichen Regelungen zum Dualen Studium.

161 Das bedeutet, dass es Gesetzeslücken gibt, die es Unternehmen ermöglichen, dual Studierende zu beschäf-  
162 tigen, ohne dass entsprechende Schutzbestimmungen greifen, die Ausbeutung verhindern und Ausbildungs-  
163 qualität sichern sollen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Für die dual Studierenden ergeben sich aus  
164 dem Fehlen gesetzlicher Schutzbestimmungen, die für die duale Ausbildung selbstverständlich sind, zahlrei-  
165 che Probleme: vertragliche Bindungsklauseln über das Studium hinaus, Rückzahlungspflichten, Probleme bei  
166 der Freistellung für Prüfungen und Seminare, Fehlen von gesetzlichen Mindeststandards für die Betreuung im  
167 Betrieb und einer gesetzlichen Festlegung, dass es eine Vergütung geben muss.

168 Um die Qualität dieses Ausbildungsformats zu gewährleisten, müssen Ausbildung und Studium verzahnt und  
169 die betrieblichen Ausbildungsbedingungen mit den Erfordernissen des Studiums abgestimmt werden. Dies  
170 erfordert zusätzliche Abstimmungsinstrumente und Maßnahmen zur Sicherung der Qualität. Deshalb fordern  
171 wir, Regelungen zur Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Hochschule ins BBiG aufzunehmen, sowie An-  
172 forderungen der Eignung der Ausbildungsstätte und des Ausbildungspersonals, eine Bestimmung zur Ausbil-  
173 dungsvergütung sowie zur Ausgestaltung des Ausbildungsvertrages zwischen Studierendem und Betrieb. Die  
174 Freistellung für Vorlesungen, Seminare, Laborpraxis, Prüfungen sowie einen Tag zur Vorbereitung der Prüfun-  
175 gen und Studienzeiten muss ebenfalls im BBiG verankert werden.

176 Nicht nur das Duale Studium wird vom Bundesbildungsministerium ausgeklammert. Zahlreiche berufliche  
177 Ausbildungsgänge und vergleichbare neue Ausbildungsstrukturen sollen offenbar weiterhin nicht im BBiG ge-  
178 regelt werden. Im Ergebnis führt das in vielen Ausbildungen oftmals zu unklaren Rechtsverhältnissen oder  
179 schlechteren Ausbildungsbedingungen. Daher fordern wir die Ausweitung des BBiG zu einem einheitlichen  
180 Ausbildungsgesetz, das gleiche Qualitätsstandards für alle Ausbildungsberufe sicherstellt. Der Geltungsbe-  
181 reich bzw. die Grundprinzipien des Berufsbildungsgesetzes muss auch auf betrieblich-schulische Ausbil-  
182 dungen (z.B. in Pflege- und Gesundheitsberufen) ausgeweitet werden. Ebenso muss das BBiG für alle betrieblichen  
183 Ausbildungsphasen von schulischen Ausbildungsgängen gelten. In der Handwerksordnung (HwO) finden sich  
184 darüber hinaus Regelungen, die an die Normierung des BBiG anzupassen sind. Um das Ausbildungsgeschehen  
185 in allen Berufsbildungsbereichen besser abbilden zu können, sprechen wir uns für eine Aufnahme nicht-dualer  
186 Ausbildungen wie auch aller dualer Studiengänge in die Berufsbildungsberichterstattung aus.

187

**188 Ausbildungsplatzangebot, Perspektiven und Kostenfreiheit garantieren**

189 Weitere entscheidende Punkte, die dringend im Berufsbildungsgesetz verankert werden müssen, die aber im  
190 aktuellen Vorschlag keine Erwähnung finden, sind eine Ausbildungsgarantie, ein Übernahmeanspruch sowie  
191 eine garantierte Kostenfreiheit.

192 Eine Ausbildungsgarantie muss im BBiG verankert werden. Wir fordern die Einführung des gesetzlichen An-  
193 spruchs auf eine mindestens dreijährige duale Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf zu absol-  
194 vieren. Die Betriebe müssen wieder stärker ihrer Verantwortung zur Ausbildung nachkommen und die Jugend  
195 braucht Perspektiven – dazu gehört ganz wesentlich eine qualitativ gute berufliche Ausbildung. Wir sagen des-  
196 halb: Wer nicht ausbildet, muss zahlen! Unternehmen, die ausbilden wollen, müssen dabei unterstützt werden.  
197 Wer auf eigene Ausbildung von Fachkräften verzichtet, muss sich im Rahmen einer Umlagefinanzierung betei-  
198 ligen. Diese Ausbildungsgarantie für alle ausbildungswilligen Jugendlichen die keinen Ausbildungsplatz finden  
199 konnten soll spätestens zwei Monate nach Beginn des jeweiligen Ausbildungsjahres gelten. Bei der Berufswahl  
200 sind die Berufswünsche und die Möglichkeiten der Mobilität der maßgeblich.

201 Jugendlichen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden haben, wird eine Ausbildung an einer be-  
202 rufsbildenden Schule oder bei einem außerbetrieblichen Bildungsträger für die gesamte mindestens dreijähri-  
203 ge Ausbildungsdauer garantiert. Ein Anteil von mindestens 50 % betrieblicher Praxis muss dabei gesichert sein.  
204 Außerdem ist zu jedem Zeitpunkt ein Übergang in eine betriebliche Ausbildung anzustreben. Die absolvierte  
205 Ausbildungszeit ist dabei anzurechnen. Außerbetriebliche Auszubildende müssen eine Ausbildungsvergütung  
206 entsprechend der orts- und branchenüblichen tariflichen Regelung erhalten. Die Betriebe müssen die Finan-  
207 zierung dieser zusätzlichen Ausbildungsmöglichkeiten durch eine Umlagefinanzierung sicherstellen.

208 Eine sichere Perspektive ist gerade für junge Menschen sowohl beim Übergang von Schule in Ausbildung als  
209 auch beim Übergang von der Ausbildung ins Berufsleben wichtig. Die Jusos fordern daher eine unbefristete  
210 Übernahmegarantie für alle Auszubildende. Nicht nur für die Unternehmensbindung, sondern insbesondere  
211 auch für den Erwerb von praktischer Berufserfahrung für den ehemaligen Auszubildenden ist dies entschei-  
212 dend.

213 Umfragen zeigen, dass nicht einmal die Hälfte der Auszubildenden und dual Studierenden im Jahr vor ihrem  
214 Berufsabschluss eine feste Übernahmezusage und Perspektive in ihrem Ausbildungsbetrieb hat. Ein Drittel der  
215 Auszubildenden und dual Studierenden hat kurz vor Ihrem Berufsabschluss noch schlicht keine Informatio-  
216 nen darüber ob sie übernommen werden oder nicht. Diese Unsicherheit darf jungen Menschen nicht weiter  
217 zugemutet werden. Deshalb muss § 24 BBiG erweitert werden und die dreimonatige Ankündigungsfrist bei  
218 beabsichtigter Nicht-Übernahme auf alle Auszubildenden ausgeweitet werden.

219 Wir fordern eine eindeutige Verankerung der Schulgeld- und Lernmittelfreiheit im BBiG. Um klarzustellen, dass  
220 die Berufsausbildung für die Auszubildenden und dual Studierenden kostenfrei stattfindet, erfordert es eine  
221 Ergänzung in § 14 BBiG. Alle im Zusammenhang mit der Ausbildung entstehenden Kosten müssen vom Aus-  
222 bildungsbetrieb bzw. vom Ausbildungsträger getragen werden. Dazu gehören Ausbildungsmittel, Dienstklei-  
223 dungsstücke, Schutzausrüstung, Fachliteratur, Unterkunftskosten beim Blockunterricht, eventuell anfallende  
224 Schulgelder ebenso wie die anfallenden Fahrtkosten für den Weg vom Wohnort zu den Ausbildungsstätten  
225 und der Berufs- bzw. (Fach-)Hochschule.

226

**227 Zeit zum Lernen!**

228 Bei der Frage der Anrechnung von Berufsschulzeiten bei Auszubildenden auf die Arbeitszeit wird bisher zwi-  
229 schen volljährigen und minderjährigen Auszubildenden unterschieden. Wir fordern eine einheitliche Regelung  
230 für alle Auszubildenden unabhängig von ihrem Alter. Analog dem JarbSchG müssen zukünftig bei allen Auszu-  
231 bildenden die Berufsschulzeiten auf die Arbeitszeit angerechnet werden. Dies ist eine Grauzone im aktuellen  
232 BBiG, die dazu führen kann, dass Auszubildende vor oder nach dem Berufsschulunterricht in den Betrieb  
233 müssen. Wir fordern explizit, dies zu unterbinden, so dass sich die Auszubildenden auf die theoretischen Aus-  
234 bildungsinhalte konzentrieren können und nicht doppelt belastet werden. Die Berufsschulzeit muss für alle  
235 Auszubildenden inklusive der Wege- und Pausenzeit vollständig auf die betriebliche Arbeitszeit angerechnet  
236 werden.

237 Dabei soll ein Berufsschultag, unabhängig von seinem Umfang, grundsätzlich als voller Arbeitstag berücksich-

238 tigt werden, um eine Benachteiligung der Auszubildenden zu verhindern, deren Berufsschulzeit sich nicht mit  
239 der Ausbildungszeit überschneidet bzw. um einen Missbrauch vor gezielter Vermeidung der Überschneidungs-  
240 zeiten durch Schichtdienste abzuwenden. Es kann nicht sein, dass Auszubildende durch Berufsschulzeit plus  
241 Ausbildungszeit über die Begrenzung im Arbeitszeitgesetz hinaus beschäftigt werden dürfen. Berufsschulwo-  
242 chen sollen wie die vertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit berücksichtigt werden.

# Z3

**Titel** Solidarität mit der Roten Hilfe!  
**AntragstellerInnen** Bundesvorstand

---

## Solidarität mit der Roten Hilfe!

- 1 Wir solidarisieren uns mit der Roten Hilfe e.V. und sprechen uns gegen das Verbot der Roten Hilfe aus. Wir
- 2 fordern die SPD auf, das angekündigte Verbot zu verhindern.